

# **Geschichtswerkstatt Geschwister Scholl**

## **Fritz Bockius**

### **Zentrumsabgeordneter und NS-Opfer**

#### **Autorinnen und Autoren**

**AUGUSTIN**, Anna-Lena

**HÄFNER**, Denis

**HAJJI**, Sara

**HALLENBERGER**, Ludwig

**HARTWICH**, Gregor

**KNAPP**, Christoph

**PFEIFER**, Thomas

**RUSS**, Oliver

**SCHULZ**, Marie-Louise

**TURINSKI**, Nina

**LERCHL**, Yves

**Leitung: Franz Josef SCHÄFER und Peter LOTZ**

© 2010 by Geschichtswerkstatt Geschwister Scholl, Bensheim

ISBN 978-3-00-028434-2

**Reisig Druck & Service, Sulzbach-Rosenberg**

## Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort der Hessischen Kultusministerin Dorothea Henzler</b>	<b>S. 3</b>
<b>Einleitung</b>	<b>S. 4</b>
<b>1. Familiäres, regionales und berufliches Umfeld Fritz Bockius'</b>	<b>S. 11</b>
1.1 Herkunft	
1.2 Die Region Rheinhessen	
1.3 Schule, Studium und Beruf	
1.4 Fritz Bockius als Familienvater	
<b>2. Fritz Bockius als Politiker</b>	<b>S. 23</b>
2.1 Die Deutsche Zentrumspartei – Bockius' politische Heimat	
2.2 Der Kommunalpolitiker Fritz Bockius	
2.3 Der Reichstagsabgeordnete Fritz Bockius	
2.3.1 Bockius' Funktion und Position innerhalb der Zentrumsfraktion bis 1930	
2.3.2 Die Bewertung der Brüning'schen Politik durch Bockius	
2.3.3 Die NSDAP auf dem Weg zur Regierungsverantwortung: Koalitionsverhandlungen Zentrum – NSDAP in Hessen	
<b>3. Die Rolle des Zentrums nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten und der Niedergang des Politischen Katholizismus'</b>	<b>S. 56</b>
3.1 Innenpolitische Situation Anfang 1933	
3.2 Zentrum und Ermächtigungsgesetz:	
<b>4. Fritz Bockius' Werdegang nach dem Rückzug aus der Parteipolitik</b>	<b>S. 69</b>
4.1 Anwaltskanzlei in Mainz	
4.2 Kanzleivertretung in Bensheim	
<b>5. Fritz Bockius in Haft</b>	<b>S. 83</b>
5.1 Verhaftung in Bensheim auf dem Hintergrund der Aktion „Gewitter“	
5.2 Haftzeit in Darmstadt	
5.3 Haftzeit in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Mauthausen	
5.4 Fritz Bockius' Tod	
5.5 Veröffentlichungen zu angeblichen Haftzeiten im KZ Osthofen, seiner Ermordung im KZ Dachau bzw. seiner Hinrichtung in Plötzensee	
<b>6. Fritz Bockius – Gedenken und Würdigung</b>	<b>S. 106</b>
Exkurs: Fritz Bockius – Eugen Bolz. Ein Vergleich	
<b>7. Anhang: Ausgewählte Dokumente</b>	<b>S. 115</b>
<b>8. Literaturverzeichnis</b>	<b>S. 142</b>
<b>9. Archivalienverzeichnis</b>	<b>S. 158</b>

# HESSISCHES KULTUSMINISTERIUM

HESSEN



## Vorwort

der Hessischen Kultusministerin Dorothea Henzler  
zu „Fritz Bockius. Zentrumsabgeordneter und NS-Opfer“

Wir können die Zukunft nicht gestalten, wenn wir die Vergangenheit nicht kennen. Das gilt insbesondere für das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte – die Zeit des Nationalsozialismus. Es ist für unser demokratisches Selbstverständnis von enormer Wichtigkeit, uns mit dem verbrecherischen System des „Dritten Reiches“ auseinanderzusetzen und aufzuzeigen, wie viel Leid den Menschen in dieser Zeit widerfahren ist.

Die Geschichtswerkstatt der Geschwister-Scholl-Schule hat dieses Thema mit der vorliegenden Publikation über Fritz Bockius aufgegriffen. Für die Darstellung der Diktatur eignen sich in besonderer Weise Einzelschicksale wie das des Zentrumpolitikers, der vor seiner Verhaftung durch die Gestapo zuletzt in Bensheim wohnte. Die NS-Herrschaft kostete Millionen von Menschen das Leben, Fritz Bockius ist eines der Opfer.

Bei den Autorinnen und Autoren handelt es sich um Schülerinnen und Schüler des Leistungskurses Geschichte an der Geschwister-Scholl-Schule Bensheim. Sie unternehmen in der vorliegenden Forschungsarbeit den Versuch, auf der Basis umfassender Archivrecherchen und Interviews die Person und das politische Wirken von Fritz Bockius in den Rahmen der historisch-politischen Gesamtsituation zu stellen. Die Darstellung beweist: Nirgends kann Geschichte lebendiger, greifbarer und spannender sein als vor der eigenen Tür.

Das Buch stellt insgesamt eine beachtenswerte und profunde Studie über eine Persönlichkeit der Bensheimer Geschichte dar, deren Wirken weit über den regionalen Kontext Bedeutung besitzt. In diesem Sinne wünsche ich diesem Buch viele Leserinnen und Leser. Einmal mehr ist der Geschichtswerkstatt der Geschwister-Scholl-Schule für ihre engagierte Arbeit zu danken und Respekt auszusprechen.

Herzliche Grüße  
Ihre

*Dorothea Henzler*

Dorothea Henzler  
Hessische Kultusministerin

## Einleitung

*„Einen Ehrennamen unter den vielen, die das Bensheimer Gymnasium absolvierten, hat sich der ehemalige Zentrumsabgeordnete im Reichstag, der Rechtsanwalt Dr. Fritz Bockius, in Deutschlands Geschichte erworben. Er machte das Maturum 1899, und Studienrat Gustav Zwissler<sup>1</sup>, der damals Quintaner war, erinnert sich, wie er mir schrieb, gut an diesen aufrechten Politiker, den die Diktatur kurz vor Kriegsende in Mauthausen zermalmte. Als Hitler im Frühjahr 1933 vom Reichstag das schicksalhafte ‚Ermächtigungsgesetz‘ forderte und erhielt, da gehörte Dr. Bockius in einer vorausgehenden geheimen Fraktionssitzung zu den Nein-Sagern, und das wurde ihm nie vergessen. 1942, nachdem sein Mainzer Haus einem Fliegerangriff zum Opfer fiel, ließ sich Dr. Bockius in Bensheim nieder, wo er eine Notariatsvertretung übernahm. Aber nicht viel später wurde er von der Gestapo verhaftet, und sein Todesgang begann.“<sup>2</sup>*

*„Kein Grab kündet jetzt von ihm [...].“<sup>3</sup>*

Ganz in der Nähe unserer Schule mündet die Fritz-Bockius-Straße in die Europaallee.<sup>4</sup>



Am anderen Ende dieser Straße wird sie fortgeführt als „Jakob-Kindinger-Straße“. Ihm, einem kommunistischen Widerstandskämpfer und Buchenwaldhäftling, hatten wir eine unserer letzten Veröffentlichungen gewidmet: „Jakob Kindinger – ein

<sup>1</sup> Gustav Zwissler (1888-1973), Lehrer am Gymnasium Bensheim.

<sup>2</sup> Sternheim, Hans: Erinnerungen. In: Geschichtswerkstatt Geschwister Scholl: Geschichte der Bensheimer Juden im 20. Jahrhundert. Mit Erinnerungen und Betrachtungen von Hans Sternheim. Weinheim 2004, S. 269.

<sup>3</sup> Privatarchiv Gottfried Braun, Schwabenheim: Fritz Bockius jun. an die Schriftleitung des Mainzer Bistumsblattes vom 9. Juni 1947.

<sup>4</sup> Auch in Mainz (Fritz-Bockius-Straße) und in Bubenheim (Dr.-Fritz-Bockius-Straße) wurden Straßen nach Fritz Bockius benannt.

politisches Leben“.<sup>5</sup>



Kindinger überlebte seine KZ-Zeit und ist vielen älteren Bensheimer Bürgerinnen und Bürgern noch als engagierter Kommunalpolitiker und Gewerkschafter aus den Nachkriegsjahrzehnten in Erinnerung. Anders Fritz Bockius, Reichstagsabgeordneter und langjähriger hessischer Vorsitzender der Deutschen Zentrumspartei: „[Ob] Verbrennungsofen oder Massengrab seine sterblichen Reste aufnahmen, ist ungewiß.“<sup>6</sup> Zum ersten Mal erfuhr die Öffentlichkeit am 13. Oktober 1945 in einem teilweise unzutreffenden Presseartikel vom Tode Fritz Bockius’.

#### **Dr. Bockius im KZ ermordet**

Über das Schicksal des früheren Führers der hessischen Zentrumspartei, des Reichstagsabgeordneten Dr. Fritz Bockius, waren wir seither noch im Ungewissen. Jetzt steht fest, daß auch er zu den zahllosen Opfern der KZ-Lager gehört.

Dr. Bockius hatte sich nach der Zerstörung seines Mainzer Wohnhauses in Bensheim an der Bergstraße als Rechtsanwalt niedergelassen. Dort wurde er im Sommer 1944, als die Aktion gegen frühere Reichstagsmitglieder im Anschluß an die Vorgänge des 20. Juli im Gange war, verhaftet und in das Gestapo-Gefängnis Darmstadt überführt. Nach Berichten seiner Zellenkameraden war er stets sehr niedergeschlagen und beteiligte sich selten an Unterhaltungen. Dr. Bockius war, so erzählten seine Zellengenossen, überzeugt, daß ihn die Gestapo im entscheidenden Augenblick umbringen würde und äußerte diese Befürchtung mehrfach. Seine Gattin durfte ihn nur zweimal während der ganzen Zeit auf zehn Minuten besuchen. Er ist niemals vernommen worden, konnte also nie erfahren, welchen Vorwand man genommen hatte, um ihn zu inhaftieren. Im Januar 1945 kam er in ein unbekanntes KZ-Lager. Von diesem Zeitpunkt an wurde sein Aufenthalt geheimgehalten. Nach Einzug der amerikanischen Truppen nahmen sich diese des Falles an. Ende August 1945 kam aus dem KZ Mauthausen die Nachricht, daß Dr. Bockius sich dort unter den Todesopfern befindet.

Wir gedenken dieses hervorragenden Mannes, der seinem Volke als Parlamentarier und seiner Kirche als treuer Katholik hervorragende Dienste geleistet hat, in tiefer Trauer und in innigstem Mitgefühl mit seiner Gattin und seinen Kindern.

Sein Tod soll uns Ansporn sein. W.K.G.<sup>7</sup>

<sup>5</sup> Geschichtswerkstatt Geschwister Scholl: Jakob Kindinger. Ein politisches Leben. Weinheim 2006.

<sup>6</sup> Privatarchiv Gottfried Braun, Schwabenheim: Fritz Bockius jun. an die Schriftleitung des Bistumsblattes vom 9. Juni 1947.

<sup>7</sup> Frankfurter Rundschau Nr. 22 vom 13. Oktober 1945.

*„[...] Es hat mich schon sehr geschmerzt, wie wenig sein Tod gewürdigt wurde. Zur antinazistischen Propaganda wurde der Fall bis nach Amerika mal irgendwann überall mehr oder weniger genau berichtet, in der engeren Heimat ging man darüber zu mehr oder weniger erquicklicher Tagesordnung“, betont Bockius’ Sohn Fritz im Jahre 1947.<sup>8</sup>*

In späteren Veröffentlichungen wurde Bockius bislang vor allem durch Beiträge von Gottfried Braun<sup>9</sup> und Thomas Graubner<sup>10</sup> gewürdigt. In der vorliegenden Forschungsarbeit wird erstmals auf der Basis umfassender Archivrecherchen und Interviews der Versuch unternommen, Person und politisches Wirken Bockius’ in den Rahmen der historisch-politischen Gesamtsituation vor allem Ende der zwanziger Jahre und zu Beginn der dreißiger Jahre des letzten Jahrhunderts zu stellen. Dabei wird besonders die Rolle Bockius’ bei der Anbahnung von regierungsbildenden Gesprächen mit der (hessischen) NSDAP ebenso detailliert zu beleuchten sein, wie beim Zustandekommen des Ermächtigungsgesetzes, dem die Zentrums-Fraktion mit Bockius letztlich geschlossen zustimmte. Außerdem sollen unzutreffende Angaben in der vorhandenen Literatur korrigiert werden – gerade hinsichtlich seiner angeblichen KZ-Inhaftierung in Osthofen, den Ursachen seines Todes und der in einer Veröffentlichung noch 2008 erwähnten angeblichen Ermordung in Plötzensee bzw. Dachau.<sup>11</sup>

## **Die Autorinnen und Autoren**

Bei den Autorinnen und Autoren handelt es sich um Schülerinnen und Schüler des Leistungskurses Geschichte an der Geschwister-Scholl-Schule Bensheim, die im Rahmen des Unterrichts und weniger Projekttage sich erstmals im „*Forschenden Lernen*“ erprobt haben. Die Rahmenbedingungen für eine solche gründliche

---

<sup>8</sup> Privatarchiv Gottfried Braun, Schwabenheim: Brief von Fritz Bockius jun. an die Schriftleitung des Bistumsblattes vom 2. Mai 1947.

<sup>9</sup> Braun, Gottfried: Dr. Friedrich August Bockius. In: Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts. Herausgegeben von Helmut Moll im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz (1999) Band 1. Paderborn, München, Wien, Zürich 4. vermehrte und aktualisierte Auflage 2006, S. 363-366.

Braun, Gottfried: Reichstagsabgeordneter Dr. Fritz Bockius. In: Heimatpflege für den Kreis Mainz-Bingen/Vereinigung der Heimatfreunde am Mittelrhein e.V. 3, 1995, S. 137-140.

Braun, Gottfried: Reichstagsabgeordneter Dr. Fritz Bockius. In: Heimat-Jahrbuch Landkreis Mainz-Bingen 20, 1976, S. 111-114.

Braun, Gottfried: Ein Leben für Glauben, Freiheit und Gerechtigkeit. Würdigung des Reichstagsabgeordneten Dr. Fritz Bockius aus Bubenheim, Rheinhessen. In: Gedenkschrift Bubenheim. Hrsg.: Kath. Pfarramt Schwabenheim. Bubenheim 1971, S. 19-70.

<sup>10</sup> Graubner, Thomas: Vor 50 Jahren kam Fritz Bockius im KZ ums Leben. Der Reichstagsabgeordnete der Zentrumsparthei lebte zeitweise in Bensheim. In: Bergsträßer Anzeiger vom 4. März 1995.

Graubner, Thomas: Dr. Friedrich August Bockius – Wilhelmstraße 20. In: Graubner, Thomas/Helbling, Gert/Helbling, Gert/Kilthau, Fritz: Ergänzungen zum Antifaschistischen Wegweiser Bensheim 1933–1945. Hrsg.: Geschichtswerkstatt Jakob Kindinger e.V. und Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten. Teil 2. Bensheim 1995, S. 22 f.

<sup>11</sup> Landesverband Bayern der deutschen Zentrumsparthei: Zum 75. Jahrestag des Ermächtigungsgesetzes – LV Bayern trauert um die in den KZ umgekommenen Reichstagsabgeordneten (26. März 2008) <http://www.prcenter.de/Zum-75-Jahrestag-des-Ermächtigungsgesetzes-LV-Bayern-trauert-um-die-in-den-KZ-umgekommenen-Reichstagsabgeordneten.16129.html> (2. August 2008).

Arbeitsweise sind seit der Einführung des einheitlichen Landesabiturs in Hessen denkbar schlecht, da angesichts überfüllter Lehrpläne und der Zentrierung auf die Anforderungen des Landesabiturs in der Praxis nahezu kein Spielraum für eigenständige forschende Tätigkeiten der Schülerinnen und Schüler verbleibt.

Dementsprechend langfristig und umfangreich angelegt waren deshalb die vorbereitenden Archivtätigkeiten der betreuenden Lehrer – Franz Josef Schäfer und Peter Lotz –. Zudem stellte uns Gottfried Braun, Schwabenheim, seine Unterlagen über Fritz Braun zur Verfügung, wofür wir danken möchten. Wichtige Dokumente standen nach ihrer Bearbeitung allen Autorinnen und Autoren des vorliegenden Bandes in digitalisierter Form jederzeit abrufbar zur Verfügung. Außerdem erwies sich die Mitarbeit eines früheren Scholl-Schülers – Yves Lerchl – als sehr hilfreich, der bereits in einem früheren Forschungsvorhaben Erfahrungen mit Inhalten und Methoden der Geschichtswerkstatt Geschwister Scholl gesammelt hatte.

Die Geschichtswerkstatt Geschwister Scholl hat sich vorgenommen

- „im Sinne der Geschwister Scholl die jüngere Geschichte Deutschlands und Europas in wachsamer Erinnerung zu halten und daraus Schlussfolgerungen für die Gegenwart zu ziehen,
- die demokratischen Wurzeln der deutschen Geschichte zu ergründen,
- Geschichte in der Region durch eigene Forschungsarbeit anschaulich und nachvollziehbar zu machen,
- zu selbständigem Forschen und forschendem Lernen beizutragen,
- durch Veröffentlichungen der Ergebnisse weite Bevölkerungskreise zu informieren und ihre Mitarbeit zu ersuchen.“

Zahlreiche Forschungsarbeiten und Veröffentlichungen sind auf dieser Grundlage entstanden.<sup>12</sup>

---

<sup>12</sup> Nähere Informationen unter: <http://lakk.bildung.hessen.de/netzwerk/geschichtswerkstatt/index.html>.

- Der Untergang eines Bensheimer Wahrzeichens (Brauerei Guntrum). Beitrag zum Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten 1992/93. Eine überarbeitete Fassung wurde veröffentlicht in: Geschichtsblätter für den Kreis Bergstraße 27, 1994, S. 175-210
- Das Schicksal der Wolgadeutschen. Beitrag zum Schülerwettbewerb „Osteuropa“ 1993/94 der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung
- Gespaltene Lebensläufe. Die Überwindung der Mauern in unserem Land und in den Köpfen der Bürger. Beitrag zum Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten 1994/95
- Der Kreisauer Kreis – Das Vermächtnis von Alfred Delp. Lampertheim – München – Berlin (Plötzensee). Beitrag zum Wettbewerb „Osteuropa“ 1996/97 der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung und des Hessischen Landtages
- Die Hinrichtung des Jan Rogacki ohne Gerichtsurteil. Vgl. Hinrichtung ohne Gerichtsurteil. Vor 55 Jahren wurde in Heppenheim ein polnischer Zwangsarbeiter erhängt. In: Südhessische Post vom 18./19. Mai 1997. Im Internet unter <http://lakk.bildung.hessen.de/netzwerk/geschichtswerkstatt/rogacki/index.html> zum Download.
- Displaced Persons in den Lagern Bensheim und Auerbach. Vgl.: „Displaced Persons“ in Bensheim und Auerbach 1945-1950. Eine Dokumentation des Leistungskurses Geschichte, Jahrgangsstufe 12, Geschwister-Scholl-Schule Bensheim 1997. Im Internet unter <http://lakk.bildung.hessen.de/netzwerk/geschichtswerkstatt/displaced/index.html> zum Download.
- Der Deutsch – Polnische Freundschaftskreis Bensheim – Ktodzko (Glatz). Beitrag zum Wettbewerb „Osteuropa“ 1997/98 der hessischen Landeszentrale für politische Bildung und des Hessischen Landtages
- Brückenkopf zum Westen. Die Geschichte des Litauischen Gymnasium Lampertheim-Hüttenfeld; Im Zangengriff zweier Diktaturen. Der leidvolle Weg Litauens von 1939-1999. Beiträge zum Wettbewerb „Osteuropa“ 1998/99 der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung und des Hessischen Landtages

## Die Vorgehensweise

Am Ende des Schuljahres 2007/2008, am 19. Juni 2008, hatten sich die Autorinnen und Autoren des vorliegenden Bandes im Rahmen eines Kompaktseminars, das im Heppenheimer „Haus der Pädagogik“ stattfand, mit dem nachfolgend abgedruckten

- 
- Projektgruppe Tonwerk der Geschwister-Scholl-Schule Bensheim: „Wer Vater und Mutter nicht ehrt, der muß ins Tonwerk!“ Ein Heppenheimer Unternehmen und seine Zwangsarbeiter. Wiesbaden 1999 (ISBN 3-88327-408). Im Internet unter <http://lakk.bildung.hessen.de/netzwerk/geschichtswerkstatt/tonwerk/index.html> zum Download.
  - Ernst Schneider – Ein Wegweiser? Beitrag zum Wettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten 1998/99. Eine überarbeitete und gekürzte Fassung wurde veröffentlicht in: Geschichtsblätter Kreis Bergstraße 34, 2001, S. 185-258. Im Internet unter <http://lakk.bildung.hessen.de/netzwerk/geschichtswerkstatt/schneider/index.html> zum Download.
  - Aufbauschule und Rodensteinschule Bensheim – Demokratischer Neubeginn unserer Vorgängerschulen. Beitrag zum 30. Schülerwettbewerb zur politischen Bildung der Bundeszentrale für politische Bildung 1999/2000. Eine stark erweiterte Fassung wurde veröffentlicht unter: Wadewitz, Nadine/Weiß, Colin/Zajac, Evelyn: Zur Geschichte des Aufbaugymnasiums Bensheim. In: Mitteilungen des Museumsvereins Bensheim e.V. Verein für Regionalgeschichte und Denkmalpflege Nr. 47, 1. Halbjahr 2003, S. 8-32
  - Flucht einer Abiturklasse von Storkow/Mark nach Bensheim. Beitrag zum Wettbewerb „Osteuropa“ 1999/2000 der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung und des Hessischen Landtags. Eine überarbeitete Fassung wurde veröffentlicht in: Geschichtsblätter für den Kreis Bergstraße 33, 2000
  - Wider Willen in Bensheim. Das Schicksal der griechischen Zwangsarbeiter in der Bensheimer Rüstungsfirma Heymann. Beitrag zum Victor-Klemperer-Jugendwettbewerb 2001
  - Kollage zu einem Besuch der KZ-Gedenkstätte Osthofen. Beitrag zum Fotowettbewerb der Deutschen Stiftung Denkmalschutz 2001/02
  - Zwei Schulen – eine Partnerschaft. Die Geschichte des Schüleraustauschs der Geschwister – Scholl – Schule Bensheim und des Christian – Doppler – Gymnasiums Prag. Beitrag zum Wettbewerb „Osteuropa“ 2001/02 der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung und des Hessischen Landtages
  - Vertreibung und Neubeginn: Arnau – Hostinné. Beitrag zum Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten 2002/03
  - Geschichte Posens. Beitrag zum Wettbewerb „Osteuropa“ 2002/03 der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung und des Hessischen Landtages
  - Geschichte der Städtepartnerschaft Bensheim – Mohács und Schulpartnerschaft Geschwister-Scholl-Schule Bensheim-Parkschule Mohács; Vertreibung dreier Familien von Kroisbach am Neusiedler See nach Bensheim/Gronau. Beiträge zum Wettbewerb „Osteuropa“ 2003/04 der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung und des Hessischen Landtages
  - Der Bensheimer Kaplan Dr. Albert Münch und seine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Beitrag zum Victor-Klemperer-Jugendwettbewerb 2003/04
  - Hein Lübbbers – ein Bensheimer Wohnungsloser. In: Mitteilungen des Museumsvereins Bensheim Nr. 53, 2. Halbjahr 2006
  - Geschichtswerkstatt Geschwister Scholl: Geschichte der Bensheimer Juden im 20. Jahrhundert. Mit Erinnerungen und Betrachtungen von Hans Sternheim. Weinheim 2004 (ISBN 3-00-013826-9), im Internet unter: <http://lakk.bildung.hessen.de/netzwerk/geschichtswerkstatt/synbrnd/index.html> zum Download.
  - Georg-Ludwig Fürst zu Erbach-Schönberg und seine Rolle im Dritten Reich. Ausgeblendete Erinnerungen. In: Archiv für Hessische Geschichte und Altertumskunde NF 63, 2005, S. 255-292, im Internet unter <http://lakk.bildung.hessen.de/netzwerk/geschichtswerkstatt/schoenberg/abstract.html> zum Download.
  - Geschichtswerkstatt Geschwister Scholl: Jakob Kindinger. Ein politisches Leben. Weinheim 2006 (ISBN 3-00-018379-5). Im Internet unter <http://lakk.bildung.hessen.de/netzwerk/geschichtswerkstatt/kindinger-2/index.html> zum Download.
  - Geschichtswerkstatt Geschwister Scholl: Endstation Hadamar. Bergsträßer Opfer der NS-Rassenpolitik. Weinheim 2008 (ISBN 978-3-00-023598-3). Im Internet unter <http://lakk.bildung.hessen.de/netzwerk/geschichtswerkstatt/hadamar/index.html> zum Download.

zweiteiligen „Basisdokument“ auseinandergesetzt. Dieses sollte einen ersten Zugang zum Forschungsgegenstand erschließen, bei der Strukturierung der Arbeit helfen und über die Sommerferien hinweg der gedanklichen Einstimmung dienen.

### Neuer Mainzer Anzeiger vom 23. November 1945

#### **Dr. Fritz Bockius**

*Er wurde geboren am 11.5.1882 in Bubenheim (Rheinhessen). Schon als junger Rechtsanwalt trat er nach dem Ersten Weltkrieg im politischen Leben hervor. Er betätigte sich als Versammlungsredner und behandelte politische und soziale Fragen. Bei seiner ersten politischen Rede in seiner rheinhessischen Gemeinde war seine Frau zugegen. Sie ahnte damals nicht, welches tragische Ende seine politische Laufbahn nehmen sollte. Im Jahre 1924 wurde er im hessischen Wahlkreis auf der Liste der Zentrumspartei in den Reichstag gewählt, dem er bis zur Auflösung der Partei angehörte. Er zählte dann selbstverständlich zu den Geächteten im Nazireich. Im August 1944, als Himmler in ganz Deutschland die früheren Spitzenfunktionäre der antinazistischen Parteien verhaftet ließ, wurde auch er festgenommen. Er wurde zunächst einige Monate im Gestapogefängnis zu Darmstadt festgenommen und kam dann auf Transport. Nach der völligen Kapitulation der deutschen Armee erwartete seine zuletzt in Jugenheim an der Bergstraße untergebrachte Familie auch ihn zurück. Seine Angehörigen machten sich, nachdem bereits viele befreite politische Häftlinge sich wieder bei ihren Familien eingefunden hatten, auf die Suche nach ihm. Die Nachforschungen erbrachten dann leider die Gewißheit, daß Dr. Fritz Bockius noch um die Jahreswende nach dem berüchtigten Konzentrationslager Mauthausen verschleppt worden war. Dort ist der über 60 Jahre alte Mann den Strapazen des langen Transports und der Tortur, der die Neuankömmlinge dort unterworfen wurden, in der Nacht auf den 23. Februar erlegen. So hat der tapfere Mann seine Überzeugungstreue mit dem Leben bezahlen müssen.*

---

„Bockius, Fritz, Dr. jur., \* 11.5.1882 Bubenheim/Rheinhessen, † 5.3.1945 KZ Mauthausen; kath.

Reichstag Mai 1924-Nov. 1933; Wahlkreis 33 Hessen – Darmstadt; Zentrum.

Rechtsanwalt in Mainz November 1932

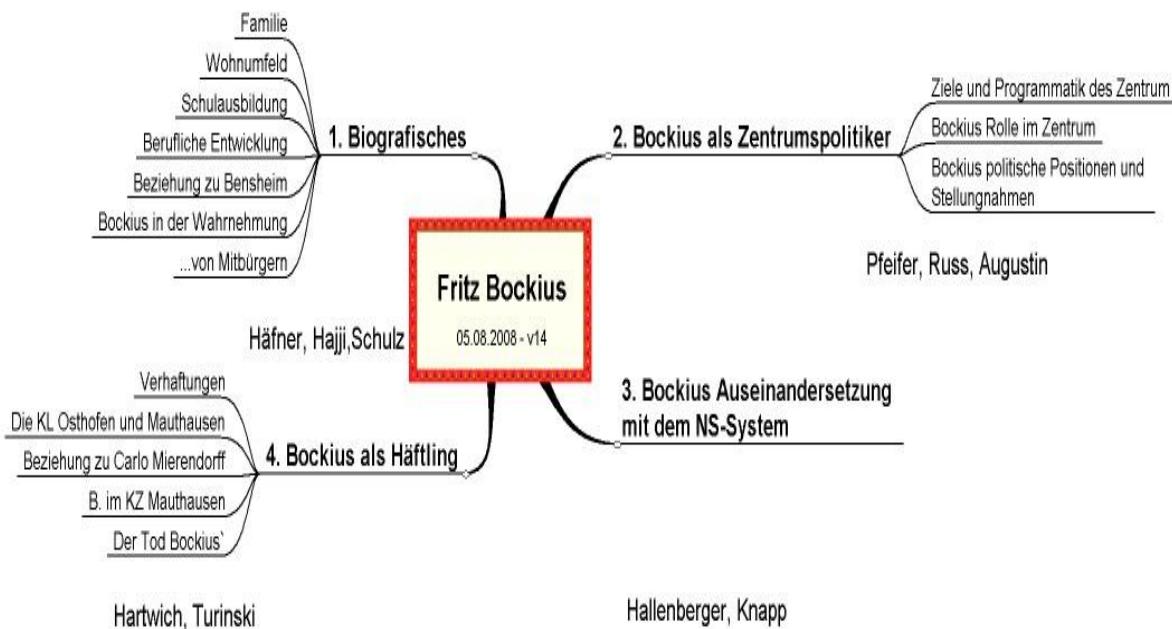
1933 verhaftet;

- KZ Osthofen, dort Verbindung zu Carlo Mierendorff;
- nach der Entlassung unter schwierigen Bedingungen weiterhin als Anwalt in Mainz tätig;
- 1942 ausgebombt; Übersiedlung nach Bensheim/Bergstraße, dort Notariatsvertretung;
- am 23. August 1944 verhaftet (Aktion „Gewitter“); Gefängnis Darmstadt (Runde Turmstraße);
- seit 19. Dezember 1944 KZ Sachsenhausen - Oranienburg; - nach verschiedenen Durchgangslagern
- seit 16. Februar 1945 KZ Mauthausen (Schutzhaft; Häftlingsnummer 130 371); dort umgekommen.<sup>13</sup>

Auf der Basis der voranstehenden Dokumente arbeiteten vier Redaktionsgruppen jeweils an spezifischen Forschungsschwerpunkten, die in dieser Form auch die Grobstruktur der vorliegenden Veröffentlichung abbilden:

---

<sup>13</sup> Auszug aus: Schumacher, Martin (Hrsg.): M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933-1945. Eine biographische Dokumentation. Mit einem Forschungsbericht zur Verfolgung deutscher und ausländischer Parlamentarier im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich (1991) Düsseldorf 3. erheblich erweiterte und überarbeitete Auflage 1994, S. 44 f.



Der Mainzer Historiker Prof. Dr. Michael Kißener stellte uns sein Manuskript über die Aktion „Gewitter“ zur Verfügung, das im LIT-Verlag Münster erscheinen wird und wofür wir ihm herzlichen danken möchten. Wir können uns bei dieser Thematik bereits auf den neuesten Forschungsstand beziehen. Als besonders hilfreich erwiesen sich die vielfältigen Veröffentlichungen und Informationen von Gottfried Braun, dem wir sehr dankbar sind. Zu Dank verpflichtet sind wir auch dem Hessischen Kultusministerium und dem Verein „Freunde der Geschwister-Scholl-Schule“, die einen wichtigen Beitrag zu den Druckkosten beigetragen haben. Ganz besonders freuen wir uns darüber, dass sich der frühere Abitur-Jahrgang 2006 unserer Schule mit einer größeren Spende beteiligt hat.

Nach Abschluss der Gruppenphase konnten wir im Rahmen einer Projektwoche vor den Sommerferien 2009 eine Grobfassung erstellen, die im ersten Halbjahr des Schuljahres 2009/2010 abschließend von den Projektleitern überarbeitet wurde. In dieser Zeit waren wir bereits intensiv mit Abiturvorbereitungen beschäftigt.

Mit Fritz Bockius steht ein Vertreter der konservativen politischen Elite aus der Zeit vor 1933 – damit zugleich der potenziellen Führungsschicht für ein demokratisches Deutschland nach Hitler – im Mittelpunkt unserer Forschungsarbeit, dessen Leben zu verschiedenen Zeitpunkten in Bensheim sein „Zentrum“ gefunden hatte. Auch diese regionalen Bezüge sollen angemessen berücksichtigt werden.

## 1. Familiäres, regionales und berufliches Umfeld Fritz Bockius'

*„Wer den christlichen Politiker Dr. Bockius begreifen will, muss den Menschen Fritz Bockius kennen lernen“<sup>14</sup>*

### 1.1. Herkunft

Fritz Bockius' Vorfahren kamen ursprünglich aus Holland. Seine Eltern Friedrich Bockius, geboren am 1. Juli 1848 in Frei-Weinheim, und Anna Francisca Hammer, geboren am 28. November 1855 in Frei-Weinheim heirateten am 28. Dezember 1874. Aus der Ehe gingen sieben Kinder hervor. Am 11. Mai 1882 wurde Fritz in Bubenheim/Rheinhessen als fünftes Kind streng gläubiger katholischer Eltern geboren. Er wurde in der St. Remigiuskirche in Bubenheim getauft.

*„Pfarrer Thaler tauft es [das Kind] am 29. Mai 1885 auf den Namen Friedrich August. Taufpate war ein Friedrich August Kraus, über dessen Herkunft und Beruf nichts bekannt ist.“<sup>15</sup>*

Die Familie besaß bescheidenen Wohlstand, welchen sie sich durch Fleiß erarbeitet hatte. Sie lässt sich als katholische Handwerkerfamilie bezeichnen, die wesentlich die kleine Diasporagemeinde Bubenheim mittrug. „*Die Eltern konnten es sich nicht leisten, ihren Kindern öfter neue Kleider zu kaufen. Doch sahen die alten Kleidungsstücke immer reinlich und gut geflickt aus*“.<sup>16</sup> Der Vater wanderte für ein Jahr nach Amerika aus und versuchte stets, den Besitz und das Ansehen zu vermehren. Er war ein verantwortungsbewusster Mensch, Ehemann und Vater, dem das Wohl seiner Familie sehr am Herzen lag und der einen gesicherten Stand in der Gesellschaft einzunehmen suchte.

*„Als es dann finanziell doch nicht so gut ging, wie es der Vater gehofft hatte, verkaufte er über Nacht die Kuh und wanderte nach Amerika aus. Trotz Drängen konnte er seine Frau nicht zum Nachkommen bewegen. So kehrte er ein Jahr später etwas wohlhabender nach Bubenheim zurück. Dieses Ereignis ist in die Zeit um 1885 zu datieren.“<sup>17</sup>*



Die Eltern von Fritz Bockius, Friedrich und Anna-Franziska Bockius, um 1920.  
Quelle: Braun, Ein Leben für Glauben, Freiheit und Gerechtigkeit, 1971, S. 31.

<sup>14</sup> Braun, Gottfried: Ein Leben für Glauben, Freiheit und Gerechtigkeit. Würdigung des Reichstagsabgeordneten Dr. Fritz Bockius aus Bubenheim, Rheinhessen. In: Gedenkschrift Bubenheim. Hrsg.: Kath. Pfarramt Schwabenheim. Bubenheim 1971, S. 20 f.

<sup>15</sup> Ebd.

<sup>16</sup> Ebd.

<sup>17</sup> Ebd., S. 23.

Richtschnur seines Lebens war der christliche Glauben<sup>18</sup>, der in späteren Lebensjahren an Bedeutung noch gewann. Frau H. Luy schrieb am 3. August 1975 an Pfarrer Dr. Hellriegel, dass Fritz Bockius ihr sehr bekannt sei. In der Jugendzeit hätten sie zweistimmig in der Kirche gesungen, Fritz habe die zweite Stimme und sie die erste gesungen.

Vergleicht man die menschlichen Züge von Fritz Bockius mit denjenigen seines Vaters, dann lassen sich Parallelen hinsichtlich positiver Eigenschaften aufzeigen. Beide waren verantwortungsbewusst, gerecht und hatten einen unveränderbaren Glauben an das Gute, welches sich nach ihrer Meinung durchsetzen würde. Johannes Gerster über die Charaktereigenschaften von Fritz Bockius:

*„Er war ein typischer Rheinhesse, besonders geprägt von seiner engeren Heimat. So zeichneten ihn aus:*

- *Die Weltoffenheit, in Rheinhessen garantiert durch die Nachbarschaft zum Rhein, der wichtigsten Verkehrsachse Mitteleuropas*
- *Das Temperament, das der bestimmten Lebensbejahung von Menschen in einer fast fröhlich – südländischen Landschaft entspringt*
- *Die natürliche Skepsis gegenüber der Obrigkeit, die in einer wechselvollen Geschichte einer häufig umkämpften Region wächst*
- *Eine natürliche Oppositionslust, die in der Ablehnung einer allzu glatten Welt die Hügel und Täler Rheinhessens wiederspiegelt.“<sup>19</sup>*

## 1.2 Die Region Rheinhessen

Bubenheim ist eine Ortsgemeinde im Landkreis Mainz-Bingen im heutigen Bundesland Rheinland-Pfalz. Die Gemeinde liegt im Landschaftsschutzgebiet Selztal mit den Naturschutzgebieten Talberg, Flößrich/Gänsklauer und Binger Wiese. Der Weinort gehört zur Verbandsgemeinde Gau-Algesheim.



Geburtshaus von Fritz Bockius in Bubenheim. An der Längsseite befand sich früher der Hauseingang.  
Quelle: Braun, Ein Leben für Glauben, Freiheit und Gerechtigkeit, 1971, S. 23.

<sup>18</sup> Vgl. Privatarchiv Gottfried Braun, Schwabenheim: Gerster, Johannes: Dr. Fritz Bockius zum Gedenken.

<sup>19</sup> Ebd.

Bubenheim liegt im Herzen von Rheinhessen und war eines der ältesten freien Reichsdörfer im Ingelheimer Grund. Im Jahr 766 wurde die Gemeinde zum ersten Mal urkundlich mit dem Namen „Bubinheim“ erwähnt. Im 13. Jahrhundert kamen dann die Namen „Buwenheim“ und das heutige „Bubenheim“ in Urkunden vor. 1815 zählte Bubenheim 491 Einwohner und obwohl sich die Gemeinde in den letzten Jahren von 550 auf fast 900 Einwohner vergrößert hat, ist der dörfliche Charakter erhalten geblieben. Die Gemarkungsfläche beträgt 450 ha. Davon sind 410 ha landwirtschaftlich genutzt (einschließlich 150 ha Weinbau). Bedeutend ist der Obstbau, insbesondere der Anbau von Süß- und Sauerkirschen und der Spargelanbau.<sup>20</sup>

Von 564 Einwohnern zählte man 457 „Evangelisten“ und 107 Katholiken. Im Jahre 1815 wohnten 491 Menschen in Bubenheim.

### 1.3 Schule, Studium und Beruf

*„Ich Unterzeichneter wurde geboren am 11. Mai 1882 zu Bubenheim, Kreis Bingen. Nachdem ich nacheinander die Volksschule in Bubenheim, das Progymnasium in Dieburg und die Prima des Gymnasiums zu Bensheim absolviert hatte, bestand ich am 1. August 1900 mein Maturitätsexamen.“* So die persönlichen Angaben in Bockius' Dissertation.<sup>21</sup>

Der gleichnamige Sohn Fritz über die Herkunft seines Vaters: „*Mein Vater wurde am 11. Mai 1882 in Bubenheim/Rhh. als Sohn eines Zimmermeisters und Landwirts geboren. Als jüngster Sohn der kinderreichen Familie wurde er auf Rat des Pfarrers zum Theologiestudium ausersehen.*“<sup>22</sup>

Zunächst hatte er acht Jahre die Volksschule in Bubenheim besucht. „*An die zuhause geübte Sparsamkeit gewöhnt, verlängerte er einmal die Enden seiner Griffel durch kleine Hölzchen, um die Schreibwerkzeuge länger gebrauchen zu können. Beleidigt über die abwertenden Äußerungen seines Lehrers scheute sich der kleine Fritz nicht, die Griffel dem Lehrer vor die Füße zu werfen.*“<sup>23</sup> Schaut man auf die Kindheit und die Jugendzeit von Fritz Bockius, so hört man aus einigen Anekdoten heraus, dass er sehr sparsam war, ein heller Kopf und impulsiv. „*Fritz und seine ältere Schwester Anna waren so begabt, daß sie den Lernstoff der oberen Schuljahrgänge mitlernten und beim Abhören durch den Lehrer dann die älteren Schüler übertrafen.*“ Wie sich Herr Schilling aus Engelstadt noch erinnert in einem Brief vom 3. November 1970 an Gottfried Braun, seien alle erstaunt gewesen über die präzisen Antworten, die Fritz auf die von Lehrer Dörschug aus Sauer-Schwabenheim gestellten Fragen gegeben habe. ‘Na ja, er war sowieso ein heller Kopp, wie die Alten ihn scherzend nannten.’“<sup>24</sup>

Schon sehr früh beteiligte sich Fritz Bockius am religiösen Leben seiner

<sup>20</sup> Bubenheim. In: Rheinhessen in Vergangenheit und Gegenwart. Geschichte der bestehenden und ausgegangenen Städte, Flecken, Dörfer, Weiler und Höfe, Klöster und Burgen der Provinz Rheinhessen nebst einer Einleitung von Karl Johann Brilmayer, Schulrat zu Mainz. Gießen 1905, S. 81 f.

<sup>21</sup> Die strafrechtliche Bedeutung der internationalen Verträge über das Urheberrecht an Werken der Literatur und Kunst. Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde der Hohen juristischen Fakultät der Großherzoglich-Hessischen Ludwigs-Universität zu Gießen, vorgelegt von Fritz Bockius, Referendar in Gießen. Berlin: Carl Heymanns Verlag 1910.

<sup>22</sup> Privatarchiv Gottfried Braun, Schwabenheim: Brief von Fritz Bockius an die Schriftleitung des Bistumsblattes vom 2. Mai 1947.

<sup>23</sup> Braun, Gottfried: Ein Leben für Glauben, Freiheit und Gerechtigkeit. Würdigung des Reichstagsabgeordneten Dr. Fritz Bockius aus Bubenheim, Rheinhessen. In: Gedenkschrift Bubenheim. Hrsg.: Kath. Pfarramt Schwabenheim. Bubenheim 1971, S. 24.

<sup>24</sup> Ebd., S. 24.

Pfarrgemeinde Bubenheim. Seine Erstkommunion fand am 21. April 1895 statt und gefirmt wurde er am 13. Mai 1895 in der Pfarrkirche Sauer-Schwabenheim durch Bischof Paul Leopold Haffner (1829-1899). Fritz Bockius besuchte auf Wunsch seiner Eltern und auf Rat des Pfarrers Wehrheim das Progymnasium (Konvikt) in Dieburg und anschließend die Prima des Gymnasiums in Bensheim (Maturitätsexamen 1. August 1900).<sup>25</sup> Kurt Flasch erinnert sich: „Meine Oma stammte aus dem Weinort Bubenheim, oberhalb von Ingelheim. Ihre nächsten Verwandten dort hießen und heißen dort heute noch Bockius. Einer dieser Cousins sollte es besser haben; er durfte Abitur machen und dann studieren. Natürlich sollte er Pfarrer werden, aber er überlegte es sich anders, ging nach Gießen und studierte Jura.“<sup>26</sup>



Gymnasium in Bensheim (bis 1966), die heutige Kirchbergschule (Grundschule und Schule für Lernhilfe). Foto: privat.

Nach dem Abitur trat er in das Mainzer Priesterseminar ein und studierte sieben Semester Theologie. Hierzu Herr Schilling: „Ich weiß, daß man sich in meiner Heimatstadt Engelstadt, wo die Familie Bockius durch den Beruf als Zimmerleute gut bekannt war, als Neuigkeit erzählte: ‚S' Bockjusse Fritz werd Parrer‘.“<sup>27</sup> Er empfing alle niederen Weihen und eignete sich dabei die gründlichen Kenntnisse in katholischer Moraltheologie an, die ihn später zu einem Fachmann einschlägiger Fragen im Deutschen Reichstag prädestinierten. Die Theologie wurde zur Grundlage seiner Einstellung zum öffentlichen Leben. Jedoch zeigte er auch den Mut, gegen den Willen seiner enttäuschten Eltern mit dem Theologiestudium aufzuhören. Er wollte sich nicht zu einem Beruf verpflichten, zu dem er sich nach vorausgegangener Selbstprüfung nicht mehr hingezogen fühlte.

<sup>25</sup> Braun, Gottfried: Ein Leben für Glauben, Freiheit und Gerechtigkeit. Würdigung des Reichstagsabgeordneten Dr. Fritz Bockius aus Bubenheim, Rheinhessen. In: Gedenkschrift Bubenheim. Hrsg.: Kath. Pfarramt Schwabenheim. Bubenheim 1971, S. 25.

<sup>26</sup> Flasch, Kurt: Über die Brücke. Mainzer Kindheit 1930-1949 (2002) Frankfurt/Main 2005, S. 43.

<sup>27</sup> Privatarchiv Gottfried Braun, Schwabenheim.

# Censur - Liste

für

das Schuljahr 1900—1901.

Klasse 1<sup>a</sup>

Klassenführer: Dr. Kieser

Nr.	N a m e n .		Religion.	Deutsch.	Latin.	Griechisch.	Französisch.	Geschichte.	Geographie.	Mathematik.	Naturwissenschaft	Hebräisch.
1.	He. 4. m. 3. 3. ff. 5.		5	4. 0. 6.		4		3	2. 0. 3.	6	5	
2.	2. 4.	5. ff. 4.	5.					4	6. 0. 5.	4		
3.	2. 4.	4.	4.		4.			4	4	4		
4.	5. 4. ff. 5.	5.	4. ff. 5.	4.		4		4	4	4	4	
5.	1. 4.	4.	4.	4.		4		4	4	4	4	
6.	2. 4.	3.	4.	4.		4		4	4	4	4	
7.	2.	4.	4.	4.		4		3	3	2.		
8.	2.	4. ff. 3.	3. ff. 4.	2.		3.		4	4	4	4	
9.	2.	3.	3.	2. 0. 3.		3.		4	4	3		3.
10.	2.	3.	3.	2.		3.		4	4	3		3.
11.	2.	ff. 5. m. 4.	5.	5.		3.		5.	5.	4		

Zeugnis von Fritz Bockius (Vorder- und eine nachfolgende Seite)  
Quelle: Archiv des Alten Kurfürstlichen Gymnasiums Bensheim.

„Auf sich selbst gestellt erkämpfte er sich nun einen neuen Lebensberuf und kam

*über die Philologie zu Jura.*<sup>28</sup> Bevor sich Fritz Bockius für ein Jurastudium entschied, studierte er Philologie in Gießen, was er jedoch schon nach einem Semester abbrechen musste, da ihm diese Wissenschaft gleichfalls nicht zusagte. Sein Jurastudium verlief über sechs Semester und im Frühjahr 1908 bestand er die juristische Staatsprüfung an der Gießener Großherzoglich Hessischen Ludwigs-Universität. Während seines juristischen Vorbereitungsdienstes promovierte er am 24. September 1908 über das Thema: „*Die strafrechtliche Bedeutung der internationalen Verträge über das Urheberrecht an Werken der Literatur und Kunst*“.

# Die strafrechtliche Bedeutung der internationalen Verträge über das Urheberrecht an Werken der Literatur und Kunst

Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde der Hohen  
juristischen Fakultät der Groß. Hess. Ludwigs-Universität zu Gießen

vorgelegt von

**FRITZ BOCKIUS**  
Referendar in Gießen



BERLIN  
CARL HEYMANN'S VERLAG  
1910

Seine Arbeit widmete er seinen Eltern. Bockius finanzierte sich sein Studium durch

<sup>28</sup> Privatarchiv Gottfried Braun, Schwabenheim: Brief von Fritz Bockius an die Schriftleitung des Bistumsblattes vom 2. Mai 1947.

Nachhilfestunden und bekam darüber hinaus auch Unterstützung durch seine so genannten „Gießener Tanten“, den Geschwistern Antonia, Anna und Klara Singer, deren Vater aus Bubenheim stammte und bei denen er auch wohnen konnte.<sup>29</sup> „Aus dieser Bekanntschaft entwickelte sich eine herzliche Freundschaft, die bis zum Tode anhielt. Ihrer Gastfreundschaft hatte er es auch zu verdanken, daß er keine wirtschaftlichen Sorgen mehr zu haben brauchte. In einem Brief nennt er später einmal die Tante Anna liebevoll ‚Mame‘ und verweist auf die frühere Gewohnheit.“<sup>30</sup> „In Gießen hatte mein Vater studiert und bei einer Tante gewohnt. Und wie er geheiratet hat, ist der Kontakt nicht abgerissen. Die Gießener Tanten kamen zu uns nach Mainz. Die Gießener Tanten haben eine große Rolle gespielt. Von ihnen haben wir auch noch Briefe, hin- und hergeschrieben. Wir Kinder haben auch Gedichte gemacht. Die Tanten haben wir mit nach Bensheim geholt und dann kamen sie von dort ins Altenheim, ins Caritasheim.“<sup>31</sup> In Gießen wurde Fritz Mitglied der Studentenverbindung CV Hasso Rhenania und er machte sich in dieser Verbindung einen Namen. Er wurde bekannt als schlagfertiger und gefürchteter Diskussionsredner, „[...] denn bei Studentenaussprachen vertrat er geschickt die katholische Sache und gab oftmals durch seine tieffundierten Kenntnisse, durch die Logik seiner Beweisführung und seiner glänzenden Rednergabe seinen teilweise reaktionären und intoleranten Gegnern das Nachsehen.“<sup>32</sup> In dieser Zeit trat bei ihm zum ersten Mal ein Geschwür am Zwölffingerdarm auf, das Zeit seines Lebens nicht mehr richtig ausheilte.



Fritz Bockius während seiner Gießener Studentenzeit, Mitglied der Studentenverbindung CV Hasso Rhenania (1906). Quelle: Braun, Ein Leben für Glauben, Freiheit und Gerechtigkeit, 1971, S. 26.

<sup>29</sup> Braun, Gottfried: Ein Leben für Glauben, Freiheit und Gerechtigkeit. Würdigung des Reichstagsabgeordneten Dr. Fritz Bockius aus Bubenheim, Rheinhessen. In: Gedenkschrift Bubenheim. Hrsg.: Kath. Pfarramt Schwabenheim. Bubenheim 1971, S. 25 f.

<sup>30</sup> Ebd., S. 26; Privatarchiv Gottfried Braun, Schwabenheim: Brief an Anna Singer vom 12. Januar 1943.

<sup>31</sup> Interview mit Maria Bockius (93) am 15. April 2009 in Mainz, Mainzer Alten- und Wohnheime GmbH, Altenauergasse 9, 55116 Mainz, Zi. 25.

<sup>32</sup> Braun, Gottfried: Ein Leben für Glauben, Freiheit und Gerechtigkeit. Würdigung des Reichstagsabgeordneten Dr. Fritz Bockius aus Bubenheim, Rheinhessen. In: Gedenkschrift Bubenheim. Hrsg.: Kath. Pfarramt Schwabenheim. Bubenheim 1971, S. 26.

Im Juni 1912 ließ sich Fritz Bockius als Rechtsanwalt in Mainz nieder. Seine brillante Rednergabe, sein scharfer Verstand und sein verblüffendes Kombinationsvermögen befähigten ihn zu überzeugenden Plädoyers. Dabei scheute er sich auch nicht, ab und zu mehrere Sätze rheinhessischen Dialekts einfließen zu lassen.<sup>33</sup> „Bei einer Veranstaltung mit Dr. Brüning 1930: Meine Großmutter hat immer gesagt: Wart nur, wenn ich emol dot bin, dann werdt ihr noch an mich denke! Und spielte dabei auf das Schicksal der Partei an.“<sup>34</sup> Auch kümmerte er sich mit großem Engagement um die Anliegen sozial minderbemittelter Schichten und Bekannter aus seiner Heimat, was ihm den Beinamen „Anwalt des Selztales“ einbrachte. „Der Rechtsanwalt Dr. Bockius in Mainz wurde natürlich von seinen Landsleuten, unter anderem auch von meinem Vater, gern in Anspruch genommen, denn schon bald hatte er den Ruf als tüchtiger Anwalt.“<sup>35</sup> Seiner Tätigkeit als Anwalt verdankte er auch eine Weiterentwicklung seiner Rednergabe, aber auch die Grundeinstellung seines Wirkens, sich als Anwalt, vor allem der Schwächeren, zu verstehen.<sup>36</sup> Die Kanzlei in der Emmeranstraße blühte schnell auf und es war nicht verwunderlich, dass er in kurzer Zeit zu einem gefragten und gesuchten volkstümlichen Strafverteidiger wurde.<sup>37</sup> „Seine Praxis blühte schnell auf, denn seine juristischen Kenntnisse waren eben so umfassend wie seine theologischen und sein scharfer Verstand, seine blendende Kombinationsgabe und seine Rednergabe ließen ihn zu einem gesuchten Strafverteidiger werden. Seine Plaidoyers in ihrer volkstümlichen und verblüffenden Art waren berühmt.“<sup>38</sup>

Was Fritz Bockius zu dieser Zeit und auch noch die Jahre später auszeichnete, war seine urwüchsige und heimatverbundene Art, welche ihm Vertrauen und Popularität sicherte. Er half, wie schon erwähnt, den sozial minder bemittelten Schichten und dies auch oft unentgeltlich. „Als uneigennütziger Rechtsbeistand war Dr. Bockius zurzeit des Krieges, während seiner Genesung, gern bereit, unentgeltlich Rat zu erteilen, um übertriebene Maßnahmen gegen die Landwirtschaft abzuwehren. [...] Prozesse hat er für Landwirte, welche durch den Krieg hart betroffen waren, kostenlos erledigt.“<sup>39</sup>

Konsequent vertrat er später als Abgeordneter vor dem Reichstag den Grundsatz, dass es in der Rechtspflege keine zwei Klassen von Bürgern geben dürfe.<sup>40</sup> In einer Grundsatzrede, welche Bockius am 23. Februar 1927 im Deutschen Reichstag hielt, sprach er über seine Auffassung des Berufes „Jurist“. Er sah die Aufgabe dabei darin, dass der Rechtsanwalt als Sprachrohr der Rechtsnot des Volkes fungiere. Dabei bestehe das Ziel darin, das Rechtsempfinden des Volkes zu erhalten und das

<sup>33</sup> Vgl. Braun, Gottfried: Dr. Friedrich August Bockius. In: Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts. Herausgegeben von Helmut Moll im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz (1999) Band 1. Paderborn, München, Wien, Zürich 4. vermehrte und aktualisierte Auflage 2006, S. 363-366.

<sup>34</sup> Braun, Gottfried: Ein Leben für Glauben, Freiheit und Gerechtigkeit. Würdigung des Reichstagsabgeordneten Dr. Fritz Bockius aus Bubenheim, Rheinhessen. In: Gedenkschrift Bubenheim. Hrsg.: Kath. Pfarramt Schwabenheim. Bubenheim 1971, S. 27.

<sup>35</sup> Vgl. Privatarchiv Gottfried Braun, Schwabenheim: Brief von Familie Schilling an Gottfried Braun vom 3. November 1970.

<sup>36</sup> Vgl. Privatarchiv Gottfried Braun, Schwabenheim: Gerster, Johannes: Dr. Fritz Bockius zum Gedenken.

<sup>37</sup> Braun, Gottfried: Ein Leben für Glauben, Freiheit und Gerechtigkeit. Würdigung des Reichstagsabgeordneten Dr. Fritz Bockius aus Bubenheim, Rheinhessen. In: Gedenkschrift Bubenheim. Hrsg.: Kath. Pfarramt Schwabenheim. Bubenheim 1971, S. 27.

<sup>38</sup> Privatarchiv Gottfried Braun, Schwabenheim: Brief von Fritz Bockius jun. an die Schriftleitung des Bistumsblattes vom 2. Mai 1947.

<sup>39</sup> Mainzer Journal vom 1. Mai 1924: Dr. Bockius als Landwirtsohn.

<sup>40</sup> Vgl. Mainzer Journal vom 1. August 1928, Rechtsnot? Wird die Rechtssprechung der Rechtsstaaten durch die Finanznot der Länder bedroht?

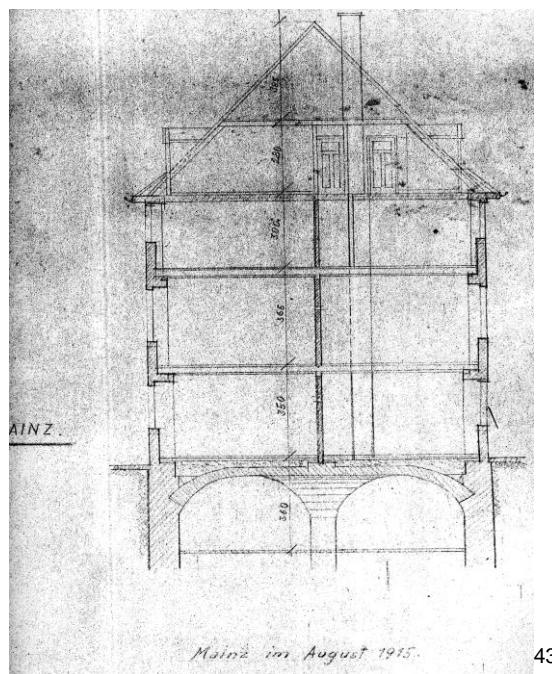
ordentliche Recht weiterzubilden.<sup>41</sup> Bei Ehescheidungsfällen lernte er die Not der Frauen kennen. Auch diese Erfahrungen beeinflussten seine zukünftige Einstellung z. B. bei der Ehegesetzgebung im Reichstag.



Dr. Bockius, kurz nach der Niederlassung in Mainz.

Quelle: Braun, Ein Leben für Glauben, Freiheit und Gerechtigkeit, 1971, S. 27.

Im Dezember 1923 zog Dr. Bockius mit seiner Kanzlei in die damals „Betzelgasse“ genannte Betzelstr. Nr. 14 um. Die Zeitzeugin M. S. erinnert sich: „Wir bewohnten damals das Haus schräg gegenüber Bockius, sein Sohn Albert war mein Spielkamerad. Dr. Bockius hat man selten gesehen, aber wenn er zu Hause war, dann mussten wir sehr still sein – sicherlich hatte er Wichtiges zu tun... Aus diesem Erleben heraus wurde er für uns zu einer Art „Überperson“.<sup>42</sup>



43

<sup>41</sup> Braun, Gottfried: Ein Leben für Glauben, Freiheit und Gerechtigkeit. Würdigung des Reichstagsabgeordneten Dr. Fritz Bockius aus Bubenheim, Rheinhessen. In: Gedenkschrift Bubenheim. Hrsg.: Kath. Pfarramt Schwabenheim. Bubenheim 1971, S. 28 f. Näheres zu diesem Themenbereich in Kapitel 2.3.

<sup>42</sup> Interview mit M. S. vom 18.11.2009.

<sup>43</sup> Stadtarchiv Mainz, Signatur 70/12929: Bauliche Sofortmaßnahmen Dr. Fritz Bockius, Betzelstr. 14.

In seiner Praxis kooperierte Bockius mit seinem Sozus Dr. Cullmann. „Sehr gute Anwaltspraxis in Mainz, Betzelstraße 14, mit einem anderen Anwalt assoziiert – Büro Dr. Bockius & Dr. Cullmann. Das Büro umfasste, außer den beiden Anwälten, einen Referendar, einen Bürovorsteher, zwei Voll-Stenotypistinnen und ein Lehrmädchen.“<sup>44</sup>

Einer seiner Mitarbeiter (Referendar) war der durch die „Boxheimer Dokumente“ berühmt-berüchtigte Dr. Werner Best. Diese Beziehung nahm während der Kanzlerschaft von Brüning eine wichtige Bedeutung für die Reichspolitik ein.<sup>45</sup>

Während des Zweiten Weltkrieges, nach der Zerstörung seiner Mainzer Wohnung und Kanzlei, erhielt Bockius das Angebot, den Bensheimer Rechtsanwalt und Notar Albrecht Hartmann zu vertreten. Im Alter von 60 Jahren – 42 Jahre nach seinem Maturitätsexamen – kehrte er als Rechtsanwalt und Notar nach Bensheim zurück.<sup>46</sup>

#### 1.4 Fritz Bockius als Familienvater

Fritz Bockius lernte seine Frau Anna Elisabeth Gierer zwischen den Jahren 1910 und 1913 am Theater kennen. Er spielte dort selbst die Hauptrolle und galt am Theater als künstlerisch begabt. „Unser Vater, der nach einer Zwischenzeit im Priesterseminar Mainz und Bensheim in Gießen Jura studierte, lernte unsere Mutter als ‚Couleurdame‘ – achtseinhalb Jahre jünger als er – im kath. Studenten-Verband – CV beim Theaterspielen kennen. Er spielte die Hauptrolle ‚Der Einjährige‘ und sie seine ‚Schwiegermutter‘. Beide konnten damals ihr Talent zum Besten geben. Beim anschließenden Gesellschaftsspiel wurde meinem Vater als dem ‚Einjährigen‘ die ‚Schwiegermutter‘ besonders ans Herz gelegt.“<sup>47</sup>



Ehepaar Bockius, jung verheiratet.

Quelle: Braun, Ein Leben für Glauben, Freiheit und Gerechtigkeit, 1971, S. 30.

<sup>44</sup> Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 518 Nr. 41780: Entschädigungsakte Dr. Fritz Bockius.

<sup>45</sup> Siehe Kapitel 2.3.3.

<sup>46</sup> Vgl. Graubner, Thomas/Helbling, Gert/Helbling, Gert/Kilthau, Fritz: Ergänzungen zum Antifaschistischen Wegweiser Bensheim 1933-1945. Hrsg.: Geschichtswerkstatt Jakob Kindinger e.V. und Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten. Teil 2. Bensheim 1995, S. 22 f.

<sup>47</sup> Aufzeichnungen von Maria Bockius vom 13. April 2009.

Anna Elisabeth Gierer - eine Freundin Edith Steins, wie die Zeitzeugin M. S. berichtet<sup>48</sup> - wurde am 26. November 1890 in Mainz geboren. Die Hochzeit fand am 21. Juni 1913 in Marienthal im Rheingau statt. Der katholische Glaube war, wie bereits erwähnt, das Fundament der Familie und des öffentlichen Wirkens. Fritz Bockius opferte dem späteren politischen Wirken fast das gesamte Familienleben. Dies äußerte sich darin, dass er sich montags bis freitags in Berlin aufhielt und am Wochenende noch die Bearbeitung der Fälle der Rechtsanwaltskanzlei durchführte. Umso bedeutsamer war die Rolle der sehr fürsorglichen Mutter. Tochter Maria berichtet von ihrer Kindheit:

*„Und an Fastnacht haben wir Theater gespielt. Mein Bruder, der Älteste, hat selbst Theaterstückchen geschrieben. Und da hat er von Berlin aus angerufen, er würde uns einen schönen Tag wünschen. Da hatten wir unsere Schulkameraden eingeladen. Meine Mutter hatte das alles für uns gerichtet.“<sup>49</sup>*

Im Mainzer Journal erschien am 3. November 1931 ein Brief in Versform von Fritz Bockius an einen Jungen, der die Bitte geäußert hatte am Mainzer Stadttheater bei dem Stück von Erich Kästner, Emil und die Detektive, eine richtige Rolle mitspielen zu dürfen.

*„Sehr geehrter Herr Stauder!*

*Verzeihen Sie, daß ich so kühn,  
Sie schriftlich wage zu bemühn,  
Weil mündlich ich mich sooo genire.  
(Ich sag's, selbst wenn ich mich blamire!!)  
In Knüttelversen schreib' ich jetzt,  
Weil sich das besser lesen lässt,  
Und weil Sie selbst (zum Gaudium  
Des hocherfreuten Publikums)  
Schon oft mit witzigem Gehaben  
Den Pegasus bestiegen haben! --  
Warum ich schreibe? – Tja, ei nun  
Das hat mit ‚Emil‘ was zu tun!  
Ich weiß' nicht inwieweit Sie schon  
Bachtung schenkten der Person,  
Die ‚Traugott‘ spielt (Besetzung eins!)  
– Dies Röllchen, es ist ein sehr klein's!) –  
Der Traugott (jetzt wird's schwummelig)  
Erbarmen! Das bin nämlich ich!  
Und ich, der ich doch – mit Vergnust –  
Stets schwärzte für die Schauspielkunst,  
Ich würde gern von all' den vielen  
Ein paar mal den ‚Professor‘ spielen!  
Zwar bin ich größer als die beiden,  
Die schön genießen diese Freuden,  
Doch deshalb kann ich – Sie versteh'n –  
Auch diese Rolle gut verseh'n;  
Ja kühn wag' ich es zu behaupten  
(Und froh wär ich, wenn Sie es glaubten)*

<sup>48</sup> Interview mit M. S. vom 18.11.2009.

<sup>49</sup> Aufzeichnungen von Maria Bockius vom 13. April 2009.

*Daß ich die Rolle mit ,Gefühle'  
 Noch besser als die andern spiele!  
 Zwar will ich diese nicht vertreiben,  
 Sie mögen ruhig im Amte bleiben!  
 Doch will ich hiermit wohl erzielen  
 2, 3 mal diese Roll' zu spielen.  
 Ach beinah' hätt' ich es vergessen:  
 Ich war sogar schon so vermess'en  
 Die Roll' zu lernen! 's war nicht schwer.  
 Die Stellungen, ob hin ob her,  
 Beherrsch' ich auch. – Das wär's Herr Stauder!  
 (auch mich durchrieselt kalter Schauder  
 Daß Sie sich zum Papierkorb wenden!  
 Doch hoff' ich, besser wird es enden!)  
 Versuchen Sie's, zu Ihrem Lobe,  
 Mit mir doch 'mal in einer Probe!  
 Ich schließ' von Hoffnung ganz durchdrungen  
 – Denn Hoffnung ist das Gut der Jungen –  
 Und grüße Sie, (Hand an der Mütze)  
 Auf Wiedersehn – Theaterfritze.*  
*Fritz Bockius, Mainz*

Das Ehepaar Bockius hatte fünf Kinder. Das älteste Kind, Anna Bockius, wurde am 5. April 1914 in Mainz geboren. Sie war Studienrätin und starb am 18. Juli 1986 in Mainz.

Fritz Johannes Bernhard Bockius, geboren am 24. Juni 1915 in Mainz, war Oberspielleiter am Koblenzer Theater und wirkte vierzig Spielzeiten am Theater in Koblenz mit. 1986 bekam er den Landes-Verdienstorden von Rheinland-Pfalz. Er starb im Juni 2001 in Wien.

Maria Bockius, geboren am 28. Oktober 1916 in Mainz war Stenotypistin von Beruf. Sie ist die einzige noch lebende der fünf Geschwister.

Hans-Georg Bockius, geboren am 12. August 1922 in Mainz, war als einziger aus der Bockius-Familie verheiratet und übte den Beruf des Schauspielers aus. Hans-Georg starb im Jahre 2001.

Albert Johannes Bockius wurde am 29. April 1933 in Mainz geboren und starb 2007.<sup>50</sup> Als bekannter Schachspieler erreichte er schon in Bensheim erste Erfolge. Gerne erzählte er, dass er in Paris noch Ossip Bernstein (1882-1962) und Savielly Tartakower (1887-1956) getroffen habe. Gegen Bernstein hat er gespielt, gegen Tartakower leider nicht. Am 11. September 2007 starb der Schachschüler und Sohn von Fritz Bockius.<sup>51</sup>

Sohn Fritz rückblickend auf seinen Vater: „*Mein Vater war kein Katholik der Worte, er war auch kein außerordentlicher Kirchenläufer, aber er war ein Katholik der Tat bis zur letzten Konsequenz. Ihm durfte nichts auf den Boden fallen, häßliche Ausdrücke waren verpönt und konnten ihn in Zorn versetzen. Er lehrte die Achtung vor dem Geld, indem er uns damit nicht verwöhnte (uns Kinder). Die Verbindung zu seinen alten Freunden aus dem Seminar hielt er immer aufrecht, zwei davon wurden die Taufpaten seiner Söhne (Pfarrer Mertens und Beichert). Mit größtem Stolz sprach er*

<sup>50</sup> Archiv der Stadt Bensheim, Melderegister.

<sup>51</sup> Rochade Europa. Die vielseitig-informative Schachzeitung / Deutscher Schachbund Nr. 11, 2007, S. 29. Siehe Efinger, Manfred: Hundert Jahre Mainzer Schachverein 1909-2009. Mainz 2009.

*von seinen ländlichen Eltern, von dem fleißigen, strebsamen und strengen Vater, von der großartigen Mutter.*<sup>52</sup> Aus einem Interview mit Maria Bockius, der Tochter von Fritz Bockius, welches am 15. April 2009 in Mainz aufgenommen wurde, lassen sich viele Kommentare herausfiltern, welche einen kleinen Eindruck über Fritz Bockius verschaffen.

Maria Bockius spricht oft von einer schönen Kindheit und von einem sorgenden und liebevollen Vater.

*„Meine Eltern hätten meine Geschwister und ich uns nicht besser wünschen können! Beide waren ideale Vorbilder.“<sup>53</sup>*

*„An Ostern hat unser Vater, der konnte sehr gemütvoll sein, ein Osterhasenliedchen für uns gemacht.“<sup>54</sup>*

*„Und an Weihnachten. Wir hatten wirklich eine schöne Kindheit. An Weihnachten ist das Christkind persönlich gekommen, obwohl es eigentlich unlogisch ist. Das Christkind, das war ein kleines Kind. Also unsere Tante, die Schwester meiner Mutter, ganz verschleiert, nicht zu erkennen, und an jeden wurde ein Vers gesprochen. Mein Vater und meine Mutter hatten den geschrieben.“<sup>55</sup>*

## 2. Fritz Bockius als Politiker

Im nachfolgenden Kapitel werden verschiedene Phasen aufgezeigt, die den politischen Werdegang von Bockius beschreiben – von den politischen Anfängen bis zu dem unfreiwilligen Ausstieg aus der Politik.

### FRIEDRICH AUGUST BOCKIUS



11. Mai 1882	geboren in Bubenheim/Rh.
29. Mai 1882	Taufe in der St. Remigiuskirche Bubenheim
21. April 1895	Erste hl. Kommunion in der Pfarrkirche in Schwabenheim
13. Mai	Firmung durch Bischof Leopold Haffner in Schwabenheim
1. August 1900	Maturitätssexamen in Bensheim/Bergstr.
1901 — 1904	Studium der Theologie in Mainz
1904 — 1908	Studium der Philologie und Jura in Gießen Mitglied der Verbindung CV Hasso Rhenania
Frühjahr 1908	juristisches Staatsexamen an Gießener Universität Referendar bei Rechtsanwalt u. Notar Guttfleisch in Gießen
24. Sept. 1909	Promovierung an Gießener Universität
Juni 1912	Rechtsanwaltspraxis in Mainz, Emmeranstraße
21. Juni 1913	Heirat mit Anna Elisabeth Gierer in Marienthal Wohnung Walpodenstraße 2
1919	Mitglied des Kreistages und Kreisausschusses in Mainz
20. Okt. 1920	Vorsitzender der Hessischen Zentrumspartei
1923	Praxisumzug in Betzelsgasse 14
4. Mai 1924	Reichstagsabgeordneter für Wahlkreis 33 Hessen-Darmstadt II. Wahlperiode
7. Dez. 1924	Reichstagsabgeordneter III. Wahlperiode
20. Mai 1928	Reichstagsabgeordneter IV. Wahlperiode
10. August 1930	Festrede zum Verfassungsfeiertag in Mainz
14. Sept. 1930	Reichstagsabgeordneter V. Wahlperiode
31. Juli 1932	Reichstagsabgeordneter VI. Wahlperiode
6. Nov. 1932	Reichstagsabgeordneter VII. Wahlperiode
5. März 1933	Reichstagsabgeordneter VIII. Wahlperiode
23. März 1933	Gegner bei Abstimmung zum Ermächtigungsgesetz
5. Juli 1933	Auflösung des Zentrums, Ende des Vorsitzes der Hess. Zentrumspartei und der Tätigkeit als Reichstagsabgeordneter
12. August 1942	Zerstörung seines Hauses durch Bombenangriff Notariatsvertretung in Bensheim, Wilhelmstr. 20
23. August 1944	Verhaftung durch Gestapo bei „Aktion Zentrum“ Rundeturmgefängnis in Darmstadt
19. Dez. 1944	KZ Sachsenhausen-Oranienburg
16. Febr. 1945	KZ Mauthausen/Ostereich, Häftlingsnummer 130.371
5. März 1945	gestorben in Mauthausen

56

<sup>52</sup> Privatarchiv Gottfried Braun, Schwabenheim: Fritz Bockius jun. an die Schriftleitung des Bistumsblattes vom 9. Juni 1947.

<sup>53</sup> Aufzeichnungen von Maria Bockius vom 13. April 2009.

<sup>54</sup> Interview mit Maria Bockius (93) am 15. April 2009 in Mainz.

<sup>55</sup> Ebd.

<sup>56</sup> Braun, Gottfried: Ein Leben für Glauben, Freiheit und Gerechtigkeit. Würdigung des Reichstagsabgeordneten Dr. Fritz Bockius aus Bubenheim, Rheinhessen. In: Gedenkschrift Bubenheim. Hrsg.: Kath. Pfarramt Schwabenheim. Bubenheim 1971.



Das Reichstagsgebäude Berlin. Quelle: Bundesarchiv Koblenz, Best. ABC 8328.

## 2.1 Die Deutsche Zentrumspartei – Bockius' politische Heimat

*„Seit 1867 bildeten katholische Abgeordnete im Badischen Landtag, seit 1869 im Preußischen Abgeordnetenhaus und in der Kammer der Abgeordneten in Bayern, nach Gründung der Bayerischen Patriotenpartei, seit 1871 auch im Reichstag je eine eigene Fraktion ‚Zentrum (Verfassungspartei)‘. Ihr schlossen sich die Abgeordneten der Patriotenpartei – zu ihren Mitgründern zählte der bedeutende Publizist Joseph Edmund Jörg (1819-1901, MdR 1874-1878) – an. Im Reichstag war die Zentrumsfraktion ab 1874 die zweitstärkste Kraft. Nach dem Tod von Hermann von Mallinckrodt (1821-1874) wurde der frühere Justizminister in Hannover, Ludwig Windthorst (1812-1891), zum umstrittenen Repräsentanten, ohne jemals Partei- oder Fraktionsvorsitzender zu sein. Die Zentrumsabgeordneten verstanden sich als politische Vertreter des katholischen Volksdrittels im Reich. Der von Otto von Bismarck (1815-1898) inszenierte Kulturkampf, der sich von 1871 bis 1887 zog, steht für Liberalisierung der Eheschließung, Verbot kirchlicher Orden, staatliche Schulen und dem Kanzelparagraph. Diese erlassenen Gesetze zwangen die deutsche Zentrumspartei und die katholische Kirche, eine ungewollte politische Opposition anzunehmen. Durch die 1887 erlassenen Friedensgesetze [...] konnte sich das Zentrum von einer Oppositionspartei in eine Regierungspartei umwandeln und politische Verantwortung übernehmen [...].“<sup>57</sup>*

### Das „Zentrum“ in der Weimarer Republik

Die Zentrumspartei lehnte grundsätzlich jeglichen Revolutionsgedanken ab, so auch im November 1918, als es zu einem revolutionären Umbruch kam. Bei der Wahl zur Nationalversammlung 1919 trat das Zentrum unter der Bezeichnung „Christliche Volkspartei“ an, jedoch misslang der Versuch, überkonfessionell Fuß zu fassen. Wie auch schon im Kaiserreich zeichnete sich das Zentrum in der Weimarer Republik als

<sup>57</sup> Morsey, Rudolf: Deutsche Zentrumspartei (Zentrum), 1869/71-1933. In: Historisches Lexikon Bayerns, [http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel\\_44652](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_44652) (23.07.2009).

die Partei des Politischen Katholizismus' aus. Mit dem konstantesten Stimmenanteil aller Parteien war es bis zum Ende der Republik immer mit 60 bis 75 Abgeordneten im Reichstag vertreten. Vergleicht man den politischen Einfluss in dieser Phase mit dem Stellenwert während des Kaiserreichs, so wuchs dieser erheblich. In der Nationalversammlung bildete das Zentrum mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Deutschen Demokratischen Partei die so genannte „Weimarer Koalition“. Hier gab es politische Differenzen, vor allem in der Schul- und Kirchenpolitik. In der Innenpolitik konzentrierte sich die Zentrumspartei unter Matthias Erzberger (1875-1921) zunächst auf die Festigung der Weimarer Republik, die Sicherung des Verfassungsstaats und den Ausbau des Sozialstaats.

Ab dem Jahr 1924 gewann der rechtsbürgerliche Flügel an Gewicht. Die Zentrumspartei plädierte nun für eine nationalbetonte, revisionistische Außenpolitik. Den Übergang zu den Präsidialkabinetten markierte der Vorsitzende der Fraktion der Zentrumspartei im Deutschen Reichstag, Heinrich Brüning (1885-1970), der von 1930 bis 1932 mit Notverordnungen gestützt auf das Vertrauen des Reichspräsidenten und ohne Koalition regierte.<sup>58</sup>

Fritz Bockius bot die Zentrumspartei inhaltlich und organisatorisch eine Grundlage, auf der er seine politischen Ansichten und Ziele angemessen einbringen konnte. In seiner politischen Zeit stand er immer ganz hinter der Partei und vertrat sie zu jeder Zeit in verschiedenen Ausschüssen und vor dem Plenum des Reichstags. Besonders zur Zeit der Kanzlerschaft Brünings war sein Engagement für das Zentrum äußerst intensiv, was auch mit der persönlichen Beziehung zu Brüning zu tun hatte (vgl. Kapitel 2.3.2 und 2.3.3).

In der Hessischen Wahl-Zeitung vom 29. November 1924 für die Reichstags- und Landtagswahlen am 7. Dezember 1924 äußerte sich Fritz Bockius grundlegend über die Parteistruktur des Zentrums. „*Unsere Partei nennt sich Zentrum, das heißt Mitte. Keine andere Partei führt diesen Namen oder hätte ein Recht auf den Namen: Die Mitte.*“<sup>59</sup> Was das Zentrum im Gegensatz zu anderen Parteien ausmache, sei die Weltanschauung in Verbindung mit der Vertretung wirtschaftlicher Interessen aller Bürger. Die übrigen Parteien seien wirtschaftlich mehr oder weniger Anwälte bestimmter Berufsschichten, des Besitzes oder Nichtbesitzes, der Arbeit oder Wirtschaft, des Mittelstandes, der Industrie oder des Handels. Das Zentrum – und mit ihm Fritz Bockius – warnte vor der Vorherrschaft einer oder mehrerer Klassen. Die „*schöpferische Partei der Mitte*“ sei es gerade deshalb, weil es alle Wirtschaftsgruppen vertrete. Es führe ihnen vor Augen, dass ein gemeinsames Miteinander den Erfolg in sich berge. Dieses Streben sollte zu einer gemeinsamen Politik führen, welche von allen getragen und mitgestaltet wird,<sup>60</sup> „[...], indem es nicht wie andere Parteien einzelne Wirtschaftsgruppen zum Mittelpunkt seiner Politik macht, sondern aus allen auseinanderstrebenden Gruppen einen Organismus, ein Herz, sodaß alle Gruppen in ihrer Gesamtheit der Mittelpunkt und der Gegenstand der Staatspolitik werden.“<sup>61</sup> Im Zentrum seien mehrere gesellschaftliche Schichten vertreten, jedoch gebe es keine Extreme „[...] kein links und kein rechts [...]“<sup>62</sup> und jedes Mitglied richte seinen Blick immer auf das Ganze. „*Es ist die Politik des begeisterten deutschen Gedichtes: ,Das ganze Deutschland soll es sein‘.*“<sup>63</sup>

<sup>58</sup> Vgl. <http://www.dhm.de/lemo/html/weimar/verfassung/zentrum/index.html>, (17. 04 2009).

<sup>59</sup> Mainzer Journal vom 29. November 1924.

<sup>60</sup> Vgl. Ebd.

<sup>61</sup> Ebd.

<sup>62</sup> Ebd.

<sup>63</sup> Mainzer Journal vom 29. November 1924. Bezug auf Ernst Moritz Arndt: „Was ist des Deutschen Vaterland?“, 1813.

Die religiöse Verwurzelung und der hohe, fast missionarische Auftrag werden deutlich in den weiteren Ausführungen: „*Die Politik der Mitte ist nicht nur Übermittler eines christlichen Ideals, sondern auch des Erfolges. Sie ist, weil sie christlich und deshalb verantwortungsvoll nicht auf den Schein, sondern das Sein, nicht auf gefühlsmäßige Wünsche, sondern die harten Realitäten sieht, dem deutschen Vaterland an seinem Krankenlager zum rettenden Arzt geworden.*“<sup>64</sup>

Gegen Ende seiner Rede sprach Bockius den „goldenens Grundsatz“ der Politik der Mitte aus: „*Nationale Würde nach außen, nach innen sozialer Sinn, wollt Ihr den Aufstieg Deutschlands in einer Erfolgspolitik, dann wählt das Zentrum, die Mitte.*“<sup>65</sup>

Auch in seiner Rede über Wirtschaft und Politik vom 8. November 1924 hebt Bockius die christlichen Grundsätze der Zentrumsparthei hervor. „*Die Zentrumsfraktion steht, getreu ihren christlichen Grundsätzen, auf dem Standpunkt einer Aufwertung nach dem elementarsten Grundsatz aller Völker, nach dem Grundsatz der Gerechtigkeit und nach dem Grundsatz von Treu und Glauben.*“<sup>66</sup> Die Zentrumsparthei sei in ihren Entscheidungen immer eigenständig und souverän gewesen. Sie habe mit anderen Parteien nie mehr als eine Arbeitsgemeinschaft gekannt und bei Koalitionen hätten die koalitionsbereiten Parteien die Zentrumsprogramme unterschrieben. Das Zentrum habe dabei immer geführt.<sup>67</sup> Aus diesen Grundsätzen sei abzuleiten, dass es beim Zentrum eine Abneigung gegen eine Diktatur gebe. Das Zentrum stehe auf dem Standpunkt des parlamentarischen Systems, das heißt der Demokratie. Diese versuche das Zentrum zu erhalten, es dürfe nicht zu einem Rückschritt zur Unfreiheit einer Klassenherrschaft kommen.<sup>68</sup> „*Jede Diktatur wäre aber die Diktatur irgend einer Klassenherrschaft, sei es von links oder sei es von rechts und damit die Unterdrückung der anderen Interessen.*“<sup>69</sup>

## 2.2 Der Kommunalpolitiker Fritz Bockius

Schon als junger Rechtsanwalt trat Fritz Bockius im politischen Leben hervor. Als Versammlungsredner behandelte er politische und soziale Fragen. Bei seiner ersten politischen Rede in seiner rheinhessischen Gemeinde war auch seine Frau zugegen. Sie ahnte damals nicht, welches tragische Ende seine politische Laufbahn nehmen sollte.<sup>70</sup> Gleich nach dem Ende des Ersten Weltkriegs wandte sich Fritz Bockius der organisierten Politik zu und wurde ein engagierter Politiker der Weimarer Republik. Als Abgeordneter der Deutschen Zentrumsparthei vertrat er diese ab 1919 im Kreistag und Kreisausschuss Mainz und wurde 1920 Spitzenkandidat des Zentrums bei der Kreistagswahl. Bereits am 20. Oktober 1920 wählte man ihn zum Landesvorsitzenden seiner Partei in Hessen. Bockius übte dieses Amt dreizehn Jahre aus.<sup>71</sup> Im Gegensatz zu den Grenzen des heutigen Bundeslandes Hessen umfasste der damalige „Volksstaat Hessen“ auch einige heute dem Bundesland Rheinland-Pfalz zugehörige Gebiete. Der Verwaltungssitz der damaligen Provinz Rheinhessen war Mainz.

<sup>64</sup> Ebd.

<sup>65</sup> Ebd.

<sup>66</sup> Mainzer Journal vom 8. November 1924.

<sup>67</sup> Mainzer Journal vom 15. Mai 1928.

<sup>68</sup> Vgl. Mainzer Journal vom 6. März 1929.

<sup>69</sup> Ebd.

<sup>70</sup> Vgl. Neuer Mainzer Anzeiger vom 23. November 1945.

<sup>71</sup> Vgl. Braun, Gottfried: Dr. Friedrich August Bockius. In: Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts. Herausgegeben von Helmut Moll im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz (1999) Band 1. Paderborn, München, Wien, Zürich 4. vermehrte und aktualisierte Auflage 2006, S. 363-366.

*„Der **Volksstaat Hessen** war ein Land des Deutschen Reiches in der Zeit der Weimarer Republik und der Zeit des Nationalsozialismus 1933 bis 1945. Er entstand nach der Absetzung des Großherzogs Ernst Ludwig am 8. November 1918 aus dem Großherzogtum Hessen. Ebenso wie das Großherzogtum bestand der Volksstaat aus zwei größeren voneinander getrennten Gebieten in Mittel- und Südhessen (einschließlich Rheinhessen) sowie einer Reihe kleinerer Exklaven.“*

*Der Namenszusatz Volksstaat bezieht sich auf die nach dem Sturz des Großherzogs erreichte Demokratie, seine Verwendung erfolgte analog zur Bezeichnung Freistaat (= Republik) für andere Teilstaaten der Weimarer Republik.*

*Gemäß Versailler Vertrag waren ungefähr 40 Prozent des Staatsgebietes, insbesondere die linksrheinische Provinz Rheinhessen, aber auch zeitweise Teile der Provinz Starkenburg, durch französische Besatzungstruppen bis zum 30. Juni 1930 besetzt.“<sup>72</sup>*

Eine seiner ersten Reden hielt Fritz Bockius in Mainz im großen Saal des Frankfurter Hofes bei einer Versammlung der Zentrumspartei am 30. Januar 1920. In dieser Rede sprach er über die schwere Lage, in der sich Deutschland befand. Er führte an, dass die einzige Möglichkeit, diesem Elend zu entkommen, darin bestehe, sich wieder auf die deutschen Tugenden zu beziehen und diese Ideale auf dem Boden der Religion aufzubauen. Unbedingt müsse dem egoistischen Kapitalismus entsagt werden. „*Trotzdem denkt Deutschland nicht daran, den Konkurs anzumelden, sondern es muß suchen, aus dem Elend herauszukommen, und das können wir, wenn wir den Glauben an uns selbst nicht verlieren.*“

In der Berichterstattung des „Mainzer Journal“, einer katholischen Tageszeitung, die nach der gescheiterten Revolution 1918 entstanden war, heißt es weiter: „*Redner zeigte eingehend und an Beispielen, wie Arbeit und Tatkräft Kurs und Valuta zu heben imstande sind, namentlich wenn die früher gepriesenen deutschen Tugenden Tüchtigkeit, Ordnungsliebe und Sparsamkeit mitwirken. [...] Aber diese Krankheit hat ihren Ursprung in dem egoistischen Kapitalismus, der wiederum aus einer materialistischen Philosophie hervorgegangen ist. Ohne Ideale können wir nicht wieder empor kommen und unsere Ideale können nur auf dem Boden der Religion auftreten.*“<sup>73</sup>

Bemerkenswert früh – 1920 – wird Bockius Vorsitzender der Zentrumspartei in Hessen<sup>74</sup> und des Wahlkreises 33 Hessen-Darmstadt sowie Mitglied des Reichsausschusses der Deutschen Zentrumspartei.<sup>75</sup> In dem Parteiwirrwarr der frühen Weimarer Republik drohte nach Bockius' Ansicht der christlichen Lebensführung in Deutschland Gefahr. Er sah sich in der Verpflichtung, seine Kenntnisse und seine Persönlichkeit in dieser schweren Zeit nicht zugunsten eines bequemen bürgerlichen Lebens zurückzuhalten.<sup>76</sup> So blieb er bis zur erzwungenen Auflösung 1933 Vorsitzender der Hessischen Zentrumspartei.

Die früheren Politiker hatten einer älteren Generation angehört, Fritz Bockius dagegen war noch fast von jugendlichem Temperament. Unermüdlich reiste er in den Wahlkämpfen von einem Ort zum anderen und warb für die Ideen der christlichen

<sup>72</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Volksstaat\\_Hessen](http://de.wikipedia.org/wiki/Volksstaat_Hessen) (28.08.09).

<sup>73</sup> Mainzer Journal vom 30. Januar 1920.

<sup>74</sup> Der Vorgänger war gestorben.

<sup>75</sup> Vgl. Haunfelder, Bernd: Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumspartei 1871-1933. Biographisches Handbuch und historische Photographien. Düsseldorf 1999, S. 134.

<sup>76</sup> Vgl. Privatarchiv Gottfried Braun, Schwabenheim: Brief von Fritz Bockius jun. an die Schriftleitung des Bistumsblattes vom 2. Mai 1947.

Mitte, besonders gerne „fertigte er Diskussionsredner aller Farben“ ab.<sup>77</sup> Er galt als gefürchteter und mitreißender Diskussionsredner. Während seiner Kreistagstätigkeiten bekämpfte er die separatistischen Bestrebungen in Rheinhessen. Als Spitzenkandidat schien Fritz Bockius für die spätere Kandidatur bei der Reichstagswahl 1924 geeignet, da er aufgrund seiner großen Verdienste um die Landwirtschaft Rheinhessens stark in den Mittelpunkt gerückt war. Dazu gehörten auch das Erteilen von kostenlosem Rat, um als übertrieben empfundene Auflagen in der Landwirtschaft abzuwehren und das Vertreten von armen Landwirten, wobei er die Prozesse unentgeltlich durchführte.<sup>78</sup> So war es nicht verwunderlich, dass er – Otto von Brentano<sup>79</sup> wollte nicht mehr kandidieren – 1924 als Spitzenkandidat zur Reichstagswahl nominiert wurde:

„Mainz, 3. April. Der Landesausschuss der Zentrumspartei in Hessen ist gestern in Darmstadt zusammengetreten. Die Tagung nahm einen durchaus harmonischen Verlauf. Als Spitzenkandidaten wurden einstimmig für die Wahl aufgestellt: 1. Rechtsanwalt Dr. Bockius (Mainz), 2. Regierungsrat Knoll (Darmstadt), 3. Landwirt Bürgermeister Möbs (Nieder-Mörlen).“<sup>80</sup>

Reichstagswahl Wahlkreis Offen-Darmstadt.			
1	Sozialdemokratische Partei Bundestagsabgeordneter Kling — Dr. Barth — Dr. Gottlieb Bebenheim	1	<input type="radio"/>
2	Sozialdemokratische Volkspartei Dr. Schmitz — Dr. Kuck — Dr. Otto P. Germann — Kling	2	<input type="radio"/>
3	Sozialdemokratische Partei Dr. Schmitz — Kuck — Kling — Quistorp	3	<input checked="" type="radio"/>
4	Sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Kling — Bebenheim — Wagner Wülfen	4	<input type="radio"/>
5	Sozialdemokratische Partei Dr. Bockius — Kuck — Kling — Bebenheim	5	<input type="radio"/>
6	Sozialdemokratistische Freiheitliche Bewegung Kling — Quistorp — Kling — Klingenberg	6	<input type="radio"/>
7	Sozialdemokratistische Partei Kling — Dr. Bockius — Kling — Bebenheim	7	<input type="radio"/>
8	Christlichdemokratische Partei Bebenheim — Dr. Weller — Kling — Klingenberg	8	<input type="radio"/>
9	Deutsche Christliche Volkspartei und christlichdemokratische Union Bebenheim — Klingenberg — Glaeser — Göttsche	9	<input type="radio"/>
10	Deutsche Christliche Volkspartei und christlichdemokratische Union Bebenheim — Klingenberg — Glaeser — Göttsche	10	<input type="radio"/>
11	Sozialchristian Quistorp — Kling — Kling — Klingenberg	11	<input type="radio"/>
12	Sozialdemokratistische PPP (Sozialdem. Freiheitl.) Dr. Bockius — Kuck — Klingenberg — Kling	12	<input type="radio"/>
13	Sozialdemokratische Partei Bebenheim — Klingenberg — Glaeser — Klingenberg	13	<input type="radio"/>
14	Sozialdemokratistische PPP (Sozialdem. Freiheitl.) Dr. Bockius — Kuck — Klingenberg — Kling	14	<input type="radio"/>
15	Sozialdemokratische Partei Bebenheim (H.C.P.D.) Bebenheim — Gappel — Kling — Göttsche	15	<input type="radio"/>

Stimmzettel zur Reichstagswahl am 7. Dezember 1924.

Quelle: Mainzer Journal Nr. 274 vom 3. Dezember 1924.

<sup>77</sup> Ebd.

<sup>78</sup> Braun, Gottfried: Ein Leben für Glauben, Freiheit und Gerechtigkeit. Würdigung des Reichstagsabgeordneten Dr. Fritz Bockius aus Bubenheim, Rheinhessen. In: Gedenkschrift Bubenheim. Hrsg.: Kath. Pfarramt Schwabenheim. Bubenheim 1971, S. 33 f.

<sup>79</sup> Vgl. Franz, Eckhart G.: Otto Rudolf von Brentano (1855-1927). Hessischer Minister und Stellvertretender Ministerpräsident. In: Heidenreich, Bernd (Hrsg.): Geist und Macht: Die Brentanos. Wiesbaden 2000, S. 181-196.

<sup>80</sup> Mainzer Journal vom 3. April 1924.

## 2.3 Der Reichstagsabgeordnete Fritz Bockius

Am 4. Mai 1924 wurde Fritz Bockius im Wahlkreis 33 Hessen-Darmstadt über die Liste der Deutschen Zentrumspartei in den Reichstag gewählt; jedoch kam im neuen Reichstag keine regierungsfähige Mehrheit zustande.<sup>81</sup> Von diesem Zeitpunkt an war er Reichstagsabgeordneter bis zum Ende der Weimarer Republik.

In einer Zentrumsversammlung nach der erfolgreichen Wahl wurde Bockius im Namen der Partei beglückwünscht und er sprach seine ersten Worte als neuer Abgeordneter. Er dankte seinen Wählern und versicherte sein engagiertes Auftreten und Handeln in den bevorstehenden Aufgaben. Er hob anschließend hervor, dass er kein Politiker der vielen Reden sei, sondern einer, der Taten sprechen lassen würde; des Weiteren stellte er sein Vertrauen in die Grundsätze der Zentrumspartei in den Vordergrund, welche ihm als sehr wirksam erschienen. Auch wies er auf das wichtige Vertrauensverhältnis zwischen seinen Mainzer Wählern und seinen Wählern aus Hessen hin.<sup>82</sup>

*„Gestern abend fand im Frankfurter Hof eine gut besuchte Zentrumsversammlung statt. [...]. Sodann gab er [der Vorsitzende der Zentrumspartei Mainz, Rechtsanwalt Laaff] seine Freude kund, daß unser Kandidat, Herr Rechtsanwalt Bockius, gewählt sei (Lebhafter Beifall). [...] Er brachte auf Herrn Rechtsanwalt Bockius, dem er herzlich zu seiner Wahl gratulierte, ein Hoch aus, in das die Abwesenden stürmisch einstimmten.*

*Herr Rechtsanwalt Bockius dankte für die Beifallskundgebung. Sein Grundsatz sei nicht so viel zu reden, sondern mehr zu arbeiten. Nach den großen Männern der Zentrumspartei, Dr. Schmitt und von Brentano, die so lange die Hessische Zentrumspartei vertreten haben, sei es ihm nicht leicht geworden, das Mandat anzunehmen, aber er habe erkannt, daß die goldenen Grundsätze der Zentrumspartei besonders wirksam seien. Nachdem er dann der Vergangenheit gedachte, ging er auf die Aufgaben ein, die dem neuen Reichstage bevorstehen. [...]“<sup>83</sup> „Ferner gab er seiner Freude Ausdruck, daß Herr Rechtsanwalt Bockius das Vertrauen, das fast 100.000 Wähler auf ihn setzten, rechtfertigte und die sturmerprobte Zentrumsfahne vorantrage zum Kampf und Sieg.“<sup>84</sup>*

Die Situation zur Zeit seiner erfolgreichen Kandidatur war vor allem seit 1923 gekennzeichnet von inneren Wirren und äußeren Anfeindungen. Unter dieser Situation litt auch Fritz Bockius. Die Inflation setzte in Deutschland ein und vernichtete das Vermögen vieler Bürger, des Weiteren verursachte sie die politische Enteignung des Mittelstandes. Weitere Faktoren waren der Ruhrkampf, der passive Widerstand gegen die französische Besatzungsmacht, die kommunistischen Aufstände in Sachsen und Hamburg, der Hitler-Putsch in München sowie der wieder aufliegende Separatismus im Rheinland und in der Pfalz.<sup>85</sup> Trotz der vielen inneren

<sup>81</sup> Braun, Gottfried: Ein Leben für Glauben, Freiheit und Gerechtigkeit. Würdigung des Reichstagsabgeordneten Dr. Fritz Bockius aus Bubenheim, Rheinhessen. In: Gedenkschrift Bubenheim. Hrsg.: Kath. Pfarramt Schwabenheim. Bubenheim 1971, S.34-54.

<sup>82</sup> Vgl. Mainzer Journal vom 6. Mai 1924.

<sup>83</sup> Mainzer Journal vom 6. Mai 1924.

<sup>84</sup> Ebd.

<sup>85</sup> „Seit sich ‚die französischen Erwartungen, als Ergebnis des 1. Weltkrieges im Versailler Friedensvertrag 1919 die Loslösung des Rheinlandes vom Deutschen Reich zugestanden zu erhalten‘ oder doch zumindest einen englischamerikanischen Garantievertrag gegen einen eventuellen deutschen Angriff zu erlangen, zerschlagen hatten und daraufhin außer dem Rheinland auch das Ruhrgebiet besetzt wurde, entzündete sich ‚der seit 1919 schwelende Separatismus zum offenen

und äußeren Bedrohungen bestand die Republik diese Zerreißprobe und schöpfte wieder neue Kraft in den „*Goldenen Zwanzigern*“, wobei es zu einer Neuordnung der Wirtschaft und Stabilisierung der Deutschen Mark unter Gustav Stresemann (1878-1929) und Hans Luther (1879-1962) kam.

### 2.3.1 Bockius' Funktion und Position innerhalb der Zentrumsfraktion bis 1930



Abgeordneter Fritz Bockius im Handbuch des deutschen Reichstages (1924).

Nach der Wahl im Mai 1924 wurde das Zentrum im Reichstag von insgesamt 62 Abgeordneten vertreten. „*Herr Reichstagsabgeordneter Bockius gab dann unter dem stürmischen Beifall der Versammlung bekannt, daß die Zentrumsparthei 62 Abgeordnete in den Reichstag schicke, soweit die Ergebnisse zur Stunde vorliegen.*“<sup>86</sup> Dies galt als ein großer Schritt und Erfolg in der Zentrumspolitik.

---

Feuer.’, Unter dem Schutz und gelegentlich direkter Beihilfe der Besatzungstruppen gelang es den Separatisten im Rheinland und in der Pfalz an verschiedenen Orten erfolgreich zu putschen’. Ausgehend von Aachen, wo am 21. 10. 1923 die Rheinische Republik proklamiert wurde, griff die Bewegung „zunächst auf das Mittelrheingebiet über. Anhänger [...] besetzten vom 22. Oktober an die staatlichen Behörden in Wiesbaden und Mainz, bald darauf auch in Worms und anderen rheinhessischen Orte““. Dietz, Wolfgang: Die Brohler Ereignisse des 8. und 9. November 1923 und ihre Hintergründe. Zit n. <http://www.kreis.aw-online.de/kvar/VT/hjb1987/hjb1987.28.htm> (21.08.2009). Vgl. Kahlenberg, Friedrich: Großhessenpläne und Separatismus. Das Problem der Zukunftsorientierung des Rhein-Main-Gebietes nach dem Ersten Weltkrieg (1918-1923). In: Geschichtliche Landeskunde. Festschrift Ludwig Petry. Band V/2. Wiesbaden, S. 355-395.

<sup>86</sup> Mainzer Journal vom 6. Mai 1924.

**Bockius, Fritz, Dr.; Rechtsanwalt in Mainz. Wahlkr. 33 (Hessen-Darmstadt). — Zentrum.**

Geboren am 11. Mai 1882 in Bubenheim (Rheinhessen); katholisch. Studierte sieben Semester Theologie mit entsprechenden Examina, Jura an der Universität Gießen. Seit 1912 Rechtsanwalt in Mainz. — Vorsitzender der hessischen Zentrumspartei seit 1920. Verfaßte »Aufwertungspolitik« 1925. — Mitglied des Reichstags seit der 2. Wahlperiode 1924.

(Bild Seite 534, Platz 294, Zimmer 2. O. 109)



Dr. Bockius

Abgeordneter Fritz Bockius im Handbuch des deutschen Reichstages (1932).  
Quelle: [http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt4\\_h1\\_bsb00000007\\_00535.html](http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt4_h1_bsb00000007_00535.html).

Zum ersten Mal anwesend an einer Sitzung der Zentrumsfraktion war Bockius laut Protokoll der Reichstagsfraktion am 19. Mai 1924:

„19. Mai 1924: Fraktion, Anwesende: [...], Dr. Bockius, [...]“<sup>87</sup>

Nach Gottfried Braun war Fritz Bockius als Fraktionsmitglied ein Politiker mit einem energischen Auftreten, der für seine Überzeugungen einstand und sich nur von sachlichen Argumenten überzeugen ließ.<sup>88</sup> Seit 1928 war er Beisitzer im Reichsparteivorstand und nahm oft an Fraktionsvorstandssitzungen teil, ebenso gehörte er vielen Ausschüssen an und galt als Fachmann für mehrere Sachgebiete. „Er gehörte dem Kriegsbeschädigtenausschuß, dem Aufwertungsausschuß, dem Rechtsausschuß, dem Landwirtschaftsausschuß und den Ausschüssen für besetzte Gebiete und Beamtenangelegenheiten an. In ihnen setzte er sich vor allem für Kriegsopfer, die Not leidenden Rentner, für die Forderung einer christlichen Moral und gegen die Erleichterung von Ehescheidung und Abtreibung ein.“ Weitere Arbeitsschwerpunkte waren die Bewilligung von Winzerkrediten, die Interessen seiner Heimat im französisch besetzten Gebiet und die Besoldungsfragen der Beamten. Übereinstimmend wird von ihm berichtet, er habe volksnah ein „Ohr am Mund des Volkes“ gehabt und sich auch vor Ort „um alle Stände“ gekümmert. „Er

<sup>87</sup> Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstands der Deutschen Zentrumsparcie 1920- 1925. Bearbeitet von Rudolf Morsey und Karsten Ruppert. Mainz 1981, S. 541.

<sup>88</sup> Vgl. Braun, Gottfried: Ein Leben für Glauben, Freiheit und Gerechtigkeit. Würdigung des Reichstagsabgeordneten Dr. Fritz Bockius aus Bubenheim, Rheinhessen. In: Gedenkschrift Bubenheim. Hrsg.: Kath. Pfarramt Schwabenheim. Bubenheim 1971, S. 34-54.

beteiligte sich an Veranstaltungen der Beamten, der Arbeiter, der Winzer und Landwirte, des Mittelstandes und der Jugend.“<sup>89</sup> An anderer Stelle wird gelobt: „Trotz dieser wohl überreichlichen Inanspruchnahme hatte er auch für die Geschehnisse in seiner Heimat noch Zeit. So richtete er während eines Treffens der DJK [Deutsche Jugendkraft, katholischer Sportverein] in Schwabenheim, wenn ich nicht irre, war es 1925, mahnende, anfeuernde Worte an die Jugend und begrüßte es freudig, daß auch die evangelische Jugend sehr aktiv im Kampf um den Glauben geworden sei. „Getrennt marschieren und vereint schlagen“, war die Parole, die er ausgab.“<sup>90</sup>



Eröffnungssitzung des 7. Reichstags 6. Dezember 1932.  
Quelle: Bundesarchiv Koblenz, best. ABC, Nr. 14102.

Fritz Bockius wurde zuerst als Finanzexperte bekannt und später – beruhend auf seinen Vorkenntnissen – als Fachmann in Rechtsfragen. Seine unterschiedlichen Themen, z. B. bei einer Ansprache am 13. Juni 1929, waren Rechtssprechungskrise, Kritik an Presseberichterstattung der Sensationspresse, Aufwertungsanfälligkeit und Umwertung, Abtreibung und Reform der Ehescheidung, Rechtshoheit und Räumung der besetzten Gebiete. Gerade die Ehescheidungsfrage und die Räumung der besetzten Gebiete waren in Fritz Bockius' politischem Leben zentrale Punkte, welche für ihn eine besondere Bedeutung gewannen.

Die vielfältigen Tätigkeitsfelder hatten auch unerwünschte parlamentarische Folgen: Auf Grund seiner beruflichen Belastung musste Fritz Bockius mehrmals Ausschusssitzungen fernbleiben. Er erhielt deshalb eine Beschwerde und wurde aufgefordert, regelmäßiger zu erscheinen oder bei Nichterscheinen rechtzeitig Bescheid zu geben.<sup>91</sup>

<sup>89</sup> Ebd., S. 38.

<sup>90</sup> Privatarchiv Gottfried Braun, Schwabenheim: Brief von Hr. Schilling an Gottfried Braun vom 3. November 1970.

<sup>91</sup> Braun, Gottfried: Ein Leben für Glauben, Freiheit und Gerechtigkeit. Würdigung des Reichstagsabgeordneten Dr. Fritz Bockius aus Bubenheim, Rheinhessen. In: Gedenkschrift Bubenheim. Hrsg.: Kath. Pfarramt Schwabenheim. Bubenheim 1971, S. 34-54.

*„13. Dezember 1926: Vorstand*

Anwesend: v. Guérard, Klöckner, Minister Dr. Bell, Dr. Brauns, Esser, Giesberts, Stegerwald, Joos, zugezogen Wegmann.

1. Auf Beschwerde Schulte wird Dr. Bockius im Rechtsausschuß belassen. Bockius soll ersucht werden, regelmäßiger zu erscheinen, im Falle des Fehlens rechtzeitig Nachricht zu geben, damit Ersatz gestellt werden kann.<sup>92</sup>

Nachfolgend sollen einige für Bockius vorrangige Themen näher beleuchtet werden:

### **Geldentwertung und Aufwertung**

Während seiner Arbeit im Reichstag entwickelte sich Fritz Bockius immer mehr zu einem geachteten Innenpolitiker. In den ersten Jahren des Deutschen Reichstages stand dieser noch ganz unter dem Eindruck der Inflation. Daher beschäftigte er sich hauptsächlich mit der Aufwertungspolitik und ihren Folgen für die Rentner. Von diesem Thema handelte auch eine seiner ersten großen Reden. Es ging um die sozial gerechte Verteilung der bereitgestellten Geldmittel an die Kriegsbeschädigten. Bockius erwähnte immer wieder den Zusammenhang und die große Bedeutung von Wirtschaft und Politik. Nur durch eine funktionierende Wirtschaft könne auch eine funktionierende Politik gewährleistet werden. Bockius veröffentlichte die Schrift „Aufwertungspolitik – Das Unrecht bei der Aufwertung – Schicksal oder Entrechtung der Rentner?“. Diese Schrift erschien 1925 und handelt von der Erfahrung, dass verarmte Rentner eine weitere Kategorie von Kriegsopfern (neben Gefallenen, Verwundeten, Vertriebenen und Arbeitslosen) seien. Dies sei freilich kein Betrug an den Rentnern, sondern ein Schicksal, welches getragen werden müsse. Am 11. Juli 1925 kam es zu seiner zweiten großen Rede in einer Reichstagssitzung als Vertreter des Aufwertungsausschusses. Dabei befürwortete er die Aufwertung nach „Treu und Glauben“.

### **Besetzte Gebiete**

*„Darüber hinaus belastete eine weitere Kriegsfolge Verwaltung wie Alltag der Bevölkerung: die französische Rheinland-Besetzung, die für Hessen bedeutete, daß die gesamte Provinz Rheinhessen wie der Landkreis Groß-Gerau, der westliche Teil des Landkreises Darmstadt und einige Orte des Kreises Offenbach durch französische Militärposten vom übrigen Land getrennt waren. So standen bis 1930 ca. 25 % des Staatsgebiets erst unter Kriegs-, dann unter Besetzungsrecht; es wurden Wohnungen beschlagnahmt, der Waren- und Personenverkehr behindert, auch die Versorgung mit Fleisch und Milch aus Oberhessen erheblich gestört; verschärft wurde dies während der Zeit des reichsweiten „passiven Widerstands“ gegen die französische Ruhrbesetzung 1923, als einige tausend Beamte ausgewiesen wurden. Nicht nur antifranzösische und nationalistische Gefühle wurden in der Öffentlichkeit angeheizt, auch ein latenter Rassismus wurde mit Billigung der Reichsregierung geweckt. Ein Viertel der Besatzungssoldaten kam aus Nordafrika oder Senegal: „schwarze Schmach“ hieß das im Volksmund, ein „Vergehen an Gesamteuropa“ bei der Reichsregierung. – Erfolglos verliefen die von der Besatzungsmacht gestützten Versuche des ehemaligen Staatsanwalts hans Adam Dorten, 1919 und 1923 eine separatistische rheinische Republik auszurufen.“*

---

<sup>92</sup> Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstands der Deutschen Zentrumspartei 1920-1925. Bearbeitet von Rudolf Morsey und Karsten Ruppert. Mainz 1981, S. 75.

*Wie beim Kapp-Putsch erzwangen Generalstreiks die Aufgabe.*<sup>93</sup>

Ab dem Jahre 1928 gehörte Bockius, wie bereits erwähnt, als Beisitzer dem Reichsparteivorstand an und war Mitglied im Kriegsbeschädigten-, Aufwertungs-, Rechts- und Landwirtschaftsausschuss sowie in den Ausschüssen für Besetzte Gebiete und Beamtenangelegenheiten. In diesen Funktionen setzt sich Fritz Bockius, u.a. für die Befreiung des Rheinlandes von der französischen Besatzung ein, und er wandte sich gegen die Kriegsschuldbehauptung des Deutschen Reiches im Versailler Vertrag. Sein Fernziel war ein Gesamteuropa und ein freundschaftliches Nebeneinander der beiden Staaten Frankreich und Deutschland.<sup>94</sup> Bockius sah eine enge Verbindung zwischen Politik und Wirtschaft; daher vertrat er die Meinung, dass durch die Besatzung auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in den besetzten Gebieten sinke.

Hessen nahm für ihn eine besondere Rolle ein, da hier, im Gegensatz zu dem übrigen Deutschland, eine deutlich erkennbare Not herrschte. Hessen war mit 25% der Fläche und 40% der Bevölkerung für mehrere Jahre besetzt. Im Vergleich umfasste die Besetzung von Preußen und Bayern nur 8%; daher war Hessen fünfmal so stark besetzt wie alle anderen Länder.<sup>95</sup> Bockius sah die Befreiung des Rheinlandes als ein Ziel an, welches es zu erreichen galt, auch weil Deutschland einen Rechtsanspruch auf die Befreiung habe. Gerade die besetzten Gebiete wurden im Reichstag am stärksten vom Zentrum vertreten, so sah es Bockius als selbstverständlich an, die politische Führung auf dem Wege zur endgültigen Befreiung auf die Schultern des Zentrums zu verlagern, „[...] weil wir an der Schwelle einer neuen Zeit stehen, an der Zeit der Befreiung unseres geliebten engeren Vaterlandes. Und da ist es Pflicht des Zentrumsvertreters einige Worte zu sagen. Des Zentrums sage ich deshalb, weil das besetzte Gebiet im Reichstag am stärksten durch das Zentrum vertreten ist. (Starker Beifall).“<sup>96</sup> An anderer Stelle:

„Wenn auch vieles erreicht ist. Alles ist nicht erreicht. Wir sind noch unfrei und leiden auch wirtschaftlich stark unter der Not der Besatzung. Wann fällt die Besetzung völlig weg? Wir haben einen Rechtsanspruch auf sofortige Räumung. Das sogenannte Wilsondokument vom 16. Juni 1919 verpflichtet die Ententestaaten die Besetzung sofort aufzuheben, wenn Deutschland Beweise seines Erfüllungswillens erbracht hat.“<sup>97</sup> Es gab Diskussionen im Finanzetat, die darum gingen, nicht lebensfähige und kleine Länder aufzuheben. Bevor Verhandlungen über Einheitsstaat und Föderalismus stattfanden, sollte nach Ansicht von Fritz Bockius erst geklärt werden, ob die Lebensfähigkeit der Länder unter der Besetzung gelitten hatten. Auch sollte, wie oben schon erwähnt, festgelegt werden, ob ein Rechtsanspruch der Länder vorliege. Artikel 8 der Verfassung und § 55 des Finanzausgleichsgesetzes besagten, dass die Steuerkraft des durch die Besetzung beeinträchtigten Landes durch das Reich wieder hergestellt werden solle. Dieser Rechtsspruch konnte auch am Staatsgerichtshof eingefordert werden, jedoch sah man solche Prozesse als „unsympathisch“ an, da sie das Verhältnis von Reich und Ländern ebenso störten wie die Einheit des Volkes. Dennoch war der Rechtsanspruch klar umrissen und das besetzte Land sollte vom Reich in seiner Existenz wiederhergestellt werden, wenn es

<sup>93</sup> Lange, Thomas: Hessen-Darmstadts Beitrag für das heutige Hessen. Wiesbaden 1993, S.64.

<sup>94</sup> Vgl. Braun, Gottfried: Dr. Friedrich August Bockius. In: Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts. Herausgegeben von Helmut Moll im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz (1999) Band 1. Paderborn, München, Wien, Zürich 4. vermehrte und aktualisierte Auflage 2006, S. 363-366.

<sup>95</sup> Mainzer Journal, Undatiert, Reichstagswahl und besetzte Gebiete.

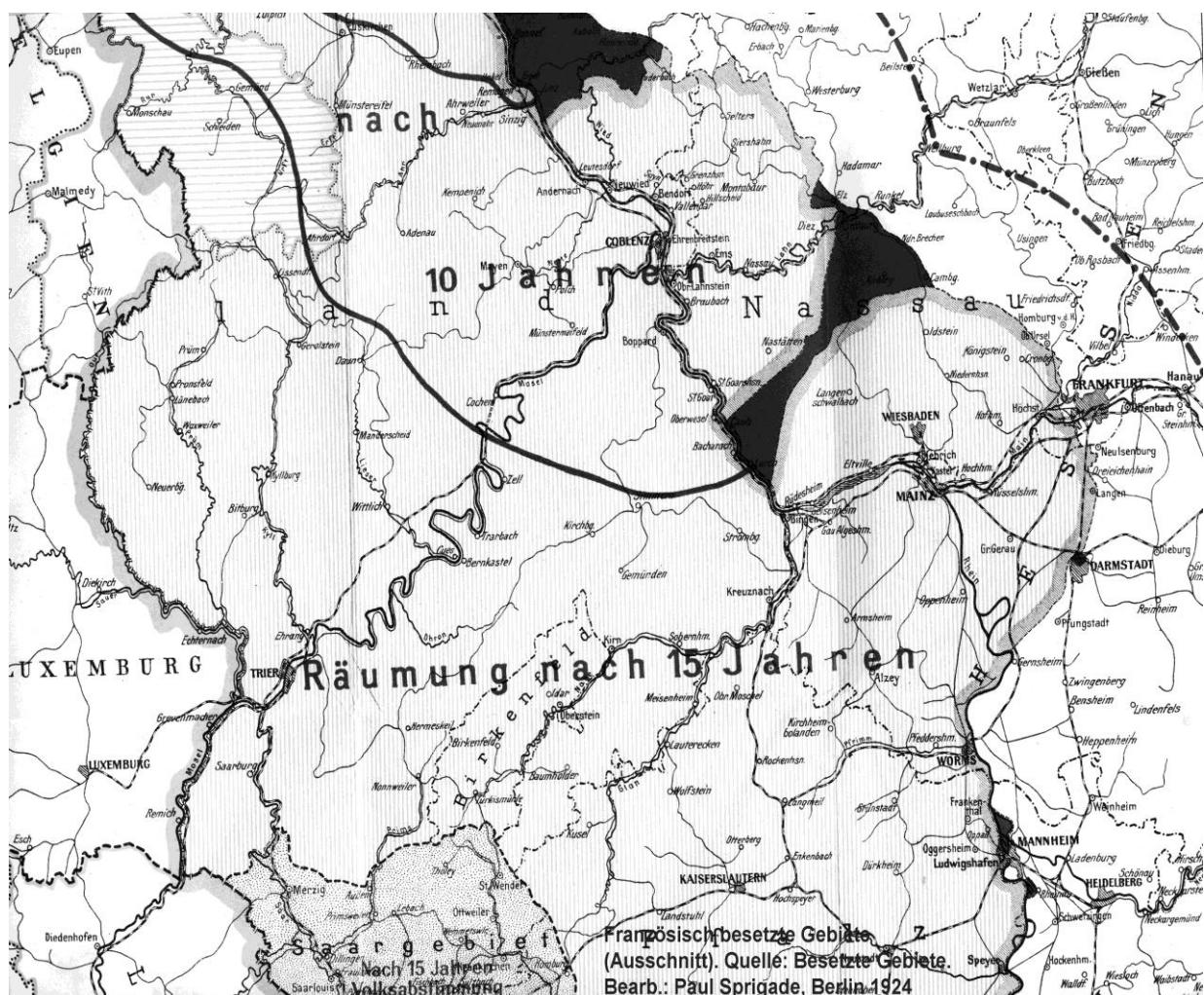
<sup>96</sup> Mainzer Journal vom 30. September 1929.

<sup>97</sup> Mainzer Journal, Undatiert, Reichstagswahl und besetzte Gebiete.

durch die Besetzung gelitten hatte. Diese Punkte müssten durch das zuständige Reichsministerium gesetzlich festgelegt werden.

Spräche man ihnen die Lebensfähigkeit ab, so zeige dies eine Undankbarkeit gegenüber den besetzten Ländern; die besetzten Länder sollten nicht für ihre „idealen Leiden“ bezahlt werden, was auch die Einwohner ablehnten. Ein Land dürfe nicht zulassen, dass auf Dauer seine Einwohner zu Menschen zweiter und dritter Klasse degradiert würden, weil sie ihre Kulturaufgaben nicht wie die anderen Länder in Deutschland erfüllen konnten. Der Rechtsanspruch sollte wegen Pflicht zur Dankbarkeit und wegen des Gerechtigkeitsgefühls festgelegt und der Steuerkraft entgegengewirkt werden. Es sollte die Rechtshoheit im besetzten Gebiet wieder hergestellt werden; dabei appellierte man auch an die Reichsregierung (deutsches Recht und deutsche Richter).<sup>98</sup>

In seiner Rede vom 20. Juni 1930 als Mitglied des Ausschusses für die besetzten Gebiete, kurz vor der Befreiung des Rheinlandes von den französischen Besatzungstruppen, wurde ein erster Erfolg deutlich: Es war zu einem Abzug der französischen Besatzung vier Jahre früher als geplant gekommen. Dies war auch dem Mut und der Ausdauer des reinhessischen Volkes zu verdanken. Damit war die Einheit des Reiches gewahrt. Jedoch war dieser Sieg auch mit einem Nachgeschmack verbunden, denn das rheinische Volk hatte durch die Besatzung eine Notlage sozialer, geistiger und kultureller Art erleiden müssen und wurde zu einer Sorge für die Zukunft.



<sup>98</sup> Rede Fritz Bockius, 276. Sitzung des Reichstags, am Mittwoch, 23. Februar 1927.

## Familienpolitik und Ehescheidungsproblematik

Schon lange vor der Berücksichtigung einer Zugewinngemeinschaft setzte Bockius sich für die rechtliche Stellung der Frau ein. Diese sollte mehr Beachtung erfahren und für die Ehe sollte eine „*Errungenschaftsgemeinschaft*“ eingeführt werden.<sup>99</sup>

Als Mitglied des Rechtsausschusses fiel Bockius die Aufgabe zu, die ablehnende Haltung seiner Fraktion zu Erleichterungen bei der Ehescheidung oder zur Straflosigkeit der Abtreibung zu begründen. Der Kampf gegen Bestrebungen, insbesondere der Sozialdemokratie, Ehescheidungen zu erleichtern, nahm einen hohen Rang in Fritz Bockius' politischem Handeln über viele Jahre hinweg ein. In einer Reichstagssitzung am 23. Februar 1927 erläuterte er seine Position in den Grundzügen:

Die Ehescheidungsfrage stelle eine weitere nicht abgeschlossene Krise auf dem kulturellen Gebiet dar. Ehenot sei auf wirtschaftliche und soziale Gründe zurückzuführen sowie auf Korruptionserscheinungen, womit Wohnungsnot, Arbeitsnot und andere wirtschaftliche Nöte verbunden seien. Die angestrebte Ehescheidungserleichterung werde vom Zentrum nicht befürwortet. Das Zentrum erkenne die Krise an und zeige sich zuversichtlich, diese Krise zu überwinden. Jedoch sei eine Ehescheidungserleichterung nicht der richtige Weg, da Unannehmlichkeiten der Ehenot wegfallen würden, wenn die wirtschaftliche Situation sich verbessere. Die staatspolitische Erfordernis bestehe darin, den Menschen auf dem so wichtigen Gebiet der Ehe im Interesse des Staates, des Landes, der Ehe und der Kinder Opfer zuzumuten. Das Zentrum stehe fest zu seiner Ablehnung der Erleichterung der Ehescheidung, auch aus moralischen Gründen (natürliche, christliche Ethik). Die natürliche Ethik stehe hierbei im Gegensatz zur Individualisierungsethik. Die Individualisierungsethik stehe im Interesse der Eheleute. Sie sehe die Ehe mehr als Vertrag, als Rechtsverhältnis in offizieller, familiärer, kultureller und besonders staatspolitischer Hinsicht. Die natürliche Ethik sehe dagegen die Ehe als ein Rechtsverhältnis mit umfassendem kulturellem Inhalt. Sie verlange das Zurücktreten der Interessen des Einzelnen und der Eheleute hinter das Interesse der Allgemeinheit.

Es gebe keinen Widerspruch zwischen natürlicher Ethik und göttlichem Prinzip. Er sei überzeugt, dass alle Kreise (nicht nur die religiösen) die Meinung des Zentrums hinsichtlich der Verminderung der Ehescheidungserleichterungen teilen würden. Vom Zentrumsstandpunkt aus sei die Ehe ein Sakrament, die Ehe also unauflöslich. „*Die Ehescheidungs-Erleichterung widerspricht auch der Verfassung. Artikel 119 der Verfassung stellt die Ehe als ‚Grundlage der Familie‘ und ‚der Erhaltung der Nation‘ unter den ‚besonderen Schutz‘ der Verfassung. Ein Gesetz, das die Auflösung der Ehe bei vorliegender bloßer Zerrüttung zulässt, führt schließlich zur Auflösung der Ehe auf der ganzen Linie. [...] Es handelt sich also hier um die Erhaltung der Ehe, also um eine Verpflichtung der Zentrumsparthei eminent staatspolitischer Art, die ihr sowohl durch Moral als durch die christliche Auffassung in der Politik durchzuführen obliegt. In dieser Frage können und müssen wir daher in keinem Punkte nachgeben.*“<sup>100</sup>

Bockius führte weiterhin aus, die negative Auswirkung der Ehescheidungserleichterung treffe in erster Hinsicht die Frauen, welchen aber geholfen werden sollte. Dies sei verbunden mit dem Problem der

<sup>99</sup> Vgl. Braun, Gottfried: Dr. Friedrich August Bockius. In: Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts. Herausgegeben von Helmut Moll im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz (1999) Band 1. Paderborn, München, Wien, Zürich 4. vermehrte und aktualisierte Auflage 2006, S. 363-366.

<sup>100</sup> Mainzer Journal vom 9. November 1929.

Unterhaltszahlungen. Geschiedene Frauen bekämen keinen Unterhalt mehr, wenn der Mann erneut heirate, da ein Mann in diesen schwierigen Zeiten nicht zwei Frauen ernähren könne. Tragisch sei dies für die Frau, welche ihr eigenes Vermögen, das sie in die Ehe mitgebracht, entwertet bekommen habe. Das Zentrum habe güterrechtliche Reformpläne, denn die Frau sei in Not schlechter gestellt als der Mann.

Hausarbeit und Kindererziehung sollten gleichen Stellenwert einnehmen wie die Arbeit des Mannes (dessen Arbeitsleistung manchmal zu wünschen übrig lasse).

Eine gerechte Lösung wäre die „*Gütergemeinschaft*“ oder die „*Errungenschaftsgemeinschaft*“. Diese beiden seien eine große Hilfe für die Frauen, denn die Ehescheidungserleichterungen bedeuteten ein Nachgeben gegenüber vorübergehenden, nicht in ganz Deutschland durchgängig bestehenden Verhältnissen. Das Zentrum sei deshalb gegen die „*Schematisierung von Moral*“, vor allem in Großstädten. Es sollte sich an den besseren Verhältnissen in mittelgroßen Städten und auf dem Land ein Beispiel genommen werden, statt die Schematisierung der Großstadtmoral voranzutreiben.<sup>101</sup>

„Auf die Frage an das Zentrum, ob es überhaupt nicht bereit wäre, auch späterhin an den Beratungen über die Ehescheidungsreform teilzunehmen, hat Dr. Bockius noch einmal den grundsätzlichen Standpunkt der Zentrumsfraktion bekanntgegeben und erklärt, daß das Zentrum nach wie vor jede Erleichterung der Ehescheidung ablehne, mithin auch jede Reform.“<sup>102</sup>

## Politik und Wirtschaft

Häufig behandelte Fritz Bockius das Verhältnis von Politik und Wirtschaft sowie die damit in Verbindung stehenden Entwicklung einer Klassengesellschaft. Für ihn war klar:

„Die Wirtschaft ist daher heute in Deutschland, materiell betrachtet, das Herz der Politik, also das wichtigste Organ und ist nicht gleichbedeutend mit der gesamten Politik. Sie ist als Organ auch nicht Selbstzweck, sondern sie hat wie jedes Organ für das Leben des ganzen Organismus zu sorgen und steht also unter der Politik.“<sup>103</sup>

Die wirtschaftliche Not verursachte für Bockius auch das Aufsplittern der Gesellschaft in Schichten, denn jeder Einzelne müsse für sich schauen, wie er sein Überleben sichere. Es entwickele sich ein Klassenkampf, welcher auch innerhalb der einzelnen Stände ausgetragen werde.<sup>104</sup>

„Bei der eklatanten Not der Wirtschaft auf allen Gebieten war der Kampf des einzelnen Wirtschaftlers für seinen Wirtschaftszweig [...] fast immer [...] gleichbedeutend mit [einem] Klassenkampf aller gegen alle. Industrie gegen Arbeitnehmer und Landwirtschaft, Produzenten gegen Verbraucher, Hausbesitzer gegen Mieter usw.“ Seine grundsätzliche Haltung zur Sozialen Frage ist klar definiert: Er war im Prinzip für eine gerechte Aufteilung des Vorhandenen und es sollte damit auf eine Abschaffung der Klassen<sup>105</sup> hingearbeitet werden: „*Es ist gerecht, wenn man den Leuten, die es am notwendigsten haben, das Wenige, was vorhanden ist, gibt.*“<sup>106</sup>

<sup>101</sup> Rede Fritz Bockius 276. Sitzung des Reichstags, am Mittwoch, 23. Februar 1927.

<sup>102</sup> Mainzer Journal vom 2. Oktober 1929.

<sup>103</sup> Mainzer Journal vom 8. November 1924.

<sup>104</sup> Rede Fritz Bockius 276. Sitzung des Reichstags, am Mittwoch, 23. Februar 1927.

<sup>105</sup> Ebd.

<sup>106</sup> Privatarchiv Gottfried Braun, Schwabenheim: Gerster, Johannes: Dr. Fritz Bockius zum Gedenken.

## Parlamentarische Demokratie

In vielen Reden von Fritz Bockius, ob nun zu Beginn seines politischen Lebens, der Bildung eines neuen Reichstags oder gegen Ende seines politischen Lebens als Parlamentarier, stellte er immer die Bedeutung der politischen Verantwortung in den Vordergrund – gerade in Krisenzeiten. Für ihn war es wichtig, eine mehrheitliche politische Führung für Deutschland anzustreben, welche mit einer Entscheidungsmacht das Land vertrat und auch für diese Taten einstand. „*Es ist noch nie so offen von allen Parteien ausgesprochen und erkannt worden, daß die Verantwortung gefehlt habe, und daß das parlamentarische System die Verantwortung dringend brauche, nicht die Übertreibung, nicht die Agitation, nicht die Demagogie, nicht die Unehrllichkeit in irgend einer Form.*“<sup>107</sup> Die anderen Parteien seien der Verantwortungslosigkeit überführt. In diesen Zeiten der Besinnung könne das Zentrum im Volk nur gewinnen, da es dem Volk in diesem Punkt im Vergleich zu den anderen Parteien nicht als Nachfolger, sondern als Führer vor Augen trete.<sup>108</sup> Das Zentrum stehe auf dem Standpunkt des parlamentarischen Systems, also auf der Seite der Demokratie. Diese gelte es zu erhalten, es dürfe auf keinen Fall zu einem Rückfall zur Unfreiheit einer Klassenherrschaft kommen.<sup>109</sup> „*Jede Diktatur wäre aber die Diktatur irgend einer Klassenherrschaft, sei es von links oder sei es von rechts und damit die Unterdrückung der anderen Interessen.*“<sup>110</sup>

Bockius sah in der geschwächten politischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands eine Chance für die Nationalsozialisten, um sich an die politische Spitze zu katapultieren. Diese Vorahnung machte er auch immer wieder publik, z. B. durch Warnungen und Parolen gegen die nationalistischen Vorgehensweisen. „*Eine Gefährdung der Sicherheit und Ordnung ist sicher vorhanden. Man kann nicht warten, bis die Arbeitslosen nicht mehr bezahlt werden können, die Menschen verhungern und dadurch besonders mit Hilfe der extremen Parteien der Kommunisten und Völkischen, die von der Not der Bevölkerung leben, Unruhen, Revolutionen und Staatsstreichs entstehen.*“<sup>111</sup>

Schon früh glaubte er in seiner politischen Laufbahn die Gefahr der Extreme zu erkennen, welche versuchten die wirtschaftliche schwache Lage auszunutzen, um so eine politische Mehrheit zu erlangen: „*Erkennst du deutsches Volk das Gebot der Stunde, dann darf in den neuen Reichstag vom 7. Dezember 1924 kein Völkischer und kein Kommunist mehr einziehen, Parteien der Phantasien, geboren aus dem Fieber der Inflation. Angesichts des Erfolgs der Politik der Mitte muß jetzt dieses Fieber restlos überwunden sein.*“<sup>112</sup> Sein politisches Leben war – in seinen Verlautbarungen – auch immer zugleich ein Kampf gegen den Extremismus. So machte er in einer Rede vor dem Landesausschuss der hessischen Zentrumsparcie am 16. Januar 1931 klar, den Nationalsozialisten die Stirn bieten zu müssen. „*Bei den Nationalsozialisten sei mit Verstand nicht viel zu machen, nur ihre Aufmachung blendet. [...] Wir müßten den Nationalsozialisten die Stirne bieten [...].*“<sup>113</sup> Herbert Bartsch urteilt: „*In seinen späteren Jahren im Reichstag wird Bockius ein immer härterer, am Ende unerbittlicher Gegner des Nationalsozialismus. 1930 kommt es zu einer heftigen Auseinandersetzung im Rechtsausschuß. Der Vorsitzende, Dr. Hans*

<sup>107</sup> Mainzer Journal vom 6. März 1929.

<sup>108</sup> Vgl. Ebd.

<sup>109</sup> Ebd.

<sup>110</sup> Mainzer Journal vom 6. März 1929.

<sup>111</sup> Mainzer Journal vom 16. November 1929.

<sup>112</sup> Mainzer Journal vom 12. August 1930.

<sup>113</sup> Mainzer Journal vom 16. Januar 1931.

*Frank [1900-1946], ein fanatischer Anhänger Hitlers, der später Generalgouverneur in Polen wird, erklärt im Reichstag, das Zentrum mißbrauche den Glauben für seine schmutzigen Geschäfte. Bockius verlangt die Ablösung des Vorsitzenden und zeigt sich auch in den Sitzungen der eigenen Fraktion unnachgiebig. Die Affäre wird erst durch eine förmliche Entschuldigung Franks bereinigt.“<sup>114</sup>*

Diesen Sachverhalt sprach Bockius am 11. Dezember 1930 in der Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschen Zentrumspartei an. „Dr. Bockius berichtet über die Vorgänge im Rechtsausschuß, die gezeigt hätten daß der Vorsitzende des Ausschusses, der Nationalsozialist Dr. Frank II, sich unfähig erwiesen habe, objektiv zu verhandeln. Im Ausschuß soll der Antrag gestellt werden, die Nationalsozialisten zu ersuchen, einen anderen Kandidaten vorzuschlagen. Becker und Dr. Marx vertreten die Ansicht, daß der Vorsitzende eines Ausschusses abgerufen werden kann, da er ja gewählt werden muß.“<sup>115</sup>

Seine Haltung gegenüber den Nationalsozialisten schien also klar, zudem hatte er eine negative Vorahnung, was die politische Zukunft betraf. Er wusste, dass die politische Lage instabil war und nutzte jede Gelegenheit, um auf die mögliche Gefahr der rechten Seite hinzuweisen. „Was die Extremen links und rechts angeht, so ist es leider eine Erfahrungstatsache, daß in der Not die Extremen gewinnen. Wir hoffen jedoch als Enderfolg des Wahlkampfes zu erreichen, durch Aufklärung, daß die Extremen nicht zu üppig ins Kraut schießen, um die Gefahr der Links- oder Rechtsdiktatur abzuwenden. Denn das wäre das Ende.“<sup>116</sup> Vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurden seine Warnungen noch massiver, da er auch durch die Koalitionsverhandlungen mit der NSDAP tiefere Einblicke in Struktur und Ziele der Partei gewonnen hatte. Auch seine Äußerungen über Hitler und seine Politik hielt er nicht mehr zurück. Er bezeichnete ihn bei dem Schlussappell der Mainzer Zentrumspartei im großen Saal der Stadthalle 1932 als einen „Lump, der mehr verspricht als er gelegentlich selbst zugibt, daß er halten kann.“<sup>117</sup> „Reichstagsabg. Dr. Bockius schloß seine Ausführungen mit den Worten: ‘Wer dumm genug ist, der wählt auch in vierzehn Tagen wieder Hitler (der in seinem Buch ‘Mein Kampf’ selber fordert, daß die Agitation stets sich auf die Dümmlsten einstellen müsse) [...].’“<sup>118</sup>

## Außenpolitik

Der Erste Weltkrieg und der daraus resultierende Versailler Vertrag hatten Deutschland in eine Notlage gebracht. Bockius plädierte für ein Entgegenwirken dieser Lage mit allen zu Gebote stehenden friedlichen Mitteln der Außenpolitik. Nicht augenblickliche Machtverhältnisse, sondern Ehre, Freiheit und Gleichberechtigung der Völker müssten die alleinige Grundlage der internationalen Beziehungen werden.<sup>119</sup> Die endgültige Klärung der Kriegsschulden bedeutete für Bockius ein wichtiges Ziel. Er vertrat die Meinung, dass die deutsche Wirtschaft nur dann wieder in Schwung kommen könne, wenn die Kriegsschulden genau festgelegt werden würden, um so die zu tragenden Lasten auf mehrere Generationen verteilen zu können.<sup>120</sup> Für ihn war dies die Hauptaufgabe des neuen Reichstags, welcher sich im

<sup>114</sup> Bartsch, Herbert: Der Reichstagsabgeordnete Dr. Fritz Bockius – Christ, Anwalt, Demokrat. In: Anwaltsblatt 12, 1993, S. 608-610.

<sup>115</sup> Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstands der Deutschen Zentrumspartei 1926-1933. Bearbeitet von Rudolf Morsey. Mainz 1969, S. 498.

<sup>116</sup> Mainzer Journal vom 28. Juli 1930.

<sup>117</sup> Mainzer Journal vom 30. Juli 1932.

<sup>118</sup> Mainzer Journal vom 19. Juli 1932.

<sup>119</sup> Mainzer Journal vom 21. März 1930.

<sup>120</sup> Vgl. Mainzer Journal vom 15. Mai 1928.

Besonderen um die Außenpolitik zu kümmern hätte, die durchaus als Sozialpolitik verstanden werden konnte. So behandelt Bockius in einer Rede vom 12. August 1930 die Frage, wie das deutsche Volk in seiner Not leben könne. Dabei soll das Volk 58 Jahre Reparationen von durchschnittlich 2 Milliarden zahlen, wenn im Osten Ostpreußen vom Reich wirtschaftlich abgeschlossen ist, wenn die Saar noch nicht nach Deutschland zurückgekommen ist, wenn der Versailler Friedensvertrag immer noch die Völker einteile in Tugendhelden und Verbrecher und die Behauptung erstelle, dass Deutschland verbrecherisch den Krieg entfesselt habe.<sup>121</sup> Auch die Weltwirtschaftskrise habe dem deutschen Volk zugesetzt, so dass die Zahl der Arbeitslosen immer weiter ansteige, was auch für einen Absturz der Wirtschaft gesorgt habe.

*„Eine andere große Aufgabe auf dem Gebiete der Außenpolitik wartet auf den neuen Reichstag. Die Abänderung des Dawesabkommens<sup>122</sup> und die endgültige Feststellung des Kriegsributs sowie einer anderen Festsetzung der Ratenzahlungen. Wir zahlen jetzt jährlich 2,5 Milliarden und mit den inneren Kriegslasten im ganzen 3,5 Milliarden. Das macht mehr wie die Hälfte der gesamten Reichsausgaben aus.“<sup>123</sup>*

### 2.3.2 Die Bewertung der Brüning'schen Politik durch Bockius

1930 übernahm das Zentrum unter der Leitung des späteren Reichskanzlers Heinrich Brüning die Führung<sup>124</sup>. „Von diesem Augenblick hat das Zentrum im deutschen Reichstag die Führung übernommen, auch schon zur Zeit des Kabinetts Müller. Die Führung verknüpft sich mit dem Namen Brüning. Er wurde am 5. Dezember 1929 zum Vorsitzenden der Reichstagsfraktion gewählt.“<sup>125</sup> Nach dem Sturz des 2. Kabinetts Luther schlug das Zentrum Konrad Adenauer (Oberbürgermeister von Köln) als Kanzler vor. Adenauer wollte das Amt aber nur als Kanzler einer Großen Koalition annehmen. Da keine Mehrheit zustande kam, bildete Dr. Wilhelm Marx (1863-1946) nach Adenauers Ablehnung am 18. Mai 1926 sein 3. Kabinett, ein Minderheitskabinett. Die politische Mehrheit war in vielen Fragen zweifelhaft, sie bestand nur bei der Außenpolitik, aber nicht zum Beispiel bei der Finanzgesetzgebung. In der großen Notzeit in Folge der Weltwirtschaftskrise, in der es politisch galt, der großen Arbeitslosigkeit die Stirn zu bieten, das Werk der Arbeitslosen-Versicherung zu erhalten, dafür zu sorgen, dass die Gehälter ausbezahlt werden können und Arbeit zu beschaffen, fand sich dafür keine Mehrheit im Reichstag. Den Grund dafür sah Bockius in der unpopulären Politik. Es fänden sich nicht genügend Parteien im Reichstag, die den Mut hatten, diese Politik zu tragen. „Dem einzelnen weh zu tun, um das Gesamte zu retten.“<sup>126</sup> Der Reichspräsident hatte sein Augenmerk auf die Zentrumspartei gerichtet und im Zentrum richtete man die Blicke auf Brüning. Brüning hatte den Mut, dieses Präsidialkabinett zu übernehmen.<sup>127</sup>

Was die Regierung des Zentrums bzw. Brünings in Bockius' Augen auszeichnete,

<sup>121</sup> Vgl. Mainzer Journal vom 12. August 1930.

<sup>122</sup> Im Dawesplan wurden die Festlegungen der Reparationsfragen festgehalten. So zum Beispiel die Dauer und Höhe der Reparationszahlungen.

<sup>123</sup> Mainzer Journal, undatiert.

<sup>124</sup> Die Weimarer Republik wurde über weite Strecken von einer Großen Koalition unter SPD-Führung regiert. Die Weltwirtschaftskrise belastete die Koalition, die letztlich 1930 zerbrach, in der Folgezeit existierten nur noch Präsidialkabinette.

<sup>125</sup> Mainzer Journal vom 28. Juli 1930.

<sup>126</sup> Ebd.

<sup>127</sup> Vgl. Ebd.

waren Mut und Entschlossenheit, womit sie vom ersten Tage an ihre Arbeiten begonnen hatte. Dies war auch das Leitmotiv der Regierung, das Leitmotiv der Zentrumspartei, wobei das Vaterland über die Partei gestellt wurde. Es waren – so die offizielle Lesart – keine eigenen Interessen vorhanden, sondern nur die der Staatspolitik.<sup>128</sup> Besonders galt das nach Bockius' Ansicht für die umstrittenen Notverordnungen: „*Durch die Notverordnungen wurde der Etat in Ordnung gebracht, die Wirtschaft blieb kreditwürdig und es wurde eine sichere Grundlage für die Reparations-Verhandlungen geschaffen.*“<sup>129</sup>

Am 11. März 1930 ließ der Reichspräsident von Hindenburg den Fraktionsvorsitzenden des Zentrums, Dr. Brüning, zu sich kommen und gab ihm die feierliche Zusicherung, dass er von allen verfassungsmäßigen Mitteln Gebrauch machen werde, um die Forderung des Zentrums nach rechtzeitiger Regelung der Reichsfinanzen zu verwirklichen. Durch diese Zusicherung wurde es der Zentrumspartei möglich, dem Haager Abkommen am 12. März zuzustimmen und damit die Außenpolitik im Sinne der Erfüllungspolitik zu vervollständigen und das Rheinland zu befreien.<sup>130</sup>

Die Befreiung des Rheinlandes war in der Eigendarstellung ein Verdienst von Fritz Bockius und der Zentrumspartei und wurde für den weiteren Verlauf der deutschen Politik als Beispiel immer wieder angeführt, als Beispiel für Durchhaltevermögen im Kampf für die Freiheit. Dies führte Fritz Bockius auch in einer am 12. August 1930 veröffentlichten Rede genauer aus. Er sprach davon, dass alle deutschen Regierungen getreu der Forderung der Verfassung eine gradlinige Friedenspolitik geführt hätten. Diese habe auch zur Rheinland-Befreiung geführt, „[...], die wir auch in unserer Vaterstadt in Anwesenheit des hochverehrten Reichspräsidenten von Hindenburg warmen Herzens gefeiert haben, noch vor wenigen Tagen. Aus allen Reden klang das Eine hervor: Dank dem rheinischen Volk. Wofür? Für sein Leiden? Ja. Aber insbesondere für sein nationales einiges Zusammenhalten aller Stände, aller Klassen, aller Geistesrichtungen im Kampfe um den deutschen Rhein, um die Einheit des deutschen Volkes. Geschlossen und einig können wir Deutsche alles (Stürmischer Beifall).“<sup>131</sup> Weiter verwies er auf die geschichtliche Lehre des Kampfes am Rhein. Durch eigene Kraft, in Aushalten und Dulden, aber in Einigkeit der Bevölkerung am Rhein (trotz Drangsal und Separatisten) sei das Rheinland gerettet und das deutsche Volk erhalten worden.<sup>132</sup> „Hier hat das Rheinland sich gezeigt, der deutschen Reichsverfassung würdig. Es hat den Kampf geführt in ihrem Geist der Einigkeit, der Vaterlandsliebe und Treue. Das gibt uns Hoffnung, daß wir jede, dem Vaterland drohende Gefahr auch in Zukunft abschlagen. Im Innern und nach außen.“<sup>133</sup> Am 15. Februar 1933 sprach Bockius in einer Wahlkampfrede rückblickend auf die vergangenen Jahre des Zentrums: Einen Trümmerhaufen habe das Zentrum nicht hinterlassen. Wenn das Zentrum nicht gewesen wäre und der Demokratie nicht zum Sieg verholfen hätte, gäbe es überhaupt keine Deutschnationalen mehr. Die Revolution wäre ganz anders verlaufen. Die Verträge mit dem Feindbund seien nicht freudig unterzeichnet worden, sondern schweren Herzens. Wäre dies nicht geschehen, ständen die französischen Besatzungstruppen noch immer am Rhein (vielleicht für immer). Das Zentrum habe ein gutes Gewissen,

<sup>128</sup> Vgl. Mainzer Journal vom 28. Juli 1930.

<sup>129</sup> Mainzer Journal vom 16. Januar 1931.

<sup>130</sup> Mainzer Journal vom 28. Juli 1930.

<sup>131</sup> Mainzer Journal vom 12. August 1930.

<sup>132</sup> Ebd.

<sup>133</sup> Ebd.

es habe in den vierzehn Jahren nichts zerstört, sondern aufgebaut.<sup>134</sup> „Seine großen Aufgaben für die Freiheit der Kirche und Kultur, für soziale Gerechtigkeit kann es jedoch nur im Rechtsstaat, niemals im Machtstaat erfüllen, da der, geführt von ostpreußischen Junkern, die Katholiken überhaupt nicht will. Nur ein starkes Zentrum sichert uns die Stelle im Staat, die uns gebührt.“<sup>135</sup> „Das Zentrum lebt und arbeitet, es ist, was andere erst zu ihrem Schreien noch lernen müssen, es ist das Arbeiten gewöhnt. Es ist auch von jeher die Verleumdungen von rechts und von links gewöhnt, was ihm aber den Arbeitswillen nicht stört. Sein Gewissen sagt ihm, was es von sich selbst zu halten berechtigt ist. Die Marx, Wirth, Brüning u.a. haben in den rückliegenden 14 Jahren nicht Zerstörungs- sondern Aufbauarbeit geleistet. Die Reparationen wurden beseitigt, die zerrüttete Währung neu geordnet, das besetzte Rheinland vor der Vertragszeit befreit. Als Minderheitspartei müssen wir den Reichstag jeweils nehmen, wie er nun einmal ist, wir müssen mit anderen in Arbeitsgemeinschaft treten, die aber niemals, in keinem Falle, zur Gesinnungsgemeinschaft geworden ist. Wenn wir so mit den einen zusammen arbeiten, dann hassen wir darum aber nie die anderen, wir arbeiten vielmehr stets mit dem Blick auf das Ganze. Die wahre Freiheit des Volkes kann nur begründet werden auf dem Fundament echter Wahrheit und allgemeinen Rechtes.“<sup>136</sup>

### **2.3.3 Die NSDAP auf dem Weg zur Regierungsverantwortung: Koalitionsverhandlungen Zentrum – NSDAP in Hessen**

Auf dem Verfassungsfeiertag in Mainz 1930 verdeutlichte Bockius die Zukunftsansichten des Zentrums. „Deshalb Demokratie und parlamentarisches System. (Beifall.) Was ist Demokratie? Inhaber der Staatsgewalt ist das Volk selbst. Aber nicht bloß prinzipieller Inhaber. Es übt die Gewalt auch selbst aus. Im komplizierten großen Staat wie Deutschland naturgemäß nicht unmittelbar in der Volksversammlung, wenn auch noch im Volksentscheid, sondern mittelbar, durch sein von ihm gewähltes Parlament, von dem die Regierung durch das Vertrauensvotum abhängig ist, ebenso durch den vom Volke gewählten Reichspräsidenten. Das ganze Volk regiert, nicht eine Klasse. Die bolschewistische Diktatur wurde abgelehnt.“<sup>137</sup> Weiter sprach er davon, dass Deutschland wieder aufgebaut werden müsse. Deutschland solle wieder leben, und zwar wirtschaftlich und kulturell. Die Verfassung stelle daher die objektivsten und idealsten Grundlagen des Zusammenlebens des deutschen Volkes bereit. Sie erkenne die Grundrechte der Menschheit an und es seien keine Untertanen vorhanden, sondern nur Staatsbürger, welche alle die gleichen Rechte genießen würden. Im Mittelpunkt stehe die Freiheit der Person, Freizügigkeit der Weltanschauung, Freiheit der Religionsgesellschaften, Schutz der Arbeitskraft, Schutz des Handels und des Gewerbes, das Beamtenrecht, Schutz des Eigentums, Schutz des Mittelstandes, in Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, Schutz von Ehe und Familie. „Aufbauarbeit in Freiheit und Gerechtigkeit (Lebhafter Beifall).“<sup>138</sup> Das schwächernde parlamentarische System sei aber zur Zielscheibe der Nationalsozialisten geworden und diese hätten den Versuch gestartet, die Demokratie als ersetzbar hinzustellen. „Man spricht auf der Rechten von der Krise des parlamentarischen Systems und meint damit nicht weniger als die Krise der Demokratie, man erwähnt auch vorsichtig die Diktatur. Bei den

---

<sup>134</sup> Vgl. Mainzer Journal vom 17. Februar 1933.

<sup>135</sup> Mainzer Journal vom 17. Februar 1933.

<sup>136</sup> Mainzer Journal vom 4. März 1933.

<sup>137</sup> Mainzer Journal vom 12. August 1930.

<sup>138</sup> Mainzer Journal vom 6. März 1929.

*Verfassungsparteien wendet man sich hauptsächlich gegen die jetzige Handhabung des parlamentarischen Systems und ruft nach größerer Verantwortung.*<sup>139</sup>

Durch die politisch schwache Lage überlegte man in der Zentrumspartei, ob es eine mögliche Kooperation mit der nationalsozialistischen Partei geben sollte, um so eine mehrheitliche Regierung zu bilden. Die ersten Äußerungen darüber fielen im September 1930 in einer Zentrums-Kundgebung in der Mainzer Stadthalle. Bockius wies darauf hin, dass die Zentrumspartei sich bereithalten müsse, im neuen Reichstag mit jeder arbeitswilligen Gruppe zusammen zu arbeiten.<sup>140</sup>

### **Aufzeichnung des Staatssekretärs Hermann Pünder (1888-1976) über den Ausgang der Reichstagswahlen und mögliche Konsequenzen 15. September 1930**

*„Das unerfreuliche Ergebnis der Reichstagswahlen vom 14. September 1930<sup>141</sup> besteht vor allem darin, daß die radikalen Elemente links und rechts sehr gestärkt zurückkehren, und zwar auf der rechten Seite in einem Ausmaße, das selbst von Pessimisten nicht erwartet worden war. All dies ist eine Folge der augenblicklichen unglücklichen Wirtschaftslage, der großen Arbeitslosigkeit, der Unzufriedenheit breiter Massen über das lange Hinauszögern notwendiger Reformen, und alles in allem, außenpolitisch gesehen, eine Auswirkung des Versailler Vertrages, der das Maß des noch eben Erträglichen hat überlaufen lassen.“*

*Andererseits sind gewisse Parallelen interessant. Die Maiwahl 1924 brachte 110 Deutschnationale und 33 Nationalsozialisten, in Summa 143 Abgeordnete, die zu einer Regierungsarbeit auf einer mittleren Linie mit Parteien der Mitte damals nicht fähig waren. Aus diesen 143 Abgeordneten des Mai 1924 sind inzwischen 107 Nationalsozialisten und 41 Hugenberg-Anhänger = 148 Abgeordnete geworden, also eine nur ganz geringfügige Vermehrung, die als solche im übrigen überhaupt nicht vorhanden ist, wenn man die außerordentlich starke Wahlbeteiligung am gestrigen Tage berücksichtigt.*

*Wendet man sich den Mittelparteien zu, so springt in die Augen, daß abgesehen von den oben erwähnten radikalen beiden Flügelgruppen rechts und links nur noch der Block des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei gewonnen hat, und zwar recht erheblich. Berücksichtigt man den Umstand, daß die Regierungsarbeit der gegenwärtigen Reichsregierung in erster Linie das Reformprogramm des amtierenden Reichskanzlers Dr. Brüning ist, zu dessen Verteidigung er sich während des Wahlkampfes mit Leidenschaft eingesetzt hat, so wird man aus dem auffallend günstigen Abschneiden des Zentrumsblocks den Schluß ziehen dürfen, daß im deutschen Volk dieses Sanierungsprogramm auf großes Verständnis gestoßen ist. Bei den übrigen Mittelparteien hat sich am gestrigen Wahltag die Tatsache gerächt, daß diese Parteien es trotz erfreulicher Ansätze nicht vermocht haben, ihren bürgerlichen Schichten eine gemeinsame zugkräftige Wahlparole zu geben. Diese bürgerlichen Schichten sind offensichtlich dieses Fangballspiels einzelner Gruppen der Mitte müde und haben sich zweifellos in weitem Umfange den radikalen Flügelgruppen zugewandt.*

<sup>139</sup> Mainzer Journal vom 6. März 1929.

<sup>140</sup> Mainzer Journal vom 13. September 1930.

<sup>141</sup> Bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930 kam es zu einem unerwarteten Erfolg der NSDAP. Sie wurde mit 18,3% zweitstärkste Partei und zog mit 107 Abgeordneten (vorher: 12) in den Reichstag ein. Während KPD, Zentrum und BVP ihren Stimmenanteil geringfügig vergrößern konnten, verlor die SPD zehn Mandate. Die stärksten Verluste hatte die DNVP. Quelle: <http://www.dhm.de/lemo/objekte/statistik/wa19303/index.html> (20.08.2009).

*Was die konservativen Elemente angeht, die ehrlich bestrebt sind, auf dem Boden der republikanischen Reichsverfassung am Wiederaufbau des Staates aktiv mitzuarbeiten, haben die gestrigen Wahlen gezeigt, daß diese Bewegung – nicht zuletzt verursacht durch die Arbeitslosigkeit und die Not der Landwirtschaft – im deutschen Volk noch eine geringere Resonanz hat. Zwar hatte sich im letzten Reichstag von der sehr starken Deutschnationalen Fraktion im Laufe der Zeit über die Hälfte von ihrem Parteiführer Hugenberg abgewandt und sich zur Mitarbeit entschlossen; die Folgewirkung dieses Austritts hat sich in den gestrigen Wahlen jedenfalls noch nicht gezeigt. Die schroffe Einstellung Hugenbergs hat zwar erreicht, daß die Deutschnationale Fraktion zur Hälfte in den neuen Reichstag zurückkehrt, die andere Hälfte hat sich aber keineswegs nur der zur aktiven Mitarbeit bereiten Mitte zugewandt, sondern den extremen Flügelgruppen.*

*Gerade dieser Umstand, nämlich die bemerkenswerte Schwäche der zur aktiven Mitarbeit bereiten konservativen Gruppen zeigt, daß es im Laufe der Zeit notwendig werden wird, alle zur Mitarbeit und zum Wiederaufbau der notleidenden deutschen Wirtschaft bereiten politischen Kräfte hierzu heranzuziehen, so, wie Reichskanzler Dr. Brüning dies in seinen Wahlreden mehrfach formuliert hat. Daß diese Zusammenfassung aller dieser Kräfte nicht von heute auf morgen erfolgen kann, ist selbstverständlich. Es dürfte daher wenig zweckmäßig und auch kaum wahrscheinlich sein, daß die gegenwärtige Reichsregierung zurücktritt und die Bildung einer neuen Regierung in Angriff genommen wird. Vielmehr dürfte der zweckmäßigste Weg der sein, den neuen Reichstag mit der Erledigung des großen Reformprogramms zu befassen und es der ganz zwangsläufigen Entwicklung zu überlassen, alle die zur Mitarbeit bereiten Kräfte auch regierungsmäßig zusammenzufassen.*

Pündert<sup>142</sup>

Im November 1931 betraute Reichskanzler Brüning Fritz Bockius mit einer ebenso wichtigen wie vertraulichen Mission: Bockius sollte in geheimen Gesprächen herausfinden, ob und inwieweit die Nationalsozialisten bereit seien, in Hessen eine Koalitionsregierung mit dem Zentrum zu bilden.

### **Erste Koalitionsverhandlungen in Hessen zwischen Zentrum (Fritz Bockius) und NSDAP (Werner Best) Ende 1931**

Die hessischen Landtagswahlen vom 15. November 1931 wurden im gesamten Reichsgebiet aufmerksam verfolgt, weil dieses Wahlergebnis seit jeher nahe an das Ergebnis im Reich heran reichte. Brüning sprach auf einer Wahlveranstaltung in Mainz, wo er die Nazis freundlich behandelte.<sup>143</sup> Spätestens seit Herbst 1931 waren Brüning und seine Berater, vor allem Wilhelm Groener (1867-1939) und Kurt von Schleicher (1882-1934), davon überzeugt, dass die NSDAP aus der Rolle als Radikalopposition herausgeholt und in die politische Verantwortung eingebunden werden sollte. Die SPD sollte durch die NSDAP als „Massenstützpunkt“ ersetzt werden. Außerdem bestand die Hoffnung, dass eine weitere Expansion der Nazis durch einen allmählichen Verschleiß in der Regierungstätigkeit gestoppt werden

<sup>142</sup> Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette I/II. 30. März 1930 bis 28. Februar 1931. Dokumente 1 bis 252. Bearbeiter Karl Dietrich Erdmann. Band 1. Boppard am Rhein 1982, Nr. 112.

<sup>143</sup> Schön, Eberhart: Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen. Meisenheim am Glan 1972, S. 192 ff.

könnte.<sup>144</sup> Am 10. Oktober 1931 trafen sich Brüning und Hitler. Während der Zeit der Reparationsverhandlungen wollte Brüning seine Politik noch von der SPD tolerieren lassen, danach, etwa ab Januar 1932 sollten Zentrum und NSDAP zusammenarbeiten, vorausgesetzt, die Nazis setzen sich für die Wiederwahl Hindenburgs als Reichspräsident ein.<sup>145</sup> Zuvor wolle Brüning dafür sorgen, dass in den Länderparlamenten schon in dieser ersten Anlaufzeit, wo es rechnerisch möglich ist, eine Koalition aus Zentrumspartei und NSDAP gebildet wird. Gedacht war an Hessen.

Die Verhandlungen führte Bockius hauptsächlich mit dem Nationalsozialisten Dr. Werner Best, der 1925 bis 1928 bei ihm als Referendar in seinem Mainzer Notariat gearbeitet hatte, daher kannten und achteten sich beide von Beginn der Gespräche an.<sup>146</sup> Die erste Möglichkeit für ein kooperatives Zusammenschließen der Zentrumspartei und der NSDAP bestand in Hessen, da hier Mitte November Neuwahlen erfolgen mussten. Wegen der Wichtigkeit dieser Wahlen für eine möglichst ruhige Weiterentwicklung hatte sich Brüning dazu entschlossen, am 13. November im Wahlkampf in Mainz zu reden. Dabei wurde die taktische Linie der ersten Reichstagsrede vom Oktober fortgesetzt. Er griff die Deutschnationalen wegen ihrer dauernden „Sabotage“ an. Er ließ jedoch durchblicken, dass er eine Verständigung mit der NSDAP, wenn sich eine Mehrheit ergäbe, nicht ablehne. Das Ergebnis der hessischen Landtagswahlen sah so aus, dass die SPD fast die Hälfte ihrer Sitze verlor und die NSDAP die mit Abstand stärkste Partei wurde. Beide Parteien zusammen verfügten über 37 von 70 Sitzen, während die bisherige Koalition (SPD, Zentrum, DDP bzw. Staatspartei) nur noch 26 Sitze innehatte.

### **Landtagswahlergebnisse Hessen 1931 und 1927**

**15. November 1931    13. November 1927**

SPD	168.299 (15)	157.293 (24)
Zentrum	112.440 (10)	85.460 (13)
KPD	106.775 (10)	41.280 (6)
KPO	14.954 (1)	- (0)
DVP	18.325 (1)	51.654 (7)
Staatspartei	10.793 (1)	37.789 (5)
Christlich-Sozialer Volksbund	16.172 (1)	- (0)
Hessischer Landbund	20.766 (2)	61.109 (9)
DNVP	10.857 (1)	23.998 (3)
SAP	8.177 (1)	(0)
NSDAP	291.189 (27)	- (0) <sup>147</sup>

<sup>144</sup> Bracher, Karl Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie (1955) Villingen 5. Auflage 1971, S. 374-381; Winkler, Heinrich August: Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Band 3: Der Weg in die Katastrophe. 1930-1933. Berlin 1987, S. 446 ff.; Brüning, Heinrich: Memoiren 1918-1934 (1970) München 1972, S. 460 ff.; Mommsen, Hans: Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918-1933. Berlin 1989, S. 421 ff.; Schulz, Gerhard: Der Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland. Frankfurt/Main, Berlin, Berlin, Wien 1975, S. 599; Junker, Detlef: Die Deutsche Zentrumspartei und Hitler 1932/33. Ein Beitrag zur Problematik des politischen Katholizismus. Stuttgart 1969, S. 51 ff.

<sup>145</sup> Brüning, Heinrich: Memoiren 1918-1934 (1970) München 1972, S. 391.

<sup>146</sup> Braun, Gottfried: Dr. Friedrich August Bockius. In: Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts. Herausgegeben von Helmut Moll im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz (1999) Band 1. Paderborn, München, Wien, Zürich 4. vermehrte und aktualisierte Auflage 2006, S. 363-366.

<sup>147</sup> Zit. n. Herbert, Ulrich: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989 (1996) Bonn 3. Auflage 1996, S. 560, Anm. 60.

Am 19. November trafen dann einige Abgeordnete der hessischen Zentrumspartei unter Führung von Fritz Bockius in Berlin ein und in diesen Tagen hatte Brüning auch eine Besprechung mit ihm. Brüning ließ Bockius weitgehend freie Hand bei den Koalitionsverhandlungen. Es wurden Minimalforderungen für die Zentrumsunterhändler festgelegt, die sie aber noch nicht bei den ersten Verhandlungen bekannt geben sollten. Vielmehr sollte eine möglichst vertrauensvolle persönliche Fühlungnahme angestrebt werden, welche Bockius übernahm. Brüning verdeutlichte sein Desinteresse an den meisten hessischen Sonderfragen, verlangte aber, dass unter allen Umständen die Polizei nicht an die NSDAP ausgeliefert werden dürfe.

In beiden Unterhaltungen legte er vertraulich fest, dass es wünschenswert wäre, wenn die hessische Zentrumspartei in vorsichtiger Weise ein Experiment mit den Nationalsozialisten für die Regierungsbildung versuchen würde. Hessen schien Brüning dafür besonders geeignet, weil die Zentrumspartei und die Nationalsozialisten hier über eine große Mehrheit verfügten. Die Verantwortlichen der NSDAP waren durchaus bereit, auf die Pläne Brünings einzugehen und dabei mit größter Vorsicht die Verhandlungen zu führen. Brüning in seinen Memoiren: „Immerhin wurde, namentlich zwischen Bockius und Best von der NSDAP, die sich beide sehr gut kannten, da Best als Referendar im Notariat Bockius gearbeitet hatte, eine theoretische Diskussion über ein Regierungsprogramm und die Verteilung der Sitze im hessischen Staatsministerium begonnen. Best war dabei außerordentlich entgegenkommend, und Bockius berichtete mir öfters sehr optimistisch über den Fortgang der Verhandlungen.“<sup>148</sup>

### Die „Boxheimer Dokumente“

Mitten in diese Verhandlungen hinein schlug die Veröffentlichung der „Boxheimer Dokumente“ wie eine Bombe ein.

Urplötzlich wurden die geheimen Gespräche zwischen Bockius und Best Makulatur, da am 25. November 1931 auf dem Boxheimer Hof bei Lampertheim Umsturzpläne, die so genannten „Boxheimer Dokumente“ entdeckt wurden, mit denen die Nationalsozialisten die Macht im Reich an sich reißen wollten. Autor dieser Dokumente war ebenfalls Werner Best.<sup>149</sup> Die „Boxheimer Dokumente“ bestanden aus diversen Notverordnungen und Vorschriften, wie sie im Fall der Machtübernahme durch die NSDAP nach einem kommunistischen Staatsstreichunternehmen erlassen werden sollten. Werner Best hatte die mit äußerster bürokratischer Akribie konzipierten Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, welche eine Arbeitsdienstplicht für „Deutsche (nicht Juden usw.)“ und die Rationierung von Nahrungsmitteln vorsahen, im August 1931 zunächst in kleinem Kreis im „Boxheimer Hof“ präsentiert. Dieses Gut, zwischen Bürstadt und Lampertheim gelegen, hatte der Agratechniker Richard Wagner (1902-1973) von 1927 bis Ende 1931 gepachtet.

An den Gesprächen und Beratungen der Darmstädter NSDAP-Parteileitung waren neben Werner Best beteiligt:

<sup>148</sup> Brüning, Heinrich: Memoiren 1918-1934 (1970) München 1972, S. 465.

<sup>149</sup> Schröder, Bernd Philipp: Vor fünfzig Jahren – die Boxheimer Dokumente. In: Geschichtsblätter für den Kreis Bergstraße 14, 1981, S. 255-270.

- Karl Lenz (1899-1944), Schriftsteller, Lehrer a. D., August 1931-Dezember 1932 NSDAP-Gauleiter Hessen-Darmstadt; 1930-1936 Mitglied des Reichstags
- Dr. Richard Wagner (1902-1973), 1931/1932 Mitglied des Landtags des Volksstaats Hessen, 1932 und 1933-1945 Mitglied des Reichstags; 1941 Chef der Chefgruppe Landwirtschaft der Wirtschaftsinspektion Mitte
- Wilhelm Wassung (1895-1971), Hauptmann a. D. Stellvertretender Gauleiter Hessen-Darmstadt, 1931-1933 Mitglied des Landtags des Volksstaats Hessen
- Robert Stawinoga (\* 1901), SA-Stabführer, bis 1937 Kreisleiter NSDAP Groß-Gerau und Darmstadt, 1934 Bürgermeister Groß-Gerau 10. April 1938-1941 Kreisleiter NSDAP Wiesbaden.<sup>150</sup>
- Fritz Kern (1903-1945), 1931/1932: Mitglied des Landtags des Volksstaats Hessen, 1932-1938: Mitglied des Reichstags
- Eduard von Davidson (\* 1886), Kapitänleutnant a. D.<sup>151</sup>
- Karl Wilhelm Schäfer (1896-1933), Diplom-Handelslehrer, Syndikus Offenbach, NSDAP-Kreisleiter Offenbach 1931/1932: Mitglied des Landtags des Volksstaates Hessen

Zum engeren Boxheimer Kreis zählten Karl Lenz, Werner Best, Richard Wagner und Wilhelm Wassung. Sie waren Anhänger von Gregor Strasser (1892-1934)<sup>152</sup>, dem Anführer des linken Flügels der NSDAP.

Die Veröffentlichung der „Boxheimer Dokumente“, welche unvorhergesehen geschah, da die NSDAP und das Zentrum nach den hessischen Landtagswahlen vom November 1931 die Chancen einer Koalitionsregierung, wie bereits ausgeführt, diskutierten, ging auf die gezielte Indiskretion des NSDAP-Abgeordneten Wilhelm Schäfer zurück, der falsche Angaben zu seiner akademischen Laufbahn gemacht und Vorstrafen wegen Wechselfälschung verschwiegen hatte. Best forderte ihn deshalb zum Rücktritt auf und ließ seine Wohnung von der Sturmabteilung (SA) durchsuchen. In einem Rachezug übergab der Abgeordnete die Dokumente der hessischen Polizei, was die Gespräche zwischen Bockius und Best stark beeinträchtigte.<sup>153</sup> Werner Best, der aus dem hessischen Staatsdienst entlassen wurde, und die anderen Teilnehmer der Besprechungen auf dem Boxheimer Hof behielten ihre Landtagsmandate. Wilhelm Schäfer gehörte dem Parlament bis zum Mai 1932 als unabhängiger Abgeordneter an. Er wurde in der Nacht zum 17. Juli 1933 im Frankfurter Stadtwald durch vier Revolverschüsse ermordet.

Nach diesem Erlebnis hegte Bockius eine noch heftigere Abneigung gegenüber der NSDAP als zuvor. Er empfahl den Wahlkämpfern seiner Partei 1932, die Nationalsozialisten überall und in jeder Hinsicht anzugreifen, da diese ein ganzes System von Lügen darstellten. In der Hindenburg-Kundgebung der Mainzer Zentrumspartei erinnerte Bockius daran, wie der Abgeordnete Heinstadt<sup>154</sup> es im

<sup>150</sup> Festschrift. 500 Jahre Stadt und Festung Rüsselsheim. 1437-1937. Rüsselsheim 1937, S. 51.

<sup>151</sup> Glöckner, Ralf A.: Kanonen, Garnisonen und ein Haus in Horchheim. Aus dem Leben des Generalleutnants Eduard von Davidson. In: Kirmes. Das Horchheimer Magazin 2001, S. 85-89.

<sup>152</sup> Gossweiler, Kurt: Die Strasser-Legende. Auseinandersetzung mit einem Kapitel des deutschen Faschismus. Berlin 1994; Kissenkoetter, Udo: Gregor Strasser und die NSDAP. Stuttgart 1979; Strasser, Gregor: Freiheit und Brot. Reprint der Ausgabe Berlin 1929. Bremen 2. Auflage 1982; ders.: Hammer und Schwert. Reprint der Ausgabe Berlin 1930. Bremen 3. Auflage 1982

<sup>153</sup> Schröder, Bernd Philipp: Vor fünfzig Jahren – die Boxheimer Dokumente. In: Geschichtsblätter für den Kreis Bergstraße 14, 1981, S. 255-270, hier S. 267.

<sup>154</sup> Anton Heinstadt (1896-1970), Studienrat in Bensheim und Butzbach, 1924-1933. Abgeordneter des Hessischen Landtags (Zentrum), 1950 Leiter des Landgraf-Ludwig-Gymnasiums.

hessischen Parlament verdeutlichte, dass die Nationalsozialisten im Parlament zwar allerhand lächerliche Geschichten, aber wirklich keine Geschichte gemacht hätten. Auch griff Fritz Bockius nun Hitler direkt an und bezeichnete ihn als einen „*Lump, der mehr verspricht als er gelegentlich selbst zugibt, daß er halten kann. Von den nationalsozialistischen Bataillonen können wir weder essen noch trinken.*“<sup>155</sup>

Ein Untersuchungsverfahren gegen Best und die übrigen Teilnehmer beim Boxheimer Treffen wurde am 30. November 1932 eröffnet. Beauftragt wurde Reichsanwalt Jörns, der bereits die skandalösen Untersuchungen nach den Morden an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht geführt hatte. Werner Best hatte im Jahre 1932 die Boxheimer Dokumente im Selbstverlag veröffentlicht. Er ging auf Aktionen der Kommunisten in Hessen näher ein und versuchte die in den Boxheimer Dokumenten formulierten Aktionen als Staatsnotwehr darzustellen.

„... sind aufgefallen.“

Die  
Wahrheit  
über das  
Boxheimer  
Dokument  
von

W. Werner Best

In derselben Woche, am 23. November 1932, wurde Carl von Ossietzky, der Herausgeber der „Weltbühne“, zu achtzehn Monaten Gefängnis verurteilt, weil er angeblich militärische „Geheimnisse“ verraten habe.

Die Verhandlungen in Hessen zwischen Zentrum und NSDAP blieben ohne Erfolg. Anfang Dezember berichtete Werner Best in Berlin Hitler, Göring und Frick über den Stand der Koalitionsverhandlungen. Er versuchte den Forderungen des Zentrums sehr weit entgegen zu kommen. Am 10. Dezember 1931 lehnte die hessische Zentrumspartei eine Koalition in moderater Form ab und die Regierung Adelung blieb als Minderheitskabinett im Amt.

<sup>155</sup> Mainzer Journal vom 30. Juli 1932.

## **Erneute Koalitionsverhandlungen mit der NSDAP Mitte 1932**

Seit April 1932, verstkt nach den erneuten Landtagswahlen vom 19. Juni 1932, wurde ein erneuter Versuch zur Bildung einer NSDAP-Zentrum-Koalition unternommen. Das Zentrum sah als Problem nur noch die von den Nazis angestrebte Einstellung von SA-Männern als Hilfspolizisten, wärend gegen Bests Absicht, die hessischen Polizei „ganz gründlich aufräumen und säubern“ zu wollen, prinzipiell keine Einwände erhoben wurden. Das Scheitern dieses Versuchs lag nicht am Zentrum, sondern an Hitler und der Münchener Reichsleitung, die dahinter eine Variante des „Zhmungskonzepts“ vermutete und die sich nicht auf parlamentarische „Bewährungsproben“ einlassen wollten. „*Zudem waren es wohl auch die an Schrfe zunehmenden innerparteilichen Auseinandersetzungen, die eine Annahme des Angebots von Bockius verhinderten.*“<sup>156</sup>

Werner Best berichtete Gauleiter Karl Lenz über seine Gespräche mit Fritz Bockius vom 6. August 1932, dass Bockius nun „unbedingt zu einer Einigung“ mit der NSDAP gelangen wolle. „*Er könne von der Zentrumspartei sagen, daß der Wille zu einer Koalition mit der NSDAP vorhanden sei. Das sei auch die Meinung Dr. Brünings, der allerdings selbst in einer solchen Regierung nicht mitwirken könne, da er durch die Politik Hugenbergs im letzten Reichstag gegen seinen Willen auf die Tolerierung der SPD festgelegt worden sei. Auch die Reichsleitung der NSDAP sei nach seiner – Dr. Bests – Information geneigt, mit der Zentrumspartei sich zu einigen. In einer kürzlich im Brauen Haus erfolgten Aussprache habe sich, wie man erfahre, die ‚soziale‘ Richtung Hitler/Strasser gegen die ‚radikale‘ Richtung durchgesetzt. Er halte es für das Beste, wenn Hitler Reichskanzler würde. Mit dem Verbleiben Schleichers, der ja von der NSDAP anerkannt werde, sei man auch einverstanden. Der Zentrumspartei liege vor allem daran, daß ein verfassungsmiges parlamentarisches Weiterregieren im Reiche sichergestellt werde. Auch in Hessen könne man sich deshalb jetzt einigen. Es wäre sogar für beide Parteien wünschenswert, daß in Hessen die Koalition Zentrum/NSDAP einmal vorexerziert werde, da ein Scheitern des Versuches beiden Parteien hier nicht schaden könne. Er habe von seiner Reichsleitung alle Vollmachten, die erforderlichen Vereinbarungen mit der NSDAP zu treffen. Dr. Brüning habe ihm gesagt: ‚Du kannst den Versuch machen und bist mir für Deine Handlungen verantwortlich.‘ Es gelte nun für beide Parteien, beim Abschluß der Koalition ihr Prestige zu wahren. Auf seiner Seite gebe das Problem der ‚Hilfspolizei‘ im Wesentlichen zu Bedenken Anlaß. Die Einstellung von SA-Leuten als Hilfspolizei in Oldenburg usw. lasse befchten, daß die NSDAP, wenn sie das hessische Innenministerium in der Hand habe, in Hessen das Gleiche unternehme. Sonst gebe es kaum Streitfragen erster Ordnung, die eine Einigung erschweren könnten. [...] Ich erwiderte zunächst, daß die vorgeschlagene Regelung der Regierungsfrage dazu führen würde, daß die Zentrumspartei trotz der entgegengesetzten Krfteverschiebung besser gestellt werde, als in der Koalition mit der SPD. [...] Hinsichtlich der ‚Hilfspolizei‘ könne ich nur sagen, daß diese Frage bei uns bis jetzt noch nicht erörtert worden sei. Es dürfte aber kein Zweifel gelassen werden, daß wir in der hessischen Polizei ganz gründlich aufräumen und säubern würden. Dr. B[ockius] erwiderte darauf sinngem, daß er hinsichtlich des Gesamtministeriums nur einen Lösungsvorschlag habe machen wollen, der nicht*

<sup>156</sup>Herbert, Ulrich: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989 (1996) Bonn 3. Auflage 1996, S. 121; Schulz, Gerhard: Der Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland. Frankfurt/Main, Berlin, Berlin, Wien 1975, S. 726, 897 f.; Schulz, Gerhard: Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik. Band 3: Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930-1933. Berlin, New York 1992, S. 945 f.

unbedingt Forderung sein müsse. Veränderungen in der Polizei seien nicht zu beanstanden, falls nicht eine ausgesprochene nationalsozialistische Durchsetzung der Polizei beabsichtigt werde.“<sup>157</sup>

Die politische Situation in Hessen 1932/33 schildert Thomas Lange wie folgt:

„Regiert wurde über ein Jahr lang nicht mehr parlamentarisch, sondern autoritär auf dem ‚Verordnungsweg‘ (wie es nach einer Reichspräsidenten-Verordnung möglich war). ‚Geschäftsführung‘ bedeutete für den Innenminister Leuschner vor allem, den offen republikfeindlichen Parteien KPD und NSDAP entgegenzutreten. Mit der Ordnungsmacht der Polizei wollte er Versammlungs- und Aufmarschverbote durchsetzen, die immer häufiger und schwerer werdenden Gewalttätigkeiten verhindern; aber im Endergebnis wurde er nur von beiden Parteien wegen des Einsatzes seiner ‚Polizeikosaken‘ angefeindet. Neue Wählersympathien oder ein Umdenken bei Gegnern erreichte Leuschner mit keinem der von ihm angewandten Mittel: weder mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen noch mit Einstimmung in die allgemeine nationale Begeisterung bei der Räumung der Französisch besetzten Teile Hessens; weder mit direkten Angriffen gegen NS-Sympathisanten unter Geschäftsleuten noch mit Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft gegen republikfeindliche Äußerungen; noch nicht einmal mit der Offenlegung nationalsozialistischer Putschpläne gegen die Republik (die sog. ‚Boxheimer Dokumente‘, 1931). Die Festigkeit und Konsequenz des Innenministers hatte keine erkennbaren politischen Folgen. Carlo Mierendorff, der seit 1929 sein Pressesprecher war, versuchte in persönlichen Einsätzen bei Wahlversammlungen argumentativ zu wirken: vergeblich. Er, der die Wirksamkeit der neuen Medien, die Wichtigkeit von Emotionen schon früh erkannt hatte, ging noch einen anderen Weg: mit ‚Aktivierung der Massen‘ und einem ‚Symbolkrieg‘ wollte er die Nazis auf deren ureigenstem Feld, der Propaganda, schlagen. Die ‚Drei Pfeile‘ der ‚Eisernen Front‘ sollten das Hakenkreuz symbolisch ‚durchstreichen‘ und besiegen. Doch Argumente kamen gegen die freigesetzten Existenzängste nicht an. ‚Es ging plötzlich nicht mehr um Lebensbedingungen, es ging um das Leben selbst, alles wurde zur Frage um den Sinn überhaupt‘, so schilderte der rheinhessische Arbeiterschriftsteller Georg G. Glaser die bedrohlich-verzweifelte Situation bei der letzten großen Erwerbslosendemonstration in Darmstadt Ende Januar 1933.“<sup>158</sup>

Der Versuch der Nationalsozialisten, den hessischen Landtag aufzulösen, scheiterte am Widerstand der SPD. „Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 blieb die hessische Regierung weiter im Amt. Sie glaubte an den normalen Gang der Dinge: Landtagswahlen, vor denen sie zunächst die Reichstagswahlen am 5. März abwarten wollte. Die diktatorischen Präsidialverordnungen vom Februar machten der KPD offene Wahlvorbereitungen unmöglich und behinderten die der SPD. Die Auszählung geschah wohl ‚ordnungsgemäß‘, wenn man das Wort in diesem Zusammenhang gebrauchen will. Sie ergab einen Stimmenanteil von 47,4 % für die NSDAP und 21,7 % für die SPD. Für dem demokratische Regierungskoalition (mit dem Zentrum) hatte also noch ein Drittel der Wähler gestimmt (35 %). Damit waren die Rollen durch Wählerwillen

<sup>157</sup> Berichte Bests über Gespräche mit Bockius am 6. und 8. August 1932 sowie Bericht Lenz' an Reichsleitung München vom 11. August 1932, Bundesarchiv, NS 22/1053, 248 ff.; Junker, Detlef: Die Deutsche Zentrumspartei und Hitler 1932/33. Ein Beitrag zur Problematik des politischen Katholizismus. Stuttgart 1969, S. 86.

<sup>158</sup> Lange, Thomas: Hessen-Darmstadts Beitrag für das heutige Hessen. Wiesbaden 1993, S. 72 f.

vertauscht.“<sup>159</sup>

Thomas Lange: „Zentrum und SPD sprachen, wie um Zeit zu gewinnen, in einer heute merkwürdig anmutenden Umschreibung von einer ‚neuen Lage‘ oder den ‚tatsächlichen Machtverhältnissen‘, was in der Realität – wie die Zeitung meldete – die ‚Übernahme der Staatsgewalt in Hessen durch SA‘ war. Bei der Wahrung der gesetzmäßigen Form half das Zentrum. ‚Um klare politische Verhältnisse zu schaffen‘, wurde mit einem ‚Ermächtigungsgesetz‘ am 13. März auch in Hessen die Regierung befugt, Gesetze zu erlassen und mit den Stimmen des Zentrums der NSDAP-Landtagspräsident zum Staatspräsidenten gewählt. Am 31. März wurde nach dem Reichsgesetz zur ‚Gleichschaltung der Länder‘\* der Landtag aufgelöst und neue Abgeordneten nach den Stimmenverhältnissen vom 5. März ernannt; am 16. Mai übertrug dieser Landtag in seiner letzten Sitzung die Gesetzgebungskompetenz auf den Ministerpräsidenten. Der Form nach legal, war es de facto ein von der Reichsregierung gesteuerter Putsch. Überall rückten Nationalsozialisten in die Machtpositionen und -funktionen ein.“<sup>160</sup>

Bereits seit Anfang Februar 1933 hatte die Reichsregierung versucht, die Machtübernahme in den Ländern durch die Entsendung von Reichskommissaren zu erreichen, so auch in Hessen-Darmstadt. „Die Befehlsgewalt über die Polizei war dabei die Schlüsselstellung; aber hier stießen die Nationalsozialisten auf die entschlossene Haltung des hessischen Innenministers Leuschner, der sich zusammen mit seinem Pressesprecher und Berater Carlo Mierendorff den Versuchen des Reichsinnenministers Frick zur kalten Machtübernahme entgegenstimmte. Die hessische Polizeiführung war überwiegend prorepublikanisch eingestellt, und auch in den Mannschaften hatte die NSDAP nur wenige Anhänger. Hier setzte Frick an. Am 10. Februar schickte er einen Beauftragten nach Darmstadt, der nach Rücksprache mit Best und anderen hessischen NS-Führern den Innenminister Leuschner ultimativ aufforderte, durch die Beendigung der ‚Linksorientierung‘ der Polizei eine ‚Befriedung‘ des Landes herbeizuführen, die Veranstaltungen der NSDAP besser schützen und bei der KPD Haussuchungen durchführen zu lassen. Außerdem sei Mierendorff aus dem Staatsdienst zu entlassen. In seinem Bericht an Frick hob der Sendbote des Reichsministers allerdings hervor, daß sich aufgrund der tatsächlichen Lage in Hessen die Notwendigkeit der Bestellung eines Reichskommissars nicht würde begründen lassen. Daraufhin forderte Frick die schnelle Abberufung Leuschners. Weder die SPD-Fraktion noch Adelung waren imstande, diesem Druck zu widerstehen, und drängten Leuschner zum Rücktritt. ‚Scheißkerle entpuppen sich!‘, notierte Leuschner dazu in seinem Tagebuch, am 15. Februar gab er verbittert seinen Rücktrittsentschluß bekannt.“<sup>161</sup>

Am 6. März 1933 wurde der Alsfelder Finanzamtdirektor Dr. Heinz Müller, ein enger Vertrauter Werner Bests, zum Reichskommissar bestellt. Daraufhin begaben sich Müller und Best zu Staatspräsident Bernhard Adelung (1876-1943), unterrichteten ihn davon und stellten ihn unter Hausarrest. Eine Woche später wurde die Regierung Adelung offiziell abgelöst. „Aber daß Staatspräsident Adelung seine Fraktion ausdrücklich darum bat, er möge sich der Stimme enthalten dürfen, um seine Wiederwahl oder ein Patt zu verhindern, zeigt, wie demoralisiert die demokratischen Kräfte durch die Wucht der Ereignisse mittlerweile waren. Mit den Stimmen des

<sup>159</sup> Lange, Thomas: Hessen-Darmstadts Beitrag für das heutige Hessen. Wiesbaden 1993, S.72.

<sup>160</sup> Ebd., S.74.

<sup>161</sup> Herbert, Ulrich: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989 (1996) Bonn 3. Auflage 1996, S. 122 f.

Zentrums wurde [Ferdinand] Werner [1876-1961] zum Staatspräsidenten gewählt, und entsprechend dem ‚Hessischen Programm‘ der NSDAP wurde die Regierung radikal verkleinert; neben Werner gehörte ihr nur noch Müller an, der die Ministerien für Inneres, Justiz und Finanzen übernahm. Das hessische ‚Ermächtigungsgesetz‘, das der Regierung umfassende Vollmachten verlieh und mit dem sich das Parlament für ein halbes Jahr selbst nach Hause schickte, wurde problemlos mit Zweidrittelmehrheit verabschiedet. Kein Wort des Protests erhob sich im Landtag. Noch am gleichen Tage wurde der jetzt 29jährige Werner Best zum ersten ‚Staatskommissar für das Polizeiwesen in Hessen‘ ernannt.“<sup>162</sup>

Thomas Lange schildert detailliert die Errichtung diktatorischer Strukturen in Hessen: „Die in den Landtagssitzungen vom 13. März und 16. Mai ‚fehlenden‘ Abgeordneten von KPD und SPD waren verhaftet worden. Immer nach dem gleichen Muster wurde die Machtübernahme bis ins kleinste Dorf durchgeführt: auf die Ernennung von SA- und SS-Leuten zu Hilfspolizisten (und zwar möglichst in höherer Zahl als die normalen Beamten) erfolgte Absetzung der lokalen Bürgermeister, Auflösung von Stadt- oder Gemeinderat, Übernahme der Ämter durch Parteigenossen. Als am 5. Mai 1933 der NSDAP-Gauleiter von Hessen-Nassau zum ‚Reichsstatthalter‘ für den Volksstaat ernannt wurde und 1935 schließlich zum ‚Führer der Landesregierung‘, war auch in der äußeren Organisation eine Kommandostruktur durchgesetzt worden, die nun allenfalls durch Intrigen der NS-Funktionäre untereinander durchbrochen werden konnte.“

Das wichtigste Mittel aber war die Gewalt. Überall, wo verhaftet wurde (in der Regel zuerst die Mitglieder von SPD oder KPD), wurde auch geprügelt. Der bodenlose Haß, der sich in dem zahllos wiederholten Zusammenschlagen politischer Gegner entlud, ist schwer zu verstehen, zumal er oft nach Vorbereitung ‚ausbrach‘: da wurden SA-Trupps gezielt in Nachbargemeinden eingesetzt, damit die Prügel weder aus privater Rache zu stark, noch aus privater Bekanntschaft zu schwach ausfielen. Bereits am 6. oder 7. März 1933 errichteten örtliche SA- und SS-Leute in einer leerstehenden Papierfabrik in Osthofen ein höhnisch so genanntes ‚Umerziehungslager für verwilderte Marxisten‘ – das erste KZ in Deutschland. Ca. 3.000 ‚Schutzhäftlinge‘ waren dort mit oder ohne Gerichtsurteil nach und nach eingesperrt, bis es Mitte 1934 aufgelöst wurde. Die Zeitungen berichteten ganz offen darüber, denn Einschüchterung war ja das Ziel. (Daß systematisch ‚schwarz und blau‘ geprügelt wurde, verschwieg man aber doch.) In den ersten Wochen demonstrierte die SA ihren Sieg gern durch öffentliche Erniedrigung ihrer Gegner: prominente Gefangene wurden als gedemütigte Symbole der Republik durch die Straßen geführt, wie der Universitätsdozent Georg Mayer in Gießen oder Carlo Mierendorff in Darmstadt.

Die Unterdrückung bekam System durch die Einrichtung der Gestapo („zur Bekämpfung staatsfeindlicher Bestrebungen“), die in Hessen bis 1935 nur ‚Staatspolizei‘ hieß und Nachfolger der Politischen Polizei des Volksstaats war (deren Beamte aber schon vor 1933 mit der SA sympathisierten). Der Sicherheitsdienst (SD) der SS hatte durch Spitzelberichte die ‚innenpolitische Lage‘ zu erkunden; an Zuträgern war kein Mangel. Eine eigene Gerichtsbarkeit sollte Widerspruch ersticken: die schon im April 1933 eingerichteten Sondergerichte, deren Urteile ohne Strafaufschub und Berufung sofort gültig waren. Das Sondergericht Darmstadt urteilte, wie am Fließband‘ gemäß der ‚Verordnung des Reichspräsidenten zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung‘ (vom 21.3.1933).“<sup>163</sup>

<sup>162</sup> Ebd., S. 123.

<sup>163</sup> Lange, Thomas: Hessen-Darmstadts Beitrag für das heutige Hessen. Wiesbaden 1993, S. 76 f.

Das Zentrum geriet in eine Orientierungskrise: Das hessische Zentrum versuchte z. B. durch die Unterstützung des NSDAP -Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten Zugeständnisse der Hitler-Partei in Bezug auf das Verbleiben höherer Zentrums-Ministerialbeamten zu erreichen. Dies erwies sich allerdings als vergeblich.<sup>164</sup> Das Flugblatt „Christentum und Hakenkreuz“ war bereits am 20. März verboten worden<sup>165</sup> und das dem Zentrum nahe stehende „Wormser Echo“ mußte drei Tage später sein Erscheinen für zwei Wochen einstellen.<sup>166</sup> „Am 3. Juli versammelte sich die hessische Zentrumsfraktion des Hessischen Landtages unter Leitung des Landesvorsitzenden Dr. Bockius, um die politische Lage zu diskutieren, ohne jedoch eine Stellungnahme‘ abzugeben.“<sup>167</sup>

Abschließend sollen noch einige Kindheitserinnerungen des Philosophen Kurt Flasch (\* 1930) erwähnt werden, der mit Bockius verwandt war. Flasch berichtet von den vergeblichen Bemühungen von Bockius, die politische Zukunft nicht in die Hände der Nationalsozialisten fallen zu lassen. Auch habe er persönlich mit Hitler verhandelt, jedoch ohne Erfolg. „Brüning versprach sich viel von diesen Verhandlungen; er glaubte, sie würden dadurch erleichtert, daß der hessische Haupt-Nazi Dr. Werner Best in der Mainzer Kanzlei von Fritz Bockius als Referendar angefangen hatte. Die Verhandlungen scheiterten natürlich. [...] Mein Onkel Willi Bockius erzählte mir, Fritz Bockius sei heimgekommen – er hatte auch mit Hitler persönlich verhandelt – und habe gesagt: ‚Es ist nichts zu machen. Aber der Mann ist intelligenter, als man glaubt. Und er ist gefährlich.‘“<sup>168</sup>



Heinrich Brüning

---

<sup>164</sup> Einen Tag nach der Zustimmung zum hessischen Ermächtigungsgesetz wurde der Fraktionsvorsitzende Hoffmann von seiner Funktion als Ministerialrat im Ministerium für Kultus und Bildungswesen sowie der hessische Gesandte in Berlin, Nuß, beurlaubt. Vgl. Darmstädter Tagblatt vom 16. März 1933; Hessischer Volksfreund vom 27. März 1933.

<sup>165</sup> Vgl. Darmstädter Zeitung vom 20. März 1933.

<sup>166</sup> Vgl. Darmstädter Tagblatt vom 23. März 1933.

<sup>167</sup> Vgl. Darmstädter Zeitung vom 3. Juli 1933.

<sup>168</sup> Flasch, Kurt: Über die Brücke. Mainzer Kindheit 1930-1949 (2002) Frankfurt/Main 2005, S. 44.

## Die Freundschaft zwischen Fritz Bockius und Heinrich Brüning

Betrachtet man die politische Beziehung zwischen Fritz Bockius und Brüning, so ist diese von gegenseitiger Achtung, Treue und Freundschaft gekennzeichnet. Beide haben sich in der gemeinsamen politischen Zeit geholfen, unterstützt und auch die jeweils andere Person ohne Hintergedanken stets in der Öffentlichkeit hervorgehoben und bestärkt. Brüning hatte vollstes Vertrauen zu seinem Abgeordneten Bockius, der dieses Vertrauen immer rechtfertigte. Bockius stand immer hinter der Person Brüning, ob nun als Politiker im Wahlkampf oder als Reichskanzler. Gerade aus den Wahlkampfreden von Bockius, welche auch im „Mainzer Journal“ abgedruckt wurden, wird dies ersichtlich. Er bestärkte und verteidigte immer die erfolgreiche Präsidialpolitik des Zentrums in den vergangenen Jahren, wobei er dabei stets den Namen Brüning auf selber Stufe erwähnte. „[...], wer aber auf eine zwar schrittweise, aber stetige Hilfe aus der deutschen Not bedacht ist, für den kann die Parole nur heißen: ‚Brüning!‘“<sup>169</sup> „Daß der Reichstag diese Notverordnungen nicht aufhob, beweist die erfolgreiche Arbeit der Regierung. Dr. Brüning hat sein Programm für mehrere Jahre aufgestellt.“<sup>170</sup> Für Bockius stellte Brüning genau den Zentrumspolitiker dar, welcher die Ideale der Partei (Leitmotive) hervorhebt und diese stets verinnerlicht in seine folgende Politik einbaute. Er war für ihn ein Idealist und ein Mann von Prinzipien, der seine eigene Einstellung und Intentionen vorantrieb. Aus diesem Grund stellte er den Reichskanzler, aber auch den Menschen Brüning nie in Frage und war überzeugt von seinem Vorhaben und Erfolg, welchen er oft in seinen Reden immer wieder voranstellte (so zum Beispiel vorrangig das Verdienst bei der Rheinland-Gewinnung). „Der Verzicht auf die Voreiligkeit in den Reparationssummen, die guten Nerven eines alles überlegenden und tatkräftigen Staatsmannes wie Brüning, haben daher für die Existenz Deutschlands einen weltgeschichtlichen Erfolg zu verzeichnen.“<sup>171</sup> Bockius war insbesondere von dem Mut Brünings beeindruckt und dessen Entschluss, das Präsidialkabinett zu übernehmen. „Was die Regierung Brüning auszeichnet, ist der Mut und die Entschlossenheit, mit dem sie vom ersten Tage an ihre Arbeiten begonnen hat, ist das Leitmotiv der Regierung, das das Leitmotiv der Zentrumspartei ist, [...].“<sup>172</sup> Der Erfolg gab der Regierung von Brüning Recht und Bockius plädierte in seinen Reden dafür, dass man den einzelnen Fall auch auf das gesamte Deutschland beziehen könne. Auch wären die politischen Erfolge für die Zukunft sowie auch für die Weltpolitik von größter Bedeutung. „Der Verzicht auf die Voreiligkeit in den Reparationssummen, die guten Nerven eines alles überlegenden und tatkräftigen Staatsmannes wie Brüning, haben daher für die Existenz Deutschlands einen weltgeschichtlichen Erfolg zu verzeichnen.“<sup>173</sup>

Beide hatten nicht nur eine sehr gute politische Beziehung zueinander, sondern verstanden sich auch hervorragend in menschlicher Hinsicht. So fanden zum Beispiel auch Besprechungen mit dem Kanzler bei Fritz Bockius zu Hause statt. Dies wird von Margarete Bös berichtet, welche eine Angestellte von Bockius (1923-1933) war und

<sup>169</sup> Mainzer Journal vom 19. Juli 1932.

<sup>170</sup> Mainzer Journal vom 16. Januar 1931.

<sup>171</sup> Mainzer Journal vom 26. Juni 1931.

<sup>172</sup> Mainzer Journal vom 28. Juli 1930.

<sup>173</sup> Mainzer Journal vom 26. Juni 1931.

zuletzt als dessen persönliche Sekretärin arbeitete.<sup>174</sup> Auch im Interview mit der Tochter von Fritz Bockius (Maria Bockius) kommt dieser Aspekt noch einmal zur Sprache.

Frage: „Sie hatten erwähnt, dass der Reichskanzler mit Ihrem Vater befreundet war?“

Maria Bockius: „Sogar gut.“

Frage: „War der auch zu Besuch im Haus?“

Maria Bockius: *Einmal war er bestimmt da. Da war gerade der Hans-Georg zu Hause. Dann weiß ich auch, das hat mein Vater gesagt, mit dem Ermächtigungsgesetz, Brüning und mein Vater waren natürlich gegen Hitler, ganz klar.*<sup>175</sup>

In einem Brief, den Brüning 1948 aus den USA an die Witwe Bockius schrieb, wird die persönliche Bindung an den Verstorbenen deutlich:

„Sehr geehrte Frau Bockius!

*Im vorigen Jahr erhielt ich einen Brief von Ihrem Sohne, den ich leider nicht eher beantworten konnte, da ich insgesamt fünf Monate im vergangenen Jahre in einem Hospital mit einer Nierenentzündung und Rückfall gelegen habe. Ich habe mich nur langsam im Winter erholt und war nicht in der Lage, eher an die Beantwortung der viele Tausend Briefe heranzugehen, die ich im vergangenen Jahre aus Deutschland erhalten habe. In den vergangenen zwei Monaten bin ich völlig in Anspruch genommen gewesen mit dem Kampfe um die Genehmigung eines kurzen rein privaten Besuchs bei meiner Schwester in Münster, die sehr leidend ist.*

*Diese Genehmigung habe ich nun in der vergangenen Woche erhalten, aber für die britische Zone, sodass mein Plan Sie persönlich zu besuchen, nicht ausführbar ist. Ich möchte aber nicht nach Europa fahren, ohne Ihnen geschrieben zu haben. Das Schicksal Ihres lieben Gatten hat mich die ganzen vergangenen Monate tief bewegt. Ich habe so besonders an ihm gehangen. Er war eine fröhliche, tatkräftige Natur. In schweren Stunden habe ich mich immer gefreut, wenn ich mich mit ihm unterhalten konnte. Ich kann daher völlig würdigen, wie tief Ihr Schmerz um den guten Verstorbenen und die Sorge für Ihre Familie ist. Möge Sie Gott in Ihrem schweren Leide trösten. Ich hoffe sehr, dass Ihr Sohn aus russischer Kriegsgefangenschaft bald zurückkehrt.*

*Ich sende Ihnen mit gleichem Briefe einen SAFE Gutschein. Sie werden darauf sehen, wo Sie das Paket abholen können. Meine Sekretärin wird Ihnen außerdem zwei Pakete schicken für Ihren jüngsten Sohn Albert mit Stoff und Schuhen.*

*Darf ich Sie bitten, Ihren ältesten Sohn zu grüßen und ihm für seinen Brief zu danken.*

*Mit meinem aufrichtigen Wunsche  
verbleibe ich*

*Ihr sehr ergebener  
H. Brüning<sup>176</sup>*

<sup>174</sup> Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 518 Nr. 41780: Entschädigungsakte Dr. Fritz Bockius.

<sup>175</sup> Interview mit Maria Bockius (93) am 15. April 2009 in Mainz.

<sup>176</sup> Privatarchiv Gottfried Braun, Schwabenheim.

### **3. Die Rolle des Zentrums nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten und der Niedergang des Politischen Katholizismus**

Im Wahlkampf von 1932 agierte Bockius gegen die Regierung von Papens und von Schleichers. Er sprach sich dabei gegen eine Diktatur einer Herrenschicht aus, welche den Deutschen „*untergejubelt*“ werden sollte. Sein Appell und seine Warnung galten einem Vermeiden eines preußischen Deutschlands unter deutschnationaler Diktatur. Dies gelte es bei der anstehenden Reichstagswahl am 31. Juli 1932 abzulehnen. Wie dem Mainzer Journal vom 9. April 1932 zu entnehmen ist, forderte er bei einer Hindenburg-Kundgebung Hitler öffentlich auf, seine Privatarmee, die SA, endlich aufzulösen. Weiter erklärte er im Reichstagswahlkampf: „*Wer dumm genug ist, der wählt auch [...] wieder Hitler.*“ Einen Monat später warnte er die Regierung von Papen in einem Zeitungsbeitrag vor der Reichstagsauflösung mit der nachdrücklichen Forderung: „*Deshalb rufen wir der Regierung zu, im Einverständnis mit der Mehrheit des Volkes: Keine Diktatur, sondern Verfassung, Verfassung, Verfassung!*“<sup>177</sup> „*Jetzt kann das geduldige deutsche Volk verlangen, daß man ihm nicht mehr auf der Nase herumtanzt, jetzt muß die Privatarmee aufgelöst werden.*“<sup>178</sup> Bockius hatte auch schon vor der Machtergreifung Hitlers telegraphisch Beschwerde bei Hindenburg über ungesetzliches Vorgehen der Nationalsozialisten (Herunterreißen einer Reichsfahne in Darmstadt) eingelegt. Diese Beschwerden blieben jedoch ohne Folgen und wurden im Innenministerium zu den Akten gelegt. „*Nach deren Machtergreifung telegraфиerte mein Vater [Fritz Bockius] an Hindenburg und beschwerte sich über die Ungezetzlichkeit des Vorgehens der Nazis unter Berufung auf nicht kompetente Gesetze, insbesondere über das öffentliche Herunterreißen der Reichsflagge. Der Protest wurde dem Innenministerium überwiesen und dabei blieb es.*“<sup>179</sup>

#### **3.1 Innenpolitische Situation Anfang 1933**

„*In den ersten sechs Monaten des Jahres 1933 wurden Entscheidungen getroffen, ohne die das, was dann folgte und schließlich in der schlimmsten Katastrophe unserer Geschichte endete, kaum möglich geworden wäre. [...]*  
[Es] gingen diese Ereignisse bereits mit einer brutalen Verfolgung der politischen Gegner des Nationalsozialismus einher. Zuerst vor allem von Kommunisten und Sozialdemokraten. Bald auch von Angehörigen anderer Parteien und Verbände. Bis zum Sommer 1933 wurden mehr als 100.000 Männer und Frauen für kürzere oder längere Zeit verhaftet. Fast 27.000 befanden sich Ende Juli 1933 in der so genannten ‚Schutzhäft‘. Viele dieser Verfolgten wurden bereits damals gequält und gefoltert. Und mehrere Hundert schon bis Ende März 1933 in barbarischer Weise ermordet. Vor allem die Konzentrationslager, von denen das erste am 21. März 1933 in Dachau eingerichtet wurde, waren von Anfang an rechtsfreie Räume.“<sup>180</sup>

---

<sup>177</sup> Vgl. Braun, Gottfried: Dr. Friedrich August Bockius. In: Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts. Herausgegeben von Helmut Moll im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz (1999) Band 1. Paderborn, München, Wien, Zürich 4. vermehrte und aktualisierte Auflage 2006, S. 363-366; Mainzer Journal vom 26. August 1932.

<sup>178</sup> Mainzer Journal vom 9. April 1932.

<sup>179</sup> Privatarchiv Gottfried Braun, Schwabenheim: Brief von Fritz Bockius jun. an die Schriftleitung des Bistumsblattes vom 2. Mai 1947.

<sup>180</sup> Rede von Dr. Hans-Jochen Vogel anlässlich einer Gedenkveranstaltung des Deutschen Bundestages am 10. April 2008, 9.00 Uhr, Berlin.

Insbesondere die Notverordnungen Hindenbergs vom 4. Februar 1933 (massive Einschränkungen der Versammlungs- und Pressefreiheit) und 28. Februar – die so genannte „Brandverordnung“ – begründeten den permanenten Ausnahmezustand, die entscheidende Zäsur „auf dem Wege vom Rechtsstaat zum Polizeistaat.“<sup>181</sup> Zu Recht weist Rudolf Morsey darauf hin, dass die vorangehenden Präsidialkabinette mit ihrer Notverordnungspolitik für die 20 (!) zwischen 30. Januar 1933 und dem 23. März erlassenen Notverordnungen bereits einen Gewöhnungseffekt bewirkt hatten.<sup>182</sup>

*„Meinerseits will ich mich noch einmal der Reichstagssitzung vom 23. März 1933 zuwenden, weil an diesem Tage die Demokratie und mit ihr die Republik von Weimar endgültig zu Grabe getragen wurden. Diese Sitzung fand 350 Meter von hier entfernt in der im Zweiten Weltkrieg schwer beschädigten und im Jahre 1951 abgerissenen Kroll-Oper statt. In dieser Sitzung, von der die kommunistischen Abgeordneten bereits ausgeschlossen waren, wurde in drei Lesungen das sogenannte Ermächtigungsgesetz verabschiedet, das die Gesetzgebung de facto vom Parlament auf die Reichsregierung übertrug und ihr die Befugnis zuerkannte, dabei auch von der Verfassung abzuweichen. Die dafür notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit wurde erreicht, weil nicht nur die Nationalsozialisten und die deutsch-nationalen Abgeordneten, sondern auch die Abgeordneten des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, des Christlichen Volksdienstes und der Staatspartei dem Gesetz zustimmten. Nur die 94 anwesenden Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion – Julius Leber, der festgenommen wurde, als er die Kroll-Oper betreten wollte, und weitere 25 von den insgesamt 120 sozialdemokratischen Abgeordneten waren bereits in Haft oder hatten untertauchen oder fliehen müssen – votierten in namentlicher Abstimmung dagegen. [...] Insgesamt war mit dem Ermächtigungsgesetz und der Ausschaltung der Parteien der Übergang zur Diktatur vollendet und allem, was dann folgte, der Boden bereitet.“<sup>183</sup>*

### **3.2 Zentrum und Ermächtigungsgesetz**

*„Das Ermächtigungsgesetz sei das Ungeheuerlichste, was je von einem Parlament gefordert worden sei. Er [Brüning] habe sich für die Wahl Hindenbergs besonders stark mit dem Argument eingesetzt, daß Hindenburg Garant und Treuhänder der Verfassung sei. Er selbst könne sich daher kaum für ein Ja entscheiden, selbst wenn er anerkenne, daß man eine moralische Verantwortung für eine Zustimmung nicht trage.“<sup>184</sup> So die Position Heinrich Brünings am 23. März 1933 vor der Zentrumsfraktion.*

Der Parteivorsitzende des Zentrums, Ludwig Kaas (1881-1952), vertrat hingegen

---

[http://www.bundestag.de/aktuell/archiv/2008/20069543\\_kw15\\_gedenkstunde/rede\\_vogel.html](http://www.bundestag.de/aktuell/archiv/2008/20069543_kw15_gedenkstunde/rede_vogel.html) (29. 07. 2009).

<sup>181</sup> Das „Ermächtigungsgesetz“ vom 24. März 1933. Quellen zur Geschichte und Interpretation des „Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich“. Herausgegeben und bearbeitet von Rudolf Morsey. Düsseldorf 1992, S. 7.

<sup>182</sup> Bezeichnend hierfür ist die Aussage Tilmann Lahmes in seinen Ausführungen über Golo Manns „Erinnerungen“ zur Ablösung Brünings: „Er weinte diesem ‚verhängnisvolle[n] Mann‘ und seiner ‚Diktatur‘ keine Träne hinterher.“ Lahme, Tilmann: Golo Mann. Frankfurt/Main, 2. Auflage 2009, S. 87.

<sup>183</sup> Rede von Dr. Hans-Jochen Vogel anlässlich einer Gedenkveranstaltung des Deutschen Bundestages am 10. April 2008, 9.00 Uhr, Berlin, zit. n.:

[http://www.bundestag.de/aktuell/archiv/2008/20069543\\_kw15\\_gedenkstunde/rede\\_vogel.html](http://www.bundestag.de/aktuell/archiv/2008/20069543_kw15_gedenkstunde/rede_vogel.html) (29. 07. 2009).

<sup>184</sup> Treviranus, Gottfried Reinhold: Das Ende von Weimar. Heinrich Brüning und seine Zeit. Düsseldorf, Wien 1968, S. 369.

rückblickend folgenden Standpunkt: „*Nur ein Ja konnte schöpferisch sein.*“<sup>185</sup>  
Der Historiker Winfried Becker weist aus heutiger Sicht mit Recht darauf hin, dass sich in der bisherigen Geschichtsschreibung „*mehrere, teils kontroverse*“ Deutungen unterscheiden lassen.<sup>186</sup>

Die Auseinandersetzungen um das Ermächtigungsgesetz sind für die vorliegende Untersuchung von zentraler Bedeutung, weil

- die am 23. März 1933 erfolgte Annahme erst durch die Zustimmung der Zentrums-Fraktion möglich wurde,
- dadurch die „Verfassungspartei“ Zentrum die Voraussetzungen für eine Diktatur der Nationalsozialisten schuf,
- sich der Politische Katholizismus als Folge dieser Entscheidung selbst beseitigte,
- die Haltung der Zentrums-Repräsentanten – Brüning, Kaas, aber auch Bockius und die Problematik der Zentrumspolitik gerade in diesem Vorgang – wie unter einem Vergrößerungsglas besonders deutlich hervortritt,
- selbst nach den gescheiterten Verhandlungen im Hinblick auf mögliche Koalitionen zwischen Zentrum und NSDAP in Hessen, Preußen und vor allem im Reich die Zentrumsabgeordneten davon überzeugt waren, auch unter der Regierung Hitler Einfluss ausüben zu können.<sup>187</sup>

Welche Faktoren haben die Haltung des Zentrums bestimmt und die letztlich geschlossene Zustimmung des Zentrums begünstigt?

In der umfangreichen Literatur wird weitgehend übereinstimmend eine Vielzahl von Aspekten genannt. Unterschiede ergeben sich vor allem bei der Gewichtung einzelner Faktoren und damit auch für die Bewertung dessen, was Franz Graf von Galen „*politischer Selbstmord*“ genannt hat.<sup>188</sup>

### **Drohkulisse und „Einschüchterung demokratischen Kräfte“**

Die bedrohlichen Umstände, unter denen die Reichstagsabgeordneten zur Beratung und Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes zusammentraten, schildert der SPD-Abgeordnete Wilhelm Hoegner (1887-1980).<sup>189</sup>

---

<sup>185</sup> Dieses Zitat stammt aus einem Artikel der Kölnischen Volkszeitung vom 5. April 1933. Josef Becker kommentiert, der Artikel gebe einen Text wieder, „der bereits am 5. April 1933 anonym in der gesamten Zentrums presse erschien. Als Verfasser kann jedoch mit Sicherheit der Parteivorsitzende Prälat Ludwig Kaas bezeichnet werden. Da Kaas zwei Tage nach der Veröffentlichung dieses Artikels ‚resigniert‘ in ein schließlich endgültiges Exil nach Rom ging, stellt der Rückblick auf den ‚Weg des Zentrums‘ gerade in seinen prinzipiellen Darlegungen eine Art politisches Testament des Mannes dar, der durch seine rechtsorientierte Parteiführung und maßgebliche Mitarbeit am Zustandekommen des Reichskonkordats vom 20. Juli 1933 eine der umstrittensten Persönlichkeiten der Weimarer Republik geworden ist.“ Becker, Josef: Zentrum und Ermächtigungsgesetz. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 9, H. 2, 1961, S. 195-210, hier S. 195.

<sup>186</sup> Vgl. Becker, Winfried: Die Deutsche Zentrumspartei gegenüber dem Nationalsozialismus und dem Reichskonkordat 1930-1933; Motivationsstrukturen und Situationszwänge. In: Historisch-politische Mitteilungen. Archiv für christlich-demokratische Politik 7, 2000, S. 3.

<sup>187</sup> Vgl. Kapitel 2.3.3 Die NSDAP auf dem Weg zur Regierungsverantwortung: Koalitionsverhandlungen Zentrum-NSDAP in Hessen.

<sup>188</sup> Zit. n. Schuhmacher, Martin: Zwischen „Einschaltung“ und „Gleichschaltung“. Zum Untergang der Zentrumspartei 1932/1933. In: Historisches Jahrbuch 99, 1979, S. 272.

<sup>189</sup> Zit. n. Das „Ermächtigungsgesetz“ vom 24. März 1933. Quellen zur Geschichte und Interpretation des „Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich“. Herausgegeben und bearbeitet von Rudolf Morsey. Düsseldorf 1992, S. 80 f.

*„Unmittelbar vor der Reichstagssitzung vom 23. März wurde uns [SPD-Fraktion] in der Fraktionssitzung eine wichtige Mitteilung gemacht. Befreundete Zentrumspolitiker hatten uns wissen lassen, daß von den Nationalsozialisten ein blutiges Gemetzel unter uns geplant sei, wir hätten Glück, wenn die Hälfte unserer Fraktion mit dem Leben davonkomme. Nach Meinung der Fraktionsleitung handelte es sich um mehr als um ein bloßes Gerücht. In der Tat hatte es Hitler in einer Besprechung mit dem früheren Reichskanzler Brüning auf dessen Frage ausdrücklich abgelehnt, den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten die verfassungsrechtlichen Garantien des Rechtsstaates zuzubilligen. Wir mußten uns sofort darüber schlüssig werden, ob wir unter solchen Umständen an der Reichstagssitzung in der Krolloper teilnehmen sollten. Der Reichsbannerführer [Karl] Höltermann [1894-1955] schlug vor, nicht in die aufgestellte Falle hineinzutappen. Wir anderen aber lehnten es ab, uns aus Angst vor dem Tode zu entmannen. [...] Vor allem die Frauen in der Fraktion nahmen leidenschaftlich Stellung gegen Höltermanns gutgemeinten Vorschlag. So beschloß die Fraktion, in die Reichstagssitzung zu gehen.*

*Der weite Platz vor der Krolloper war mit schwarzen Menschenhaufen bedeckt. Wilde Sprechchöre empfingen uns: „Wir wollen das Ermächtigungsgesetz!“ Junge Burschen, das Hakenkreuz an der Brust, musterten uns frech, versperrten uns schier den Weg, ließen uns richtig Spießruten laufen und riefen uns Schimpfworte zu wie „Zentrumsschwein“, „Marxistensau“. In der Krolloper wimmelte es von bewaffneter SA und SS. In der Garderobe erfuhren wir, daß Severing beim Betreten des Gebäudes verhaftet worden war. Der Sitzungssaal war mit Hakenkreuzen und ähnlichem Zierat ausgeschmückt. Die Diplomatenlogen und Zuhörerränge waren überfüllt. Als wir Sozialdemokraten unsere Plätze auf der äußersten Linken eingenommen hatten, stellten sich SA- und SS-Leute an den Ausgängen und Wänden hinter uns im Halbkreis auf. Ihre Mienen ließen nichts Gutes erwarten.*

*Hitler las seine Regierungserklärung mit überraschend ruhiger Stimme vor. Nur an wenigen Stellen steigerte er sie zu fanatischer Wildheit. [...]*

*Nach der Regierungserklärung wurde eine Pause eingelegt. Der frühere Reichskanzler Dr. Wirth kam zu uns her und sagte verbittert, in seiner Fraktion habe es sich nur noch darum gehandelt, ob man Hitler auch noch den Strick liefern solle, an dem man gehenkt würde. Die Mehrheit der Zentrumsfraktion sei gewillt, dem Prälaten Dr. Kaas zu folgen und Hitler das Ermächtigungsgesetz zu bewilligen. Sie befürchteten bei Ablehnung den Ausbruch der Nazirevolution und blutige Anarchie. Nur wenige, darunter auch Dr. Brüning, seien gegen ein Zugeständnis an Hitler.*

*Unsere Antwort auf die Regierungserklärung verlas Otto Wels [1873-1939]. Sie war nach Form und Inhalt ein Meisterstück, ein letzter Gruß an das verblichene Zeitalter der Menschenrechte und der Menschlichkeit. Zuletzt richtete Otto Wels mit halb erstickter Stimme unseren Gruß an die Verfolgten und Bedrängten draußen im Lande, die schuldlos, nur ihres politischen Bekenntnisses wegen bereits die Gefängnisse und Konzentrationslager füllten.*

*Der Eindruck dieser Rede auf uns alle war furchtbar. Erst einige Stunden zuvor hatten wir erfahren, daß SA-Leute die 45jährige Wohlfahrtspflegerin Maria Janowska von Köpenick in eine nationalsozialistische Kaserne verschleppt, splitternackt ausgezogen, auf einen Tisch geschnallt und ihren Leib mit Lederpeitschen geschändet hätten. Den weiblichen Abgeordneten unserer Fraktion rannen die Tränen über die Wangen, einige schluchzten fassungslos.*

*Aber Hitler sprang wütend auf und ließ eine leidenschaftliche Erwiderung gegen uns los. [...] Wir suchten die Flut der unberechtigten Vorwürfe Hitlers durch Zwischenrufe wie „nein“, „Irrtum“, „unrichtig“ usw. einzudämmen. Das bekam uns nicht besonders gut. Die SA- und SS-Leute, die uns an der Saalwand halbkreisförmig umschlossen,*

*zischten heftig und murnten: „Maul halten!“, „Landesverräter!“, „Ihr werdet heute noch aufgehängt [sic]!“ [...] Das Ermächtigungsgesetz wurde sodann mit 444 gegen unsere 94 Stimmen angenommen. Damit schloß die Sitzung eines Reichstags, der aus Furcht vor dem Tode Selbstmord beging.“*

Die vorangegangenen Verhaftungen kommunistischer und sozialdemokratischer Abgeordneter und Funktionäre ließen auch die Zentrumsrepräsentanten um das eigene Leben fürchten. Angedroht wurde ihnen bereits die Entlassung aller Beamten, die dem Zentrum angehörten. „Das mutige ‚Nein‘ von 94 SPD-Abgeordneten führte nur deshalb nicht zu schlimmen Konsequenzen, weil der Reichstag insgesamt mit Mehrheit zugestimmt hatte. Dieser Meinung war jedenfalls der SPD-Vorsitzende Otto Wels, wenn er sich gegenüber dem Aachener Zentrumsabgeordneten Johann Ernst [1888-1969] am Abend des 23. März äußerte, die Abgeordneten wären ohne das Ja des Zentrums nicht mehr aus der Kroll-Oper herausgekommen.“<sup>190</sup>

### **Der „unabänderliche Lauf der Dinge“**

*„Hätte eine Weigerung des Zentrums an dem tatsächlichen Gang der Dinge auch nur das Mindeste ändern können?“* Nicht nur für Johannes Hoffmann (1890-1967), den späteren ersten Ministerpräsidenten des Saarlandes (1947-1955), stellte sich diese Frage. Als Chefredakteur der Saarbrücker Landes-Zeitung antwortete er in einer Rede vor Zentrums-Vertrauensleuten des Saargebietes am 26. März 1933: „Eine Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes durch das Zentrum hätte die politische Entwicklung nicht nur nicht aufhalten können, eine solche Weigerung hätte lediglich den Kampf zwischen Regierung und Opposition verschärfen und auf eine für das Gesamtvolk wie für die deutsche Zentrumspartei gleichermaßen verhängnisvolle Zuspitzung treiben müssen. Darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die Weigerung des Zentrums, der Regierung Hitler den Weg freizugeben, das Fanal gewesen wäre, nun noch die letzten katholischen Beamten aus ihren Stellungen zu entfernen, den Maulkorb für die Zentrums presse noch strammer zu ziehen, ja diese Presse nach italienischem Muster restlos zu zerschlagen, die Parteiorganisation des Zentrums als die einer anationalen, vaterlandslosen Partei total zu zertrümmern, kurz den Kampf gegen alles, was Zentrum und organisierter Katholizismus heißt, auf der ganzen Linie zu eröffnen.“<sup>191</sup>

### **Ein neuer Kulturkampf**

In diesen Worten wird neben der Angst vor dem Bürgerkrieg auch der Focus „Wahrung organisierter katholischer Interessen“ transparent. Entscheidungsrelevant wird das erkennbare Denkmuster durch die von Hitler signalisierte Bereitschaft zur Anerkennung dieser Interessen und zum Ausbau „freundschaftlicher Beziehungen“ zum Heiligen Stuhl. Becker fasst pointiert Hitlers These zusammen, die „faschistische und nationalistische oder nationalsozialistische Weltanschauung sei also nach Ansicht des Papstes mit dem katholischen Glauben vereinbar und mit dem Christentum näher verwandt, als ,die jüdisch-liberale oder gar atheistisch-

<sup>190</sup> Becker, Winfried: Die Deutsche Zentrumspartei gegenüber dem Nationalsozialismus und dem Reichskonkordat 1930-1933; Motivationsstrukturen und Situationszwänge. In: Historisch-politische Mitteilungen. Archiv für christlich-demokratische Politik 7, 2000, S. 16.

<sup>191</sup> Hoffmann, Johannes: Der Weg des Zentrums. Rede, gehalten vor den Vertrauensleuten der Zentrumspartei des Saargebietes, am 26. März 1933 in Saarbrücken. Vgl. hierzu Küppers, Heinrich: Johannes Hoffmann (1890-1967). Biographie eines Deutschen. Düsseldorf 2008.

*marxistische Gedankenwelt“<sup>192</sup>* Die Rolle der „Konkordatsofferten“ (Kirche) bzw. „Konkordatspläne“ (der Regierung) ist in diesem Zusammenhang heftig umstritten. Plausibel ist – nachdem ein Reichskonkordat aufgrund der früheren Parteienkonstellation im Reichstag aussichtslos schien – dass durch die von Hitler unterstützten (und Kaas bekannten) Konkordatspläne des prominenten Rechtskatholiken, Ex-Kanzlers und Kabinettsmitgliedes Franz von Papen (1879-1969)<sup>193</sup> ein erheblicher Anpassungsdruck auf den Politischen Katholizismus ausging, der die Zentrumsfraktion nicht selten ratlos machte, ja innerlich spaltete. Nach Klaus Scholder habe der damalige Zentrums- und Fraktionsvorsitzende, Prälat Ludwig Kaas, letztlich die Zentrums-Fraktion darüber hinweggetäuscht, dass die von ihm befürwortete Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz eine „Voraussetzung für die Aufnahme von Konkordatsverhandlungen“ war.<sup>194</sup> Das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933 wird in einem Teil der Literatur wiederum als Schutz katholischer Religionsausübungsrechte (und damit als Rechtfertigung der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz) verstanden. Kaas vertraute letztlich Hitlers nie schriftlich bestätigten Zusagen: „*Abgekürzt wiedergegeben bestanden diese in Garantien der Beibehaltung des Föderalismus, der Gleichheit vor dem Gesetz, des christlich-konfessionellen Einflusses auf die Schule und Erziehung. Auch die Länderkonkordate, die Unabsetzbarkeit der Richter, das Berufsbeamtentum, die Existenz des Reichstags und die Rechte des Reichspräsidenten sollten erhalten bleiben.*“<sup>195</sup> Nach Becker führte dieser auch seelsorgerisch begründbare „Verkirchlichungsansatz“ von Kaas zu einem „Verdrängungseffekt“, einer falschen „Toleranz gegenüber der schon sichtbaren Politik der Rechtsbrüche.“<sup>196</sup> Unübersehbar ist in diesem Zusammenhang, dass die innenpolitischen NS-Maßnahmen nach der Machtergreifung in erster Linie die politischen und ideologischen Gegner des Zentrums geschwächt hatten. Freilich: „*Alle Zeichen deuteten [...] auf Sturm, auf eine Entwicklung, die Schlimmeres befürchten ließ.*“<sup>197</sup> Martin Niemöllers (1892-1984) rückblickend geäußerten Worte machen auch in diesem Zusammenhang nachdenklich:

*„Als die Nazis die Kommunisten holten,  
habe ich geschwiegen,  
ich war ja kein Kommunist.*

*Als sie die Sozialdemokraten einsperrten,  
habe ich geschwiegen,  
ich war ja kein Sozialdemokrat.*

*Als sie die Gewerkschafter holten,*

---

<sup>192</sup> Becker, Winfried: Die Deutsche Zentrumspartei gegenüber dem Nationalsozialismus und dem Reichskonkordat 1930-1933; Motivationsstrukturen und Situationszwänge. In: Historisch-politische Mitteilungen. Archiv für christlich-demokratische Politik 7, 2000, S. 19.

<sup>193</sup> Der frühere Zentrumsabgeordnete war dem Parteiausschluss durch Parteiaustritt zuvorgekommen.

<sup>194</sup> Zit. n.: Becker, Winfried: Die Deutsche Zentrumspartei gegenüber dem Nationalsozialismus und dem Reichskonkordat 1930-1933; Motivationsstrukturen und Situationszwänge. In: Historisch-politische Mitteilungen. Archiv für christlich-demokratische Politik 7, 2000, S. 18.

<sup>195</sup> Becker, Winfried: Die Deutsche Zentrumspartei gegenüber dem Nationalsozialismus und dem Reichskonkordat 1930-1933; Motivationsstrukturen und Situationszwänge. In: Historisch-politische Mitteilungen. Archiv für christlich-demokratische Politik 7, 2000, S. 17.

<sup>196</sup> Ebd., S. 32 f.

<sup>197</sup> Schuhmacher, Martin: Zwischen „Einschaltung“ und „Gleichschaltung“. Zum Untergang der Zentrumspartei 1932/1933. In: Historisches Jahrbuch 99, 1979, S. 287. Auch die Zentrumspartei war durch die Notverordnungen vom 4. Februar 1933 in ihrer Wahlkampfarbeit eingeschränkt worden.

*habe ich geschwiegen,  
ich war ja kein Gewerkschafter.*

*Als sie mich holten,  
gab es keinen mehr,  
der protestieren konnte.“<sup>198</sup>*

### **Bereitschaft zum „Nationalen Wiederaufbau“: Einschalten...**

*„Wer hätte die Verantwortung dafür tragen wollen und können, wenn die Zentrumsfraktion des Reichstages am vergangenen Donnerstag sich anders entschieden hätte? Wäre nicht der ganze Haß der Mehrheit des deutschen Volkes in diesem Falle gegen das Zentrum entbrannt und von den regierenden Parteien genährt worden? Hätte man nicht aus dem ganzen deutschen Bürgertum mit Fingern auf die Zentrumsleute gezeigt als auf diejenigen, an denen allein das Werk des nationalen Wiederaufbaues gescheitert sei?“<sup>199</sup> Nach Wilfried Becker musste der Pakt mit den Sozialdemokraten 1918/19 „als historisches Vorbild für die Kompromissbereitschaft gegenüber den Nationalsozialisten herhalten.“<sup>200</sup>*

Johannes Hoffmann zitiert als Beleg für die von ihm kurz nach dem Ermächtigungsgesetz geäußerte Position zustimmend den Rektor der Passauer Philosophisch-theologischen Hochschule, Prof. Franz Xaver Eggersdorfer (1879-1958): „*Unsere Kraft und Hilfe stehen auch einem neuen Staat zur Verfügung. Der Staat darf nicht sterben. Der Staat ist das Volk, sind wir alle. Wir dürfen ihn nicht ablehnen, weil uns das System nicht paßt [...]“ und folgert daraus:*

*„Der Staat darf nicht sterben, unsere Kraft und Hilfe stehen auch einem neuen Staat zur Verfügung‘, das ist der letzte und tiefste Grund, warum die Zentrumspartei am vergangenen Donnerstag ihre wahrhaftig begründeten Bedenken rücksichtslos beiseite stellte und allen, auch den Feinden von gestern, die Hand zur Versöhnung reichte in der Erkenntnis, daß nur die zusammengefaßte Kraft des deutschen Volkes den großen innen- und außenpolitischen Aufgaben gerecht werden kann, die vor uns stehen. Diese Aufgaben sind riesengroß und schwer. Kein Deutscher kann wünschen, daß irgendeine Regierung, und mag sie dem einzelnen noch so unsympathisch sein, bei der Lösung dieser schwierigen Aufgaben scheitern sollte. Am allerwenigsten kann und darf die deutsche Zentrumspartei der Durchführung der für Volk und Vaterland notwendigen Arbeit Schwierigkeiten bereiten.“<sup>201</sup> Deutlich wird hier die gefährliche Tendenz, jeder etablierten Ordnung als stabilisierender Faktor zu dienstbar zu sein. „Die ‚Selbstpreisgabe‘ des Zentrums resultiert nach Junkers Meinung aus der naturrechtlichen ‚prinzipiellen Indifferenz gegenüber den Staatsformen‘, die es der Partei erlaubt habe, gemäß der faktischen Entwicklung einmal mit der Republik, einmal mit der Diktatur zu paktieren.“<sup>202</sup> Tendenziell begünstigte freilich damit die – weder monarchistische noch republikanische –*

<sup>198</sup> [www.martin-niemoeller-stiftung.de/4/daszitat/a31](http://www.martin-niemoeller-stiftung.de/4/daszitat/a31) (23.08.2009).

<sup>199</sup> Hoffmann, Johannes: Der Weg des Zentrums. Rede, gehalten vor den Vertrauensleuten der Zentrumspartei des Saargebietes, am 26. März 1933 in Saarbrücken.

<sup>200</sup> Becker, Winfried: Die Deutsche Zentrumspartei gegenüber dem Nationalsozialismus und dem Reichskonkordat 1930-1933; Motivationsstrukturen und Situationszwänge. In: Historisch-politische Mitteilungen. Archiv für christlich-demokratische Politik 7, 2000, S. 14.

<sup>201</sup> Hoffmann, Johannes: Der Weg des Zentrums. Rede, gehalten vor den Vertrauensleuten der Zentrumspartei des Saargebietes, am 26. März 1933 in Saarbrücken.

<sup>202</sup> Becker, Winfried: Die Deutsche Zentrumspartei gegenüber dem Nationalsozialismus und dem Reichskonkordat 1930-1933; Motivationsstrukturen und Situationszwänge. In: Historisch-politische Mitteilungen. Archiv für christlich-demokratische Politik 7, 2000, S. 5 f.

„Verfassungspartei“ eine Entwicklung, verfassungsmäßige Freiheiten als formal anzusehen und verwechselte Taktik und Politik.<sup>203</sup> Man hatte es im Zentrum in der Vergangenheit unterlassen, den eigenen politischen Standort eindeutig zu bestimmen – und deutete dies rückblickend fast schon als pragmatische Erfolgsgarantie. „Für sie [das Zentrum] ist die Mitarbeit am Staat nicht abhängig von der jeweiligen Gestaltung der Staatsform oder des Staatsregimes“<sup>204</sup>. In einem ausführlichen – von Kaas inspirierten – Artikel am 5. April 1933 ist dies geradezu programmatisch ausgeführt:

„[...] Wir stehen, wenn nicht in einer Krise des demokratischen Gedankens überhaupt, so jedenfalls in einem Evolutionsprozeß, in welchem die bisherigen Betätigungsformen des demokratischen Systems und der demoliberalen Einrichtungen in einen Umschmelzungsprozeß von grundlegendem Ausmaß hineingezogen werden. Das unleugbare Übermaß formaler Freiheiten, die überall auf dem rein staatlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gebiet zu Entartungen und Schwächungen geführt haben, wird eine herbe, vorübergehend zweifellos auch übertriebene staatliche Disziplinierung all dieser Lebensgebiete ablösen. An die Stelle des demokratischen Homöopathen wird vorübergehend der scharfe Zugriff des Operateurs treten, der auch vor lebensgefährlichen Eingriffen nicht zurückschrecken wird. Die Normalisierung dieser Übergangszeit, die nicht ohne Fehlgriffe und vereinzelte Exzesse verläuft, und die schnelle Rekonstruktion des deutschen Staatswesens auf neuen und zukunftsgerichteten Grundlagen wird sich um so eher vollziehen, je entschlossener auch diejenigen Kräfte ihre Mitarbeit leihen, von denen die Erstlings-Initiative zu diesem revolutionären Umschwung nicht ausgegangen ist. Aus solchen Erwägungen heraus konnte es für die Zentrumspartei kein Zögern geben, als nach den ohne ihre Schuld verpaßten Sammlungsmöglichkeiten des November 1932 und des Januar 1933 in der letzten Märzwoche die große Konsolidierungsidee in anderer Form an sie herantrat.

Nur ein Ja konnte schöpferisch sein. Ein Nein hätte weder innen- noch außenpolitisch dem staatsmännischen Kredo der Zentrumspartei entsprochen. Statt Vergangenem nachzutrauern, haben ihre Führer die Pflicht gefühlt, mit den anderen Sämannen der Zukunft zu sein.[...]<sup>205</sup>

Das hatte Folgen: „Der Wille zur Mitarbeit im ‚neuen Reich‘ schloss in dieser Phase jeden aktiven Widerstand aus.“<sup>206</sup> Die vom gesundheitlich angeschlagenen Prälaten Kaas unter dem Eindruck geringer und rückläufiger Stimmenanteile des Zentrums, auch der Abwanderungsbewegung vieler Katholiken zu den rechten Parteien seit Herbst 1932 propagierte Partei- und Institutionen übergreifende „Sammlungsbewegung“ einer deutschen „Not- und Mehrheitsgemeinschaft“ ließ sich mit diesem Selbstverständnis des Zentrums unschwer vereinbaren, bot sie doch scheinbar Teilhabe am „Evolutionsprozess von Deutschlands Gesundung und Wiederaufstieg“<sup>207</sup> in „Zeiten gewaltigen Werdens“.<sup>208</sup>

<sup>203</sup> Vgl. Schuhmacher, Martin: Zwischen „Einschaltung“ und „Gleichschaltung“. Zum Untergang der Zentrumspartei 1932/1933. In: Historisches Jahrbuch 99, 1979, S. 285.

<sup>204</sup> Artikel in der Kölnischen Volkszeitung vom 5. April 1933, zit. n.: Becker, Josef: Zentrum und Ermächtigungsgesetz. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jahrgang 9, 1961, H. 2, S. 195-210, hier S. 204. Die Fußnoten wurden weggelassen.

<sup>205</sup> Ebd., S. 205 f.

<sup>206</sup> Schuhmacher, Martin: Zwischen „Einschaltung“ und „Gleichschaltung“. Zum Untergang der Zentrumspartei 1932/1933. In: Historisches Jahrbuch 99, 1979, S. 271.

<sup>207</sup> Becker, Winfried: Die Deutsche Zentrumspartei gegenüber dem Nationalsozialismus und dem Reichskonkordat 1930-1933; Motivationsstrukturen und Situationszwänge. In: Historisch-politische Mitteilungen. Archiv für christlich-demokratische Politik 7, 2000, S. 15.

Dieser auch nach Hitlers Machtübernahme fortgesetzte Anbiederungsversuch blieb erfolglos, denn Notverordnungen und das Ermächtigungsgesetz intendierten gerade den Ausschluss von Reichstag, anderen Parteien und eben auch deren Repräsentanten! Kaas betonte in einem Gespräch mit von Papen noch zwei Wochen nach der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes unter Bezug auf die von Hitler bekundeten Konkordatsabsichten, er könne sich „*sowohl im nationalen Interesse, als auch vom Standpunkt des deutschen Katholizismus nur aufrichtig freuen, wenn auf dem durch diese Erklärungen beschrittenem Wege weitergegangen werde. Nichts könnte zu einer inneren Konsolidierung des autoritären Regimes mehr beitragen.*“<sup>209</sup>

Noch hatten die Zentrumsabgeordneten nicht die Erfahrung gemacht, „*dass es gegenüber einem totalitären Regime keine Mitgestaltung, sondern lediglich Unterwerfung oder Widerstand geben kann.*“<sup>210</sup> Freilich hatte die vorangehende Phase der „*Präsidialdiktatur*“ für einen Gewöhnungseffekt gesorgt, der demokratischem Gedankengut abträglich war. Dennoch liegen nach Beckers Auffassung genügend Zeugnisse dafür vor, „*dass der den Rechtsstandpunkt verteidigende politische Bedenkenträger Brüning mit dem neuen kirchenpolitischen Chancen erahnenden Prälaten in einen konzeptionellen statt nur in einen persönlichen Konflikt geriet.*“<sup>211</sup> Jedenfalls war die Führung des Zentrums in zentralen Fragen zerstritten und orientierungslos.<sup>212</sup> Kaas' Vorstellungen von einer „*christlichen Kulturfront*“ ließen sich nicht in Übereinstimmung bringen mit der in Preußen bestehenden Koalition mit der SPD unter dem Sozialdemokraten Otto Braun (1872-1955). Dadurch ergaben sich zunehmende Spannungen zwischen den beiden Berliner Zentrumsfraktionen. Brünings Sturz Ende Mai 1932 überraschte die Partei, und die „*Berufung des Franz von Papen, eines „deutschnationalen Grenzgängers des Zentrums“ zum Reichskanzler trieb die Partei in eine bis dato unbekannte und vielfach irrationale Oppositionshaltung*“, wie Schuhmacher hervorhebt.<sup>213</sup> Teile des Zentrums, insbesondere der adelige Flügel, äußerten massive Kritik am Ausschluss des neuen Kanzlers aus der Zentrumsparcie, wünschten eher eine Repräsentanz in Papens Regierungsmannschaft.

Letztlich ist Schuhmacher zuzustimmen: „*Die Politik der „Einschaltung“ führte nicht aus jener Sackgasse, in die sich das Zentrum verrannt hatte; sie verhinderte nicht, wie erhofft, die Ausschaltung der Partei.*“<sup>214</sup>

<sup>208</sup> Kaas, zit. n. Becker, Winfried: Die Deutsche Zentrumsparcie gegenüber dem Nationalsozialismus und dem Reichskonkordat 1930-1933; Motivationsstrukturen und Situationszwänge. In: Historisch-politische Mitteilungen. Archiv für christlich-demokratische Politik 7, 2000, S. 32.

<sup>209</sup> Ludwig Kaas im Gespräch mit Papen am 8.4.1933, zit. n. Becker, Winfried: Die Deutsche Zentrumsparcie gegenüber dem Nationalsozialismus und dem Reichskonkordat 1930-1933; Motivationsstrukturen und Situationszwänge. In: Historisch-politische Mitteilungen. Archiv für christlich-demokratische Politik 7, 2000, S. 36.

<sup>210</sup> Hildebrand, Klaus: Das Dritte Reich (1979) München 7., durchgesehene Auflage 2009, S. 4.

<sup>211</sup> Becker, Winfried: Die Deutsche Zentrumsparcie gegenüber dem Nationalsozialismus und dem Reichskonkordat 1930-1933; Motivationsstrukturen und Situationszwänge. In: Historisch-politische Mitteilungen. Archiv für christlich-demokratische Politik 7, 2000, S. 22.

<sup>212</sup> Schuhmacher zitiert den selbstkritischen Kommentar des Zentrumsmitglieds H. Steiger: „*Überhaupt hat man diese [nationalsozialistische] Bewegung nicht erkannt. Ich gehe nicht zu weit, wenn ich sage, kein Mitglied der Fraktion [im Preußischen Landtag] hatte je bis zu jener Zeit [1931/32] Hitlers „Mein Kampf“ gelesen.*“ Schuhmacher, Martin: Zwischen „Einschaltung“ und „Gleichschaltung“. Zum Untergang der Zentrumsparcie 1932/1933. In: Historisches Jahrbuch 99, 1979, S. 292, Fußnote 11.

<sup>213</sup> Schuhmacher, Martin: Zwischen „Einschaltung“ und „Gleichschaltung“. Zum Untergang der Zentrumsparcie 1932/1933. In: Historisches Jahrbuch 99, 1979, S. 275.

<sup>214</sup> Ebd., S. 290.

### **...aber keine Übernahme von Verantwortung für die Folgen**

*„Die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz der Regierung Hitler bedeutet aber für die deutsche Zentrumspartei keinerlei Mitübernahme der Verantwortung für das, was diese Regierung bisher getan hat oder in Zukunft tun wird. Sie bedeutet nur, daß die Zentrumspartei, gemäß dem Votum des Volkes vom 5. März, der Regierung Hitler den Weg freigeben wollte, nun dem deutschen Volk zu zeigen, wie sie die Rettung von Volk und Vaterland bewältigen bzw. fortführen will. Die Zentrumspartei selbst bleibt ihrer politischen Haltung der Gesamttendenz der gegenwärtigen Reichsregierung gegenüber vollkommen frei.“<sup>215</sup> Johannes Hoffmann erwartet ausgerechnet von der Hitler-Regierung – und damit steht er stellvertretend für die Zentrums-Partei – daß sie von der ihr übertragenen Machtfülle – keine bisherige Regierung besaß je eine solche – nun den für Volk und Vaterland erforderlichen Gebrauch machen würde: „Die Wiederherstellung geordneter Staats- und Rechtsverhältnisse muß jetzt von der Regierung mit aller Energie und in allerkürzester Frist durchgeführt werden, soll nicht das gesamte Volk und das ganze Land furchtbaren Schaden leiden.“<sup>216</sup>*

### **„Zähmung“ der Nationalsozialisten durch Regierungsverantwortung**

Seit Jahren hatten führende Zentrums-Politiker die Einbeziehung der Nationalsozialisten in die Regierungsverantwortung gefordert. Mit dem Wahlerfolg der NSDAP am 5. März 1933 hatte sich nach Ansicht des Zentrums eine klare Mehrheit hinter die Regierung gestellt „und damit den Willen bekundet, daß dieser Regierung der Weg zur politischen Gestaltung freigegeben würde. Wenn nun diese Regierung erklärt, sie könne ihre Aufgaben nur auf dem Wege eines Ermächtigungsgesetzes durchführen, so konnte auch nach demokratischen Anschauungen die Zentrumsfraktion die Verantwortung dafür nicht übernehmen, der Regierung durch Verweigerung der Ermächtigung den nach ihrer Ansicht einzigen Weg zur praktischen Arbeit zu verbauen. Dabei ist gleichgültig, ob die Auffassung der Regierung, daß sie nur mit einem Ermächtigungsgesetz die erforderlichen Aufgaben bewältigen könne, in der Tat begründet oder nur Vorwand ist.“<sup>217</sup> Mäßigung oder Scheitern der neuen Regierung lagen im Rahmen dieses Kalküls.

Damit entspräche nach Johannes Hoffmann die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz der „demokratischen Grundlinie der Zentrumspolitik“.<sup>218</sup> Bereits im Frühsommer 1932 hatten Verhandlungen zwischen Zentrum und NSDAP in Hessen, Preußen und nach den für die NSDAP triumphalen Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 auch auf Reichsebene stattgefunden. „Je mehr aber die Parteiführung des Zentrums im Sommer 1932 in einer schwarz-braunen Mehrheit den Ausweg aus der Staats- und Wirtschaftskrise erblickte, um so mehr mussten die besonders vor den Reichstagswahlen 1930 noch stark betonten ideologischen Gegensätze zum Nationalsozialismus in den Hintergrund treten.“<sup>219</sup> So sollten die „Dinge der Vergangenheit“ zugunsten eines „positiven Zukunftsprogramms“ zurückgestellt werden. Die angeblich einzige denkbare Möglichkeit zu einer regierungsfähigen Mehrheitsbildung sollte zugleich zur „Zähmung“ der Nationalsozialisten beitragen. „Gebt Hitler einmal Zeit zu beweisen, ob er es wirklich besser kann als die anderen“,

<sup>215</sup> Hoffmann, Johannes: Der Weg des Zentrums. Rede, gehalten vor den Vertrauensleuten der Zentrumspartei des Saargebietes, am 26. März 1933 in Saarbrücken.

<sup>216</sup> Ebd.

<sup>217</sup> Ebd.

<sup>218</sup> Ebd.

<sup>219</sup> Schuhmacher, Martin: Zwischen „Einschaltung“ und „Gleichschaltung“. Zum Untergang der Zentrumspartei 1932/1933. In: Historisches Jahrbuch 99, 1979, S. 281.

war eine weit verbreitete Meinung in Gesellschaftsschichten, die dem Zentrum nahe standen. In General Schleicher – seit 2. Dezember 1932 Reichskanzler – hatte man einen möglichen „Vermittler“ zur NSDAP gesehen!<sup>220</sup>

### Ludwig Kaas und der „Fraktionszwang“



Ludwig Kaas

[...]

Im Jahre 1919 trat Kaas, der Deutschen Zentrumspartei bei und wurde als deren Kandidat für den Wahlkreis Trier mit 57,9 % der Stimmen in die Deutsche Nationalversammlung gewählt, wo er vor allem im Verfassungsausschuß bedeutsame Arbeit an der Verfassung der von ihm vorbehaltlos gebilligten Weimarer Republik leistete, von der Fraktion der Partei aber auch bei außenpolitischen Fragen (zweitägiger Aufenthalt in Versailles im Mai 1919) herangezogen wurde. Von 1920 bis 1933 gehörte K. dem Deutschen Reichstag und hier dem Auswärtigen Ausschuß an; 1926-1930 war er Delegierter beim Völkerbund. Seit 1921 gehörte er zu den Mitgliedern des Preußischen Staatsrates, in dem er ein vertrauensvolles Verhältnis zu Konrad Adenauer pflegte, und bekleidete das Amt eines Leiters der Zweigstelle des Kaiser-Wilhelm-Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Trier. Seit 1917 war er kanonistischer Berater des ab 1920 auch in Berlin akkreditierten Münchener Apostolischen Nuntius Eugenio Pacelli, des späteren (1939-1958) Papstes Pius XII., und diente diesem vor allem als Konkordatsfachmann. In späteren Jahren war die Haltung beider Männer von echter Freundschaft geprägt. Im Jahre 1928 wurde der dem gemäßigten rechten Flügel der Zentrumspartei zugehörige K. zu deren Vorsitzendem gewählt: bereits im ersten Wahlgang erreichte der als Kompromißkandidat Apostrophierte mit 184 von 318 Stimmen gegenüber 92 Stimmkarten für Joseph Joos und lediglich 42 für Adam Stegerwald die absolute Mehrheit. – Schon zu Beginn der politischen Karriere machte sich bei K. ein später immer deutlicher hervortretendes Manko im politischen Agieren bemerkbar: die fehlende menschliche und politische Härte und ein möglicherweise daraus resultierender häufiger Mangel an Präsenz bei den Sitzungen der politischen Entscheidungsgremien. Hier mögen die milde priesterliche Haltung, eine gewisse Gelehrtenempfindlichkeit sowie ein labiler Gesundheitsstatus ausschlaggebend gewesen sein für das, was der ehemalige Reichskanzler und Vorgänger von K. im Amt des Parteivorsitzenden, Wilhelm Marx, im Jahre 1930 so monieren sollte: ‚Was Kaas will, weiß niemand. Es ist doch sonderbar, daß er sich gar nicht sehen läßt.’ Erschwerend kam hinzu, daß K. seit 1930 seinen

<sup>220</sup> Vgl. Ebd., S. 284.

Hauptwohnsitz in Sterzing (Südtirol) genommen hatte, wodurch sich die ohnehin öfter getrübten Beziehungen und die Zusammenarbeit mit dem eher antikurial eingestellten Reichskanzler Heinrich Brüning und die Arbeit in den vielfältigen Gremien zusätzlich schwieriger gestalteten. Besondere Begabung zeigte K. für die Außenpolitik; er war entschiedener Gegner jeder Form des Separatismus, aber ebenso entschiedener Verfechter des Föderalismus (Rheinland). In der Kirchenpolitik verfolgte der den Protestant unbefangen und vorurteilslos begegnende K. ein Zusammengehen aller christlichen Kräfte. Konkordate waren für ihn ein zentrales Anliegen seiner kirchenpolitischen Bemühungen. Er wurde beim Bayerischen Konkordat (29. 3. 1924) zwar nicht herangezogen, war jedoch beim Preußischen Konkordat (14. 6. 1929) eine der Schlüsselfiguren und spielte beim Badischen Konkordat (12. 10. 1932) eine bedeutende Rolle. – Im Schatten der anwachsenden NSDAP vernachlässigte K. mehr und mehr seine politische Führungsaufgabe und zeigte sich den Aufgaben des Parteiamtes immer weniger gewachsen. Den von den radikalen Parteien inszenierten Störungen und Tumulten im Reichstag sah sich der empfindsame Prälat (9. 9. 1921 Päpstlicher Hausprälat, 25. 12. 1929 Protonotar) hilflos ausgeliefert. Er bekannte sich gegenüber diesem Einbruch radikaler Tendenzen zum Ausgleich aller demokratischen Kräfte und unterstützte anfangs die Politik Brünings vorbehaltlos. Im Gegensatz zu diesem hat K. aber offenbar Hitler nicht durchschaut und sich über dessen Verfassungstreue Illusionen gemacht („Wer hätte gedacht, daß es Leute gibt, die sich so leichthin über alles Recht und Gesetz hinwegsetzen können.“). Eine Zeitlang plädierte er für eine politische Kooperation von Zentrumspartei und NSDAP und stellte sich damit in offenen Gegensatz zum amtierenden Reichskanzler seiner Partei. Auch unterschätzte er die Gefahr der nationalsozialistischen Machtübernahme und glaubte wie viele, daß die seit dem 30. 1. 1933 mitregierenden Deutschnationalen die Nationalsozialisten unter Kontrolle halten würden und die Hitler-Regierung nur ein Übergang sei. Da er Hitlers Amoralität nicht erkannte, vertraute er dessen Zusicherungen im Vorfeld des Ermächtigungsgesetzes und sprach sich vor der Fraktion und dem Plenum des Reichstages für die Annahme des Gesetzes aus, das am 23. 3. 1933 angenommen wurde. Anschließend ließ der Parteiführer K. seine Zentrumspartei buchstäblich im Stich: er reiste nach Rom und betrat ab dem 8. 4. 1933 nie mehr deutschen Boden. Am 6. 5. des gleichen Jahres wurde Brüning zum Parteivorsitzenden gewählt; kaum einen Monat später löste sich die Zentrumspartei selbst auf. Außerordentlich großen Anteil hat K. am Verlauf der Verhandlungen über den Abschluß des von der Reichsregierung nachhaltig erstrebten Reichskonkordates gehabt, dessen überraschend schneller Abschluß am 20. 7. 1933 als sein Werk gilt. Es ist ihm gelungen, „ein Optimum an Sicherheit für die Stellung der katholischen Kirche im Konkordat zu erlangen“ (K. O. von Aretin). [...]“<sup>221</sup>

Da das Ermächtigungsgesetz nur mit Zweidrittelmehrheit im Reichstag in Kraft gesetzt werden konnte, war in besonderer Weise das Zentrum gefragt. Trotz größter Bedenken entschied sich die Mehrheit der Zentrumsfraktion am Vormittag des 23. März 1933 in einer geheimen Probeabstimmung mehrheitlich für die Annahme des Gesetzes.<sup>222</sup> „In der Sitzungspause zwischen 3 und 5 Uhr nachmittags wurde eine

<sup>221</sup> Persch, Martin: Kaas, Ludwig. In: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon 3, 1992 Sp. 907-915.

<sup>222</sup> Vgl. Braun, Gottfried: Dr. Friedrich August Bockius. In: Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts. Herausgegeben von Helmut Moll im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz (1999) Band 1. Paderborn, München, Wien, Zürich 4. vermehrte und aktualisierte Auflage 2006, S. 363-366.

*Probeabstimmung der 72 Anwesenden durchgeführt mit Stimmzetteln. Man schätzte zwischen 12 und 15 Neinsager oder Abstinenten in der Stimmabgabe, die vertraulich blieb. Unter ihnen bekannten sich außer Brüning auch Bockius, Bolz<sup>223</sup>, Dessauer<sup>224</sup>, Joos<sup>225</sup>, Schauff<sup>226</sup> [...].*<sup>227</sup> Bockius hatte zu den wenigen gehört, die in der Fraktionssitzung des Zentrums sich weigerten, dem 1933 von Hitler geforderten Ermächtigungsgesetz zuzustimmen. Er war damit einer der wenigen Tapferen und in der Minderheit. Historisch gesehen hat die Zentrumsfraktion damit Hitlers diktatorische Stellung untermauert.<sup>228</sup> Obwohl die Stimmzettel sofort nach der Probeabstimmung vernichtet wurden, konnten später Zeugen die ablehnende Haltung von Bockius bestätigen. Anschließend unterwarf sich Bockius am Nachmittag bei der Abstimmung dem Fraktionszwang.<sup>229</sup> „*Dann weiß ich auch, das hat mein Vater gesagt, mit dem Ermächtigungsgesetz, Brüning und mein Vater waren natürlich gegen Hitler, ganz klar. Und nachher hat Brüning ihm gesagt: ,Aber es gibt doch diesen Fraktionszwang.’ Das verstehe ich nicht, dass man einen zwingen kann, man muss doch selbst wissen, was man wählt.*<sup>230</sup>“ Brüning und Bockius teilten gemeinsame Bedenken und sahen Gefahren für die Zukunft der Zentrumspartei, durch die leere Garantiezusage des von Hindenburg zum Reichskanzler ernannten Adolf Hitler. „*Sicherheiten für die Erfüllung der Zusage der Regierung seien nicht gegeben. Das Ermächtigungsgesetz sei das Ungeheuerlichste, was je von einem Parlament gefordert worden wäre. Unzweifelhaft bestehe Gefahr für die Zukunft der Zentrumspartei. Wäre sie zerschlagen, so könne sie nicht wieder ins Leben gerufen werden.*<sup>231</sup>“ Nach Brüning hatte sich Kaas von den Landesvertretern der Zentrumspartei sogar die Vollmacht geben lassen, „*diejenigen Zentrumsmitglieder des Reichstages, die gegen das Gesetz stimmen, aus der Partei auszuschließen.*<sup>232</sup>“ Bockius musste kurze Zeit später miterleben, wie Hitler seine Zusicherungen an das Zentrum brach und alles eintrat, was er vorhergesehen hatte. Am 5. Juli 1933 löste sich die Deutsche Zentrumspartei im Zuge der Gleichschaltung auf, trat kampflos von der Bühne ab. Damit endete auch die politische Tätigkeit von Fritz Bockius.<sup>233</sup> Schuhmacher bezeichnet das Auflösungsdatum der Partei plausibel

---

<sup>223</sup> Eugen Bolz (1881-1945), von 1912 bis 1933 Mitglied des Reichstags, Widerstandskämpfer. Siehe Exkurs: Fritz Bockius – Eugen Bolz. Ein Vergleich.

<sup>224</sup> Friedrich Dessauer (1881-1963), von Dezember 1924 bis 1933 Mitglied des Reichstags.

<sup>225</sup> Josef Joos (1878-1965), von 1920-1933 Mitglied des Reichstags, von 1941-1945 im KZ Dachau inhaftiert.

<sup>226</sup> Johannes Schauff (1902-1990), von Juli 1932 bis 1933 Mitglied des Reichstags.

<sup>227</sup> Treviranus, Gottfried Reinhold: Das Ende von Weimar. Heinrich Brüning und seine Zeit. Düsseldorf, Wien 1968, S. 369.

<sup>228</sup> Vgl. Privatarchiv Gottfried Braun, Schwabenheim: Brief von Hans Sternheim an Pfarrer Hellriegel vom 10. August 1971.

<sup>229</sup> Braun, Gottfried: Dr. Friedrich August Bockius. In: Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts. Herausgegeben von Helmut Moll im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz (1999) Band 1. Paderborn, München, Wien, Zürich 4. vermehrte und aktualisierte Auflage 2006, S. 363-366.

<sup>230</sup> Interview mit Maria Bockius (93) am 15. April 2009 in Mainz.

<sup>231</sup> Braun, Gottfried: Dr. Friedrich August Bockius. In: Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts. Herausgegeben von Helmut Moll im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz. (1999) Band 1. Paderborn, München, Wien, Zürich 4. vermehrte und aktualisierte Auflage 2006, S. 53 f.

<sup>232</sup> Zit. n. Mannes, Astrid Luise: Heinrich Brüning. Leben, Wirken, Schicksal. München 1999, S. 183.

<sup>233</sup> Braun, Gottfried: Dr. Friedrich August Bockius. In: Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts. Herausgegeben von Helmut Moll im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz (1999) Band 1. Paderborn, München, Wien, Zürich 4. vermehrte und aktualisierte Auflage 2006, S. 363-366.

als „nur eine Etappe in einem längerfristigen Prozeß der Destabilisierung.“<sup>234</sup>

### Nachruf für Exzellenz Dr. Ludwig Kaas<sup>235</sup>

*„Als Mensch war Prälat Kaas außerordentlich schlicht und einfach. Seine Freunde wußten, was sie an ihm hatten und bewahrten ihm die Treue. Die politische Arbeit war für ihn mit vielen Mühen, Sorgen, Arbeiten und Enttäuschungen verbunden. Der verkommene Usurpator hatte ihm fest versprochen, christlich seine Bereitwilligkeit auszusprechen, die Rechte der Kirche zu wahren. Er hat sein Wort – wie so oft – nicht gehalten. Es hat wenig Sinn, wenn manche Menschen Kaas vorwarfen, er habe voreilig dem Zerstörer Deutschlands die unbeschränkte Vollmacht überantwortet. Das Zentrum war stets in der Minderheit. Die Kräfte, die hätten Einhalt gebieten können, versagten es sich, die Mitarbeit der Katholiken heranzuziehen und sie in den wichtigsten Fragen der christlichen Kultur zu unterstützen. Auf die Verleumdungen des großen Deutschen Ludwig Kaas seitens der Nazis gehen wir mit Absicht nicht ein. Sie konnten ihm das Wasser nicht reichen an Geist und Liebe zum deutschen Volks und Vaterlande. Hätten sie Gewalt über seine Person gehabt, sie hätten ihn bestimmt umgebracht.“*

## 4. Fritz Bockius' Werdegang nach dem Rückzug aus der Parteipolitik

### 4.1 Anwaltskanzlei in Mainz

Fritz Bockius widmete sich nach seiner politischen Laufbahn wieder seiner Mainzer Anwaltskanzlei. Nach der Machtergreifung von Hitler 1933 musste er jedoch einen schweren Kampf um seine wirtschaftliche Existenz führen, da zahlreiche frühere Klienten nicht den Mut aufbrachten, den nun vom NS-Regime beobachteten Anwalt in Anspruch zu nehmen. Zudem fielen auch die Abgeordnetendiäten weg.<sup>236</sup> Sein Sohn Fritz in seiner Begründung des Entschädigungsantrages: „Nach 1933 fielen zunächst die Diäten des Reichstagsabgeordneten fort, obwohl unser Vater – hätte der Nationalsozialismus die Zentrumspartei nicht aufgelöst – noch mindestens auf vier Jahre Abgeordneter gewesen wäre, seit der letzten regulären Wahl.“

*Das Rechtsanwaltsbüro wurde von meinem Vater allein weitergeführt. Da er seitens der Nazis boykottiert wurde, auf der anderen Seite die meisten Klienten aus Feigheit vermieden, ihren alten Anwalt weiter zu konsultieren, um sich bei den Nazis nicht in Misskredit zu bringen, gingen die Einnahmen des Büros rapide zurück.*<sup>237</sup>

Durch die Einmischung der Gestapo verlor Bockius auch finanzielle Mittel, wie zum Beispiel die sehr ins Gewicht fallende Vertretung der Zigarrenfabriken Makedon und Nestor in Mainz, für die er des Öfteren in der Schweiz Millionen-Kredite beschafft

<sup>234</sup> Schuhmacher, Martin: Zwischen „Einschaltung“ und „Gleichschaltung“. Zum Untergang der Zentrumspartei 1932/1933. In: Historisches Jahrbuch 99, 1979, S. 271.

<sup>235</sup> Domkapitular Prälat Carl Kammer, Trier. In: Nach der Schicht. Arbeit am Volk im Dienste Gottes. Religiöse Familienzeitschrift Jg. 48, 1952 Nr. 20 vom 18. Mai 1952, S. 314.

<sup>236</sup> Braun, Gottfried: Ein Leben für Glauben, Freiheit und Gerechtigkeit. Würdigung des Reichstagsabgeordneten Dr. Fritz Bockius aus Bubenheim, Rheinhessen. In: Gedenkschrift Bubenheim. Hrsg.: Kath. Pfarramt Schwabenheim. Bubenheim 1971, S. 44.

<sup>237</sup> Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 518 Nr. 41780: Entschädigungsakte Dr. Fritz Bockius.

hatte.<sup>238</sup> „Makedon Zigarettenfabrik, Mainz, 29. 6. 53. Wir können bestätigen, daß Herr Dr. Bockius, der unsere sämtlichen Prozesse und auftauchenden Rechtsangelegenheiten erledigte, infolge Einmischung der Gestapo seine Tätigkeit als freier Rechtsberater unserer Firmen einstellen mußte. Die Einnahme, die Herr Dr. Bockius hieraus bezog, können auf etwa RM 500,- monatlich geschätzt werden.“<sup>239</sup> Bockius litt sehr unter dem Boykott der Nationalsozialisten, so dass nach und nach die Angestellten wegen Arbeitsmangels seine Mainzer Kanzlei verlassen mussten. In ihr war letztendlich außer ihm selbst nur noch sein Sohn Fritz als Stenotypist tätig, so dass über eine Schließung nachgedacht werden musste. Schließlich hatte sich Bockius zu dem Entschluss durchgerungen, seine Kanzlei, an der er sehr hing, aufzugeben, um seine Familie ernähren zu können. Er versuchte darüber hinaus eine Stelle als juristischer Berater in der Wirtschaft zu bekommen, was jedoch scheiterte. Wo er sich auch bewarb, niemand wagte es, den früheren Zentrums-Reichstagsabgeordneten einzustellen.<sup>240</sup> Trotz intensiver Bemühungen fand er keine Stelle in der Industrie oder Verwaltung, da er sich auch beharrlich weigerte, der NSDAP beizutreten. Halt boten ihm in dieser schweren Phase alleine seine Familie und sein Glauben.<sup>241</sup> Die verzweifelte ökonomische Situation wurde in der Zeit des Zweiten Weltkriegs vorübergehend gebessert. Aus taktischen Gründen lockerten die Nationalsozialisten ihre Kirchen- und Katholikenverfolgungen etwas. Langsam wagten die Menschen sich von Bockius wieder vertreten zu lassen. Durch die schwindende Angst vor einer Verfolgung wurden die Verhältnisse für Fritz Bockius und seine Familie etwas besser. Unter seinen Klienten befanden sich auch politisch Verfolgte, welche den Rechtsbeistand in Anspruch nahmen. Zwar hatte sich Bockius seit der Auflösung der Zentrumspartei aus der Politik verabschiedet, jedoch äußerte er seine politische Meinung in der Öffentlichkeit frei heraus oder wenn er zum Beispiel abends in seinem Haus den englischen Sender abhörte. „Wegen seiner unbeherrschten Äußerungen war die Familie ständig in Sorge um ihn; er aber berichtete frei heraus, was er bei Gericht diesem oder jenem Kollegen wieder gesagt habe. Abends wurde der englische Sender angestellt; dann mußte alles mucksmäuschenstill sein.“<sup>242</sup> Von zu Hause aus war Bockius eine leutselige, temperamentvolle, frohe Natur, durch die politischen Verhältnisse wandelte er sich jedoch zu einem verbitterten Menschen. Er war sehr unzufrieden und zornig mit der neuen politischen Situation und konnte sich, wenn er Hitler im Radio sprechen hörte, ein „Du Lump, du Lump!“ nicht verkneifen.<sup>243</sup> Dieser Wandel wird in einem Brief von Eduard Verhülsdonk<sup>244</sup>, welcher im Hause Bockius gewohnt hatte, an Gottfried Braun deutlich, in dem er über die familiäre Situation der Familie Bockius nach der Machtergreifung berichtet. „Herr Rechtsanwalt Dr. Bockius ist ein Reichstagskollege meines Vaters gewesen. Daher war es nahe liegend, daß ich mich bei Familie

---

<sup>238</sup> Ebd.

<sup>239</sup> Ebd.

<sup>240</sup> Privatarchiv Gottfried Braun, Schwabenheim: Brief von Fritz Bockius jun. an die Schriftleitung des Bistumsblattes vom 9. Juni 1947.

<sup>241</sup> Braun, Gottfried: Ein Leben für Glauben, Freiheit und Gerechtigkeit. Würdigung des eichstagsabgeordneten Dr. Fritz Bockius aus Bubenheim, Rheinhessen. In: Gedenkschrift Bubenheim. Hrsg.: Kath. Pfarramt Schwabenheim. Bubenheim 1971, S. 44.

<sup>242</sup> Privatarchiv Gottfried Braun, Schwabenheim: Brief von Eduard Verhülsdonk (Redakteur am „Rheinhessischen Merkur“) an Gottfried Braun vom 17. Oktober 1970.

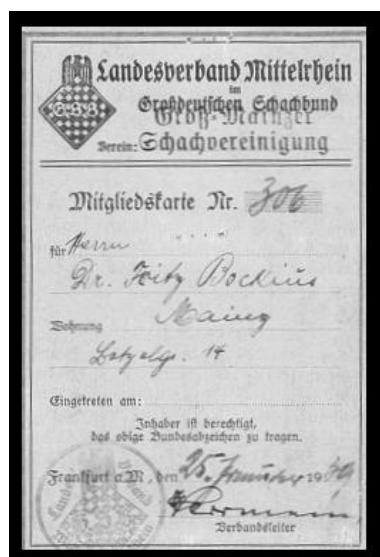
<sup>243</sup> Vgl. Braun, Gottfried: Ein Leben für Glauben, Freiheit und Gerechtigkeit. Würdigung des Reichstagsabgeordneten Dr. Fritz Bockius aus Bubenheim, Rheinhessen. In: Gedenkschrift Bubenheim. Hrsg.: Kath. Pfarramt Schwabenheim. Bubenheim 1971, S. 44.

<sup>244</sup> Verhülsdonk, Eduard sen., \* 16. April 1884 in Krefeld, † 2. November 1934 in Neuwied. Er war Verlagsdirektor und Chefredakteur in Neuwied und gehörte von September 1930 bis November 1933 dem Wahlkreis 21: Koblenz-Trier an.

Bockius nach einem Quartier umsaß, [...] Ich hatte vollen Familienanschluß und lernte also die Eltern und Kinder Bockius genau kennen. Herr und Frau Bockius waren ganz unterschiedliche Naturen: sie eine lang – schmale, seelenvolle, an Rheumatismus leidende Frau, er ein handfester, vierkantiger Mann, voll unablässigen Zorns auf die Nazigesellschaft, beherrscht in seinen Äußerungen und stets aufs Ganze gehend. Sein Magenleiden rührte wohl von dieser Seelenverfassung her. War ein starker Pfeifenraucher; seine Frau wollte ihn mit Hinweis auf sein Magenleiden davon abbringen, aber er: ‚Wenn ich nicht mehr rauchen darf, wozu soll ich dann noch leben?‘ (Er mußte dann selbst über seine Übertreibung lachen.)

Wegen seiner beherrschten Äußerungen war die Familie ständig in Sorge um ihn; er aber berichtete frei heraus, was er bei Gericht diesem oder jenem Kollegen wieder gesagt habe. Abends wurde der englische Sender angestellt; dann musste alles mucksmäuschenstill sein. von Haus aus eine leutselige, temperamentvolle, frohe Natur, war er durch die politischen Verhältnisse scharf und verbittert geworden. Er wußte sehr lebhaft zu erzählen; was er sagte, war plastisch und kernig (womit er seine zartbesaitete Frau, wenn auch unter Lächeln, nicht selten schockierte). Er hatte keinerlei Dünkel und war stolz darauf, aus einem Handwerkerhause zu kommen. Gern erzählte er von seiner Jugend und aus Schwabenheim.“<sup>245</sup>

In dem Buch „Mainzer Schachverein“ von Manfred Efinger, wird Bockius als eine Person des Widerstands dargestellt, welche auch dem Mainzer Schachverein angehört hatte. „Durch seinen Widerstand gegen den Nationalsozialismus ging auch die Zahl seiner Klienten stark zurück, so dass die Ausübung seines Anwaltsberufes nur noch eingeschränkt möglich war. Er engagierte sich auch stark für politisch Verfolgte. In dieser beruflich sehr schwierigen Phase kam er wohl erst Mitte der 30er Jahre zum Mainzer Schachverein und wirkte auch bei den Mannschaftsspielen mit.“<sup>246</sup> „Die Mitgliedskarte von Fritz Bockius wurde im Januar 1939 ausgestellt und trägt die Nummer 306.“<sup>247</sup> Gerade in der nationalsozialistischen Zeit nahm Bockius an vielen Schachturnieren teil.



Mitgliedskarte Mainzer Schachverein vom 25. Januar 1939.  
Quelle: Efinger, Mainzer Schachverein, 2009. S. 98.

<sup>245</sup> Privatarchiv Gottfried Braun, Eduard Verhülsdonk jun. in einem Brief an Gottfried Braun vom 17. Oktober 1970

<sup>246</sup> Efinger, Manfred: Mainzer Schachverein. Schachverein Schott. 100 Jahre 1909-2009. Mainz 2009, S.109 f.

<sup>247</sup> Ebd., S. 97 f.

Bei dem Fliegerangriff auf Mainz am 12. August 1942 versank das Haus der Familie Bockius in der Betzelsstraße 14 in Trümmern.<sup>248</sup> Diese Fliegerangriffe lassen sich anhand des Interviews mit Maria Bockius verdeutlichen, da sie auf dieses Erlebnis etwas genauer eingegangen ist: „*Es gab anfangs schon kleinere Bombenangriffe und das war mitten in der Nacht. Und selbst wenn es sein musste, bin ich nicht aufgestanden. Am nächsten Morgen habe ich gleich ein Zitat aus der Bibel herausgesucht: „Maria hat den besten Teil erwählt“*<sup>249</sup>. Als dann der nächste Fliegerangriff folgte, wurde es ernst, dann sind wir in den Keller gegangen. [...] Wir waren im Keller und unser Vater war immer sehr besorgt. Und er ist immer mal raus gegangen, um zu schauen, ob die Flieger noch da sind. Und meine Tante, die Schwester meiner Mutter, war auch noch dabei, sie hatte Wäsche in der Badewanne gehabt und diese genommen und ins Treppenhaus geworfen. Das hat ja nicht viel genutzt. Es waren Brandbomben. Wir haben überlegt, was man überhaupt noch mitnehmen kann. Einen Tag vorher waren meine Schwester und ich bei der Mutter unserer Schwägerin und haben Kuchen geholt, den sie gebacken hatte. Und ich habe den Kuchen auf dem Blech noch zum Teil durch die brennende Stadt getragen. Da kam eine Frau mit ihren kleinen Kindern mir entgegen, sie hat mich angeschaut und gesagt: „Gib mal her, die haben so Hunger!“ [...] Der große Angriff war in der Nacht auf den 12. August 1942. Der andere war noch schwerer. Da waren wir schon in Bensheim.“<sup>250</sup> Bei diesem großen Angriff der alliierten Bomber 1942 wurde das Familienhaus von Fritz Bockius komplett zerstört.<sup>251</sup> Zugleich brannte auch seine Mainzer Kanzlei nieder. Bockius führte sie zunächst in den Räumen des Rechtsanwalts Reen in Mainz, Große Bleiche, Ecke Flachsmarktstraße, fort.<sup>252</sup>

## 4.2 Kanzleivertretung in Bensheim

Fritz Bockius kam am 4. Februar 1942 nach Bensheim, weil er das Angebot erhalten hatte, den Bensheimer Rechtsanwalt und Notar Albrecht Hartmann (1901-1983) zu vertreten.<sup>253</sup> Als dessen Notarvertreter Schül zur Wehrmacht einberufen wurde, war zunächst ein älterer Herr aus Oberhessen Vertreter, der immer anreisen musste. Da ihm die Aufgabe zu beschwerlich wurde, gab er nach einigen Wochen auf, so dass Bockius beauftragt wurde.

Bockius betrieb zunächst -auch nach der Bombardierung- noch seine Kanzlei in Mainz und kam nur drei Mal wöchentlich nach Bensheim. Seine Sekretärin, Frl. Treffert, war mit dem späteren Bensheimer Bürgermeister Treffert verwandt. Nach dem Angriff am 12. August 1942 siedelte er mit seiner Familie nach Bensheim über. Sie wohnten zunächst im Hotel „Deutsches Haus“ sowie in der heute nicht mehr existenten Pension Schottenburg, welche sich in der Straße am Aufgang zum Kirchberg befand, etwa in der Nähe des gegenwärtig in Bau befindlichen

<sup>248</sup> Vgl. Braun, Gottfried: Ein Leben für Glauben, Freiheit und Gerechtigkeit. Würdigung des Reichstagsabgeordneten Dr. Fritz Bockius aus Bubenheim, Rheinhessen. In: Gedenkschrift Bubenheim. Hrsg.: Kath. Pfarramt Schwabenheim. Bubenheim 1971, S. 44.

<sup>249</sup> Luk. 10.42.

<sup>250</sup> Interview mit Maria Bockius (93) am 15. April 2009 in Mainz.

<sup>251</sup> Vgl. Graubner, Thomas: Dr. Friedrich August Bockius – Wilhelmstraße 20. In: Graubner, Thomas/Helbling, Gert/Helbling, Gert/Kilthau, Fritz: Ergänzungen zum Antifaschistischen Wegweiser Bensheim 1933–1945. Hrsg.: Geschichtswerkstatt Jakob Kindinger e.V. und Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten. Teil 2. Bensheim 1995, S. 22 f.

<sup>252</sup> Vgl. Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 518 Nr. 41780: Entschädigungsakte Dr. Fritz Bockius.

<sup>253</sup> Vgl. Lindner, Michael: Mit Überzeugung gegen die Faschisten. Männer, die in Bensheim Widerstand geleistet haben/VVN nennt Namen. In: Bergsträßer Anzeiger vom 27. April 1985.

Sterbehospiz'.<sup>254</sup> „Sind nach Bensheim gekommen, mein Vater und ich. Und da haben wir erst im Deutschen Haus gewohnt.“<sup>255</sup> Anschließend zog die Familie in die Wilhelmstraße 20 (ehemals Straße der SA 20b), in das Haus von Dr. Hans Ebner (1885-1974), dem Chefarzt im Bensheimer Hospital.<sup>256</sup>



Wohnung der Familie Bockius und Ort der Verhaftung, Bensheim, Wilhelmstraße 20.  
Quelle: Braun, Leben für Glauben, Freiheit und Gerechtigkeit, 1971. S. 56.<sup>257</sup>

Das Anwalts- und Notariatsbüro befand sich im Haus Blechner, am Anfang der Wilhelm-/Ecke Rodensteinstraße. Albrecht Hartmann war der Nachfolger des Rechtsanwalts und Notars Wilhelm Blechner. Die Ernennung Hartmanns im Jahre 1936 erfolgte nur aufgrund seiner Zugehörigkeit zur NSDAP und seiner Beziehungen zu den damals maßgebenden Leuten. Insgesamt gab es damals neunzehn Bewerber. Hartmann war ebenfalls SA-Mann und ab Beginn des Zweiten Weltkriegs als Offizier bei der deutschen Wehrmacht tätig. Seine Kanzlei wurde von Dr. Jakob Schül (1903-1968) als amtlich bestelltem Vertreter geführt, welcher jedoch ebenfalls im August 1942 zur Wehrmacht eingezogen wurde. Aus diesen Umständen heraus wurde Dr. Bockius im August 1942 als neuer amtlich bestellter Notariatsvertreter von Gauleiter Jakob Sprenger (1884-1945) eingesetzt. Bockius führte auch hier sehr erfolgreich und vielseitig die Kanzleigeschäfte und genoss, dank seiner großen

<sup>254</sup> Vgl. Graubner, Thomas: Dr. Friedrich August Bockius – Wilhelmstraße 20. In: Graubner, Thomas/Helbling, Gert/Helbling, Gert/Kilthau, Fritz: Ergänzungen zum Antifaschistischen Wegweiser Bensheim 1933–1945. Hrsg.: Geschichtswerkstatt Jakob Kindinger e.V. und Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten. Teil 2. Bensheim 1995, S. 22 f.

<sup>255</sup> Interview Maria Bockius (93) am 15. April 2009 in Mainz.

<sup>256</sup> Archiv der Stadt Bensheim, Melderegister.

<sup>257</sup> Die Zeitzeugin M. S., die in Mainz bereits schräg gegenüber der Bockius-Kanzlei gewohnt hatte, wurde nach dem Krieg von Familie Bockius in sehr uneigennütziger Weise in ihre Wohnung Wilhelmstraße 20 aufgenommen. Sie bewohnte das ehemalige Sprechzimmer von Dr. Ebner im Erdgeschoss ab 1946. M. S. berichtet von einem sehr fürsorglichen, konservativen Umfeld, das sie sehr zu schätzen gelernt habe. Auch eine Schwester von Anna Bockius, Mercedes Gierer, genannt „Deda“, habe sich sehr um M. S. gekümmert, die ihre Eltern und große Teile der Verwandtschaft verloren hatte. Familie Bockius habe unter schwierigen äußereren Bedingungen „das Beste daraus gemacht“, aber –wie viele Zeitgenossen- nicht mehr von der Erlebnissen der Kriegsjahre sprechen wollen (Interview mit M. S. vom 18.11.2009).

Ausstrahlungskraft und aufgrund seines Könnens, als Anwalt und Notar bei seinen Klienten und Angestellten ein hohes Ansehen und erfreute sich großer Beliebtheit.<sup>258</sup> Die von uns befragte Zeitzeugin Theresa Uhrig war 2 ½ Jahre in der Kanzlei Hartmann ausgebildet worden, zunächst unter dem Notarvertreter Jakob Schül, dann unter Bockius.

Frau Uhrig konnte sich noch daran erinnern, dass Bockius das Personal kennen lernen wollte, Franz Schader, Hans Bär (s.u.) und eine Kollegin, die nicht mehr Lehrling, sondern Gehilfin war. Er habe Fragen gestellt, wer sie seien, woher sie kämen, ob sie eine Beziehung zur Religion hätten.

Eines Tages sei er durch den Raum gegangen, wo sie gearbeitet hätten, um in sein Büro zu gehen. Im Raum habe ein Foto von Göring gehangen. Er habe sich noch einmal umgedreht und habe mit Blick auf das Foto gesagt: „*Mit dem habe ich manche Debatte erfolgreich im Reichstag durchgeführt.*“ Erst da sei den Angestellten bewusst geworden, welche Rolle Bockius früher gespielt habe.

Frau Uhrig, die dem BdM. angehört hatte, wollte sich beurlauben lassen, um an einem BDM-Treffen in der Jugendherberge in Reichenbach teilzunehmen und brauchte dazu eine Genehmigung vom Dienstherrn. Bockius sagte: „*So, ich unterschreibe das, weil ich das muss. Aber ich will Ihnen erklären, dass das großen Unrecht ist, was der Staat da macht.*“ Dann sei er zu einem Bücherschrank gegangen und habe ein Buch herausgegriffen. „*Jetzt zeige ich Ihnen was.*“ Er habe zwei Seiten herausgegriffen mit der Überschrift „Konkordat“. Daraus habe er zitiert, dass das Erziehungsrecht bei den Eltern liege. Die Eltern dürften darüber verfügen, was mit ihren Kindern geschehe. „*Das ist Unrecht. Und in diesem Regime geschieht so viel Unrecht.*“ Sodann habe er ihr noch aufgetragen: „*Wenn da versucht wird politisch zu schulen, hören Sie sich das an und erzählen Sie mir später davon.*“

Frau Uhrig konnte sich auch daran erinnern, dass Bockius völlig niedergeschlagen in der Kanzlei erschienen war mit eingefallenem Gesicht, Morgenmantel und Filzpantoffeln, mit den Worten: „*Mädchen, Mädchen, es ist alles hin.*“ Damit meinte er die Bombardierung seines Hauses und seiner Kanzlei.

Ebenfalls in Erinnerung geblieben ist ein Telefonat zwischen Kreisleiter Brückmann und Bockius. Thema sei gewesen, was Recht und was Unrecht sei.

Auch Frau Uhrig rühmte die Redegewandtheit Bockius'. Treffsicher habe er bei den Rechtsfällen die Kommentare aus dem Regal gezogen und nachgeschlagen. Wenn sie Akten zum Amtsgericht gebracht habe, hörte sie dort Kommentare wie: „*Dieser Dr. Bockius, der kann reden, der wird auch von den Richtern so gelobt, so haben wir schon lange keinen mehr gehabt.*“<sup>259</sup>

Parallel arbeitete Fritz Bockius 1942 noch in der Mainzer Kanzlei und fuhr ständig zwischen Mainz und Bensheim hin und her. 1944 war Dr. Bockius sogar als Verteidiger politischer Gefangener am Gericht in Darmstadt zugelassen.<sup>260</sup>

Ähnlich wie Theresa Uriig äußerte sich auch der Zeitzeuge Hans Bär. Er konnte als Lehrling Hans Bär Bockius in Hartmanns Kanzlei von August 1942 bis Februar 1943 kennen lernen. Er schilderte Bockius als ehrlichen Menschen, der auch beruflich etwas gekonnt habe. In Fachkreisen habe Bockius großes Ansehen gehabt. Zudem

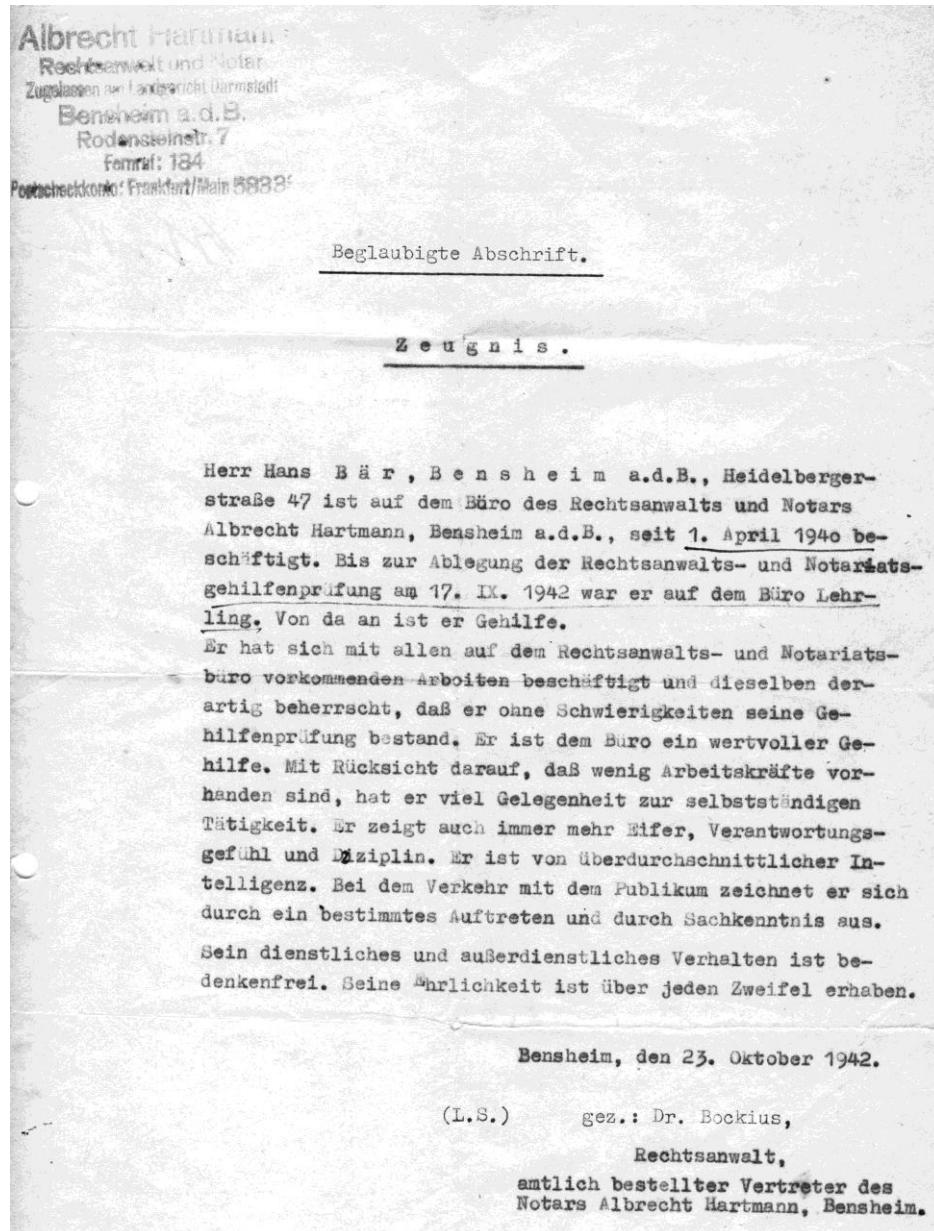
<sup>258</sup> Vgl. Graubner, Thomas: Dr. Friedrich August Bockius – Wilhelmstraße 20. In: Graubner, Thomas/Helbling, Gert/Helbling, Gert/Kilthau, Fritz: Ergänzungen zum Antifaschistischen Wegweiser Bensheim 1933–1945. Hrsg.: Geschichtswerkstatt Jakob Kindinger e.V. und Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten. Teil 2. Bensheim 1995, S. 22 f.

<sup>259</sup> Interview mit Theresa Uhrig am 15. Oktober 2009.

<sup>260</sup> Vgl. Privatarchiv Gottfried Bockius, Schwabenheim: Hellriegel, Ludwig: Reichstagsabgeordneter Dr. Fritz Bockius. Manuskript, 1975.

habe er die Lehrlinge in ihrem Selbstbewusstsein bestärkt, indem er sie ernst genommen und geachtet habe.

„Bockius konnte sehr mit Menschen umgehen.“ Nach Ansicht von Hans Bär war die Anstellung von Bockius ein „goldener Griff“.<sup>261</sup>



Es wird hiermit beglaubigt, daß vorstehende Abschrift mit  
der mir vorliegenden Urschrift wörtlich übereinstimmt.



Bensheim, den 23. Oktober 1942.

Dr. Bockius,  
Rechtsanwalt,  
amtlich bestellter Vertreter des  
Notars Albrecht Hartmann, Bensheim.

Notarvertreter.

262

<sup>261</sup> Interview mit Hans Bär am 24. Juni 2008 in Bensheim.

<sup>262</sup> Privatarchiv Hans Bär, Bensheim.

Neben Hans Bär, der von August 1942 bis Februar 1943 in der Kanzlei Hartmann ausgebildet wurde, war auch Valentin Wüst als Lehrling beschäftigt, der im Russlandfeldzug gefallen war.

Neben der Kanzlei Hartmann existierte im Krieg in Bensheim nur noch die Kanzlei Hattemer. Die Kanzlei Kleemann war aufgelöst. Der Lehrling Franz Schader, vor wenigen Jahren gestorben, war zur weiteren Lehre der Kanzlei Hartmann zugewiesen worden und wurde ebenfalls von Bockius ausgebildet.

### **Albrecht Hartmann**

Im Spruchkammerverfahren gegen Albrecht Hartmann schilderte ein Bensheimer Rechtsanwalt seinen Kollegen Hartmann wie folgt: „*Ernennung Hartmanns erfolgte nur auf Grund seiner Zugehörigkeit zur NSDAP (Art. 9 II 1) und seiner guten Beziehungen zu den damals maßgebenden Leuten. Unter normalen Umständen hätte das Notariat einem der in Bensheim ansässigen Anwälte [...] übertragen werden müssen, die wir uns auch sämtlich darum beworben hatten, aber die Voraussetzungen hinsichtlich der Partei nicht erfüllten. Als Hartmann kaum in Bensheim war, kam er auch schon in den Stadtrat, anstelle des Herrn Notars Lamb<sup>263</sup>, der ausscheiden musste; auch marschierte er von Anfang an in voller Uniform bei jeder Gelegenheit bei der SA mit. In Kollegenkreisen galt er als ein Mann, vor dem man sich in Acht nehmen musste. Ich habe deshalb außer belanglosen Dingen nichts mit ihm gesprochen. Ich habe bis Ende 1938 als einziger Bensheimer Anwalt Juden vertreten, was, wie ich positiv weiß, bei der Kreisleitung schriftlich festgehalten war. Wer die Kreisleitung darüber auf dem Laufenden hielt, weiß ich nicht, könnte mir aber vorstellen, daß Hartmann es war, dem mein Auftreten für Juden vor Gericht her bekannt war.*“<sup>264</sup>

Betrachtet man den Werdegang der beiden Juristen Bockius und Hartmann, können die Gegensätze nicht größer sein. Bockius, Sohn eines Handwerkers und im katholischen Milieu groß geworden und im Zentrum seine Heimat findend, und Hartmann, Sohn eines evangelisch-lutherischen Pfarrers († 1930), als Jugendlicher deutschnational eingestellt und 1933 in die NSDAP eintretend. Seinen Werdegang stellte Albrecht Hartmann in einem Lebenslauf vom 26. Oktober 1947 wie folgt dar: „*In meinem Elternhaus erhielt ich eine christliche und soziale Erziehung. Ein Juden- und Rasseproblem gab es schon kraft des Berufes meines Vaters als Pfarrer in meinem Elternhause nicht. Mein Vater, der im Jahre 1913 von Hainchen nach Alten-Buseck bei Gießen versetzt worden war, betrieb dort von 1915-1925 Landwirtschaft. Alle seine Viehgeschäfte betätigte er mit dem jüdischen Handelsmann Rosenberg aus Großen-Buseck. Er gab auch einige jüdischen Mitschülern sowie meinem Bruder und mir Nachhilfestunden, zumal in den unteren Klassen. Ich selbst habe jahrelang die Landwirtschaft bis zu den kleinsten Arbeiten hinunter betrieben. Im Jahre 1923 war ich ca. acht Wochen lang bei den Buderus'schen Eisenwerken in Wetzlar als Hilfsarbeiter in der Maschinenabteilung tätig, um einen Teil meiner Studiengelder zu verdienen. Auf diese Art und Weise bin ich mit der Bauernschaft einerseits und mit der Arbeiterschaft andererseits in engste Berührung gekommen.*“

Was seine Militärlaufbahn anbelangt, machte er folgende Angabe:

„*Durch öffentliche Anwerbung in der Schule gehörte ich mit 17 ½ Jahren vom 25. 5. 19 – 21 .4. 20 dem Freikorps Feldmarschall Hindenburg an, das erst in Kolberg a. d.*

<sup>263</sup> Friedrich Lamb (1895-1944), Rechtsanwalt und Notar. Siehe: Maaß, Rainer: Bensheim zur Zeit des Nationalsozialismus. In: Bensheim. Spuren der Geschichte. Herausgegeben von Rainer Maaß und Manfred Berg im Auftrag des Magistrats der Stadt Bensheim. Weinheim 2006, S. 345-382, hier S. 358.

<sup>264</sup> Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 520, D – Z Nr. 508586: Spruchkammerakte Albrecht Hartmann.

*Ostsee und später in Celle bei Hannover lag. Nach dem Versailler Friedensvertrag wurde dieses Freikorps in die Reichswehr als II. Bataillon des Infanterie-Regiments 110 in Celle eingegliedert. Ich hatte lediglich darin den Rang eines Musketiers. Zum Eintritt bewog mich jugendliche Abenteurerlust und die versprochene Versetzung in die nächst höhere Klasse.*<sup>265</sup> 1921 legte Albrecht Hartmann am Landgraf-Ludwig-Gymnasium Gießen die Abiturprüfungen ab und studierte anschließend Jura an der Hessischen Ludwigs-Universität Gießen.<sup>266</sup> Er gehörte als Student dem Wingolfsbund<sup>267</sup> an. Seit 30. Januar 1932 war Albrecht Hartmann mit Elisabeth Helm verheiratet. Aus der Ehe gingen drei Töchter hervor, darunter ein Zwillingspaar.

Im Zweiten Weltkrieg durchlief Hartmann folgende Laufbahn: Januar 1940: Leutnant, März 1942: Oberleutnant, 1. März 1943: Hauptmann der Reserve. Albrecht Hartmann war drei Wochen vor Kriegsende am Kriegsgericht tätig. Am Kriegsgericht Ulm hielt er sich auf zur Einarbeitung als Heeresrichter. „Ich bin am 24.4.45 bei Ulm in amerikanische Gefangenschaft geraten und war 29 Mon. in Gefangenschaft. Infolge einer Namensverwechslung habe ich 19 Monate als Kriegsverbrecher gesessen. 13 Monate bei den Amerikanern in Dachau und 6 Monate infolge Auslieferung bei den Franzosen. Es wurde damals ein gewisser Hauptmann Hartmann gesucht, der im Jahr 1943 in St. Lô eine ‚Schweinerei‘ gemacht hatte. Obwohl ich bereits seit 1940 Frankreich verlassen hatte, hat man mich 19 Monate ohne Haftbefehl, ohne Vernehmung und ohne Anklage festgehalten, und zwar als Kriegsverbrecher. Die höchsten französischen Stellen haben sich mit mir beschäftigt. Bei den Franzosen haben wir mit 60 Mann auf einer Zelle gesessen, wo früher normalerweise bloß 20 Personen saßen, ich bin gefesselt dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden. Am 3. September 1947 wurde ich nach 19 Monaten Kriegsverbrecherhaft entlassen.“<sup>268</sup>

Zu dem Verhältnis Bockius' zu Hartmann kann man sagen, dass es wohl nur private und keine politischen Differenzen zwischen ihnen gegeben hatte. Hartmann hat Bockius dessen Wohnung in Bensheim vermittelt. Familie Bockius hatte sogar teilweise bei Hartmanns gewohnt, als ihre Wohnung in Mainz zerbombt wurde. So kann man sagen, dass diese zwei unterschiedlichen Charaktere trotz politischer Meinungsverschiedenheiten ein ordentliches, bzw. gutes Verhältnis, wie es Frau Bockius in der öffentlichen Vernehmung Hartmanns während dessen Spruchkammerverfahren schildert, zueinander hatten. Konflikte zwischen ihnen gab es allerdings auf privater Basis.

Das Protokoll der Befragung von Frau Anna Bockius im Spruchkammerverfahren Hartmann hat folgenden Wortlaut:

---

<sup>265</sup> Ebd.

<sup>266</sup> Albrecht Hartmann übernahm die Kanzlei von Wilhelm Blechner, der am 21. März 1936 gestorben war. Direkt nach Kriegsende übernahm Hans Blechner die Kanzlei. „Zum Glück war mein Elternhaus von Kriegseinwirkung verschont geblieben. So konnte ich in den früher von Vater benutzten Büroräumen mich einrichten, wobei Mutter wieder einmal unverzichtbar Regie führte, so wie schon einmal 24 Jahre zuvor unter gleichen Umständen.“ Blechner, Hans G.: Seit 1913... Erfahrungen, Erkenntnisse, Folgerungen (1995) Frankfurt/Main, München, London, New York 2. Auflage 2006, S. 57.

<sup>267</sup> Vgl. Gottschaldt, Eva: „Das ist die Tat unseres herrlichen Führers“. Die christlichen Studentenverbindungen Wingolf und der Nationalsozialismus im Spiegel der Verbandspresse. Eine Dokumentation. Marburg 1997; Zocher, Rolf: Der Wingolfsbund im Spannungsfeld von Theologie und Politik 1918-1935. Eine Theologenverbindung zwischen nationaler Identität und christlichem Prinzip. Vierow bei Greifswald 1996.

<sup>268</sup> Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 520, D – Z Nr. 508586: Spruchkammerakte Albrecht Hartmann.

„Vorsitzender (VS): ‘Haben Sie irgend einmal mit dem Betroffenen Hartmann etwas zu tun gehabt?’

Bockius (B): ‘Mein Mann war Vertreter von Notar Hartmann.’

VS: ‘Wie ist Ihr Mann mit Herrn Hartmann ausgekommen?’

B: ‘Mein Mann hat zunächst Herrn Hartmann vertreten, von Februar 1942 ab, jedoch dann wurde es allmählich zu schwierig, da er zuviel auswärtig sein musste.’

VS: ‘Wann ist Ihr Mann verhaftet worden?’

B: ‘Am 23.8.44, im Rahmen der allgemeinen politischen Aktion (20. Juli).’

VS: ‘Wie war das Verhältnis zwischen Herrn Hartmann und Ihrem Mann?’

B: ‘Zunächst war es sehr gut. Allmählich jedoch gab es Differenzen, wie sie unter Kollegen immer einmal vorkommen.’

VS: ‘Waren diese Differenzen politischer Art? Wegen Meinungsverschiedenheiten?’

B: „Nein, keineswegs.“

VS: ‘Ist er sonst beteiligt gewesen an irgendwelchen Aktionen gegen Ihren Mann?’

B: „Etwas bestimmtes kann ich gar nicht sagen.“

Auf Antrag des Verteidigers und mit Zustimmung des Herrn öffentlichen Klägers wurde die Zeugin von dem Vorsitzenden unter vier Augen gehört.

Der Vorsitzende erklärte hierzu: „Die Angaben, die die Zeugin gemacht hat, die Differenzen zwischen dem Herrn Bockius und dem Betroffenen sind rein privater Natur, es handelt sich um Differenzen, die die Angelegenheit der Spruchkammer weder berührt noch interessiert.“

VS. an die Zeugin: ‘Können Sie uns sagen, ob der Betroffene an irgendwelchen politischen Aktionen gegen Ihren Mann beteiligt war?’

B: ‘Politisch, nein.’

VS: ‘Ist Ihnen irgend etwas über die politische Tätigkeit des Betroffenen sonst bekannt?’

B: ‘Ich weiß gar nichts, ich weiß lediglich, daß Herr Hartmann Mitglied der Partei war.’

Auf Befragen durch den Verteidiger erklärte die Zeugin, dass der Betroffene bzw. die Familie des Betroffenen die Familie Dr. Bockius, nachdem diese fliegergeschädigt war, unterstützt hat, und zwar indem sie für einige Zeit ein Plumeau zur Verfügung gestellt bekam, des weiteren hat Frau Bockius ein Körbchen Tomaten bekommen.

Betroffener: ‘Ich habe auch damals in Heppenheim ein Zimmer vermittelt.’

B: ‘Ja, das stimmt. Durch Herrn Hartmanns Vermittlung haben wir seinerzeit in Heppenheim ein Zimmer kaufen können.’

Am 28. Februar 1948 wandte sich Albrecht Hartmann an die Spruchkammer. Nur andeutungsweise ging er auf die Kontroversen mit Fritz Bockius ein: „Da Frau Bockius Wwe. keine Beurteilung abzugeben wünscht, so behalte ich mir hier eine ausführliche Stellungnahme für den Fall der mündlichen Verhandlung, zu der sie ja geladen werden soll, vor. Ich bin überzeugt, dass mich Frau Bockius weder in politischer noch in religiöser Hinsicht wird belasten können. Ich habe schon früher darauf hingewiesen, dass Herr Bockius, trotzdem er ein erklärter, offener Gegner des Dritten Reiches war, über 2 ½ Jahre auf meinem Büro als mein Vertreter in Anwaltschaft und Notariat tätig war und dass ich ihn als einen tüchtigen Juristen, besonders als einen sehr guten Strafverteidiger, nur schätzte. Die Meinungsverschiedenheiten, die ich schließlich mit ihm hatte, lagen auf ganz anderem als politischem Gebiet. Aber ich möchte hierüber solange nicht reden, so

*lange ich nicht hierzu zu meiner Rechtfertigung genötigt werde. Es liegt mir fern, auch einen politischen Gegner, der zudem im KZ gestorben sein soll, über Gebühr bloßzustellen. Was meine Familie aber und ich für Herrn Dr. Bockius trotz seiner Gegnerschaft getan haben, möge aus nachstehenden Urkunden hervorgehen.*<sup>269</sup>  
Hier handelt es sich um zwei Schreiben eines Rechtsanwalts an die Betreuungsstelle für rassisches, politisch und religiös Verfolgte vom 2. Februar 1942 und 16. April 1942.

Eine von Albrecht Hartmann benannte Zeugin gab Folgendes zu Protokoll: „*In dieser Zeit lernte ich auch Herrn Rechtsanwalt Dr. Bockius aus Mainz kennen, der Herrn Rechtsanwalt Hartmann, der eingezogen war, vertrat.*

*Bevor Herr Rechtsanwalt Dr. Bockius in Mainz ausgebombt war, hat er ihn nur an einigen Tagen in der Woche vertreten. Er schließt dann im Hause Hartmann, Bensheim, Darmstädter Straße 15, wo bestens für ihn gesorgt wurde. Da er magenleidend war, bekam er nicht nur sein Bett gewärmt, sondern es wurde ihm auch das elektrische Heizkissen zur Verfügung gestellt. Außerdem wurden ihm immer Brei und Haferschleim teils aus mitgebrachten teils aus Lebensmitteln der Familie Hartmann und von den Kindern Hartmann zustehenden Milch zubereitet. Wenn er durch auswärtige Termine verspätet nicht mehr im ‚Deutschen Haus‘ zu essen bekam, erhielt er selbstverständlich im Hause Hartmann sein Mittagessen.*

*Nachdem er im August 1942 in Mainz totalausgebombt war, wohnte er zunächst acht Wochen ganz im Hause Hartmann, wo auch gemäß seinem Gesundheitszustand in großzügiger Weise für ihn gesorgt wurde. Der junge Herr Bockius hatte am Tage der Bombardierung von Mainz seinen Hochzeitstag gehabt. Ich weiß noch, dass an dem darauffolgenden Sonntag nicht nur Herr Dr. Bockius, sondern auch das junge Paar zu Kaffee und Kuchen bei Familie Hartmann eingeladen war.*

*Der junge Herr Bockius hatte damals erzählt, dass er seinen Frack aus den Flammen gerettet habe und seine Uniform in den Flammen habe verbrennen lassen. Herr Hartmann, der sich damals gerade in Urlaub befand, hat durch Anruf in Mainz bei einer Wehrmachtsstelle erreicht, dass dem jungen Herrn Bockius noch ein zusätzlicher Sonderurlaub gewährt wurde.*<sup>270</sup>

Hartmann betonte gegenüber der Spruchkammer:

*„Ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit und Glaubensbekenntnis habe ich nicht nur mein Büropersonal, sondern auch meine jeweiligen Vertreter eingestellt. Insbesondere hat mich während des Krieges 2 ½ Jahre Herr Rechtsanwalt Dr. Bockius – Mainz, früher Spitzenkandidat der Zentrumspartei, vertreten. Anschließend vertrat mich etwa ½ Jahr der jetzige Landgerichtspräsident Julius Gilmer, Darmstadt, der 1933 aus dem Staatsdienst entlassen worden war. Beide Herren bezogen einen Monatsgehalt von 800,- RM durch mich; ich gab ihnen Gelegenheit, daneben ihre eigenen Praxen zu versehen und unterstützte sie beide, nachdem sie fliegergeschädigt waren.“<sup>271</sup>*

Worin die privaten Differenzen zwischen Hartmann und Bockius letztlich zu sehen waren, lässt sich heute nicht mehr mit Bestimmtheit sagen. In der Einlieferungsakte Bockius' in der Haftanstalt Darmstadt wird die Frage nach den Vermögensverhältnissen des Inhaftierten beantwortet mit: „*Jetzt geordnet; (Infolge*

<sup>269</sup> Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 520, D – Z Nr. 508586: Spruchkammerakte Albrecht Hartmann.

<sup>270</sup> Ebd.

<sup>271</sup> Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 520, D – Z Nr. 508586: Spruchkammerakte Albrecht Hartmann.

*Glücksspiels war der Anwalt zeitweise verschuldet)*“.<sup>272</sup> Auffallend ist, dass der Spruchkammervorsitzende mit Frau Bockius ein Gespräch unter vier Augen geführt hatte und dabei Gründe erfuhr, die für das Spruchkammerverfahren Hartmann nicht von Belang waren, zumindest wurde vom Vorsitzenden anerkannt, dass die Kontroversen der beiden Anwälte nicht politischer Natur waren. Selbst Hartmann sprach nicht offen über die Ursachen des Zerwürfnisses und seine Anzeige, um seinen im KZ umgekommenen Kollegen nicht bloßzustellen. Aus der Entschädigungsakte von Fritz Bockius geht hervor, dass dieser überschuldet war.

*„Frau Bockius lebt in Bensheim in gedrückten Verhältnissen mit ihren zwei Töchtern. Sie hat von der Betreuungsstelle oder irgend einer anderen öffentlichen Stelle noch keinen Pfennig erhalten. Der Haushalt lebt von dem kärglichen Verdienst der beiden Töchter Bockius und von Caritas-Spenden. Vermögen ist nicht vorhanden. Soweit Hauseinkünfte vorhanden sind, werden sie von den Hypothekenzinsen mehr als aufgezehrt.“[...] „Bei der offensichtlichen Überschuldung des Nachlasses entsteht die Frage, ob die Erben nicht zweckmäßigerweise die Erbschaft ausschlagen. Frau Bockius kann sich aber mit diesen Gedanken nicht anfreunden, da kein Makel auf dem Namen des Verstorbenen ruhen soll.“<sup>273</sup>*

Die Zeitzeugin Theresa Uhrig, 1942 als Lehrling in der Kanzlei Hartmann tätig, sagte zum Verhältnis Bockius-Hartmann aus, dass ein Spielbankkärtchen der Spielbank Baden-Baden aufgefunden worden sei. Sie vermutet, dass Hartmann dies an die Anwaltskammer gemeldet habe, Bockius habe damit gegen die Anwaltsberufsehre verstossen. Alles, was abgerechnet wurde, sei in die Kasse Hartmann geflossen. Nun hätten sich aber auch Klienten direkt an Bockius gewandt. Frau Uhrig konnte sich noch erinnern an einen Fall, bei dem es um „Wehrkraftzersetzung“ gegangen sei.

Der Belegschaft in der Kanzlei war nach Aussage der Angestellten bewusst, dass Frau Hartmann Telefonate abhörte. Das habe man an einem Knacken und einem weißen Sternchen an der Apparatur gemerkt. So habe Frau Gisela Herbert, \* 4.6.24 in Bobstadt, Bobstadt, , vom 15.2.41-25.3.45 als Justizangestellte im Notariatsbüro Hartmann beschäftigt, aus Baden-Baden einmal einen Anruf von Bockius erhalten, dass er am Amtsgericht einen Termin nicht wahrnehmen könne. Er bat Frl. Herbert an seiner Stelle dorthin zu gehen, das Schriftliche habe er alles vorbereitet. Vermutlich hat Frau Hartmann dieses Gespräch mitbekommen und ihrem Mann mitgeteilt, Bockius lasse Termine schleifen. Bockius habe auch zu Frl. Herbert gesagt: „Wenn der Krieg aus ist, würde ich Sie mitnehmen nach Mainz als Sekretärin.<sup>i274</sup>“ Einen Soldaten, der wegen Wehrkraftzersetzung angezeigt worden war, wurde als Verteidiger Dr. Bockius in Mainz empfohlen. Als dieser erfahren hatte, dass die Kanzlei in Mainz ausgebombt war, wandte er sich nach Bensheim. Bockius habe ihn als Mainzer Mandanten behandelt und auch ihm eine solche Quittung ausgehändigt. Das habe Frau Hartmann ihrem Mann gemeldet, was auch zur Anzeige geführt hatte. Es habe auch den einen oder anderen Fall gegeben, den Bockius auf eigene Rechnung abgerechnet habe, etwa wegen Schwarzschlachtens. Besagter Soldat habe im Lazarett gelegen. Ihm wurde vorgeworfen, Fieber künstlich hochgetrieben zu haben. Auf Wehrkraftzersetzung stand die Todesstrafe. Frau Uhrig kann mit Gewissheit bezeugen, dass es Bockius gelungen sei, den Klienten vor der Todesstrafe zu retten.

<sup>272</sup> Bundesarchiv Berlin, R 3001/52043: Reichsjustizministerium

<sup>273</sup> Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 520, D – Z Nr. 508586: Spruchkammerakte Albrecht Hartmann.

<sup>274</sup> Interview mit Theresa Uhrig vom 23. Oktober 2009.

Diese Behandlung habe Bockius selber kassiert. Vermutlich sei das Hartmann bekannt geworden, was zu Auseinandersetzungen führte. Möglicherweise hat Hartmann solches auch gemeldet. Die meisten Fälle seien damals Notariatsangelegenheiten gewesen, Erbauseinandersetzungen nach dem Tod von Soldaten usw.

Nach der Verhaftung Bockius' wurde Hartmann beurlaubt. Frau Uhrig hat noch einen Brief von einer Freundin, die Hartmann zum Diktat bestellt hatte. Hartmann diktierte einen Brief, in dem er sich über Bockius äußerte. In diesem Brief schrieb sie weiterhin: „*Du wirst Dir nicht vorstellen, was bei uns passiert ist. Man hat den Dr. Bockius verhaftet.*“<sup>275</sup>

Ein Schreiben des Landgerichtspräsidenten aus dem Jahre 1947 belegt die tatsächlich erfolgte Anzeige Bockius' durch Hartmann.<sup>276</sup>

„Der Landgerichtspräsident	Darmstadt, 25.10.47 Mathildenplatz 12
<p>Hartmann war als Student in Gießen Angehöriger des auf betont christlicher Grundlage stehenden Wingolf – Bundes.</p>	
<p>Seit 1.3.37 Notar in Bensheim, im Krieg von verschiedenen Vertretern fortgeführt, u.a. Bockius, von 4.2.42 – August 1944. Hartmann hatte mit Dr. Bockius schließlich Differenzen wegen angeblichen Mißbrauchs der Vertreterstellung zu Gunsten der eigenen Anwaltspraxis und (wohl 1944) eine entsprechende <b>Anzeige wegen Untreue</b> gegen ihn erhoben, die beim <b>Generalstaatsanwalt in Darmstadt behandelt wurde</b>. (Auskunft wahrscheinlich möglich durch Oberlandesgerichtsrat Dr. Volk, Bensheim und I. Staatsanwalt a.D. Richard Müller, Darmstadt-Eberstadt).</p>	

Gilmer

Maria Bockius äußerte sich 2009 über die Beziehung ihres Vaters zu Hartmann:

Frage: „Wie kam überhaupt die Beziehung zu Bensheim zustande, dass die Familie und Sie nach Bensheim zogen?“

Maria Bockius: „Weil mein Vater aus irgendeinem Grund eine Vertretung übernommen hatte bei Dr. Hartmann, Anwalt und Notar.“

Frage: „Haben Sie noch Erinnerungen an den Notar Hartmann?“

Maria Bockius: „Ja. Da war etwas unstimmig, wie soll ich sagen? Mein Vater hat ja, sein Büro war auch vernichtet. Und da hat er nebenbei auch noch seine eigenen Aufgaben übernommen. Und das war diesem Dr. Hartmann nicht so Recht. Da weiß ich noch, wie mein Vater eines Tages gesagt hat: „Ich habe heute eine wichtige Unterredung mit ihm gehabt“. Und da war eine Unstimmigkeit. Ich weiß nicht, ob man ihm irgendwie was nachsagen kann!“<sup>277</sup>

<sup>275</sup> Interview mit Theresa Uhrig vom 15. Oktober 2009.

<sup>276</sup> Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 520, D – Z Nr. 508586. Hervorhebungen durch die Verfasser.

<sup>277</sup> Interview mit Maria Bockius (93) am 15. April 2009 in Mainz.

Der Öffentliche Ankläger beantragte, Albrecht Hartmann in Gruppe II: Aktivist einzurichten, zusätzlich als Strafe ein Jahr Sonderarbeiten für die Allgemeinheit und Vermögenseinzug. Rechtsanwalt Jöckel beantragte die Einordnung Hartmanns in Gruppe IV: Mitläufer. Am 3. August 1948 erging als Beschluss: Gruppe III: Minderbelastet. Durch Heimkehreramnestie wurde Verfahren eingestellt.

Da neues Beweismaterial aufgetaucht war, erfolgte am 17. September 1948 ein Wiederaufnahmeverfahren. Frau Bockius konnte aus gesundheitlichen Gründen der Einladung nicht Folge leisten, wie wir aus dem Schreiben Hartmanns vom 28. Februar 1948 bereits wissen.

„Bensheim, den 10. Februar 1948

Rodensteinstr. 52

An den Präsidenten der Berufungskammer.

I.A. Abteilungsleiter Herrn v. Haselberg

*Ich erhielt eine Ladung als Zeugin zu dem Termin in der Sache gegen Albrecht Hartmann, Bensheim am Montag, den 14. Februar 49. Es ist mir nicht möglich, aus gesundheitlichen Gründen zu dem Termin zu kommen. Ich bitte höflich mein Ausbleiben zu entschuldigen.*

Hochachtungsvoll

Anna Elis. Bockius<sup>278</sup>

Julius Gilmer führte im Spruchkammerverfahren gegen Albrecht Hartmann aus: „Seit 1.3.37 Notar in Bensheim, im Krieg von verschiedenen Vertretern fortgeführt, u.a. Bockius, von 4.2.42-August 1944. Hartmann hatte mit Dr. Bockius schließlich Differenzen wegen angeblichen Mißbrauchs der Vertreterstellung zu Gunsten der eigenen Anwaltspraxis und (wohl 1944) eine entsprechende Anzeige wegen Untreue gegen ihn erhoben, die beim Generalstaatsanwalt in Darmstadt behandelt wurde.“

Am 14. Februar 1949 wurde nach drei Stunden Verhandlung das Verfahren eingestellt.

Unsere ursprüngliche Annahme, dass die Verhaftung von Fritz Bockius am 23. August 1944, 6.20 Uhr durch den Gestapobeamten Walthes und die Verbringung um 8.00 Uhr ins Gefängnis Darmstadt, Rundeturmstraße, im Zusammenhang mit der Anzeige von Albrecht Hartmann bei der Gestapo stehen könnte, kann nicht aufrecht erhalten werden, auch wenn die Zeitzeugin Herbert zumindest rückblickend sich erinnern konnte, dass Hartmann in dem Schreiben, das er an die Gefängnisverwaltung des Runde-Turm-Gefängnisses gerichtet hatte, sich gerechtfertigt habe, weshalb er einen Regimegegner (Bockius) eingestellt habe. Er habe darin auch Bezug genommen auf seine Anzeige wegen Veruntreuung und die Spielsucht. Vermutlich seien diese Vorwürfe auch mit dafür verantwortlich gewesen, dass Bockius nicht aus dem Gefängnis entlassen wurde.<sup>279</sup>

Nach den Ergebnissen unserer Forschung erfolgte freilich Bockius' Verhaftung im Zusammenhang mit der im gesamten Deutschen Reich durchgeföhrten „Gewitter“-Aktion, die sich gegen frühere Abgeordnete von SPD, KPD, Zentrum und BVP gerichtet hatte. Sie wird im nächsten Kapitel ausführlich geschildert.

---

<sup>278</sup> Ebd. Anna Bockius starb am 12. Dezember 1950 in Bensheim.

<sup>279</sup> Interview mit Theresa Uhrig am 23.10.09.

## 5. Fritz Bockius in Haft

### 5.1 Verhaftung in Bensheim auf dem Hintergrund der Aktion „Gewitter“

Nach dem Scheitern des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944 ließ das NS-Regime in der so genannten „Gewitteraktion“ ehemalige Politiker der Weimarer Republik festnehmen. Unter den Verhafteten -25 Personen wurden alleine aus Bensheim nach Darmstadt gebracht<sup>280</sup>- befand sich auch Fritz Bockius.<sup>281</sup>

*„Unter den bis dahin noch davongekommenen alten Parlamentariern hat die Angst- und Vorbeugungsmaßnahmen noch schlimme Verheerungen angerichtet. Mindestens 83 alte Reichs- und Landtagsabgeordnete sind davon besonders hart betroffen worden; 13 opferten dabei sogar ihr Leben, zehn waren Sozialdemokraten, zwei Zentrumsabgeordnete<sup>282</sup> und ein Kommunist (Herm. Albertz<sup>283</sup>, Adams<sup>284</sup>, Bockius, Broßwitz<sup>285</sup>, Gerig<sup>286</sup>, Gerlach<sup>287</sup>, Grube<sup>288</sup>, Lewerentz<sup>289</sup>, Mache<sup>290</sup>, Otter<sup>291</sup> und Otto Schumann<sup>292</sup>).“<sup>293</sup>*

Die Nationalsozialisten hatten also Fritz Bockius, der sie in der Endphase der Republik bekämpft hatte, nicht vergessen. „Am 23. August 1944 wurde er in der sogenannten ‚Aktion Gitter‘ – einer von Berlin aus befohlenen Verhaftungsaktion gegen ehemalige Reichstags- und Landtagsabgeordnete, die im Rheinland

<sup>280</sup> Vgl. Pingel-Rollmann, Heinrich: Widerstand und Verfolgung in Darmstadt und der Provinz Starkenburg 1933-1945. Darmstadt, Marburg 1985, S. 112 f.

<sup>281</sup> Graubner, Thomas: Dr. Friedrich August Bockius – Wilhelmstraße 20. In: Graubner, Thomas/Helbling, Gert/Helbling, Gert/Kilthau, Fritz: Ergänzungen zum Antifaschistischen Wegweiser Bensheim 1933–1945. Hrsg.: Geschichtswerkstatt Jakob Kindinger e.V. und Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten. Teil 2. Bensheim 1995, S. 22 f.

<sup>282</sup> Die Zahlen sind veraltet. Allein unter den Reichstagsabgeordneten der Deutschen Zentrumspartei kamen fünf während der Nazizeit ums Leben (Fritz Bockius, Eugen Bolz, Otto Gerig, Paul Lejeune-Jung, Theodor Roeingh).

<sup>283</sup> Hermann Albertz (\*1877), SPD, von 1930-1933 Mitglied des Preußischen Landtags, starb im KZ Bergen-Belsen.

<sup>284</sup> Dr. Kurt Adams (1889-1944), SPD, von 1924-1933 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, starb im KZ Buchenwald.

<sup>285</sup> Konrad Broßwitz (1881-1945), SPD, Reichstagsabgeordneter von 1928-1930, Hessen-Nassau.

<sup>286</sup> Otto Gerig (1885-1944), Zentrum, Christlicher Gewerkschaftler, Mitglied des Preußischen Landtags von 1921-1924, des Deutschen Reichstags von 1924-1933, starb im KZ Buchenwald.

<sup>287</sup> Paul Gerlach (1888-1944), SPD, von 1919-1933 Mitglied des Rheinischen Provinziallandtags, von 1928 bis 1933 Reichstagsabgeordneter, starb im KZ Sachsenhausen.

<sup>288</sup> Ernst Grube (1890-1945), KPD, von 1920 bis 1922 Mitglied des Sächsischen Landtags, von 1925 bis 1932 Mitglied des Preußischen Landtags, im Jahre 1924 und von 1930-1933 Mitglied des Deutschen Reichstags, starb im KZ Bergen-Belsen.

<sup>289</sup> Fritz Lewerentz (1878-1945), SPD, von 1919 bis 1933 Mitglied des Preußischen Landtags, starb im KZ Sachsenhausen.

<sup>290</sup> Karl Mache (1880-1944), SPD, von 1921-1933 Mitglied des Provinziallandtags Niederschlesien, von 1928-1930 des Deutschen Reichstags, starb im KZ Groß-Rosen.

<sup>291</sup> Karl Otter (1883-1945), SPD, Mitglied des Preußischen Landtags von 1921-1932, starb im KZ Bergen-Belsen.

<sup>292</sup> Otto Schumann (1888-1945), SPD, von 1931-1933 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, KZ Neuengamme, gestorben auf der „Cap Arcona“.

<sup>293</sup> Hammer, Walter: Hohes Haus in Henkers Hand. Rückschau auf die Hitlerzeit, auf Leidensweg und Opfergang Deutscher Parlamentarier. Frankfurt/Main, 2. durchgearbeitete und erweiterte Auflage 1956, S. 15- 17. Vgl. Ulrich, Axel: Politischer Widerstand gegen das „Dritte Reich“ im Rhein-Main-Gebiet (2005) Wiesbaden 2. unveränderte Auflage 2006, S. 223-225. Siehe: Wickert, Christl (Red.): Der Freiheit verpflichtet. Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert. Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Mit einem Vorwort von Gerhard Schröder. Marburg 2000.

vornehmlich dem Zentrum angehört hatten – verhaftet und in das „Rundeturmgefängnis“ Darmstadt verbracht. [...]<sup>294</sup>

Die Anordnung, die Verhaftungswelle auch auf Abgeordnete der Zentrumspartei auszudehnen, ist erhalten:<sup>295</sup>

„Geheime Staatspolizei-Staatspolizeistelle Bremen

Fernschreiben Nr. 6515

Alle Staatspolizei-Leit-Stellen

Nachrichtlich den Höheren SS und POLF. und der SIPO u. d. SD ----- Geheim

Betr. Ehemalige Landtags- und Reichstagsabgeordnete der Zentrumspartei ---

Auf Befehl des RFSS sind sämtliche ehemalige Reichstags- und Landtags abgeordneten sowie Stadtverordneten der Zentrumspartei unverzüglich in Haft zu nehmen. Ausgenommen sind nur solche, die nach 1933 Aufnahme in die Partei gefunden haben oder in den Gliederungen und Angeschlossenen Verbänden der NSDAP tätig (unterstr. tätig) sind und öffentlich gezeigt haben, dass sie sich von ihrer alten zentrümlichen Einstellung gelöst haben.

Festnahmetermin: 23. 8. 44 – Früh.—

Vollzugsmeldung unter genauer Übersendung der Personalien anher.

Erbitte weiter über jeden einzelnen Festgenommenen eine kurze politische Beurteilung über sein Verhalten nach der Machtübernahme.

RSHA IV A 4 KL, A-Sond.

IV gez. Müller, SS-Gruppenführer“

#### **Verhaftung der Abgeordneten der konfessionellen Parteien, 6. September 1944**

„Geheime Staatspolizei-Staatspolizeistelle Bremen

Fernschreiben Nr. 7246

An die Staatspolizei (Leit) Stellen

TGWE Staatspolizei(Leit)Stellen Bremen, Breslau, Brünn, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt/Oder, Halle/Saale, Hamburg, Innsbruck, Kassel, Kiel, Klagenfurt, Koblenz, Köln, Königsberg, Magdeburg, Münster, Oppeln, Saarbrücken, Salzburg, Stettin, Stuttgart, Weimar, Wien.

Betrifft: Ehemalige Landtags- und Reichstagsabgeordnete der Zentrumspartei, der BVP bzw. der Christlich-Sozialen Volkspartei.

Bezug: Fernschreiben des Chefs der SIPO u.d. SD vom 30.8.44

Ersuche um sofortigen ausführlichen Bericht in doppelter Ausfertigung über die im Zuge der Aktion festgenommenen Personen. Gleichzeitig ist eingehende politische Beurteilung vor und nach 1933 beizufügen.

i.A. Kunze, SS.H.Stuf.“

Die Umstände der Verhaftung von Dr. Fritz Bockius sahen wie folgt aus:

„Um 5.30 am Morgen klingelte es an der Tür. Dr. Bockius vermutete, daß sein Sohn Hans Georg auf Urlaub käme, aber zwei Gestapobeamte in Zivil in Begleitung eines Bensheimer Polizisten standen vor der Tür, um ihn zu verhaften. Man ließ ihn in Ruhe frühstückten und brachte ihn sodann unauffällig zum Bahnhof. Frau Bockius hatte einen Nervenzusammenbruch erlitten. Niemand wußte, warum Dr. Bockius

<sup>294</sup> Widerstehen und Verfolgung. Dokumentation. Band I.1: Rheinhessen. Teil 1 Dekanate Mainz-Stadt, Mainz Land und Alzey. Herausgegeben von Dr. Ludwig Hellriegel unter Mitarbeit von Dr. Peter Fleck und Christof Duch. (1989) Mainz 2. Auflage 1993, S. 42.

<sup>295</sup> Buchstab, Günter/Kaff, Brigitte/Kleinmann, Hans-Otto: Verfolgung und Widerstand 1933-1945. Christliche Demokraten gegen Hitler. Düsseldorf (1986) 2., ergänzte Auflage 1990, S. 260 f.

verhaftet worden war.<sup>296</sup> Er blieb im Darmstädter Gefängnis ohne Richterspruch und ohne Begründung. Fluchtpläne lehnte er trotz aller Sorge ab, da er für die Zukunft keine Gefahr sah. Bockius hatte die Illusion, dass ihm sein „gutes Recht“ noch zugesprochen würde.<sup>297</sup>

Der Oberlandesgerichtspräsident  
Der Generalstaatsanwalt  
- IcB 17 -  
Akz. RJM.: I p 17 1012

Darmstadt, den 5. September 1944.  
Rheinstraße 62  
Sammelrufnummer 7711  
für Orts- und Fernverkehr

An den  
Herrn Reichsminister der Justiz

Berlin

Postleitzelle: Dresden A 1  
Lothringerstraße 1 (Amtsgericht).

Betrifft: Den Rechtsanwalt Dr. Fritz Bockius in Mainz.  
- Ohne Auftrag -

Im Zuge allgemeiner Maßnahmen gegen führende Persönlichkeiten der früheren Systemparteien ist am 23.v.M. Rechtsanwalt Dr. Bockius in Mainz von der Gestapo in Sicherungshaft genommen worden. Dr. Bockius war früher Mitglied der Zentrumspartei und Reichstagsabgeordneter der Zentrumsfraktion. Nach Mitteilung des Dienststellenleiters der Gestapo ist mit seiner baldigen Haftentlassung nicht zu rechnen.

Rechtsanwalt Dr. Bockius war zum amtlichen Vertreter des im Wehrdienst stehenden Notars und Rechtsanwalts Hartmann in Bensheim bestellt. Aus Anlaß seiner Inhaftnahme hat der Landgerichtspräsident in Darmstadt seine Bestellung zum Vertreter im Notariat unter dem 28.v.M. mit sofortiger Wirkung zurückgenommen. Der Präsident der Rechtsanwaltskammer in Darmstadt beabsichtigt, im Benehmen mit Notar <sup>dessen</sup> Hartmann auch die Bestellung von Dr. Bockius <sup>zu</sup> ~~zu~~ Vertretung in der Rechtsanwaltschaft zu widerrufen.

gez. Dr. Scriba.



Begläubigt:

Justizobersekreter.

Fritz Lüning  
L 19/9

I p 17 B 1280

298

<sup>296</sup> Privatarchiv Gottfried Braun, Schwabenheim: Hellriegel, Ludwig: Reichstagsabgeordneter Dr. Fritz Bockius. Manuscript, 1975.

<sup>297</sup> Graubner, Thomas: Dr. Friedrich August Bockius – Wilhelmstraße 20. In: Graubner, Thomas/Helbling/Gert/Helbling, Gert/Kilthau, Fritz: Ergänzungen zum Antifaschistischen Wegweiser Bensheim 1933–1945. Hrsg.: Geschichtswerkstatt Jakob Kindinger e.V. und Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten. Teil 2. Bensheim 1995, S. 22 f.

<sup>298</sup> R 3001/52043: Reichsjustizministerium.

Über den genauen Hergang der Verhaftung sowie die Zeitspanne darum gibt das von uns geführte Interview mit Maria Bockius Aufschluss. Sie schilderte die Situation im Umfeld der Verhaftung wie folgt: „*Habe ich persönlich miterlebt. Ich musste ja ins Büro. Und eines frühen Morgens, meine Schwägerin und ich, wir waren in der Apotheke. Da hat man gehört, wie die Leute gemurmelt haben, die wagten es nicht, laut auszusprechen, der ist geholt worden, da ist jemand geholt worden. Der Arzt Dr. Tebrügge ist rechtzeitig gewarnt worden. Und da sind wir nach Hause und haben der Mutter, die sowieso schon leidend war, berichtet, und da hat sie furchtbar Angst bekommen und hat gesagt: ,Um Himmels willen, die werden doch nicht den Papa holen!‘ Und er war an dem Tag nämlich nicht da. Er hatte einen Termin in Marburg, am Gericht. Und so klug er auch war, er war irgendwie so ein bisschen unbekümmert. Ich höre ihn heute noch ganz deutlich sagen: ,Ach, was sollen die mich denn holen! Ich habe ja mit Politik überhaupt nichts mehr zu tun!‘ Und die Herren, die da waren, da war ein Polizist dabei, der ihn gut gekannt hat, vom Büro her, der hat nachher seine Frau geschickt. Hätte er sie vorher geschickt zum Warnen, das wäre besser gewesen! Mein Vater hätte auf dem Weg zum Zug zu ihm gesagt, weil er ihn ja auch gut kannte. In Mainz hatte er verschiedene Referendare ausgebildet. Und da war der Dr. Best dabei. Und der ist ja nachher Nazi, hat sich ganz denen verschrieben, und mit dem hat er erst verhandelt noch, hat versucht noch irgendwie was; man wusste am Anfang nicht, wie das alles ausartet, und meine Mutter sollte dem Dr. Best<sup>299</sup> schreiben. Der war aber damals in Dänemark. Und ich bin nach Mainz gefahren. Ich war so Ende zwanzig, noch keine dreißig Jahre, und habe in Mainz die Adresse von ihm ausfindig gemacht. Meine Mutter hatte ihm geschrieben, obwohl sie schon ein bisschen steife Hände hatte. Und er hat auch zurück geschrieben, aber, sie bräuchte sich keine Sorgen zu machen. Das wäre jetzt sicher so eine Welle, er käme sicher wieder zurück. Er hatte keinen Finger krumm gemacht.*<sup>300</sup>

Die Aktion „Gewitter“, die für Fritz Bockius ein tödliches Ende nehmen sollte, ist erst wenig erforscht und kaum bekannt.

Im Rahmen einer Tagung der Forschungsgemeinschaft 20. Juli 1944 e.V. hielt am 15. Februar 2009 Prof. Dr. Michael Kißener einen Vortrag zum Thema „Die Aktion ‚Gewitter‘. Die Verhinderung jeglicher Neubildung von politischer Opposition im August 1944“.

Der Vortrag wird in der „Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft 20. Juli 1944 e.V.“, die im LIT-Verlag Münster, Hamburg, Berlin, London, Wien, Zürich erscheint, in gedruckter Form veröffentlicht werden. Dankenswerter Weise hat Prof. Dr. Michael Kißener, Mainz, uns das Manuskript vorab zur Verfügung gestellt, so dass wir uns auf den neuesten Forschungsstand beziehen können.

Er distanzierte sich von der Bewertung Gerhard Pauls, wonach viele der Verhafteten nicht einmal „regimefeindlich“ aufgefallen und manche sich recht gut im NS-Staat eingerichtet hätten.<sup>301</sup>

Kißener sieht in der Verhaftungsaktion vom August 1944 kein singuläres Ereignis. „*Die Verfolgung und Ausschaltung von politischen Gegnern war von Anfang an eines der Primärziele der Nationalsozialisten seit den ‚Kampfjahren‘ der Weimarer*

<sup>299</sup> Best war zuvor auch im Mainzer Notariat und absolvierte bei Bockius sein Referendariat. 1930 trat Bockius der NSDAP bei und wurde „Leiter der Rechtsabteilung“ der hessischen NSDAP-Führung. Vgl. Herbert, Ulrich: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989 (1996) Bonn 3. Auflage 1996.

<sup>300</sup> Interview mit Maria Bockius am 15. April 2009 in Mainz.

<sup>301</sup> Paul, Gerhard: Staatlicher Terror und gesellschaftliche Verrohung. Die Gestapo in Schleswig-Holstein. Hamburg 1996, S. 196.

Republik. Die politischen Gegner gehörten mit zu den ersten und zunächst zahlenmäßig wohl größten Opfergruppen, gegen die sich die Wut der neuen Machthaber 1933 austobte. Die ersten, zunächst noch wilden Konzentrationslager, die 1933 entstanden, waren dezidiert zur Umerziehung, Disziplinierung, nötigenfalls auch zur Brechung, ja zur Ermordung jener Menschen gedacht, vor denen sich die Nationalsozialisten als ihren politischen Gegnern selbst im Besitz nahezu unumschränkter diktatorischer Macht noch fürchteten.

Auch nach der Zwangsauflösung der politischen Parteien im Juni und Juli 1933 und nach dem Gesetz vom 14. Juli, das die Neubildung politischer Parteien verbot, hielten die Verfolgungsmaßnahmen gegen die Abgeordneten des Reichstages, der Landtage und Kommunalparlamente an. 1935 begannen Vorbereitungen für die Erarbeitung einer Gestapo-Kartei, in der Personen erfasst wurden, die „im Falle außerordentlicher Ereignisse (Kriegsfall)“ sofort verhaftet werden sollten. Im Juni 1939 erfolgte auf Wunsch Görings eine „Erfassung führender Männer der Systemzeit“, die 533 Personen aus der Weimarer Politik umfasste.<sup>302</sup> 1944 sollten sich diese Karteien aufgrund mehrfach geänderter Erfassungskriterien und weil sie nicht speziell die Mandatsträger auswiesen, als unbrauchbar erweisen, gleichwohl zeigen sie an, dass und wie sehr das Regime bestrebt blieb, seine ehemaligen politischen Gegner nicht aus den Augen zu verlieren.“<sup>303</sup> Beobachtung und Bespitzelung seien auch nach der „Gewitter“-aktion weiter erfolgt.<sup>304</sup> Bei besonderen politischen Lagen seien spezielle Verfolgungsaktionen ausgelöst worden. So wurden einen Tag vor Kriegsbeginn zwischen zwei- und viertausend Menschen ohne weiteren Grund verhaftet, ebenso nach dem Attentatsversuch Georg Elsers vom 9. November 1939.<sup>305</sup> Auch im Jahre 1941 erfolgte eine größere Verhaftungsaktion gegen ehemalige Mandatsträger.

„Alleine aus der Gruppe der Abgeordneten des Reichstages sind so im Laufe der Zeit 416 Personen verhaftet worden. Von ihnen kamen nachweislich 73 in den Haftanstalten des NS-Staates ums Leben.“<sup>306</sup>

In diesem Kontext ist auch die „Gewitter“-aktion zu sehen. „Die Möglichkeit, dass sich die ehemaligen politischen Gegner einmal gegen den NS-Staat erheben könnten, hatte Hitler wohl nie aus den Augen verloren. Schon in einem seiner Monologe im Führerhauptquartier in der Nacht vom 14. auf den 15. September 1941 hatte er erklärt: „Ich habe dem Reichsführer-SS Weisung gegeben, falls einmal mit inneren Unruhen zu rechnen sein sollte, alles aus der Welt zu räumen, was sich in den Konzentrationslagern findet; damit ist der Masse die Anführerschaft genommen.“<sup>307</sup> Am 7. April 1942 abends stellte er bei einem der berüchtigten Tischgespräche, das

<sup>302</sup> Nach Auskunft des Bundesarchivs Berlin ist der Name Fritz Bockius auf dieser Liste nicht vorhanden.

<sup>303</sup> Kißener, Michael: Die Aktion „Gewitter“. Die Verhinderung jeglicher Neubildung von politischer Opposition im August 1944., Vortragsmanuskript 2009.

<sup>304</sup> Hett, Ulrike/Tuchel, Johannes: Die Reaktionen des NS-Staates auf den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944, in: Peter Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Berlin 1994, S. 377-389, hier S. 382.

<sup>305</sup> Schüler-Springorum, Stefanie, Masseneinweisungen in Konzentrationslager. Aktion „Arbeitsscheu Reich“, Novemberpogrom, Aktion „Gewitter“. In: Benz, Wolfgang/Distel Barbara/Königseder, Angelika (Hrsg.), Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band. 1: Die Organisation des Terrors (2005) München 2. Auflage 2006, S. 156-164, hier S. 162.

<sup>306</sup> M. d. R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933-1945. Herausgegeben von Martin Schumacher (1991) Düsseldorf, 3., erheblich erweiterte und überarbeitete Auflage 1994, S. 31.

<sup>307</sup> Hitler, Adolf: Monologe im Führerhauptquartier 1941-1944. Die Aufzeichnungen Georg Heims. Herausgegeben von Werner Jochmann. Hamburg 1980, S. 59.

*die Revolution von 1918/19 berührte, fest: „wenn heute irgendwo im Reich eine Meuterei ausbreche‘, dann wolle er ‚alle leitenden Männer gegnerischer Strömungen, und zwar auch die des politischen Katholizismus, aus ihren Wohnungen heraus verhaften und exekutieren lassen‘. Alle Konzentrationslagerhäftlinge beabsichtigte er ‚innerhalb von drei Tagen erschießen [zu] lassen [...] alle kriminellen Elemente, gleichgültig, ob sie zur Zeit in Gefängnissen wären oder sich in Freiheit befänden‘, würde er mit Hilfe der angelegten Listen ebenfalls ‚binnen drei Tagen zur Exekution sammeln lassen.‘ Und weiter: „Die Erschießung dieses einige hunderttausend Menschen umfassenden >Gesocks< lasse weitere Maßnahmen als überflüssig erscheinen, da damit die Meuterei aus Mangel an meuternden Elementen und Mitläufern von selbst zusammenbrechen würde“.<sup>308</sup>*

Nun, nach dem 20. Juli, gab es den Beweis für eine immer noch existente Regimeferne, ja -feindschaft dieser Kreise, die sich sogar mit dem politischen Hauptgegner, der Linken, gegen ihn verbündet hatte. „Und in diese Verschwörung waren nicht gerade wenige Mandatsträger der Weimarer Jahre einbezogen, hatten sich bereit erklärt, bei einem erfolgreichen Umsturz erneut politische Verantwortung zu übernehmen. Nun sollte offensichtlich dieses in den Augen der Machthaber gravierende Versäumnis behoben und ein radikaler Schlussstrich gezogen werden.“<sup>309</sup>

Ausgangspunkt für diese Aktion ist aller Wahrscheinlichkeit nach ein Notizzettel des Reichsführers SS, Heinrich Himmler, für eine Besprechung bei Hitler am 14. August 1944, auf dem u.a. notiert war „Verhaftung der S.P.D und K.P.D. Bonzen“. Ebenfalls wurde die Ermordung des Vorsitzenden der KPD, Ernst Thälmann (1886-1944) beschlossen.

In einem Fernschreiben von Gestapo-Chef Heinrich Müller an alle Gestapo-Dienststellen vom 17. August 1944 wird der Befehl erteilt, „alle früheren Reichs- und Landtagsabgeordneten sowie Stadtverordneten der KPD und SPD im Reich festzunehmen. Gleichgültig ist, ob diesen im Augenblick etwas nachgewiesen ist oder nicht.“<sup>310</sup> Einzubeziehen seien auch frühere Partei- und Gewerkschaftssekretäre der SPD. In den frühen Morgenstunden des 22. August 1944 sollten die Verhaftungen schlagartig einsetzen. Die Häftlinge sollten in Konzentrationslager überstellt werden.

Als „Kennwort“ für die Schutzaftanträge sollte „Aktion ‚Gewitter‘“ gewählt werden. „In der Betreffzeile des Fernschreibens wird allerdings ‚Aktion ‚Gitter‘‘ angegeben: Beide Tarnnamen tauchen also in den Quellen auf. So erklärt sich vermutlich das Durcheinander der Bezeichnungen sowohl in den zeitgenössischen Dokumenten wie in der Literatur, auf das der interessierte Leser immer wieder stößt. Wichtig zudem: Der Befehl verfügte, dass von dieser generellen Verhaftung der alten Mandatsträger nur ausgenommen sein sollte, wer sich inzwischen als Spitzel für die Gestapo betätigte oder wer den NS-Gliederungen und angeschlossenen Verbänden beigetreten war und sich dort als aktives Mitglied ‚bewährt‘ hatte. Ansonsten waren nur wirklich schwerkranke Personen und über 70-jährige auszunehmen.“<sup>311</sup>

Bis zum 5. September sollte Meldung erfolgen, wer verhaftet wurde, möglichst getrennt nach politischer Zugehörigkeit. In einem zweiten Befehl kurz vor Auslösung der Verhaftungsaktionen wurde zusätzlich auch die Verhaftung der Mandatsträger

<sup>308</sup> Picker, Henry: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941-42 (1951), Berlin 2003, S. 282.

<sup>309</sup> Kißener, Michael: Die Aktion „Gewitter“. Die Verhinderung jeglicher Neubildung von politischer Opposition im August 1944., Vortragsmanuskript 2009.

<sup>310</sup> Seeger, Andreas: „Gestapo-Müller“. Die Karriere eines Schreibtischtäters. Berlin 1996, S. 161 f.

<sup>311</sup> Kißener, Michael: Die Aktion „Gewitter“. Die Verhinderung jeglicher Neubildung von politischer Opposition im August 1944., Vortragsmanuskript 2009.

der Deutschen Zentrumspartei angeordnet. Ein weiteres vorhandenes Fernschreiben der Bremer Gestapoüberlieferung vom 6. September 1944 zeigt, dass die Verhaftung der Zentrumsmänner genau so ernst genommen wurde wie die der Funktionäre der linken Parteien. Über den Verlauf dieser Verhaftungen sollte eigens ausführlich nach Berlin berichtet werden.<sup>312</sup>

Einer Schätzung zu Folge sollen bei dieser Verhaftungsaktion am Ende rund 5000 ehemalige Mandats- und z.T. eben auch Funktionsträger der demokratischen Weimarer Parteien und der Kommunisten erfasst worden sein.<sup>313</sup>

In Rheinhessen blieb die Aktion vollständig in den Händen von eigens hierfür ausgesuchten Gestapomitarbeitern.

Nachdem der einschlägige Befehl von der Gestapo in Darmstadt in der Stapo-Stelle Mainz eingegangen war, wurde dort eine kleine Sonderkommission eingerichtet, die anhand von zuvor schon angelegten Karteien die betreffenden Personen ermittelte und ca. 60 verhaftet ließ.<sup>314</sup> „In Mainz wurden rund 60 Personen verhaftet. Unter diesen befand sich der ehemalige Vorsitzende der Zentrumspartei Fritz Bockius, der am 5. März 1945 im KZ Mauthausen starb.“<sup>315</sup>

Die Aktion lief ziemlich überstürzt ab; aufgrund der im Befehl genannten Verhaftungskriterien musste der Kreis der zu verhaftenden Personen ganz oder z.T. neu eruiert werden, weil die alten Karteien unter anderen Maßgaben erstellt worden waren.

Kißener kommt zu dem Ergebnis, dass offenbar nicht alle „Gewitter-Häftlinge“ in ein KZ verbracht wurden. Belegt ist, dass im KZ Dachau rund 900 „Gewitter-Häftlinge“ eingeliefert wurden, im KZ Neuengamme waren es rund 800, von Buchenwald wissen wir, dass dort etwa 1000 „Gewitter-Häftlinge“ einsaßen und für das KZ Sachsenhausen ist wohl von etwa 2.200 Häftlingen auszugehen. 22 Frauen wurden in Ravensbrück inhaftiert. „Trotz der auf den ersten Blick doch erheblichen Zahlen von ‚Gewitter-Häftlingen‘, wird man sagen müssen, dass die Aktion insgesamt scheiterte, denn man konnte vermutlich nur eines guten Drittels derjenigen habhaft werden, die man eigentlich zu fassen wünschte.“<sup>316</sup> So konnte sich beispielsweise der spätere Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Peter Altmeier (1899-1977), vor der Verhaftung retten durch einen Wohnungswechsel. Der Mainzer Bischof Albert Stohr<sup>317</sup> (1890-1961), der von 1931 bis 1933 dem hessischen Landtag als Zentrumsabgeordneter angehört hatte, befand sich gerade auf Reisen. In den letzten Kriegstagen musste er sich verstecken, um den Fängen der Gestapo zu entgehen.<sup>318</sup>

<sup>312</sup> Faksimileabdruck bei Buchstab, Günter/Kaff, Brigitte/Kleinmann, Hans-Otto (Hrsg.): Christliche Demokraten gegen Hitler. Freiburg/Brsg., Basel, Wien 2004, S. 42.

<sup>313</sup> Hammer, Walter: Die „Gewitteraktion“ vom 22. 8. 1944. Vor 15 Jahren wurden deutsche Parlamentarier zu Tausenden verhaftet. In: Freiheit und Recht 5, August/September 1959, S. 15-18, hier S. 15.

<sup>314</sup> Leiwig, Heinz: Letzte Demokraten und Antifaschisten wurden bei Gestapo-Aktionen „Gitter“ und „Dom 23“ verhaftet. In: Mainz. Vierteljahreshefte für Kultur, Politik, Wirtschaft, Geschichte 14, 1994, S. 44-51.

<sup>315</sup> Schütz, Friedrich: Mainz vor 50 Jahren. 1. Juli bis 30. September 1944. In: Mainz. Vierteljahreshefte für Kultur, Politik, Wirtschaft, Geschichte 14, 1994, S. 107.

<sup>316</sup> Kißener, Michael: Die Aktion „Gewitter“. Die Verhinderung jeglicher Neubildung von politischer Opposition im August 1944., Vortragsmanuskript 2009.

<sup>317</sup> Vgl. Priester unter Hitlers Terror. Eine biographische und statistische Erhebung. Unter Mitwirkung der Diözesanarchive bearbeitet von Ulrich von Hehl, Christoph Kösters, Petra Stenz-Maur und Elisabeth Zimmermann (1984) Paderborn, München, Wien, Zürich 4., durchgesehene und ergänzte Auflage 1998, S. 885.

<sup>318</sup> Braun, Hermann Joseph Braun: Das Bistum von 1866 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. In: Handbuch der Mainzer Kirchengeschichte. Band. 3: Neuzeit und Moderne. Herausgegeben von Friedhelm Jürgensmeier. Würzburg 2002, S. 1142-1260, hier S. 1255. Hellriegel, Ludwig: Vor 50

Andere waren Frontsoldaten, wo die Gestapo ihrer nicht so leicht habhaft werden konnte.

Die Aktion löste auch in der Bevölkerung Beunruhigung aus. Am 29. August 1944 stellte Gestapo-Chef Heinrich Müller (1900-1945) intern fest: „Bei der Festnahme der kommunistischen, sozialistischen und schwarzen Funktionäre wurde offenbar verschiedentlich recht formal vorgegangen, ohne dass die seitherige Haltung des Festgenommenen und seines Familienkreises in Betracht gezogen war. Aus sehr vielen Gauen sind lebhafte Klagen hierüber eingegangen, die das tatsächlich erkennen lassen.“<sup>319</sup>

Der Kölner Erzbischof Josef Frings (1887-1978) und der Freiburger Erzbischof Conrad Gröber (1872-1948) kritisierten in ihren Gnadenbesuchen, dass die Verhaftung dieser überwiegend alten Männer, von denen die meisten in den vergangenen Jahren doch unauffällig gelebt hätten, unverständlich sei und auch verbreitet Unmut in der Bevölkerung hervorgerufen habe.<sup>320</sup>

Viele der Verhafteten wurden in der Folgezeit bis November 1944 wieder entlassen. „Nur die Entlassung von Reichstags- und Landtagsabgeordneten behalte ich mir vor. Das gleiche trifft für die Festnahmaktion gegen schwarze Reaktion zu“, befahl Gestapo-Chef Ernst Kaltenbrunner (1903-1946) zwei Tage nach Müllers Bericht am 30. August 1944.<sup>321</sup>

Der spätere Bundeskanzler Konrad Adenauer (1876-1967) sprach später von einem „Wunder Gottes“, dass er die Haftzeit im Zusammenhang mit der „Gewitter“-aktion überlebt hatte.<sup>322</sup>

Ein solches Glück war Adenauers Parteifreund Fritz Bockius nicht beschieden.

## 5.2 Haftzeit in Darmstadt

Bockius wurde nach seiner Verhaftung bis Mitte Dezember im Rundeturmgefängnis in Darmstadt festgehalten, ohne eine Anklage oder eine Begründung seitens der Nationalsozialisten. Generalleutnant Theodor Groppe berichtet über seinen Mithäftling Bockius:

„[...] Unter den deutschen Gefangenen befanden sich auch drei ehemalige Abgeordnete, die Herren Galm<sup>323</sup> und Wesp vom Hessischen Landtag, sowie der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Bockius. Letzterer wurde eines Tages in ein KZ verschleppt, wo er umkam. Überhaupt fand unter den Gefangenen ein fortgesetztes Kommen und Gehen [...].“<sup>324</sup>

In dieser Zeit war es der Familie von Fritz Bockius nur selten möglich mit ihrem Vater, bzw. Mann Kontakt aufzunehmen. Zweimal gelang es seiner Frau ihm frische Wäsche zu bringen und ihn für zwanzig Minuten zu sprechen. Auch eine seiner Töchter und sein damals elfjähriger Sohn Albert konnten ihn je einmal besuchen. Die

---

Jahren - Haftbefehl gegen Bischof Dr. Albert Stohr. Warnung durch den Gestapobeamten Otto Pfeiffer und Flucht nach Engelstadt. In: Mainz-Bingen. Heimat-Jahrbuch 38, 1994, S. 105-113.

<sup>319</sup> Paul, Gerhard: Staatlicher Terror und gesellschaftliche Verrohung. Die Gestapo in Schleswig-Holstein. Hamburg 1996, S. 196.

<sup>320</sup> Meyer, Winfried: Aktion „Gewitter“. Menschenopfer für Macht und Mythos der Gestapo. In: Dachauer Hefte 21, 2005, S. 3-20, hier S. 12.

<sup>321</sup> Hett, Ulrike/Tuchel, Johannes: Die Reaktionen des NS-Staates auf den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944. In: Peter Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Berlin 1994, S. 377-389, hier S. 383.

<sup>322</sup> Schwarz, Hans-Peter: Adenauer. Der Aufstieg: 1876-1952 (1986), Stuttgart 3. Auflage 1991, S. 414-442.

<sup>323</sup> Heinrich Galm (1895-1984), KPD, von 1924-1933 Mitglied des Landtags des Volksstaates Hessen.

<sup>324</sup> Marin, Thomas (Hrsg.): Theodor Groppe- der „Schwarze General“. Ein katholischer Soldat im Kampf für Recht und Sitte. Gerhard Hess Verlag, Bad Schussenried 2008, S. 37.

Wärter in Darmstadt waren verhältnismäßig höflich. Einer versorgte Dr. Bockius so gut wie möglich, als er sich eine Vereiterung der Achseldrüsen zugezogen hatte. Frau Bockius versuchte alles, um ihren Mann frei zu bekommen. Jedoch scheiterten die Versuche an dem Sachbearbeiter des Falles Bockius in Bensheim.<sup>325</sup> „[...], war ein ausgesprochener Hasardeur, der Frau Bockius, als sie nach ihrem Mann, dem Rechtsanwalt Dr. Bockius frug, mit der Bemerkung abkanzelte: „Hier gibt es nur einen Häftling Bockius!““<sup>326</sup> Bockius lehnte sämtliche Fluchtversuche ab und selbst als ihm Freunde zur Flucht verhelfen wollten, unternahm er nichts, aus Rücksichtnahme auf seine Familie. Er vertraute, obwohl er es besser hätte wissen müssen, auf sein gutes Recht.<sup>327</sup>

Die Häftlingsakte enthält u.a. folgende Angaben:

Altenzeichen des RVM: 1p = B 1280	
1. Vor- und Zuname: (akademischer Grad)	Dr. Fritz Bockius Rechtsanwalt
2. Geburtstag und -ort:	11.5.1882 in Bubenheim Krs. Bingen
3. Deutschblütige Abstammung: (wo durch nachgewiesen?)	nachgewiesen durch Urkunden
4. Glaubensbekenntnis:	katholisch
5. Beruf des Vaters:	Tandwirt
6. Vermögensverhältnisse des <del>Vater</del> Rechtsanwalts	jetzt geordnet; (Infolge Glücksspiels war der Anwalt zeitweise verschuldet.)
7. Frühere Zugehörigkeit (mit genauer Zeitangabe)	<p>a) zu politischen Parteien: 1.1.1920 bis August 1933 Zentrum, Reichs- tagsabgeordneter nein</p> <p>b) zu politischen Verbänden: desgl.</p> <p>c) zu Freimaurerlogen: (mit Angabe des Grades)</p> <p>d) zu politischen oder konfessionellen Beamtenvereinen: desgl.</p>
8. Zugehörigkeit (mit genauer Zeitangabe)	<p>a) zur NSDAP: (Mitgliedsnummer, Amt?) nein</p> <p>b) zu einer Organisation: (Dienstung und Führerstelle?) nein</p> <p>c) zu einem angeschlossenen Verband? (Amt?) NSRB. seit 1935/36; NSV. seit 1934</p> <p>d) zum NS.-Giegerkorps, NS.-Reichs- kriegerbund, Reichskolonialbund, Reichsluftschutzbund, BDA, Alt- Herrnburg der Deutschen Studenten und sonstigen Verbänden, soweit die Zugehörigkeit zu den Personalakten anzugeben ist: RKE., Reichskriegerbund</p>

Personalbogen — 188. — (1000. IX. 42)

Hilfsamt Darmstadt

<sup>325</sup> Vgl. Braun, Gottfried: Dr. Friedrich August Bockius. In: Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts. Herausgegeben von Helmut Moll im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz. (1999) Band 1. Paderborn, München, Wien, Zürich 4. vermehrte und aktualisierte Auflage 2006, S. 363-366.

<sup>326</sup> Ebd.

<sup>327</sup> Ebd.

9. Dienst	a) im alten Heere: (Frontkämpfer, Verwundungen, Kriegsbeschädigung, Auszeichnungen, letzter Dienstgrad?)  b) im Freikorps und ähnlichen Verbänden: (unter Bezeichnung des Freikorps und der Zeit der Zugehörigkeit)  c) in der Wehrmacht: (genaue Zeitangabe, Dienstgrad?)	1. Oktober 1908 bis 6. März 1909, dienstuntauglich entlassen.  nein  nein
10. Zugehörigkeit zu sportlichen Vereinigungen: (sportliche Auszeichnungen?)		nein
11. Führerschein für Kraftfahrzeuge: (Klasse?)		nein
12. Familienverhältnisse		
a) Tag der Eheschließung:		21.6.1913
b) Name der Ehefrau *):		Anna Elisabeth geb. Gierer
c) Deutschblütige Abstammung (wodurch nachgewiesen?) u. Glaubensbekennnis der Ehefrau:		nachgewiesen durch Urkunden katholisch
d) Beruf des Vaters der Ehefrau:		Metzgermeister
e) Geburtsjahr der Kinder *):	1. 1914 2. 1915 3. 1916 4. 1922 5. 1933	
f) Tag der Aufnahme		
aa) der Ehefrau		
bb) der Kinder in die Partei (Mitgliedsnummer) oder deren Gliederungen	1. 2. 3. 4. 5.	

\*) Todesfälle sind zu b) und e) durch ein + zu bezeichnen.

13. Tag, Ort und Ergebnis	
a) der ersten Staatsprüfung:	27.5.1908, Giessen: im ganzen gut
b) der zweiten Staatsprüfung:	28. März 1912, Darmstadt: gut
14. Tag	
a) der ersten Vereidigung im Staatsdienst:	1.7.1908
b) der Verpflichtung auf den Führer:	11.2.1942 als Notarvertreter
15. Berufstätigkeit außerhalb des Justizdienstes:	
16. Dienstlaufbahn	11.6.1912 als Rechtsanwalt beim Landgericht Mainz, zugelassen, 8.7.1931 gleichzeitig bei der Kammer für Handelssachen in Worms zugelassen. Seit 1942 bis 28.8.1944 Vertreter des Notars Hartmann in Bensheim
17. Allgemeines Dienstalter:	als
18. Befördungsdienstalter:	in der BefGr.
19. Einzelgehalt:	in der BefGr.

20. Äußerungen a) der Vorgesetzten: b) von Dienststellen der Partei:	Bl. Bl.
21. Fragebogen:	Bl.
22. Orden und Auszeichnungen, soweit nicht unter 9 und 10 ausgeführt, sowie Dankesbriefen:	Bl.
23. Untersuchungen und Strafen: (im gerichtlichen Verfahren, Dienststrafverfahren und parteigerichtlichen Verfahren)	<p>Ein Ehrengerichtsverfahren wegen leichtfertiger Darlehensaufnahme ist durch Beschluss des Ehrengerichts der RAK in Darmstadt vom 21.4.1941 gem. §§ 2 und 3 Abs. 1 b des Gnäd.Erl.d.Führers für Anwälte u. Notare in V.m. § 3 des Gnäd.Erl.d.Führers für Beamte eingestellt, da es nicht zur Ausschließung geführt hätte.</p> <p>Dr. Bockius ist am 23.8.1944 von der Gestapo in Sicherungshaft genommen worden.</p>
24. Unterstützungen und Notstandsbeihilfen:	Bl.
25. Nebenämter und Nebenbeschäftigung:	Bl.

328

In einem Nachruf in der Frankfurter Rundschau vom 13. Oktober 1945, welche als erstes die Öffentlichkeit über den Tod Fritz Bockius' informiert hatte, wurde über den Aufenthalt im Darmstädter Gefängnis berichtet:

„Über das Schicksal des früheren Führers der hessischen Zentrumspartei, des Reichstagsabgeordneten Dr. Fritz Bockius, waren wir seither noch im Ungewissen.“

<sup>328</sup> R 3001/52043: Reichsjustizministerium.

*Jetzt steht fest, daß auch er zu den zahllosen Opfern der KZ-Lager gehört. [...] Nach Berichten seiner Zellenkameraden war er stets sehr niedergeschlagen und beteiligte sich selten an Unterhaltungen. Dr. Bockius war, so erzählten seine Zellengenossen, überzeugt, daß ihn die Gestapo im entscheidenden Augenblick umbringen würde und äußerte diese Befürchtung mehrfach. Seine Gattin durfte ihn nur zweimal während der ganzen Zeit auf zehn Minuten besuchen. Er ist niemals vernommen worden, konnte also nie erfahren, welchen Vorwand man genommen hatte, um ihn zu inhaftieren.*<sup>329</sup>

Auf diesen Bericht hin kam es zu einem Briefwechsel von Johannes Wesp<sup>330</sup> (6.

---

<sup>329</sup> Frankfurter Rundschau vom 13. Oktober 1945.

<sup>330</sup> Johannes Wesp (1886-1954), Gewerkschaftssekretär in Darmstadt, später Bezirksleiter der christlichen Gewerkschaften in Darmstadt; von 1927-1933 Abgeordneter des Landtags des Volksstaates Hessen (Zentrum). Vgl. Ruppel, Hans-Georg/ Groß, Birgit: Hessische Abgeordnete 1820- 1933. Darmstadt 1980, S. 269. Aus der Entschädigungsakte ließen sich zu Wesp und seiner Frau folgende ergänzende Angaben ermitteln (Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 518 Nr. 2186/05: Entschädigungsakte Johannes Wesp):

*„Johannes Wesp \* 21. April 1886 Mannheim Beruf: Verwalter, erlernter Beruf: Maschinenschlosser Gefängnis Darmstadt: 23. August 1944 bis 24. Oktober 1944 (Aktion Gitter) Am 26. Juni 1948 als politisch Verfolgter anerkannt. Heirat am 18. Februar 1911 in Darmstadt: Barbara Hauck \* 21. März 1889 in Diedesfeld, Bezirksamt Landau 2 Kinder: 1 Sohn gefallen Tochter Annemarie Hartmann, lebt in den USA.*

*† 24. November 1954, 3.00 Uhr in Nieder-Ramstadt, Stiftstraße 2 (Standesamt Nieder-Ramstadt, Nr. 140/1954) (Vermessungsinspektor)*

*Wohnung vor der Inhaftierung: Darmstadt-Arheilgen, Felsbergstraße 58 1948: Sandbach i.O., Ernst-Ludwig-Heilstätte.*

*Ortsverwaltung Darmstadt-Arheilgen, 26. Mai 1948.*

*Herr Johannes Wesp wurde wie angegeben am 23. August 1944 durch die Gestapo in Darmstadt verhaftet und in das Gefängnis eingeliefert. Die Inhaftnahme erstreckte sich bis zum 24.10.1944. Genannter ist während der Nazizeit und auch nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis in seiner Überzeugung standhaft geblieben und hat sich offen gegen den Nationalsozialismus ausgesprochen. Herr Wesp ist in unserer Gemeinde bekannt als Abgeordneter der Zentrumsparthei, in welcher er am linken Flügel stand und als Fürsprecher für den Zusammenschluß der Gewerkschaften sich eingesetzt hat. Seine politische Haltung war in allen Zeiten vorbildlich und war er in den Kreisen der Arbeiterschaft sehr beliebt.*

*Barbara Wesp 1. Februar 1956, z.Zt. Alice-Hospital Darmstadt:*

*Aufgrund der Verhaftung meines verstorbenen Ehemannes aus polit. Gründen im Jahre 1944 ist mein damals schon anfälliger Gesundheitszustand in ein Stadium einer dauernden Krankheit eingetreten (Angina pectoris u. Gallenleiden). Durch diesen dauernden Krankheitszustand befindet sich mich in einer Notlage, da ich mehr Aufwand habe und meine Arbeiten zum größten Teil nicht selbst verrichten kann. Auch z.Zt. befindet sich mich seit 1. Jan. 55 wieder im Krankenhaus. Außerdem habe ich Lastenausgleich, Grundsteuer usw. zu zahlen.*

*Zur Ausgleichung von Schäden durch Auflösung von Versorgungseinrichtungen wurde an Herrn Wesp eine mtl. Beihilfe aus dem Härtefonds in Höhe von DM 50,- für die Zeit vom 1.1. 1952 bis 31.12. 1954 gezahlt. Insgesamt also für 36 Monate DM 1.800,-*

*Medizinalrat Dr. Wienkoop:*

*Wesp ist an Hirnschlagaderverkalkung gestorben. Der Tod stand somit nicht im kausalen Zusammenhang mit der Verfolgung.*

*Die Antragstellerin hat durch Krankenkasse DM 460,- Sterbegeld erhalten. Die Beerdigungskosten betrugen DM 346,50.*

*An Entschädigungsansprüchen wurde für Haft ein Betrag von DM 300,- festgesetzt, der restlos ausgezahlt ist.*

*Sterbegeld DM 120,- beantragt.*

*1.12.54 – 31.3. 1956 aus Mitteln des Härtefonds mtl. 84,- DM Beihilfe 1.4.56-31.3.1957: 125,- DM.*

November 1945) und General Theodor Groppe<sup>331</sup> (19. November 1945) mit Frau Bockius. In beiden Briefen werden die Wirkung von Bockius auf andere Personen sowie sein innerer Werdegang deutlich. Inhaltlich widersprechen sie der Berichterstattung der Frankfurter Rundschau. Beide berichteten vom tiefen Gottvertrauen von Fritz Bockius, selbst bei größter Lebensgefahr.

General Groppe verbrachte ab dem 10. August 1944 die Gefangenschaft in Darmstadt mit Friedrich Bockius, bis zu dessen Überführung in ein KZ. Er freute sich stets über die mannhafte und zuversichtliche Haltung von Bockius:

„[...], hörte ich von unserem gemeinsamen Bekannten, Herrn Wesp, daß Ihr Gatte im KZ den Nazis zum Opfer gefallen ist. Diese Nachricht hat mich tief erschüttert. Wie Sie wissen, habe ich vom 10. August 44 ab mit Ihrem Gatten die Gefangenschaft in Darmstadt bis zu seiner Überführung in ein KZ geteilt. So oft haben wir im Luftschutzkeller Gedanken ausgetauscht und stets habe ich mich über die mannhafte, zuversichtliche Haltung Ihres Gatten gefreut. Wie oft haben wir über den Wiederaufbau unseres Vaterlandes nach Beseitigung des verbrecherischen Nazi-Regimes gesprochen, bei dem der nunmehr Dahingegangene so wertvolle Arbeit hätte leisten können. Zu meiner großen Genugtuung konnte ich Ihren Gatten mit Büchern und Rauchwaren dann und wann eine kleine Freude bereiten.“<sup>332</sup>

Auch Johannes Wesp, ehemaliger Landtagsabgeordneter, verbrachte 10 Wochen mit Friedrich Bockius im Gestapo-Gefängnis in Darmstadt. Für Johannes Wesp war Bockius ein Mensch, der die Zelleninsassen und ihn selbst oftmals aufmunterte. Als Glaubensgenosse und früherer Zentrumsman er wertete er Bockius als Menschen, vor dem man vollste Achtung haben muss. „Ich hatte immer die Absicht persönlich einmal bei Ihnen vorzusprechen, um so manches, was ich mit Ihrem lieben Herrn

---

*Der Antragstellerin wird für den Schaden, der ihren verstorbenen Ehemann durch die Auflösung der Rentenzuschusskasse für die Beamten des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands entstanden ist, eine monatliche Beihilfe von DM 200,- ab 1. April 1957 bis auf weiteres bewilligt. Johannes Wesp war bis 1933 Sekretär des Christlichen Metallarbeiterverbandes in Darmstadt. Er gehörte der o.g. Rentenzuschusskasse als Mitglied an. Frau Wesp hat ein Einkommen von 368,85 DM im Monat.*

17. Okt. 1961: Barbara Wesp, Darmstadt-Arheilgen, Im Ehrlich 124

ab 1.6.1961: 228,- DM bis auf weiteres

ab 1.6.1962: 207,- DM

ab 1.6.1963: 164,- DM

ab 1.6.1964: 212,- DM

*Nebenakten aufgelöst: 31.1.1966.*

<sup>331</sup> Theodor Groppe (1882-1973), Militärische Karriere, vom Fähnrich bis zum Generalleutnant. 1941 Verabschiedet aus dem aktiven Dienst wegen politischer Unzuverlässigkeit. 1942 Verlust des Titels Generalleutant a. D., Verbot des Tragens der Uniformen, Aberkennung der Vorgesetzten-Eignung sowie Ausschluss aus der Volksgemeinschaft. Gestapo-Haft in Darmstadt und Küstrin. 14.04.1945 Befehl zur Hinrichtung, die am 27.04.1945 stattfinden sollte. 26.04.1945 Flucht mit Hilfe eines Ordensgeistlichen.

<sup>332</sup> Privatarchiv Gottfried Braun, Schwabenheim: Brief von Generalleutnant Theodor Groppe, Hanau, an Frau Bockius vom 19. November 1945. Vgl. Groppe, Theodor: Ein Kampf um Recht und Sitte. Erlebnisse um Wehrmacht, Partei, Gestapo (1947), Trier 2. vermehrte Auflage 1959; Groppe, Lothar: Theodor Groppe (1882-1973). Der „Schwarze General“. Ein deutscher Soldat im Kampf für Recht und Sitte, Wien 1977; Groppe, Lothar: Theodor Groppe, der „schwarze General“ als Widerstandskämpfer. Wien 1985; Groppe, Lothar: Des „schwarzen Generals“ Kampf um Recht und Sitte. In: Neues Magazin für Hanauische Geschichte, 2008, S. 193-222; Loidl, Franz: Theodor Groppe, Generalleutnant, katholischer Bekenner im deutschen Offiziersrock. Wien 1975; Marin, Thomas (Hrsg.): Theodor Groppe, der Schwarze General. Ein katholischer Soldat im Kampf für Recht und Sitte. Bad Schussenried 2008; Mühlisen, Horst: Theodor Groppe. Ein General im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Kurtrierisches Jahrbuch 27, 1987, S. 145-210. Der Nachlass Groppe befindet sich im Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg/Brsg. (BArch N 739).

*Gemahl in den 10 Wochen, die wir zusammen im Gestapo-Gefängnis in Darmstadt erlebt haben, zu besprechen. Zunächst darf ich Ihnen mitteilen, dass der Zeitungsbericht in der Frankfurter Rundschau nicht ganz dem entspricht, was ich mit Ihrem Manne zusammen erlebt habe.*

*Er war nicht dauernd niedergeschlagen, sondern er hat von Anfang an die anderen Zellen-Insassen und mich oftmals aufgemuntert, wenn das Schicksal uns bald niederdrückte. Er hoffte immer, dass er doch eines Tages zu seiner Familie heimkehren könnte. Gerade ich, der ich mehrere Wochen mit Ihrem Gatten allein zusammen war, hatte als Glaubensgenosse und als früherer Zentrumsman Gelegenheit, ihn als Mensch zu werten, vor dem man immer vollste Achtung haben musste. Wir haben uns gegenseitig gelobt, dass, kann kommen was mag, wir uns niemals vergessen werden. Auch hat er als ehemaliger Theologe mich in diesen Tagen der Einsamkeit über die Geheimnisse unseres Glaubens weitestgehend bis in die Tiefe unterrichtet, was ich ihm stets danken werde. Er hat mich so vorbereitet für den ev. gewaltsamen Tod.*

*Die Angriffe am 25. 8. 44 haben wir in einer verschlossenen Zelle gemeinsam verbracht, ebenso den großen Angriff vom 10. auf 11. 9. 44. Wir waren auf das Schlimmste gefasst. Ihr Gatte kannte keine Mutlosigkeit, auch dann nicht, wenn wir von dieser einsamen Zelle in eine andere verlegt worden sind. Immer stand er durch seine Ausführungen im Mittelpunkt aller Zellen-Insassen. Am vergangenen Sonntag (4. 11.) habe ich einen aus unserer Zellengemeinschaft, Dir. Fleischer, gesprochen. Er stimmte meiner Ansicht bei, dass der Nachruf in der Zeitung nicht so ganz seine Richtigkeit hat. Große Freude empfand Herr Dr. Bockius durch den Besuch seines jüngsten Sohnes, der eines Tages den Vater besuchen kam, wo es ihm geglückt war bis vor die Zellentür zu gelangen. Ich darf Ihnen versichern, dass die Gedanken Ihres lieben Gatten immer der Familie galten. Oftmals erzählte er, verehrte Frau Bockius, von Ihrem Kranksein und seiner immerwährenden Sorge um Sie. Viel dachte er der beiden großen Jungen, wusste er doch nicht, ob sie leben oder nicht. Daneben hat er uns in seiner rheinischen Art durch besondere Rezitationen eines Liedes von Wanzen und Läusen (genau weiß ich den Inhalt nicht mehr) aufgemuntert.*

*Wir waren in der letzten Zelle 6 Mann, alle hatten unseren Doktor ins Herz geschlossen. Vieles könnte ich Ihnen erzählen, vielleicht lässt es sich einmal persönlich nachholen. Mir ist mein früherer Vorsitzender der Zentrumsparthei der liebste Freund geworden, den ich seiner großen Vorzüge wegen nicht vergessen werde. Ich bedauere sehr, dass er nicht mehr unter den Lebenden ist. Gott gebe Ihnen Kraft dem Schicksal zu trotzen und mit Tapferkeit alles zu ertragen.*

*Seine tiefreligiöse Einstellung, sein Gottvertrauen ließen ihn, dessen bin ich sicher, als gläubigen Katholiken aus dem Leben scheiden.<sup>333</sup>*

Da Fritz Bockius sein öffentliches, politisches Wirken im Sinne des Laienapostolats sah, also als Vertreter der Katholischen Kirche, sprach er während der Gefangenschaft den anderen Mitgefanganen immer wieder Mut zu. Er führte aufmunternde, hoffnungsvolle Gespräche über Glauben und bereitete die Gemeinschaft auf den eventuellen gewaltsamen Tod vor. Seit seiner Kindheit ein Verfechter der persönlichen Freiheit und der natürlichen Rechte des Menschen, war er nun selbst ein Opfer der Nationalsozialisten und ihrer diktatorischen Sklaverei geworden.

In der Zeit der Darmstädter Gefangenschaft schrieb Bockius auch ein Gedicht, welches von der Freiheit handelt und die Kenntnis, dass nach der Erinnerung an die vielen unwichtigen Sorgen und Kleinigkeiten des Alltags diesen ein viel zu großer

---

<sup>333</sup> Privatarchiv Gottfried Braun, Schreiben von Johannes Wesp vom 6. November 1945 an die Witwe Bockius.

Wert zugeteilt und zu wichtig genommen werde. Dieses Gedicht war eines von zwei Dokumenten, welche herausgeschmuggelt den Weg in die Freiheit gefunden hatten. Bockius' Sohn Fritz erhielt die zwei persönlichen Dokumente.<sup>334</sup>

„Und doch! Welch hohes Glück ist Dir vergönnt!  
Wer ist es, Freunde, der es nennen könnt?  
Nun bist in Haft Du schon 'ne Ewigkeit.  
Hier gibt's nicht Tränen, nur ein stummes Leid.  
Die Sorgen aus der früh'ren Zeit sind klein.  
Du möchtest alle gerne tauschen ein.  
Jetzt weißt Du, welches Glück gemeint war hier:  
Die Freiheit ist's – des deutschen Mannes Zier.“<sup>335</sup>

Nach der endgültigen Kapitulation der deutschen Armee erwartete seine Familie Fritz Bockius zurück. Die Angehörigen machten sich, nachdem bereits viele befreite politische Häftlinge wieder heimgekehrt waren, auf die Suche nach ihm. Nachforschungen erbrachten dann leider die Gewissheit, dass Fritz Bockius noch um die Jahreswende weiterverlegt worden war.<sup>336</sup> Ab diesem Zeitpunkt brach der Kontakt zu der Familie komplett ab. Grundlage der Verlegung war die nachfolgende GESTAPO-Anordnung vom 6. Oktober 1944:

„Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Darmstadt, z. Zt. Bensheim a.d.B. 6.10.1944 – IV 4 a – 423/44 – De/Bü.

*Dringend! Sofort verlegen! Betrifft: Dr. Bockius, Friedrich, geb. 11.5.1882, Bubenheim und Blank, Pankraz, wohnh. Gaulsheim b. Bingen. Auf Grund des hier eingegangenen Erlasses ist Dr. Bockius einem KL zuzuführen. Über Blank hat das RSHA noch nicht entschieden. [...] Ein Vorgang für die P[ersonal] A[kte] Bockius wurde gefertigt. Im Auftrag: D.*<sup>337</sup>

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20		
Name: (bei Frauen auch Geburtsname)											Wohnung: (Zeit der Eintragung einsetzen)										
B o c k i u s , Dr.											z.Zt. Bensheim, a.d.B.										
Vorname: Fritz											Personalakte										
Geburtstag und -ort:											IP										
11.5.82 Bubenheim											J = PA										
Beruf: Rechtsanwalt											Bildvermerk:										
Familienstand: verh.																					
Staatsangehörigkeit: DR.											Hilf. Nr. 4899/44										
Deck- Name: Adress:											Finger-Abdruck-Karte:										
Politische Einstellung:											Schriftprobe										
Glaubens- bekennnis: kath.											Staatspolizeistelle Geschäftszeichen										
Datum der Auftragung		Sachverhalt																			
26.9.44 21.12.44		Aktion Zentrum 23.8.44 – wurde am 23.8.44 in der Aktion Zentrum Fest- genommen. K. Einweisung erfolgte am 19.12.44											Darmstadt IV 4 a – 423/44								
G. St. Nr. 15																					

338

<sup>334</sup> Vgl. Privatarchiv Gottfried Braun, Schwabenheim: Brief von Fritz Bockius an die Schriftleitung des Bistumsblattes vom 2. Mai 1947.

<sup>335</sup> Ebd.

<sup>336</sup> Vgl. Neuer Mainzer Anzeiger vom 23. November 1945.

<sup>337</sup> Widerstehen und Verfolgung. Dokumentation. Band I.1: Rheinhessen. Teil 1 Dekanate Mainz-Stadt, Mainz-Land und Alzey. Herausgegeben von Dr. Ludwig Hellriegel unter Mitarbeit von Dr. Peter Fleck und Christof Dusch. (1989) Mainz 2. Auflage 1993 S. 323 f. Gestapoakte über die Haft von Dr. Friedrich Bockius. Nachlaß Otto Pfeiffer, Kopie im Katholischen Pfarrarchiv Gau-Algesheim.

<sup>338</sup> ITS/ANF/KLD - Versch. Gestapo - Registrierungen: Karteikarte der Gestapo Neustadt.

### 5.3 Haftzeit in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Mauthausen

Nachdem er von Darmstadt aus im Dezember 1944 durch verschiedene Durchgangslager geschleppt worden war, erfolgte am 10. Dezember 1944 der Transport in das KZ Sachsenhausen-Oranienburg. Am 16. Februar 1945 wurde er von dort zusammen mit 2.700 Häftlingen in das österreichische KZ Mauthausen, in der Nähe von Linz, verschleppt. Mauthausen galt als eines der schlimmsten Konzentrationslager der Nationalsozialisten.



Bundesarchiv, Bild 192-342  
Foto: o. Ang. | 1942/1943



339 Bundesarchiv, Bild 192-208  
Foto: o. Ang. | o. Dat.

<sup>339</sup> Bildquelle: Bundesarchiv Berlin.

Ein Großteil der Häftlinge, welche an diesem Tag mit Bockius angekommen waren, erlitt einen grausamen Erfrierungstod.<sup>340</sup> Wie durch ein Wunder blieb einigen wenigen Häftlingen diese Tortur erspart, unter ihnen auch Fritz Bockius.<sup>341</sup> Der Selektion der Alten und Schwachen entging Fritz Bockius. Auch die Laufschrittprobe vor dem Schutzhaftlagerführer überstand er: Die Häftlinge mussten im Laufschritt an dem Lagerführer vorbei, der ihnen schließlich einen Knüppel entgegen hielt. Wer beim Dagegenrennen schwankte oder hinfiel, musste sich ausziehen und wurde zu den Alten und Schwachen geschickt.

Aufgrund der solidarischen Hilfe von Häftlingen, so besonders des Dr. Carl Helfrich (1906-1960)<sup>342</sup>, einem Schachfreund Bockius' aus Lampertheim, wurde er einige Tage in einem Lazarett gepflegt, das den SS-Schergen als Vorzeigeprojekt für Besucher gedient hatte.<sup>343</sup> „*Dank der Mithilfe eines politischen Schutzhäftlings namens Dr. Helfrich, der auf der Schreibstube eingeteilt war, entging er der Folter, auf dem Appellplatz in eisiger Nacht mit Wasser übergossen zu werden. Auf dessen Betreiben hin wurde er zunächst in eine Baracke gelegt und später in das Lazarett.*<sup>344</sup>“ Der Rundfunk München strahlte 1945 eine Sendung aus, die das Schicksal von Bockius in Mauthausen beinhaltete. Nach diesem Bericht sei er am 16. Februar mit einem Transport von 2.000 Häftlingen in Mauthausen angekommen und der Selektion der Alten und Schwachen entgangen. Auch die Laufschrittprobe vor dem Schutzhaftlagerführer überstand er. Ab 13 Uhr standen die Gefangenen im Hof des Lagers, alle mussten sich ausziehen und niemand bekam etwas zu essen. Immer mehr der Häftlinge (Franzosen, Holländer, Deutsche, Österreicher, Russen und Polen) brachen vor Erschöpfung und Kälte zusammen.<sup>345</sup>

#### 5.4 Fritz Bockius' Tod

In der Folgezeit wurde Fritz Bockius schwer krank und litt stark an Ruhr. Später traf ihn durch die äußereren Bedingungen und Einwirkungen noch eine Lungenentzündung, welche ihn noch mehr schwächte. Ein Landsmann hatte sich in Mauthausen zuvor seiner Person angenommen und so erhielt Bockius eine individuelle Pflege. Bockius war zu einem ohnehin magenleidenden, mittlerweile ausgehungerten und verfrorenen Menschen von 63 Jahren geworden.<sup>346</sup> Wie es zu diesem Umstand kam, lässt sich nur durch ein Glück im Unglück bezeichnen. Nach

<sup>340</sup> Man bespritzte sie mit Wasser und ließ sie bei minus 10 Grad Celsius die ganze Nacht in der Kälte stehen. SS- Leute misshandelten sie zusätzlich mit Knüppeln und einem Beil.

<sup>341</sup> Siehe hierzu auch Punkt 5.4: Fritz Bockius' Tod.

<sup>342</sup> Carl Helfrich war seit 1939 mit Ilse Stöbe (1911-1942), verheiratet, die der Widerstandsgruppe „Rote Kapelle“ angehörte. Er arbeitete in der Informationsabteilung des Auswärtigen Amtes und wurde gemeinsam mit seiner Frau 1942 verhaftet. In Berlin wurde er ab dem 12. November 1945 Chefredakteur der ersten Berliner Abendzeitung nach dem Kriegsende: des Kuriers. 1947 war er der erste Chefredakteur des am 1. August 1947 gegründeten Verbandsorgans der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, „Unser Appell“. Helfrich war Mitglied der SED.

<sup>343</sup> Vgl. Graubner, Thomas/Helbling, Gert/Helbling, Gert/Kilthau, Fritz: Ergänzungen zum Antifaschistischen Wegweiser Bensheim 1933 – 1945. Hrsg.: Geschichtswerkstatt Jakob Kindinger e.V. und Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten. Teil 2. Bensheim 1995, S. 22 f.

<sup>344</sup> Braun, Gottfried: Dr. Friedrich August Bockius. In: Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts. Herausgegeben von Helmut Moll im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz. (1999) Band 1. Paderborn, München, Wien, Zürich 4. vermehrte und aktualisierte Auflage 2006, S. 366.

<sup>345</sup> Vgl. Privatarchiv Gottfried Braun, Schwabenheim: Ludwig Hellriegel: Reichstagsabgeordneter Dr. Fritz Bockius. Manuskript, 1975.

<sup>346</sup> Vgl. Privatarchiv Gottfried Braun, Schwabenheim: Brief von Fritz Bockius an die Schriftleitung des Bistumsblattes vom 2. Mai 1947.

dem Bericht des ehemaligen Schutzhäftlings Dr. Carl Helfrich kann man die Umstände des Todes von Fritz Bockius nachvollziehen.<sup>347</sup> „Doch berichtet Dr. Helfrich, [ein ehemaliger Schachfreund von Dr. Bockius und späterer Häftling und Schreiber in Mauthausen], [...]. er habe damals in einem besonderen Revier gelegen und es sei ihm, Dr. Helfrich, möglich gewesen, ihn verschiedentlich zu besuchen.“<sup>348</sup> Unplötzlich erbarmte sich ein Aufseher der Person Bockius', Nachdem alle ankommenden Häftlinge über sechzig Jahre ausgesondert wurden und zum Duschraum geführt werden sollten, gestattete ein SS-Mann diesem Aufseher, sich einige Leute auszusuchen, welche von diesem Schicksal verschont bleiben sollten. Unter ihnen befand sich Bockius.<sup>349</sup> „Am folgenden Morgen wurden die Überlebenden fünfmal in ein kaltes Brausebad und schließlich wieder in den Hof getrieben. Dr. Bockius wurde plötzlich eine Decke übergeworfen. Ein beherzter SS-Mann hatte sich seiner angenommen, ebenso erging es fünf oder sechs weiteren Gefangenen. Alle anderen erfroren oder wurden von der SS mit Knüppeln erschlagen.“<sup>350</sup> Dr. Helfrich fiel dann der Name Bockius beim Durchsehen der Listen auf.<sup>351</sup> Da sein Landsmann Bockius nicht in der für seinen Namen zuständigen Baracke B zu finden war, dauerte es zwei Tage, bis er ihn in einer anderen Unterkunft entdeckte. Helfrich traf Bockius, welcher wie schon erwähnt an der Ruhr litt, nur mit Unterhemd und Unterhose bekleidet an. Daraufhin kümmerte er sich um Bockius, er vermittelte ihn zu einem tschechischen Universitätsprofessor, welcher als Krankenpfleger arbeitete und ihn mit Morphium behandelte. Auch kümmerte er sich um Kleidung und veranlasste Bockius' Verlegung in das sauber und gut eingerichtete Lazarett, das den Besuchern als Muster für humanitäre Lagereinrichtung vorgeführt wurde. Doch der leitende Lagerarzt duldet wegen der ansteckenden Krankheit den Aufenthalt von Dr. Bockius im Lazarett nicht und ließ ihn in das außerhalb des Lagers gelegene Sanitätslager zurückverlegen.<sup>352</sup> „Da er an der Ruhr erkrankt war, wurde Bockius wegen der Ansteckungsgefahr (!) in das völlig überbelegte Sanitätslager außerhalb des Lagers zurückverlegt – zwangsläufig verschlechterte sich sein Gesundheitszustand. Eine Lungenentzündung kam hinzu.“<sup>353</sup> In dem Lazarett war Bockius in einem riesigen Barackenzelt, mit 2000 weiteren Kranken untergebracht und teilte sich eine Pritsche mit zwei weiteren Häftlingen. Während er sich vorher gut erholt hatte, ging es ihm jetzt wieder schlechter und zu der Ruhr gesellte sich eine Lungenentzündung hinzu. Dieser hatte er keine Widerstandskräfte mehr entgegenzusetzen. Zwei Tage vor seinem Tod sprach Bockius noch mit Dr. Helfrich über seine Familie und die rheinhessische Heimat. Von diesem Zeitpunkt an blieb er sich selbst überlassen. Fritz Bockius starb am 5. März 1945 auf einer Holzpritsche in trostloser Einsamkeit, ohne Nachricht von Frau und Kindern, denen er nie hatte schreiben dürfen. Frau Anna Bockius machte der Entschädigungsbehörde am 3. Juli

<sup>347</sup> Vgl. Lindner, Michael: Mit Überzeugung gegen die Faschisten. Männer, die in Bensheim Widerstand geleistet haben/VVN nennt Namen. In: Bergsträßer Anzeiger vom 27. April 1985.

<sup>348</sup> Privatarchiv Gottfried Bockius, Schwabenheim: Hellriegel, Ludwig: Reichstagsabgeordneter Dr. Fritz Bockius. Manuskript, 1975.

<sup>349</sup> Vgl. Lindner, Michael: Mit Überzeugung gegen die Faschisten. Männer, die in Bensheim Widerstand geleistet haben/VVN nennt Namen. In: Bergsträßer Anzeiger vom 27. April 1985.

<sup>350</sup> Privatarchiv Gottfried Bockius, Schwabenheim: Hellriegel, Ludwig: Reichstagsabgeordneter Dr. Fritz Bockius. Manuskript, 1975.

<sup>351</sup> Dr. Helfrich kannte Bockius wahrscheinlich von seinen früheren politischen Tätigkeiten.

<sup>352</sup> Lindner, Michael: Mit Überzeugung gegen die Faschisten. Männer, die in Bensheim Widerstand geleistet haben/VVN nennt Namen. In: Bergsträßer Anzeiger vom 27. April 1985.

<sup>353</sup> Graubner, Thomas/Helbling, Gert/Kilthau, Fritz: Ergänzungen zum Antifaschistischen Wegweiser Bensheim 1933-1945. Hrsg.: Geschichtswerkstatt Jakob Kindinger e.V. und Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten. Teil 2. Bensheim 1995, S. 22 f.

1945 folgende Angaben: „*Letztes Lebenszeichen: Anonyme Postkarte in Halle abgestempelt am 26.1.: Text (an seine Frau) – zweifelsfrei in seiner Schrift: „Herzliche Glückwünsche zur Verlobung. Bald weitere Nachricht.“*

*Sonst fehlt seit seinem Wegtransport von Darmstadt jede Nachricht, sowohl von seinem Aufenthaltsort als auch von seinem Ergehen.*“<sup>354</sup>

Da die Verbindung abgebrochen war, wusste die Familie bis zum Tode nicht, wohin man ihn verschleppt hatte.<sup>355</sup> Bockius hatte letztlich seine tapfere Überzeugungstreue mit dem Leben bezahlen müssen.<sup>356</sup> „*Dr. Bockius † 5. März 1945, 5.45 Uhr Mauthausen. Todesursache: Kreislaufschwäche, Akut. Dickdarmkatarrh.*“<sup>357</sup> Bockius verschied auf einer Holzpritsche fern seiner Familie und seiner Heimat. Laut Archivunterlagen trug er die Häftlingsnummer 130 371 und verstarb an Kreislaufschwäche und Durchfall. Seine letzte Ruhestätte fand er vermutlich nordöstlich des Lagers.<sup>358</sup> „*Am 5. März 1945 frühmorgens starb Fritz Bockius. Nordöstlich vom Lager liegt er in einem Massengrab mit circa 8000 Häftlingen begraben.*“<sup>359</sup>

OdF-Kartei Mauthausen 11.9.47 Pz						
- 5 -						
Manowski ✓	Peter	21.4.-05	Königslutter	128646	Sch 17-3-45	Lager
Ogrek ✓	Josef	14.4.-95	Przewot	128814	Sch 1-3-45	SL
Owojnik ✓	Jakob	27.7.-95	Orna	128634	Sch 19-3-45	/Lager
Osejnik ✓	Jakob	31.10.-26	Szwerczabach	128835	Sch 17-3-45	SL
Peets ✓	Max	3.10.-08	Plauen	128881	Sch 13-3-45	SL
Petrich ✓	Gotlieb	24.4.-80	Wugleber	128894	Sch 15-4-45	SL
Priesner ✓	Adolf	3.4.-77	Beratstorf	128973	Sch 14-2-45	Lager
Roth ✓	Alajs	6.12.-94	Obergutsberg	129664	Sch 22-3-45	SL
Sacharoff ✓	Dimitri	22.10.-10	Witebsk	129110	Sch 30-3-45	SL
Schmidt ✓	Richard	25.12.-23	Warschau	129338	Sch 10-4-45	Amet.
Schneider ✓	Alfred	25.5.-98	Taubenheim	129346	Sch 28-2-45	SL
Wensel ✓	Boleslaw	27.8.-98	Tschenskelebau	129543	Sch 24-4-45	SL
Janischewski ✓	Joe.	3.12.-03	Minsk	129743	Sch 1-4-45	SL
Germann ✓	Gustav	3.2.-90	Kamitz	129795	Sch 1-4-45	SL
Kaufmann ✓	Kurt	14.2.-08	Ziegenheim	129825	Sch 25-4-45	Zellenbau
Klukas ✓	Ernst	6.10.-04	Unterwalden	129832	Sch 10-3-45	SL
Kolling ✓	Peter	3.7.-09	Saarbrücken	129839	Sch 22-3-45	SL
Kudernowksi ✓	Frans	26.6.-80	Kintersdorf	129863	Sch 22-2-45	Ex-M
Muller ✓	Richard	10.12.-98	Kobeln	129914	Sch 19-4-45	SL
Paul ✓	Friedrich	11.1.-80	Jauer	129937	Sch 22-2-45	SL
Rechner ✓	Gustav	22.4.-96	Reichenbach	129966	Sch 25-2-45	SL
Kogerer ✓	Theodor	27.5.-90	Wien	130101	Sch 2-4-45	Gusen
Rinniger ✓	Joseph	1.4.-04	Brunn	130107	Sch 7-3-45	SL
Wolf-Nate ✓	Julian	4.12.-93	Jeruzolau	130143	Sch 5-3-45	SL
Werk ✓	Paul	29.7.-81	Berlin	130190	Sch 23-2-45	SL
Hundt ✓	Frits	17.7.-95	Berlin	130310	Sch 5-3-45	SL
Blank ✓	Wilhelm	5.3.-99	Schramberg	130364	Sch 9-4-45	Gusen
Bockius ✓	Frits	11.5.-82	Gubenheim	130371	Sch 5-3-45	SL
Braem ✓	Erich	28.4.-09	Berlin	130407	Sch 14-3-45	SL
Gaudinec ✓	Oscar	17.4.-85	Palermo	130450	Sch 8-3-45	SL
Cielkowski ✓	Josef	27.8.-10	Essen	130492	Sch 12-4-45	Gusen
Dirtska ✓	Heinrich	20.7.-94	Erfurt	130566	Sch 22-4-45	Gusen
Farin ✓	Otto	19.9.-79	Pirwog	130671	Sch 17-2-45	SL
Fischgallala ✓	Adam	15.12.-09	Posen	130699	Sch 22-4-45	Gusen
Fouesse ✓	Emil	14.12.-86	Moschen	130707	Sch 5-3-45	SL
Fox ✓	Frans	1.8.-77	Beverniki	130708	Sch 7-4-45	SL
Fuchs ✓	Günter	12.6.-20	Berlin	130737	Sch 31-3-45	SL
Germann ✓	August	10.3.-90	Sonnenwald	130774	Sch 23-4-45	Gusen
Gernhardt ✓	Willi	26.6.-86	Berlin	130791	Sch 7-4-45	Gusen
Gleich ✓	Robert	4.6.-09	Friedburg	130811	Sch 2-3-45	SL
Golak ✓	Eduard	8.10.-14	Delenhorst	130824	Sch 23-4-45	SL

360

Über die letzten Tage seines Vaters schreibt Fritz Bockius jun.: „*Und nachdem mein Vater in das 2.000 Mann fassende Krankenrevier verlegt worden war, war praktisch keine Hilfe mehr für ihn. 2 Tage vor seinem Tod konnte ihn der Landsmann ein paar Minuten sprechen. Von da an war er ganz allein. Auf einer Holzpritsche ohne*

<sup>354</sup> Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 518 Nr. 41780: Entschädigungsakte Dr. Fritz Bockius.

<sup>355</sup> Vgl. Lindner, Michael: Mit Überzeugung gegen die Faschisten. Männer, die in Bensheim Widerstand geleistet haben/VVN nennt Namen. In: Bergsträßer Anzeiger vom 27. April 1985.

<sup>356</sup> Vgl. Neuer Mainzer Anzeiger vom 23. November 1945.

<sup>357</sup> Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 518 Nr. 41780: Entschädigungsakte Dr. Fritz Bockius.

<sup>358</sup> Ebd.

<sup>359</sup> Graubner, Thomas/Helbling, Gert/Helbling, Gert/Kilthau, Fritz: Ergänzungen zum Antifaschistischen Wegweiser Bensheim 1933 – 1945. Hrsg.: Geschichtswerkstatt Jakob Kindinger e.V. und Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten. Teil 2. Bensheim 1995, S. 22 f.

<sup>360</sup> ITS Internationaler Suchdienst Bad Arolsen, ITS/ANF/KLD - Versch. Lager O:146, S. 69: Verstorbene aus dem Lager Mauthausen.

*Matratzen mit 2 Ausländern liegend, unter 2.000 dem Tode geweihten Menschen. Welche Gedanken mögen durch das Hirn des Einsamen gezogen sein? Nur ein Mensch, der in der Kraft unseres Glaubens gelernt hat, die Prüfungen des Lebens als Nutzen für das ewige Leben zu erkennen, kann so etwas ertragen, ohne zu verzweifeln. Daß mein Vater dies auf Grund seines Lebens gewiß konnte, ist unser Trost. Kein Grab kündet jetzt von ihm und ist Stätte unserer gedenkenden Trauer, ob Verbrennungsofen oder Massengrab seine sterblichen Reste aufnahmen, ist ungewiß.*<sup>361</sup> Theodor Groppe schrieb 1945 der Witwe Bockius einen Brief, in welchem er ihr sein Mitgefühl und seine Trauer mitteilte.<sup>362</sup> Der Tod von Fritz Bockius und auch dessen Schicksal bewegte viele, gerade weil die Umstände des Todes und die Monate zuvor für einen Menschen wie Bockius als zutiefst unwürdig und ungerecht galten und tiefe Erschütterung auslösten. „*Das Schicksal Ihres Gatten hat mich die ganzen vergangenen Monate tief bewegt. Ich habe so besonders an ihm gehangen. Er war eine fröhliche, tatkräftige Natur. In schweren Stunden habe ich mich immer gefreut, wenn ich mich mit ihm unterhalten konnte. Möge Sie Gott in Ihrem schweren Leide trösten.*

## **5.5 Veröffentlichungen zu angeblichen Haftzeiten im KZ Osthofen, seiner Ermordung im KZ Dachau bzw. seiner Hinrichtung in Plötzensee**

In der bisher veröffentlichten Literatur über Fritz Bockius lassen sich Irrtümer nachweisen. So sei zum Beispiel Fritz Bockius angeblich bereits im Jahre 1933 verhaftet und in das KZ Osthofen eingewiesen worden. Dies ist jedoch aus mehreren Gründen nicht zutreffend, was im Folgenden verdeutlicht werden soll. Dieser Irrtum geht auf die Augenzeugenberichte von Willy Mandel (1907-1988), Viernheim und dem DDR-Minister Franz Dahlem (1892-1981) zurück, die sie auch in Briefen wiedergaben. Ihre Berichte beschreiben ein Gespräch zwischen Fritz Bockius mit Carlo Mierendorff (1897-1943), das in Osthofen stattgefunden haben soll. „*Die erwähnte Unterhaltung im KZ Osthofen begann mit der allseitigen Feststellung, daß für die mit den Haussuchungen einhergehenden materiellen Schäden, insbesondere für die beschlagnahmten und vernichteten zum Teil teuren Bücher, Ersatz geleistet werden müsse. [...]*“ Carlo Mierendorff habe das bestritten. Die NSDAP habe die Pressefreiheit, die Versammlungsfreiheit und auch sonst alle Freiheiten gehabt. Sie habe ihre „*Gliederungen*“ nahezu ungestört ausgebildet und volle zwölf Jahre gebraucht, um zu dieser Stärke zu gelangen. „*Wie*“, so habe Carlo Mierendorff Dr. Bockius gefragt, „*wollen Sie eine solche Macht und unter solchen Bedingungen in wenigen Jahren wieder verdrängen?*“ Das könne allenfalls „*im Gefolge eines Krieges*“ geschehen. – Das war die angebliche Unterhaltung zwischen Dr. Bockius und Carlo Mierendorff in Gegenwart zweier SPD- Funktionäre.<sup>364</sup>

Der Mainzer Rechtsanwalt Dr. Herbert Bartsch veröffentlichte 1993 einen Aufsatz, in dem zum ersten Mal der Aufenthalt von Bockius in Osthofen in Frage gestellt wurde.<sup>365</sup> Er beschreibt darin, wie Bockius zuerst ins Gefängnis Darmstadt gebracht

<sup>361</sup> Privatarchiv Gottfried Braun, Schwabenheim: Brief von Fritz Bockius an die Schriftleitung des Bistumsblattes vom 2. Mai 1947.

<sup>362</sup> Vgl. hierzu auch die Briefe von Johannes Wesp und Generalleutnant Theodor Groppe, welche in kompletter Form im Anhang zu finden sind.

<sup>363</sup> Privatarchiv Gottfried Braun, Schwabenheim: Hellriegel, Ludwig: Reichstagsabgeordneter Dr. Fritz Bockius. Manuskript, 1975.

<sup>364</sup> Privatarchiv Gottfried Braun, Schwabenheim: Brief von Willy Mandel an Gottfried Braun vom 3. November 1975.

<sup>365</sup> Bartsch, Herbert: Der Reichstagsabgeordnete Dr. Fritz Bockius – Christ, Anwalt, Demokrat. In: Anwaltsblatt 12, 1993, S. 608-610.

wurde, 1944 ins KZ Oranienburg und anschließend 1945 ins KZ Mauthausen. In einer Fußnote weist er auf den vermutlichen Irrtum hin.

„[...]; ob Bockius im Frühjahr 1933 kurzfristig im KZ Osthofen inhaftiert war, ist zweifelhaft. Ein anderer Häftling im KZ Osthofen will ein Gespräch zwischen Bockius und dem SPD-M.d.R Carlo Mierendorff mitangehört haben. Im ‚Mainzer Journal‘, das in dieser Zeit jede Verhaftung eines Politikers mindestens registriert hat, konnte eine solche Nachricht nicht gefunden werden.“

Im „Mainzer Journal“ ist tatsächlich an keiner Stelle von einer entsprechenden Festnahme von Fritz Bockius die Rede. Auffallend ist zudem, dass in der Entschädigungsakte von Bockius in keiner Zeile etwas über den Aufenthalt in Osthofen erwähnt wird, denn es wurden diejenigen finanziell entschädigt, welche zur damaligen Zeit finanzielle Nachteile und Ausfälle erlitten hatten wegen ihrer Haft aus politischen Gründen. Maria Bockius wurde im Interview auch nach einer angeblichen KZ-Haft ihres Vaters in Osthofen gefragt. Maria Bockius widersprach dieser Aussage und verneinte sofort einen Aufenthalt ihres Vaters in Osthofen.

Frage: *Es wird in einer Veröffentlichung geschrieben, dass Ihr Vater 1933 schon verhaftet worden und im KZ Osthofen KZ-Häftling gewesen wäre.*

Maria Bockius: *Nein. Das stimmt in keiner Weise.*

Frage: *Stimmt in keiner Weise?*

Maria Bockius: *Nein.*

Frage: *Also kann man das praktisch streichen als Falschaussage?*

Maria Bockius: *Ja.<sup>366</sup>*

Danach lässt sich schließen, dass sich Mandel geirrt haben muss und wohl eine andere Person mit Bockius verwechselt hatte. Folglich hat das Gespräch zwischen Bockius und Carlo Mierendorff nie stattgefunden. Diese Falschaussage wurde später von Martin Schumacher und anderen übernommen, ohne die Aussage zu überprüfen, so zum Beispiel auch von Gottfried Braun, welcher in seiner Ausarbeitung „Reichstagsabgeordneter Dr. Fritz Bockius“ von einer Zwischenstation von Bockius in Osthofen sprach.

„1933 verhaftet; KZ Osthofen, dort Verbindung zu Carlo Mierendorff [...]“<sup>367</sup>

„Trotzdem wurde er im gleichen Jahr vorübergehend im KZ Osthofen inhaftiert, wo er u. a. mit Carlo Mierendorff in Verbindung stand.“<sup>368</sup>

Auch Bernd Haunfelder übernahm die falsche Angabe.

„1933 Verhaftung und Übersiedlung ins Konzentrationslager Osthofen bei Worms, nach der Entlassung unter schwierigen Bedingungen Anwalt in Mainz,[...].“<sup>369</sup>

In Heinz Leiwigs Beitrag „Letzte Demokraten und Antifaschisten wurden bei Gestapo-Aktionen ‚Gitter‘ und ‚Dom 23‘ verhaftet. Im August vor 50 Jahren. Aus den Akten der Geheimen Staatspolizei Mainz. Dokumentation“, heißt es: „Der ebenfalls inhaftierte

<sup>366</sup> Interview mit Maria Bockius (93) am 15. April 2009 in Mainz.

<sup>367</sup> Schumacher, Martin (Hrsg.): M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933 – 1945. Eine biographische Dokumentation. Mit einem Forschungsbericht zur Verfolgung deutscher und ausländischer Parlamentarier im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich (1991) Düsseldorf 3. erheblich erweiterte und überarbeitete Auflage 1994, S. 44 f.

<sup>368</sup> Gottfried Braun: Reichstagsabgeordneter Dr. Fritz Bockius, in: Heimat-Jahrbuch Landkreis Mainz-Bingen 1976, S. 111-114.

<sup>369</sup> Haunfelder, Bernd: Reichstagsabgeordnete der deutschen Zentrumspartei 1871-1933, S. 298. Pankraz Blank wohnte in Gaulsheim.

*Rechtsanwalt Dr. Friedrich Bockius aus Gaulsheim wurde durch Erlaß der Gestapohauptstelle Darmstadt, die nach dem schweren Bombenangriff auf Darmstadt nun von Bensheim aus terrorisiert, in das Konzentrationslager Dachau verschleppt, wo er an den erlittenen Torturen verstarb.*<sup>370</sup>

Der Abgeordnete Herbert Müller (KPD) hatte bereits in der Aussprache zur Regierungserklärung am 6. Dezember 1946 im Hessischen Landtag erklärt:

*„Die Kommunistische Partei erwartet, daß die Regierung und die Beratende Landesversammlung die Opfer des Faschismus in einer besonderen Form feierlich ehrt. Wir gedenken dabei besonders der altbewährten antifaschistischen Kämpfer, des früheren kommunistischen Reichstagsabgeordneten Eugen Herbst [1903-1934] aus Ludwigshafen, der im Jahr 1934 von den Faschisten ermordet wurde, des früheren sozialdemokratischen Innenministers [Wilhelm] Leuschner [1890-1944], des früheren Reichstagsabgeordneten des Zentrums, Bockius aus Mainz, der im Jahre 1944 in Dachau ermordet wurde und der vielen anderen namenlosen Opfer der Nazibarbarei.“<sup>371</sup>*

Zum 75. Jahrestag des Ermächtigungsgesetzes vom 24. März 1933 gedachte der Landesverband Bayern der Deutschen Zentrumspartei aller Opfer der Nazi-Diktatur und besonders der 96 Reichstagsabgeordneten, die in den Konzentrationslagern starben.

*„Der Landesverband Bayern blickt mit Bewunderung auf den außerordentlichen Mut, den die verbliebenen Abgeordneten der SPD aufbrachten, als sie – im Angesicht der im Reichstag bewaffnet aufmarschierten bewaffneten NAZI-Schergen der SA – ihre Zustimmung zum seit 1919 vierten Ermächtigungsgesetz der Weimarer Republik verweigerten.*

*Die Abgeordneten der Zentrumspartei und der Bayerischen Volkspartei brachten, nach heftiger Diskussion innerhalb der Reichstagsfraktion des ZENTRUM, diesen Mut nicht auf und hofften, sich und die gegebenen Garantien für die zahllosen Mitglieder der christlichen Verbände zu schützen, indem sie dem auf vier Jahre befristeten Gesetz zustimmten.*

*Der SPD-Reichstagsabgeordnete Fritz Baade [1893-1974], selbst während der Abstimmung anwesend und eine der mutigen ‚NEIN‘-Stimmen, schrieb 1948: ‚Wenn man [...] das ganze Zentrum nicht durch physische Bedrohung gezwungen hätte, für dieses Ermächtigungsgesetz zu stimmen, wäre auch in diesem Reichstag keine Mehrheit zustande gekommen. Ich entsinne mich, daß Abgeordnete der Zentrumspartei [...] nach der Abstimmung weinend zu mir kamen und sagten, sie seien überzeugt gewesen, dass sie ermordet worden wären, wenn sie nicht für das Ermächtigungsgesetz gestimmt hätten‘.*

*Der Landesverband Bayern der Deutschen Zentrumspartei nimmt den Schreckenstag des Ermächtigungsgesetzes zum Anlass und trauert um alle 96 Reichstagsabgeordneten, die durch die national-sozialistischen Teufel in den Konzentrationslagern umgebracht wurden. Namentlich trauern wir um die Abgeordneten der Zentrumspartei und der Bayerischen Volkspartei (BVP), die in den Lagern der National-Sozialisten ermordet wurden:*

- Johann Adloch (BVP), ermordet im KZ Bergen-Belsen,

<sup>370</sup> In: Mainz. Vierteljahreshefte für Kultur, Wirtschaft, Geschichte 14, 1994, H. 4, S. 44-51, hier S. 51.

<sup>371</sup> 60 Jahre Parlament in Rheinland-Pfalz. Festveranstaltung aus Anlass des 60. Jahrestages der Konstituierung der Beratenden Landesversammlung am 22. November 2006 im Stadttheater Koblenz. Herausgeber: Der Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz. Der Landtag im Internet: <http://www.Landtag.Rheinland-Pfalz.de>, Heft 33 der Schriftenreihe des Landtags Rheinland-Pfalz.

- *Fritz Bockius (ZENTRUM), ermordet in Plötzensee,*
- *Eugen Bolz (ZENTRUM), ermordet in Plötzensee,*
- *Otto Gerig (ZENTRUM), ermordet im KZ Buchenwald,*
- *Franz Herbert (BVP), ermordet im KZ Mauthausen,*
- *Theodor Roeingh (ZENTRUM), ermordet im KZ Sachsenhausen.*<sup>372</sup>

## 6. Fritz Bockius – Gedenken und Würdigung

*„Der Mensch wird nicht zuletzt dadurch definiert, dass er sich erinnern kann. Geschichte, das große anthropologische Übungsfeld der Menschheit - wer sich selbst erkennen will, ist auf Geschichte angewiesen, man muss sie annehmen, man muss mit ihr leben, sie ist unvermeidbar, auch wenn der Zugang jedes einzelnen zur Geschichte unterschiedliche Gründe haben kann. Es gibt, um es auf einen kurzen Nenner zu bringen, drei Bezüge zu ihr: die Rückschau in Form empfindungsbestimmter, ja ästhetischer Rezeption, die persönlich bereichert, die Rückschau als Mittel der persönlichen und gesellschaftlichen Orientierung, als Mittel der Selbstfindung und als Identitätsgewinn und schließlich die Rückschau als Schulung des analytischen Vermögens an der konkreten Wirklichkeit mit dem Ziel, politisch-soziale Entschlüsse und Handhabungen vorzubereiten und auszulösen. Für uns Deutsche kommt freilich noch ein viertes Element hinzu, das durch die Last unserer jüngeren Vergangenheit geprägt ist. Geschichte erinnert als Mahnung eines Nie-wieder, und Geschichte erinnert, um die unselige Vergangenheit nicht wiederkehren zu lassen. Auch in Deutschland ist die Tendenz zu beobachten, die deutsche Katastrophe des 20. Jahrhunderts, die sich in Begriffen wie Holocaust, Auschwitz und der doppelten Erfahrung des Totalitären spiegelt - in welcher Form auch immer - doch langsam beiseite zu schieben.“ Dr. Bernhard Vogel<sup>373</sup>*

Bereits bei einer ersten Materialien-Sichtung fiel uns ein Brief des Sohnes von Fritz Bockius auf, den er am 2. Mai 1947 an die Schriftleitung des Mainzer Bistumsblattes geschickt hatte. In diesem Brief wird über das mangelnde Gedenken an Fritz Bockius gesprochen: „Natürlich liegt mir daran, das Andenken meines verewigten Vaters geehrt zu wissen, und es hat mich schon sehr geschmerzt, wie wenig sein Tod gewürdigt wurde. Zur antinazistischen Propaganda wurde der Fall bis nach Amerika mal irgendwann überall mehr oder weniger genau berichtet, in der engeren Heimat

---

<sup>372</sup> Zit. n.: <http://openpr.de/news/198802/Ermaechtigungsgesetz-zum-75-Jahrestag-LV-Bayern-des-ZENTRUMs-gedenkt-der-ermordeten-Abgeordneten.html> (29. 07.2009).

Rita Heuser bezeichnet hingegen Bockius als "Gegner der Separatistenbewegung und der Nationalsozialisten, die ihn 1945 im KZ Mauthausen ermordeten." (Heuser, Rita: Namen der Mainzer Straßen und Örtlichkeiten. Sammlung, Deutung, Sprach- und Motivgeschichtliche Auswertung. Stuttgart 2008, S. 212.

<sup>373</sup> Vogel, Bernhard: Geschichte als Mahnung und Orientierung. In: Erinnerungskultur. Herausgegeben von Norbert Lammert. St. Augustin 2004, S. 15-20, hier S. 17.

*ging man darüber zu mehr oder weniger erquicklicher Tagesordnung.*<sup>374</sup> Diese Aussage verdeutlichte das schnelle Vergessen eines solchen Menschen, welcher immer aus guten Idealen heraus gehandelt hatte. Bockius war eine unbestechliche, integre Persönlichkeit. Nach den Worten des Mainzer CDU-Bundestagsabgeordneten Johannes Gerster (\* 1941) ging er seinen Weg, von dem er überzeugt war, mit Entschlossenheit und stets mit Hinsicht auf seine festen Grundsätze. Er sei im besten Sinne des Wortes „*ein kämpfender Demokrat, weit ab von jedem Opportunismus*“ gewesen. Für seine Heimat, für seine christliche Überzeugung und für die Erhaltung der Demokratie sei er konsequent eingetreten. „*Er hat sich verdient gemacht. Sein Leben, sein Wirken in christlicher Verantwortung ist uns Verpflichtung. Möge uns sein Leben Richtschnur und Rahmung für eine bessere Zukunft sein!*“<sup>375</sup>

Als ein Feind jeden Unrechts hatte sich Bockius mit ganzer Kraft und Können für seine Klienten eingesetzt, als Freund des Friedens und der Gerechtigkeit wirkte der Politiker für die Ideale eines Rechtsstaates und als Publizist wie durch sein Vorbild vertrat er immer wieder die Ideale eines Christen.<sup>376</sup> Obwohl Bockius an dem Aufstand vom 20. Juli 1944 nicht beteiligt war, zählt er zu den Opfern des 20. Juli.<sup>377</sup> „*Gott gebe ihm die Krone des ewigen Lebens!*“<sup>378</sup> Innerhalb der Familie war die Trauer um den Tod von Fritz Bockius sehr groß, da Fritz Bockius nicht nur für die nächste Verwandtschaft ein Vorbild gewesen war. In einem Brief der Schwägerin Anna Elisabeth Bockius an Anna Bockius aus dem Jahre 1947 wird zum einen die Trauer über das Sterben von Bockius deutlich, jedoch auch die Verzweiflung über den Leidensweg, den Fritz Bockius bis zu seinem Tode gehen musste.

„Liebe Anna!

[...] Ich weiß ja wie sehr Ihr alle gebetet habt für unseren lieben Papa, Euren lieben Bruder und daß von Dir viele Gebete für ihn zum Himmel stiegen. Daß diese Bitten umsonst waren, daß er diesen bitteren Leidensweg gehen mußte bis zum Letzten, war halt der unbegreifliche Wille Gottes. Er wollte doch immer so gerne alt werden und nun mußte er mitten aus voller Schaffenskraft das Leben und damit uns und alles verlassen. Nun hat er die schönste Jugend und hat die unbegreifliche Seligkeit in Ewigkeit erlangt; alles ist vorüber, alle Leiden, alle Demütigungen, die Entbehrungen, der Ekel, die Verlassenheit, die zahllosen Enttäuschungen in der Hoffnung auf Hilfe, der Hunger, die Schmerzen, alles, alles, was er gelitten hat. Er ist mit seiner Fürbitte bei uns, wir sind mit unserer Liebe bei ihm bis zum Wiedersehen.“<sup>379</sup>

Zur Erinnerung an sein Wirken ehrten ihn die Stadt Mainz (1952), seine Heimatgemeinde Bubenheim (1987) und, wie bereits erwähnt, die Stadt Bensheim mit der Benennung einer Straße mit seinem Namen.<sup>380</sup> In Bensheim im

<sup>374</sup> Privatarchiv Gottfried Braun, Schwabenheim: Brief von Fritz Bockius jun. an die Schriftleitung des Bistumsblattes vom 2. Mai 1947.

<sup>375</sup> Vgl. Privatarchiv Gottfried Braun, Schwabenheim: Johannes Gerster: Dr. Fritz Bockius zum Gedenken.

<sup>376</sup> Vgl. Braun, Gottfried: Ein Leben für Glauben, Freiheit und Gerechtigkeit. Würdigung des Reichstagsabgeordneten Dr. Fritz Bockius aus Bubenheim, Rheinhessen. In: Gedenkschrift Bubenheim. Hrsg.: Kath. Pfarramt Schwabenheim. Bubenheim 1971, S. 19-70.

<sup>377</sup> Vgl. Privatarchiv Gottfried Braun, Schwabenheim: Hellriegel, Ludwig: Reichstagsabgeordneter Dr. Fritz Bockius. Manuskript, 1975.

<sup>378</sup> Ebd.

<sup>379</sup> Privatarchiv Gottfried Braun, Schwabenheim: Brief von Anna Elisabeth Bockius an Anna Bockius vom 6. Januar 1947.

<sup>380</sup> Ebd.

Neubaugebiet Kappesgärten wurde die Straße rund 40 Jahre nach der Mainzer Benennung 1952 nach ihm benannt.<sup>381</sup>

*„In der letzten Sitzung des Mainzer Stadtrats wurde u.a. eine Straße in der neuen Siedlung der Amerikaner am Bruchweg ‚Dr.-Fritz-Bockius-Straße‘ getauft. Damit soll die Erinnerung an einen außerordentlich verdienten Bürger unserer Stadt wachgehalten werden, der der Vater des heutigen Oberspielleiters Fritz Bockius am Koblenzer Theater ist. Im Mai hätte Dr. Bockius sein 70. Lebensjahr vollendet. [...] Er war bei der Unterdrückung der separatistischen Wirren in Mainz maßgeblich beteiligt. 1921 wurde er Vorsitzender der hessischen Zentrumspartei und 1924 Reichstagsabgeordneter. Als Freund und enger Mitarbeiter von Dr. Brüning war er an dessen Politik maßgeblich beteiligt. Als Publizist hat er immer wieder seine Feder in den Dienst der christlichen Ideale der Zentrumspartei gestellt. [...] Dr. Bockius verstarb als Gegner des Nationalsozialismus in völliger Einsamkeit in einem österreichischen Konzentrationslager.“<sup>382</sup> Die Pfarrgemeinde in Bubenheim würdigte Bockius 1975 mit dem Anbringen einer Gedenktafel an seiner Taufkirche.<sup>383</sup> Diesem Anlass schloss sich auch eine Gedenkfeier an, wobei von mehreren Rednern des ehemaligen Einwohners gedacht wurde.*



Einweihung der Gedenktafel für Fritz Bockius, Pfarrkirche Bubenheim, links: Johannes Gerster. Die Enthüllung der Gedenktafel erfolgte am 2. März 1975. Die Enthüllung nahm der Präsident des Rheinland-Pfälzischen Landtages, Albrecht Martin (\* 1927), vor.  
Foto: Gottfried Braun.

<sup>381</sup> Vgl. Graubner, Thomas/Helbling, Gert/Helbling, Gert/Kilthau, Fritz: Ergänzungen zum Antifaschistischen Wegweiser Bensheim 1933-1945. Hrsg.: Geschichtswerkstatt Jakob Kindinger e.V. und Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten. Teil 2. Bensheim 1995, S. 22 f.

<sup>382</sup> Allgemeine Zeitung. Neuer Mainzer Anzeiger Nr. 127 vom 5. Juni 1952.

<sup>383</sup> Vgl. Braun, Gottfried: Dr. Friedrich August Bockius. In: Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts. Herausgegeben von Helmut Moll im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz. (1999) Band 1. Paderborn, München, Wien, Zürich 4. vermehrte und aktualisierte Auflage 2006, S. 363-366.



Gedenktafel für Fritz Bockius an der Außenwand der Pfarrkirche Bubenheim.  
Foto: Gottfried Braun.

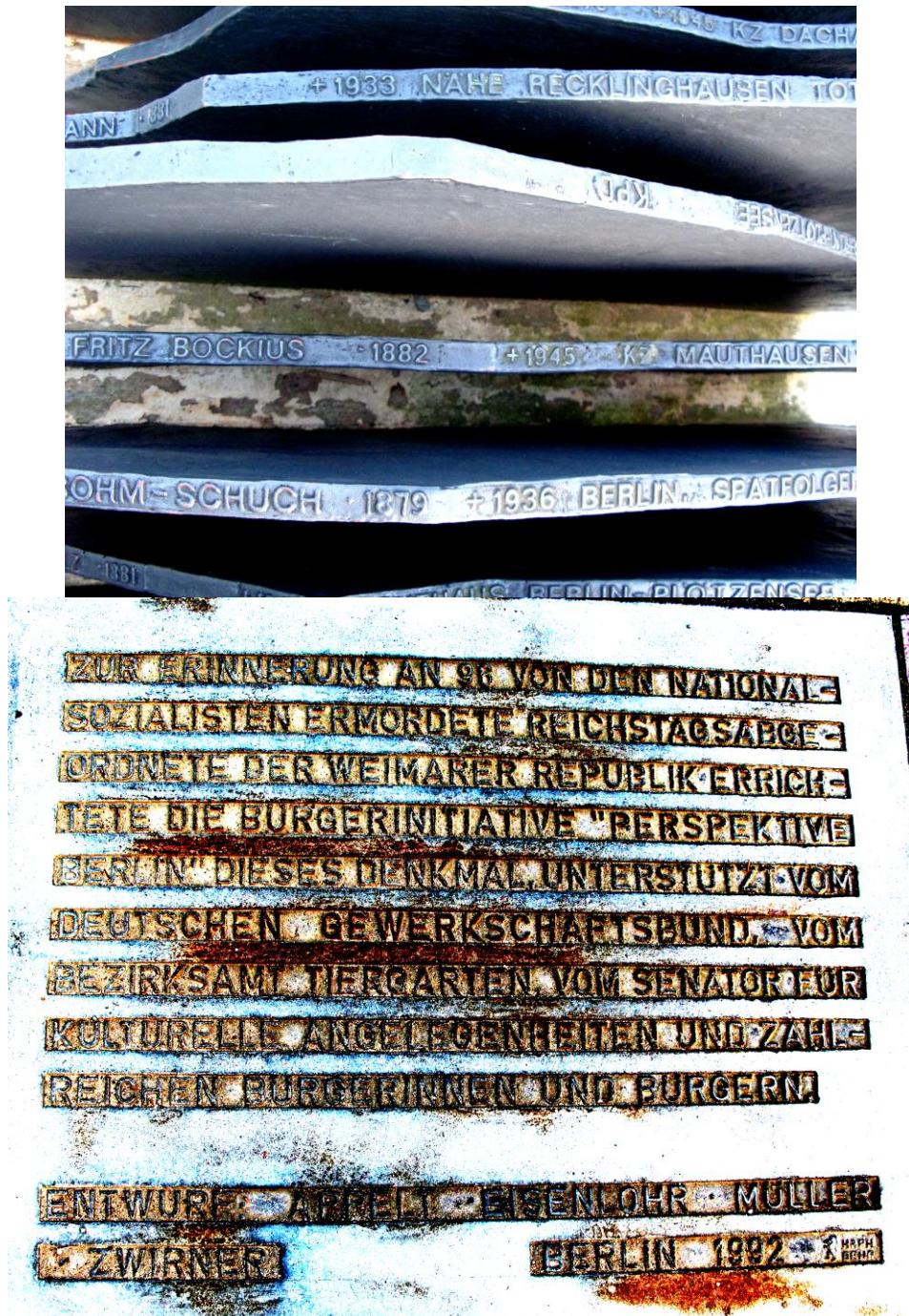
Weitere äußere Ehrungen folgten mit dem Anbringen einer Gedenkschrift auf dem Grabstein der Familie Gierer.<sup>384</sup>



Grabstätte der Familie Gierer mit Erinnerungsschrift an Bockius auf dem Mainzer Hauptfriedhof  
Quelle: Braun, Leben für Glauben, Freiheit und Gerechtigkeit.

<sup>384</sup> Dort ist Fritz Bockius' Frau Anna Elisabeth begraben, die am 12. Dezember 1950 starb.

Der Südwestfunk brachte anlässlich des 70. Geburtstages von Fritz Bockius eine Sondersendung von Anton M. Keim. Es folgten ein Beitrag des Mainzer Historikers Dr. Helmut Neubach im „Mainzer Almanach“ 1971 und ein Bild im Pfarrzentrum von Schwabenheim. Die bisher umfassendste Würdigung und Ehrung erfolgte mit der Gedenkschrift Bubenheim. Sie sei an dieser Stelle noch einmal hervorgehoben. Im kirchlichen Verzeichnis der Märtyrer des 20. Jahrhunderts fand Fritz Bockius ebenfalls Aufnahme.<sup>385</sup> Auch erinnert eine Gedenktafel auf dem Reichstagsgelände in Berlin an den verstorbenen Reichstagsabgeordneten.



Gedenkstätte vor dem Deutschen Bundestag (Reichstagsgebäude), zur Erinnerung an die von den Nationalsozialisten ermordeten Reichstagsabgeordneten. Foto: privat.

<sup>385</sup> Flasch, Kurt: Über die Brücke. Mainzer Kindheit 1930-1949 (2002) Frankfurt/Main 2005, S. 44.

Am 5. März 2009 um 8.00 Uhr wurde zum Gedenken an Fritz Bockius eine Radiosendung des christlichen Senders Horeb<sup>386</sup> ausgestrahlt: „Leben mit Gott“. Die Sendung lief mit dem Titel „Kalenderblatt. Dr. Friedrich August Bockius“ unter der Leitung von Manfred Holtermann. Ein Ausschnitt daraus: „Als Feind jeden Unrechts hatte sich Dr. Friedrich August Bockius mit ganzer Kraft und vorzüglichem Können für seine Klienten eingesetzt. Als Freund des Friedens und der Gerechtigkeit wirkte der Politiker für die Ideale des Rechtsstaates und als Publizist wie durch sein Vorbild vertrat er immer wieder die Ideale eines Christen.“

### Fritz Bockius – eine Würdigung aus heutiger Sicht

**„Und doch! Welch hohes Glück ist Dir vergönnt!  
Wer ist es, Freunde, der es nennen könnt?“**

**Nun bist in Haft Du schon 'ne Ewigkeit.  
Hier gibt's nicht Tränen, nur ein stummes Leid.  
Die Sorgen aus der früh'ren Zeit sind klein.  
Du möchtest alle gerne tauschen ein.  
Jetzt weißt Du, welches Glück gemeint war hier:  
Die Freiheit ist's – des deutschen Mannes Zier.“<sup>387</sup>**

Die oben stehenden Zeilen, die Fritz Bockius in seiner Darmstädter Haftzeit schrieb, betonen den Wert der Freiheit und relativieren die Sorgen des Alltags außerhalb der Haft. Vielleicht sind sie auch eine Mahnung an uns, die Entscheidungen und Verhaltensweisen von Menschen nicht oberflächlich zu beurteilen – gerade wenn diese Menschen unter Umständen leben mussten, deren existenziell bedrohlicher Charakter für uns heute beim besten Willen nicht angemessen nachvollziehbar ist.

Wir haben versucht, vor allem über Archivalien einen Zugang zur Person Dr. Friedrich August Bockius und seiner komplexen Zeit im Übergang von der Weimarer Republik zum „Dritten Reich“ zu finden. Dies ist uns inhaltlich schwer gefallen, weil uns die zu analysierenden Lebensumstände weitgehend fremd erschienen und wir erstmals eigenständig wissenschaftlich forschend tätig waren. Daraus ergaben sich methodische Unzulänglichkeiten<sup>388</sup>, die Konfrontation mit Widersprüchen in den Akten, die Probleme mit eigenständiger Recherche und redaktioneller Arbeit in Kleingruppen, nicht zuletzt die Schwierigkeit, zwischen „Wichtigem“ und „Unwichtigem“ zu unterscheiden. Das Landesabitur bestimmt unser Handeln, gerade unser Lernen, mehr als es der Entwicklung von forschend-entwickelnden, handlungsorientierten und schließlich mündigen Bürgern Recht sein kann.

Unstrittig ist, dass Fritz Bockius als Opfer des Nationalsozialismus angesehen werden muss, allein deshalb schon ist er des Gedenkens würdig.

Fritz Bockius' „Ja“ zum Ermächtigungsgesetz, das wir als gravierenden und unstimmigen Bruch in seiner aufrechten politischen Haltung wahrnehmen, erfolgte in

<sup>386</sup> Siehe hierzu die Homepage des Senders unter: <http://www.radiohoreb.de> (20.08.2009).

<sup>387</sup> Privatarchiv Gottfried Braun, Schwabenheim: Fritz Bockius jun. an die Schriftleitung des Mainzer Bistumsblattes vom 9. Juni 1947.

<sup>388</sup> Diese betrafen nicht zuletzt die vielfältigen einzuhaltenden Formalia, vom Zitieren bis zum Schriftbild.

einem historisch-politischen Umfeld, das die Autorinnen und Autoren in der Diskussion oft als „andere Zeit“ bezeichneten. Sein Rückzug aus der Politik, dem Feld, dem er weitestgehend eine große Zeitspanne seines Lebens gewidmet hatte, geht einher mit Hitlers Aufstieg zum uneingeschränkten Diktator. An der Beseitigung der Demokratie hat das Zentrum – und mit ihm Bockius – einen wesentlichen Anteil, das wiegt schwer, gerade bei ihm, der ein Feind jeden Unrechts war und diesem nun indirekt den Weg ebnete. So wurde er zu einem der Opfer des 20. Juli 1944 ohne Täter zu sein.

Im Rückblick wirkt es nicht nur resignativ, wenn sich Bockius nach der Selbstauflösung des Zentrums in seinen Beruf als Rechtsanwalt und Notar zurückzieht: Es ist zugleich die realistisch erscheinende Option – wenn man den Weg in den aktiven Widerstand ausschließt. Diesen Weg geht Bockius – anders als Jakob Kindinger oder der Zentrumsabgeordnete Eugen Bolz – nicht. Der Versuch, durch die Vertretung auch von gefährdeten Mandanten in Unrechtszeiten das Recht zu bewahren, verdient Anerkennung, auch seine im vertrauten Kreis klare Distanzierung von den Nationalsozialisten nach der Machtergreifung.

Im Kreis der Leistungskurs-Mitglieder wird Bockius mit Respekt vor allem als prinzipientreue, gläubige, unbestechliche, integre Persönlichkeit wahrgenommen. „*Bodenständig, bürgerlich, entschlossen, sozial engagiert, rhetorisch begabt, kompetent*“ sind weitere Attribute, die wir mit seiner Person assoziieren, auch wenn er nach Ansicht eines Schülers seine „*Pflicht als Politiker*“, als Repräsentant einer noch jungen ersten deutschen Demokratie nicht erfüllt haben mag.

Sein enormes soziales und politisches Engagement steht in erkennbar krassem Gegensatz zu einer heute weit verbreiteten Ich-Bezogenheit und Politikferne. In seiner Grundauffassung finden sich viele Parallelen zu dem Widerstandskreis der „Weißen Rose“ um die Geschwister Scholl, die unserer Schule den Namen gaben.

Wir ehren Fritz Bockius durch die Benennung einer Passage auf unserem Schulgelände mit seinem Namen. Wir befürworten außerdem nachdrücklich, dass die Stadtverwaltung in Bensheim die Persönlichkeiten gewidmeten Straßenschilder mit erläuternden Hinweistexten versehen lässt. Zu Fritz Bockius könnte in diesem Zusammenhang u.a. auf die Zusammenfassung von Dr. Rudolf Köster zurückgegriffen werden:

„*Fritz-Bockius-Straße (Weststadt), 1988, im Neubaugebiet ehemalige Kappesgärten. Dr. Friedrich (Fritz) Bockius (1882-1945) war Reichstagsabgeordneter der Zentrumspartei, Zentrumsvorsitzender von Hessen und Bensheimer Bürger. Er starb im Konzentrationslager Mauthausen.*“<sup>389</sup>

## Exkurs

### Fritz Bockius – Eugen Bolz. Ein Vergleich

Im Werdegang der beiden Zentrumspolitiker lassen sich manche Gemeinsamkeiten, jedoch auch gravierende Unterschiede aufzeigen. Hier soll ihre Haltung zum Nationalsozialismus aufgezeigt werden und ihr persönliches Schicksal.

Eugen Anton Bolz wurde am 15. Dezember 1881 als zwölftes Kind des Kaufmanns

---

<sup>389</sup> Köster, Rudolf: Die Namen der Bensheimer Straßen, Wege, Plätze und Passagen. Von A-Z erläutert. Bensheim 1996, S. 46.

Joseph Bolz (1832-1899) und der Kornhändlerstochter Maria Theresia Huber (1841-1918) in Rottenburg am Neckar geboren. Nach dem Besuch der Lateinschule in Rottenburg und des Karls-Gymnasiums Stuttgart studierte Bolz von 1900 bis 1904 Jura in Tübingen, Bonn und Berlin. Nach Bestehen der beiden Justizdienstprüfungen und der Ableistung der einjährigen Militärdienstzeit begann er 1909 seine Beamtenlaufbahn bei der Ulmer Staatsanwaltschaft. Bereits 1912 wurde Eugen Bolz im Wahlkreis Aalen-Ellwangen in den Reichstag gewählt. Zugleich gehörte er auch von 1912 bis 1933 dem Württembergischen Landtag an. Vom 29. Oktober 1919 bis 25. April 1923 amtierte er als württembergischer Justizminister, vom 2. Juni 1933 bis 15. März 1933 als Innenminister. Vom 8. Juni 1928 bis 15. März 1933 war er zugleich Staatspräsident.

In einem Biogramm heißt es: „*Durchschaute bis 1933 nicht die Gefährlichkeit der Nationalsozialisten, sah in der Behandlung der NSDAP nur ein Problem von Ruhe und Ordnung, plädierte im Spätsommer 1932 für eine Koalition mit der NSDAP, gehörte aber 1933 zu einer Minderheit in der Reichstagsfraktion, die sich gegen die Zustimmung des Zentrums zum sog. Ermächtigungsgesetz aussprach, willigte dann aber doch in die Fraktionslinie ein [...].*“<sup>390</sup>

Für Bolz sei Politik in erster Linie Staatsführung und Staatsgestaltung gewesen.<sup>391</sup> 1932 bekundete er, bedingt durch diese Auffassung, seine grundlegende Bereitschaft, auch mit den Nazis im Reich eine Regierungsbeteiligung anzustreben. In einer Kanzlerschaft Hitlers sah Eugen Bolz die letzte „verfassungsmäßige Alternative“. Im Jahr 1932 blieb die Regierung Bolz nur noch geschäftsführend im Amt. In Laupheim bekannte Bolz während des Landtagswahlkampfes, dass er es den Nationalsozialisten als großes Verdienst angerechnet hätte, wenn es ihnen gelungen wäre, „*in den marxistischen Arbeitern eine weniger internationale Einstellung zu wecken.*“ Ihnen sei dies aber nicht gelungen. „*Weil die Leute aus dem Druck, unter dem wir alle stehen, herauskommen wollen, um einmal etwas Neues zu sehen, sind sie dem Nationalsozialismus verfallen. Wer das Maul am weitesten aufreißt, hat den größten Erfolg, denn die Dummen sind immer noch zahlreicher als die Gescheiten.*“ Es sei Aufgabe des Zentrums, den Triumph der NSDAP zu verhindern: „*Wir werden von den Nationalsozialisten kein Diktat annehmen.*“<sup>392</sup>

In seiner Neujahrsbotschaft 1933 betonte er, dass die Parlamente sich weitgehend als unfähig erwiesen hätten, aufbauende Arbeit zu leisten. „*Nur zum Einreißen finden sich hin und wieder Mehrheiten von Parteien zusammen, die sich sonst nur mit Messer und Revolver bearbeiten. Beim Zusammentritt des Reichstags ist das deutsche Volk in steter Sorge vor neuem Unglück. Ich befürchte, dass die Verantwortungslosigkeit der Parteien, wenn sie nicht bald der Besonnenheit Platz macht, zur Diktatur wird.*“ Bolz bezog sich auf eine „*Diktatur auf Zeit*“, eine „*autoritäre Führung*“ im Rahmen der bestehenden Verfassung und Gesetze, welche auf dem Boden von Recht, Gesetz und Moral steht.<sup>393</sup>

Im Wahlkampf zu den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 trat Bolz den zentralistischen Bestrebungen der Nazis entgegen und warnte davor, die Souveränität der Länder anzutasten. Dennoch halfen Bolz und die Zentrumspartei

<sup>390</sup> Haunfelder, Bernd: Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumspartei 1871-1933. Biographisches Handbuch und historische Photographien. Düsseldorf 1999, S. 134.

<sup>391</sup> Köhler, Joachim: Bolz, Eugen. In: Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland. Herausgegeben von Winfried Becker/Günter Buchstab/Anselm Doering-Manteuffel/Rudolf Morsey. Paderborn 2002, S. 202 f.

<sup>392</sup> Raberg, Frank: Eugen Bolz (1881-1945). In: Politische Köpfe aus Südwestdeutschland. Herausgegeben von Reinhold Weber und Ines Mayer. Stuttgart 2005, S. 162, zit. n. Schwäbischer Merkur Nr. 27 vom 3. Februar 1932, S. 5.

<sup>393</sup> Ebd., zit. n. Deutsches Volksblatt Nr. 1 vom 2. Januar 1933, S. 6.

am 15. März 1933 durch die Unterstützung der Wahl von Gauleiter Wilhelm Murr (1888-1945) zum Staatspräsidenten im Landtag der „*Machtübernahme in Württemberg ein legalistisches Mäntelchen überzuwerfen. Außer in Württemberg gelangte die NSDAP nur in Hamburg und Hessen auf diese Weise zur Macht.*“<sup>394</sup>

Raberg betont, Bolz habe geglaubt, durch dieses Vorgehen könne er verfassungsmäßige Zustände konservieren und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung gewährleisten, obwohl er genau gewusst habe, wie es um die „*Ehrenhaftigkeit*“ und Zuverlässigkeit von Nazis bestellt gewesen sei. „*Er verschloss die Augen vor der Tatsache, dass schon die Verhaftung der kommunistischen Abgeordneten, die er selbst als Innenminister auf Weisung aus Berlin angeordnet hatte, die Verfassung erheblich verletzte. Die politische Verfolgung der Sozialdemokraten war im Gange, das Terrorregime des von Hitler nach Stuttgart entsandten Polizeikommissars [Dietrich] von Jagow [1892-1945] arbeitete bereits mit brutaler Effizienz. Schon vor seiner Amtsniederlegung hatte Bolz ,nichts mehr zu sagen.'* Gegen seine Entmachtung durch die Nationalsozialisten leistete er keinen Widerstand, weil er der irrgen Überzeugung war, der Machtwechsel in Württemberg vollziehe sich in verfassungsmäßiger Weise.“<sup>395</sup> Ähnlich wie Bockius, Brüning, Joseph Wirth oder Adam Stegerwald lehnte Eugen Bolz eine Annahme des Ermächtigungsgesetzes durch die Zentrumspartei ab. Das Angebot, nach dem Rückzug von Prälat Ludwig Kaas den Parteivorsitz zu übernehmen, lehnte Bolz ab. „*Es widersprach seiner inneren Überzeugung, an die Spitze einer Partei zu treten, die kurz zuvor die Hand zur Ausschaltung nicht nur des Parlaments, sondern zur Aufhebung der Reichsverfassung geboten hatte.*“<sup>396</sup>

Dem gleichgeschalteten Landtag wollte Eugen Bolz nicht mehr angehören. Seine Haltung in der Abstimmungsfrage zum Ermächtigungsgesetz markierte den Beginn seines Weges in den politischen Widerstand gegen das NS-Regime. Im Juni/Juli 1933 wurde er kurzzeitig in „Schutzhaft“ genommen und stand anschließend unter Gestapoüberwachung. Von 1933 bis 1944 war er Steuerberater der Abtei Beuron und juristischer Berater des Caritasverbandes. Ab 1935 war er an einem Wirtschaftsunternehmen in Vaihingen beteiligt Anfang 1942 stieß Bolz zum Widerstandskreis um Carl Goerdeler und wurde zum Mitwisser des Attentatsplanes von Graf Stauffenberg. Allerdings hatte er den Tyrannenmord aus religiösen Gründen abgelehnt. Zudem befürchtete er eine neue „Dolchstoßlegende“. Er stand als Reichskultusminister auf der Kabinettsliste der Verschwörer. Ende August 1944 erfolgte seine Verhaftung. Inhaftiert wurde er im Konzentrationslager Ravensbrück und in einem Berliner Gefängnis. Auf Grund fortgesetzter Folterungen in der Haft konnte sich Bolz, der in der Zelle stets gefesselt war, ab Herbst 1944 nur noch an zwei Stöcken fortbewegen. Versuche seiner Frau Maria und seiner einzigen Tochter Mechthild ihn, der wegen Hochverrats beim Volksgerichtshof angeklagt war, vor dem Tode zu bewahren, blieben erfolglos. In der Hauptverhandlung am 21. Dezember 1944 erfolgte die Verurteilung zum Tode. Seiner Frau und Tochter schrieb er: „*Was ich gefühlt habe, kam. Erbarmungslos. Ich habe mich innerlich, religiös in Monaten darauf eingestellt. Ich muss von Euch und vom Leben Abschied nehmen. Euch zu verlassen ist mir schwer. Ich bitte Euch, nehmt es hin als das mir von Gott bestimmte Kreuz. Ich habe wenigstens die Gnade, vorbereitet zu sterben und vielleicht einer bösen Zeit zu entgehen.*“ Der letzte Satz wurde von der Zensur gestrichen. Am 23. Januar 1945 wurde Eugen Bolz in Plötzensee hingerichtet.<sup>397</sup>

<sup>394</sup> Ebd., S. 163.

<sup>395</sup> Ebd.

<sup>396</sup> Ebd., S. 164.

<sup>397</sup> Ebd., S. 165.

## 7. Anhang: Ausgewählte Dokumente

a) **Hessische Wahl-Zeitung** für die Reichstags- und Landtagswahlen am 7. Dezember 1924

### Die Mitte

Von Reichstagsabg. Dr. Bockius (Mainz)

Unsere Partei nennt sich Zentrum, das heißt Mitte. Keine andere Partei führt diesen Namen oder hätte ein Recht auf den Namen: Die Mitte.

Weltanschauungen in Verbindung mit Vertretung wirtschaftlicher Interessen machen die Parteien aus. Alle übrigen Parteien sind wirtschaftlich mehr oder weniger die Anwälte bestimmter Berufsschichten, des Besitzes oder Nichtbesitzes, der Arbeit oder Wirtschaft, des Mittelstandes, der Industrie oder des Handels. Das Zentrum allein birgt in seinem Schoß alle Wirtschaftsgruppen und es ist trotzdem und gerade deshalb die schöpferische Partei der Mitte. Denn seine christliche Weltanschauung ist echt fruchtbar. Sie sieht auf das ganze, auf den bestand des Volkes als solchen. Von dieser hohen Warte aus macht nicht die Vertretung etwa einer mittleren Wirtschaftsgruppe die Partei der Mitte aus. Das Zentrum nimmt vielmehr alle Wirtschaftsgruppen in sich an der Hand, führt ihnen vor Augen, daß alle nicht Fremde sind in einem Haus, sonder Brüder; daß die Interessen des einen die Interessen des anderen berühren, daß der einseitige Sieg einer Wirtschaftsgruppe die andere zum Sklaven macht. Es warnt vor der Vorherrschaft einer oder mehrerer Klassen und macht sie alle zu Staatsbürgern einer wahrhaft aufgefassten Demokratie. Das Zentrum leitet die Wirtschaftsgruppen den Weg der mittleren Linie, des brüderlichen Ausgleichs. So ist das Zentrum seit seinem Bestehen die wahre Partei der Mitte, indem es nicht wie andere Parteien einzelne Wirtschaftsgruppen zum Mittelpunkt seiner Politik macht, sondern aus allen auseinanderstrebenden Gruppen einen Organismus, ein Herz, sodaß alle Gruppen in ihrer Gesamtheit der Mittelpunkt und der Gegenstand der Staatspolitik werden. Im Zentrum gibt es Besitzende und Nichtbesitzende, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, aber trotzdem kein links und kein rechts, sondern in der Brust eines Zentrumsmannes ist der Blick gerichtet mitten auf das Ganze. Es ist die Politik des begeisterten deutschen Gedichtes:

Das ganze Deutschland soll es sein.

Ohne Herz kein Leben des Menschen, ohne Politik der Mitte kein Leben des Staates. Das Hauptproblem für das Leben des Staates ist in Deutschland für Jahre hinaus die Außenpolitik. Auch hier ist zwischen den extremen Forderungen von rechts nach der starken Hand unsinniger Kampfesmethoden und von links nach oft würdelosem Internationalismus nur der Weg der Mitte zu gehen, der Weg der die deutschen, nationalen Interessen betonenden Völkerverständigung. Von Wirth bis Marx sind wir diesen Weg führend gegangen. Er hat den Erfolg gehabt, daß das Volk sich entschieden diesem Weg in einem inneren Umwandlungsprozeß angeschlossen hat. Kein völkischer oder kommunistischer Putsch, kein Separatismus, sondern Verständigung, keine feindliche Beziehung zu den Völkern, sondern wirtschaftliche Verträge, deren Ausgangspunkt und Anfang das Londoner Abkommen bastelt, keine Sanktionen, sondern Schiedsgedanke, kein Zwang, sondern Wiederbelebung der Freiheit!

Das Ausland und das deutsche Volk, besonders das letztere, hat den Erfolg sich ins Herz geschrieben. Was werden Wahlreden mit phantastischen Phrasen von völkischer Art oder internationaler brutaler Klassenherrschaft diesem Erfolg

gegenüber bedeuten können? Es ist schaler Wein, der keine begeisternde Kraft mehr in sich birgt.

Die Politik der Mitte ist nicht nur Übermittler eines christlichen Ideals, sondern auch des Erfolges. Sie ist, weil sie christlich und deshalb verantwortungsvoll nicht auf den schein, sondern das Sein, nicht auf gefühlsmäßige Wünsche, sondern die harten Realitäten sieht, dem deutschen Vaterland an seinem Krankenlager zum rettenden Arzt geworden.

Deutschen Volk, drücke dem rettenden Arzt dankbar die Hand und schließe dich ihm an. Hier ist das einzige Heilmittel gegen das mordende Fieber von links und rechts, das nur einen Erfolg zeigen kann, sich und das Vaterland von neuem krank und elend zu machen.

Die Politik der Mitte, die Politik Marx hat das deutsche Volk als besonnenes friedliebendes Volk und durch Schaffung einer neuen Währung und des Antriebskapitals der Wirtschaft als kreditwürdiges Volk aus den Niederungen in die Höhe geführt. Die Welt glaubt wieder an die guten Eigenschaften des Deutschen, sein Ansehen ist in großem Umfange wieder hergestellt, so daß die Anleihe von dem Ausland in einem Mehrfachen überzeichnet wurde, alles Erfolge der Politik Marx, die nicht erreicht wurden mit Hilfe der kräftig nationalen Töne von rechts, sondern trotz derselben.

Erkennst du deutsches Volk das Gebot der Stunde, dann darf in den neuen Reichstag vom 7. Dezember 1924 kein Völkischer und kein Kommunist mehr einziehen, Parteien der Phantasien, geboren aus dem Fieber der Inflation. Angesichts des Erfolgs der Politik der Mitte muß jetzt dieses Fieber restlos überwunden sein. In dieser Beziehung herrscht mit Recht ein zuversichtlicher Optimismus. Auch die Deutschnationalen müssen ihre Mitläufer verlieren. Da die Mitläufer in der unruhigen Zeit des Ruhrkampfs die Haupttruppen zu der heutigen deutschnationalen Partei gestellt haben, so wird bei der gelungenen Schaffung der äußeren und inneren Ruhe auch diese Partei auf ein gemessenes Maß zurückgeführt werden können. Die Mitläufer werden sich mit Recht sagen, daß den großen Versprechungen keine Tat folgte, da zwei Seelen in der Brust dieser Partei leben, die sie an einer klaren Entscheidung hindert, wie dies bei der Abstimmung zu den Gesetzen des Londoner Gutachtens sich gezeigt hat. Diese Partei muß sich wie das ganze Volk unter das Joch der harten Wirklichkeit beugen, denn nur das ist der Weg zur Freiheit.

Das gute Gewissen gibt der Politik der Mitte auch die zu jedem Erfolg notwendige Kraft. Zur Schaffung der Währung gab sie Notverordnungen und legt so mit schwerer Hand dem Volk aller Kreise Lasten auf. In kurzsichtigem Nichtverstehen lief die Masse zu den Extremen. Nun ist der Erfolg der harten Maßnahmen nicht mehr zu leugnen, die Gesundung in Währung und Wirtschaft ist eine Tatsache. Nun ist die Stunde gekommen, wo der Balsam auf die Wunde, die der heilende Arzt bereiten mußte, gelegt werden kann. Die Behandlung der Fragen der Aufwertungs- und Mieterzwangsgesetzgebung wird eine der ersten Aufgaben des neuen Reichstags sein. Für Landwirtschaft und Industrie führen die zu schaffenden Schutzzölle und Handelsverträge wieder an die Sonne der Weltwirtschaft. Das Arbeitsrecht und Beamtenrecht werden einem gerechten Ausbau zugeführt, die ganze soziale Gesetzgebung wird einen starken Auftrieb erhalten müssen und können. Alle diese Fragen können nur nach den Grundsätzen der Mitte, eines echten, sozialen Ausgleichs, des Feindes jeden Klassenkampfes geregelt werden. Sonst erhebt sich die eine Hand gegen die andere, der Bruder steht auf wider den Bruder und damit würden die letzten Dinge ärger als die ersten.

Darum, Jugend und Frauen, Ihr Idealträger der Menschheit, werbt für die Partei der

Mitte! So werbt Ihr für das Vaterland und die idealen Grundsätze des Christentums! So werbt Ihr für das Leben jedes einzelnen Eurer deutschen Brüder.

Wirtschaftler aller Richtungen, Arbeitnehmer aller Schattierungen, geistige Arbeiter, wollt Ihr, daß für den Reichstag vom 7. Dezember 24 und das Geschick Deutschlands der goldene Grundsatz der Politik der Mitte und des Erfolges ausschlaggebend sein soll, der da heißt:

nationale Würde nach außen,  
nach innen sozialer Sinn,  
wollt Ihr den Aufstieg Deutschlands in einer Erfolgspolitik, dann wählt  
das Zentrum, die Mitte.

Quelle: Mainzer Journal vom 29. November 1924.

**b) Starkenburger Bote. Bensheimer Zeitung. 60. Jahrgang, Nr. 112 vom 16. Mai 1928**

**Zentrumsversammlung im „Deutschen Haus“**

Gegen 9 Uhr eröffnete Studienrat Heinstadt die gutbesuchte Versammlung mit dem Dank an die Redner und an die Zuhörer für ihr Erscheinen. Politische Schulung tue not; während der Wähler früher bloß Objekt der Regierung gewesen sei, wäre er heute auch Subjekt der Regierung. Und vom Wähler hänge ab, was aus Deutschland werden solle in den nächsten vier Jahren.

Der hessische Minister der Finanzen und der Justiz [Ferdinand] Kirnberger [1875-1962] nennt die Wahl eine ernste Sache; darum müsse auch die Wahlversammlung eine ernste Sache sein. Sie soll uns nicht überreden, sondern überzeugen.

Das Standesinteresse, das man heute überall bemerkt, ist verständlich. Nicht verständlich allerdings ist es, daß man es in den Vordergrund schiebt bei den großen Fragen der Politik. Werden doch im Reichstag nicht nur wirtschaftliche, sondern vor allem politische Fragen gelöst, von denen unsere wirtschaftlichen Interessen letztlich abhängen. Eine gesunde Wirtschaft ist möglich nur bei einer gesunden Politik. Darum sind Standesvertretungen als politische Parteien ein Unding an sich, zumal sie niemals nennenswerten Einfluß haben können. Dazu kommt, daß die großen Parteien, wenn sie nicht ganz ideal eingestellt sind, naturgemäß das Interesse an einem Stand verlieren müssen, der sich selbst zu vertreten versucht.

Das Zentrum hat unbestritten am meisten für die Stände getan. Alles, was zustande gekommen ist, ist auf Mitwirkung des Zentrums geschehen. Denn es war von je die Partei der politischen Arbeit. Getragen vom Verantwortungsgefühl, hat sie mitgearbeitet an den unangenehmsten Dingen, für das deutsche Volk. Grundlage der anderen Parteien sind Wirtschaft oder Klasse. Der Liberalismus hält nur das für richtig, was dem Augenblicke dient. Er kennt kein Grundgesetz. Die Rechte nennt sich konservativ und verschließt sich dabei den Notwendigkeiten und Erfordernissen unserer Zeit. Auch das Zentrum ist konservativ, doch nur inbezug auf das Gute, das wir erhalten wissen wollen. Nein diesseitig eingestellt ist die Sozialdemokratie. Der Mensch ist nicht von sich aus gut. Diese Auffassung der Linken muß notwendigerweise Fiasko erleiden, weil sie in direktem Widerspruch mit dem menschlichen Leben selbst steht.

Man wirft dem Zentrum Charakterlosigkeit vor, weil es einmal mit der Rechten und ein andermal mit der Linken paktiere. Man vergißt dabei aber, daß Koalitionen keine Gesinnungs-, sondern Arbeitsgemeinschaften sind. Und ferner dürfen wir nicht übersehen, daß auch die anderen Parteien teilweise Ansichten vertreten, die mit den unseren übereinstimmen. Diese richtigen Ansichten will das Zentrum herausholen

und nutzbringend zum Besten unseres Vaterlandes verwerten. Die Mehrzahl der politischen Fragen haben einen religiösen Hintergrund, sind, wie Bischof Ketteler sagte, religiös fundiert. Und deshalb vertreten wir mit vollem Recht die kirchlichen Belange. Denn der Kirche geht es lange nicht so, wie es ihr Recht erheischt. Grade weil die politischen Fragen im Religiösen wurzeln, vertreten wir in den Interessen der Kirche die des Volkes. Das Zentrum hat innen- und außenpolitisch eine Politik des Ausgleichs getrieben. Kämen wir außenpolitisch nicht zur Verständigung, so wäre es um Europa geschehen. Es würde herabsinken zur Sklavin der farbigen Völker, weil es ihnen nicht Abwehr zu geben hat. So heiß wir unser Vaterland lieben, müssen wir doch zugeben, daß wir auf der Welt nicht allein berechtigt sind. Alle Völker haben ihre gottgesetzte Aufgabe. Deutschland hat dazu eine große weltpolitische Bedeutung, nämlich die Bewahrung Europas vor dem Bolschewismus. Nur die Sicherung nach Westen hin ermöglicht es uns, die Gefahr von Osten zu bannen. Die Verständigungspolitik ist heute unter dem Namen ‚nationale Realpolitik‘ Gemeingut unseres Volkes geworden. Das ihretwegen angefeindete und verachtete Zentrum hat sie zuerst vertreten. Haß und Verachtung hat es willig auf sich genommen, weil es treu und schlicht dem Volke diente.

Ein großes Hindernis für die Verständigung ist die Frage der Reparationen. Es ist ausgeschlossen, daß Deutschland die Lasten des Dawes-Paktes tragen kann. Das sehen allmählich auch die Feindstaaten ein.

Einen Ausgleich brauchen wir auch auf wirtschaftspolitischem Gebiet. Hugo Stinnes bereits hat den Versuch gemacht, die Kluft zwischen Arbeitnehmer u. Arbeitgeber zu überbrücken. Der Versuch schlug leider fehl. In England ist man diesbezüglich weiter voran als bei uns. Nicht Lohnknappheit ist der letzte Grund für die Klagen des Arbeiterstandes, sondern der Ruf nach Gleichberechtigung. Er muß endlich vollwertig eingegliedert werden in den Volkskörper. Stände und Standesunterschiede wird es immer geben. Aber keiner hat das Recht, sich mehr zu dünnen als der andere. Um diese Gleichberechtigung kämpfen wir im Zentrum. Der Arbeiterstand umfasst beinahe die Hälfte des ganzen deutschen Volkes. Wer zur Gleichberechtigung mithilft, tut ein großes Werk der sozialen Befriedung, zu der das Schlichtungswesen schon ein erheblicher Schritt ist.

Unsere Handelsbilanz ist mit 4 Milliarden erschreckend passiv und führt zur langsamen Verarmung. Warum? Weil unsere Ansprüche gestiegen sind, und zwar gegenüber der Vorkriegszeit ganz erheblich gestiegen.

Kulturpolitisch werden wir noch manchen heißen Kampf ausfechten müssen. Man handelte heute nach dem Satze: Erlaubt ist, was gefällt. Darum haben wir die sittlichen Probleme. Religiöse Schulen fordern wir, weil unsere Schulen nicht nur dem Unterricht, sondern auch der Erziehung dienen. Und da sind in erster Linie die Eltern verantwortlich für ihre Kinder.

Reif für die Volksgemeinschaft ist nur, der, dessen Überzeugung im Religiösen verankert ist. Wahl ist Gewissenspflicht, Wahlenthaltung Unrecht an der Allgemeinheit. Und die Partei ist zu wählen, die allen Ständen in ausgleichender Weise gerecht wird, die dienen will unserem geliebten deutschen Volke aus der Größe und Wahrheit ihrer Weltanschauung heraus, die deutsche Zentrumspartei!

Starker Beifall bekundete, wie sehr die gemüts- und verstandestiefen Worte Minister Kirnbergers auf den Einzelnen gewirkt hatten. Abg. Studienrat Heinstadt dankte ihm und betonte die Verantwortung, der sich die Zentrumspartei nie entzogen hat. Da sie auf passiv christlicher Grundlage stehe, könne sie sich sogar den Luxus einer

Meinungsverschiedenheit erlauben, weil sie letzten Endes den gleichen Ausgangs- und den gleichen Endpunkt habe.

Der zweite Redner des Abends, Reichstagsabgeordneter Dr. Bockius, geht im Gegensatz zur Grundsätzlichkeit der Ministerrede ein auf konkrete Einzelheiten. So ergänzten sich die beiden Referate vortrefflich. Er führte u.a. aus:

Vor seiner ‚Majestät dem Wähler‘, wie Prälat Kaas sich im Reichsparteiausschuß ausdrückte, haben die Parteien Angst. Die Zentrumsabgeordneten lassen sich auf ein Programm wählen und brauchen darum diese Furcht vor dem Wähler nicht, denn nicht dieser, sondern der Volksbeauftragte hat die Verantwortung.

Wir leben in einer dreifachen Not, in der Not des Vaterlandes, in der geistigen und in der materiellen Not. Das Zentrum hat die Not des Vaterlandes zuerst erkannt und in der Verständigungspolitik das Mittel gesehen und gefunden, aus dieser Not herauszukommen. In der Aufwertungsfrage ist es wiederum das Zentrum gewesen, das Richtlinien gab. Eine Aufwertung, wie sie Dr. Best fordert, bricht deutsches Recht, nach dem alle Volkskreise mitzutragen haben an der Volksnot. Einen Zwischenruf, die Sachwerte betreffend, fertigt der Redner überlegen ab. Der Bauernstand sei mit 20 Zentrumsabgeordneten im Reichstag vertreten. Auch seine Not werde nicht übersehen. Im Arbeiterschutz ist Riesiges geleistet worden. Nachdem die Inflation alles zerschlagen hatte, haben wir vollkommen neu aufbauen müssen und stehen heute so da, daß die ganze Welt mit Bewunderung auf uns blickt.

Im zweiten Teil seines Vortrages kam Dr. Bockius auf die Aufgaben zu sprechen, die wir in der kommenden Zeit zu lösen haben. Er behandelt dabei hauptsächlich die Steuerfrage, die wir zum Teil aus der Welt schaffen, sobald die Revision des Dawes-Planes Tatsache geworden ist. Auf kulturellem Gebiete haben wir schwere Kämpfe vor uns. Ehescheidung, Schulgesetz sind scharf umstritten. Eines zu beachten: Solange das Zentrum mitträgt an der Verantwortung, wird gegen den bisherigen Zustand nichts gemacht werden können. Das ist immerhin ein positiver Erfolg, selbst wenn wir unsere Grundsätze nicht durchsetzen könnten.

Abg. Heinstadt stellt die Äußerungen der Redner zur Diskussion. Da aber auch der Zwischenrufer anscheinend belehrt ist, kann er die Versammlung mit dem Hinweis schließen, daß die Verdienste für den außen- und innenpolitischen Fortschritt in Deutschland der Zentrumspartei zuzuschreiben sind. So kann eigentlich niemanden die Wahl unter den 31 Parteien im Reich schwer fallen: Der Einsichtige wählt die Partei der Verantwortung und der Tat.

Wählt am 20 Mai

Z e n t r u m !

### c) Das Zentrum lehnt grundsätzlich jede Ehescheidungs-Reform ab.

**Der Zentrumsprotest im Reichs-Ausschuß gegen die Erleichterung der Ehescheidung.**

Von Rechtsanwalt Dr. Bockius, MdR, Mainz

Der Schritt der Mitglieder des Rechtsausschusses der Zentrumsfraktion vom 5. November ds. Js. Wegen der Weiterverhandlung der Ehescheidungs-Erliechterung den Rechtsausschuß zu verlassen, wird in der ganzen Nichtzentrums presse als sensationelle Maßnahme behandelt.

In den Einzelheiten geht die Kritik auseinander. Das Zentrum soll die Maßnahme getroffen haben, weil es den Wirtschaftsminister haben wolle. Dann soll das Zentrum

wieder lediglich aus Obstruktion gehandelt haben. Es sei kein Schritt von prinzipieller Bedeutung. Schließlich wird in liberalen Zeitungen geschrieben, daß es sich doch für das Zentrum um eine weltanschauliche Frage handle. Das Zentrum aber wolle eine Vergewaltigung der andersdenkenden Mehrheit. Es wolle katholische Kirchenpolitik auf allgemeine Staatspolitik übertragen.

Wie verhält sich die Sache nun in Wirklichkeit?

Vorweg ist festzustellen, daß der Schritt der Zentrumsmitglieder des Rechtsausschusses nicht auf einer Laune oder einer Willkür, sondern auf einem planmäßigen Willen beruht. Er ist ein prinzipieller Schritt und auch nicht illoyal, noch weniger auffallend und sensationell. In einer so lebenswichtigen Frage wie der Ehescheidung, kann eine Partei, wie das Zentrum keine Sensation machen.

Alles dies ergibt sich aus der parlamentarischen Vorgeschichte in der Behandlung der Frage. Aus ihr geht hervor, daß die Zentrumsfraktion nicht nur ihren prinzipiellen Standpunkt, jede Ehescheidungsreform abzulehnen, unentwegt vertritt, sondern auch, daß sie es nicht zulassen kann, daß die Ehescheidung gegen ihren Willen in dieser Koalition Gesetz wird.

Die jetzige Koalition ist im April ds. Js. auf Grund der folgenden Erklärung des Reichskanzlers vor den Parteiführern der Koalitionsparteien vom 10. April ds. Js zustande gekommen:

„Sie (die Reichsregierung) erwartet weiter, daß zur Gewährleistung eines reibungslosen Ganges der Reichsgeschäfte Anträge von grundlegender Bedeutung überhaupt nur im gegenseitigen Benehmen gestellt oder weiterverfolgt werden.“

Diese Erklärung ist von allen Regierungsparteien angenommen worden.

Da nun im Rechtsausschuß die Ehescheidungsreform trotzdem „weiter verfolgt“ werden sollte, so hat die Zentrumsfraktion darauf sofort am 25. April ds. Js. bereits durch ein Schreiben an den Reichskanzler das Verlangen auf Nichtweiterverhandlung im Rechtsausschuß gestellt mit der Begründung: „Daß zu den Anträgen von grundlegender Bedeutung die vorliegenden Anträge auf Ehescheidungsreform gehören, kann von keiner Seite ernsthaft bestritten werden.“

Dieser erste Schritt des Zentrums hatte den Erfolg, daß die Ehescheidung nicht im Rechtsausschuß verhandelt wurde, sondern das Gesetz betreffend Abgeltung der älteren Renten. Später wurde die Ehescheidung wieder auf die Tagesordnung des Rechtsausschusses gesetzt. Darauf wandte sich die Zentrumsfraktion sofort wieder an den Reichskanzler in wiederholten mündlichen Vorstellungen. Eine Absetzung von der Tagesordnung war bis zum ersten Verhandlungstermin, der nicht der 5. November, sondern bereits der 2. Oktober ds. Js. war, nicht erfolgt. Die Zentrumsmitglieder des Rechtsausschusses haben daher schon am 2. Oktober im Ausschuß die Absetzung damit begründet, daß die Weiterverhandlung der Ehescheidungserleichterung der Koalitionsvereinbarung widerspräche. Nach dem 2. Oktober wurde bis zum 5. November die Zentrumsfraktion in wiederholten Besprechungen mit dem Reichskanzler erneut vorstellig. Da auch bis zu diesem Termin dem Zentrum nicht mitgeteilt wurde, ob etwas geschehen sei und der Termin nicht abgesetzt wurde, so erfolgte am 5. November der Austritt der Zentrumsmitglieder aus den Ehescheidungs-Verhandlungen des Rechtsausschusses. Schon vorher hatte die Zentrumsfraktion durch mich im öffentlichen Reichstagsplenum in der Justizetatsrede erklären lassen, daß man sich der Weiterverhandlung der Ehescheidung widersetze. Wobei ich mich ausdrücklich auf unsere Koalitionsrechte berufen habe.

Der Schritt des Zentrums vom 5. November ist also nicht sensationell und nicht wie ein Blitz aus heiterem Himmel erfolgt. Unsere Forderung ist vor dem 5. November

und zwar seit Beginn der jetzigen Koalition den Regierungsparteien durch Anrufen des Kanzlers außerdem öffentlich im Plenum des Reichstags am 13. Jini und öffentlich im Rechtsausschuß bereits am 2. Oktober klar und eindeutig erhoben worden. Unser Anspruch ist also nicht neu. Er entspricht unserem Programm. Wir haben diesen Programmpunkt beim Eintritt in die Koalition gesichert. Wir haben also ein koalitionsmäßiges Recht auf Nichtweiterverfolgung der Ehescheidungs-Erliechterung. Man handelt auch nicht illoyal, wenn man sein Recht verficht. Im Gegenteil, die anderen Koalitionsparteien müssen sich dann den Vorwurf der Illoyalität gefallen lassen, wenn sie trotz der genannten Koalitionsbasis die Weiterverhandlung der Ehescheidungs-Erliechterung endgültig verlangen würden. Auf weltanschauliche Auseinandersetzungen sich einzulassen, erübrigts sich angesichts der klaren Rechtsstellung unserer Fraktion in dieser Frage. Über Weltanschauungsfragen diskutiert man nicht. Deshalb führt eine solche Auseinandersetzung zu nichts. Deshalb führt eine solche Auseinandersetzung zu nichts. Uns ist jedenfalls diese Weltanschauungsfrage so wesentlich, daß sie uns höher steht als jede wirtschaftliche und außenpolitische Frage.

Es ist auch völlig unrichtig, daß unser Standpunkt nur katholische Kirchenpolitik, nicht auch allgemeine Staatspolitik sei. Wir sind nicht bloß gegen jede Ehescheidungs-Erliechterung, weil die Ehe nach katholischer Auffassung ein Sakrament und unauflöslich ist, sondern auch, weil wir bezüglich der Kulturgüter der Ehe und der Familie für das ganze Volk, nicht nur für die Katholiken auch eine staatspolitische und moralische Verpflichtung haben, diese Güter zu erhalten.

Die Ehescheidungs-Erliechterung widerspricht auch der Verfassung. Artikel 119 der Verfassung stellt ‚die Ehe‘ als ‚Grundlage der Familie‘ und ‚der Erhaltung der Nation‘ unter den ‚besonderen Schutz‘ der Verfassung. Ein Gesetz, das die Auflösung der Ehe bei vorliegender bloßer Zerrüttung zulässt, führt schließlich zur Auflösung der Ehe auf der ganzen Linie. Es handelt sich bei der Einführung des Zerrüttungsprinzips nicht nur um Abstellung von Missbräuchen in der Gerichtspraxis verschiedener Großstädte, wo es zur Scheidung genügt, daß eine Komödie aufgeführt wird, um einen Schuldgrund vorzutäuschen in Fällen, in denen beide Ehegatten auseinander wollen. Die Einführung des Zerrüttungsprinzips soll darüber hinaus auch die Ehescheidung ermöglichen gegen den Willen des nichtschuldigen Teils, damit würde eine Einrichtung geschaffen, die das himmelschreiende Unrecht enthielte. Die Einführung des Zerrüttungsprinzips würde neue Eheschließungen in einem Umfang erleichtern und zwar nach Scheidung der Ehe, daß es auf die Legitimation von Verhältnissen und Konkubinaten hinauskommen würde. Am Ende dieser Entwicklung steht der kommunistische Gedanke der bloßen An- und Abmeldung, statt des Eheabschlusses und der Ehescheidung aufgrund Verschuldens.

Es handelt sich also hier um die Erhaltung der Ehe, also um eine Verpflichtung der Zentrumspartei eminent staatspolitischer Art, die ihr sowohl durch Moral als durch die christliche Auffassung in der Politik durchzuführen obliegt. In dieser Frage können und müssen wir daher in keinem Punkte nachgeben. Wir sind auch der Auffassung, daß selbst, wenn das nicht in der Koalition wäre und eine Ehescheidungsreform unter Einführung des Zerrüttungsprinzips durchgeführt werden sollte, dies ein verfassungsänderndes Gesetz mit Rücksicht auf Artikel 119 der Verfassung darstellen würde, sodann ein solches Gesetz nur mit zwei Dritteln Majorität angenommen werden könnte.

Quelle: Mainzer Journal vom 9. November 1929.

#### d) Kann der neue Reichstag ohne weiteres aufgelöst werden?

Von Dr. Bockius M.d.R., Mainz

Wenn man Teile der bürgerlichen Presse liest, darunter angesehene Zeitungen wie die ‚Frankfurter Zeitung‘, so wird dieser Punkt lediglich von dem Standpunkt aus behandelt – man sei genau orientiert, die Regierung habe die Absicht, den Reichstag aufzulösen usw. Andere Zeitungen, die diese Absicht bestritten, seien nicht von einer so guten Quelle aus orientiert. Jetzt werde es im großen Ganzen nicht mehr bestritten, daß die Regierung die Auflösungsabsicht habe usw. Es wird daher lediglich eine Aufregung darüber gezeigt, daß man die guten Instruktionen und Verbindungen zur Regierung in Zweifel ziehen könnte.

Eine Aufregung über die wirklich aufregungsfähigen Punkte merkt man in manchen Teilen der bürgerlichen Presse nicht. Es wird sogar öfters der Satz nachgesagt – welcher vom Anfang des Bestehens dieser Reichsregierung an deren Lebensgrundsatz ist – die Regierung müsse von den Parteien unabhängig sein, man dürfe nicht in die alten Zeiten der Parteien-Herrschaft zurückfallen usw. Die Konsequenz dieses Satzes ist natürlich die Kehrseite: ‚Die Regierung ist alles – das Parlament ist nichts!‘ Wenn es sich um die Alternative handelt, ob das Parlament der Regierung das Misstrauensvotum ausspricht und die Regierung gehen soll oder der Reichspräsident lieber den Reichstag auflösen soll, dann entscheidet man sich unbedenklich für die Auflösung des Reichstags. Diese Auflösung darf sich auch öfters wiederholen. Ein Teil der bürgerlichen Presse versieht damit die Geschäfte der Regierungspresso, die auf den Ton abgestimmt ist, den Reichstag schlecht zu machen und die sogenannte Partei Herrschaft als das größte Übel zu brandmarken.

In Wirklichkeit dreht es sich bei diesem ganzen Spiel um die Frage der Diktatur der Regierung, welche durch die verfassungsmäßige Mitregierung des Parlaments gestört werden könnte.

Das Parlament und die Parteien lassen sich nicht voneinander trennen. Hier kommt es nicht auf die Kritik der einzelnen Parteien an, sondern es kommt darauf an, daß das Volk das Parlament durch das Instrument von Parteien gewählt hat. Es ist daher eine Mißachtung des Volkes durch die Regierung wenn die Mitregierung des Parlaments unmöglich gemacht werden soll. Man kann sich in Deutschland auch nicht mehr darüber beklagen, daß es zu viele Parteien gäbe, da es zwar eine große Menge von Parteien gibt, jedoch in diesen Reichstag im ganzen nur etwa 5 große Parteien einziehen. Das ist in allen parlamentarischen Ländern ungefähr genau so.

Man hat den Eindruck und muß ihn haben, daß die Bekanntgabe der Absicht der Regierung, den Reichstag aufzulösen, wenn ein Misstrauensvotum zu erwarten ist, ein Versuchsballon ist, um festzustellen, wie man sich in der Öffentlichkeit dazu stellt. Wenn das so gemütlich in der Presse behandelt wird, dann kann man es ruhig wagen. Das dürfte der Intention der Regierung entsprechen. Die Regierung nennt sich auch überparteilich. Dieses Wort ist völlig unrichtig. Die Regierung stützt sich nämlich auch auf Parteien, richtiger auf eine einzige Partei und das sind die Deutschnationalen mit 37 Mann. Es ist also die Regierung eine deutschnationale Minderheitsregierung, die gestützt wird unter 607 Abgeordneten des vom Volk gewählten Parlaments durch 37 Abgeordnete, die offen ihre reaktionäre Stellung zeigen, und die in überheblicher Form davor warnen, daß die Regierung auf Parteien Rücksicht nehmen soll. Das ist nichts weiter wie die Aufforderung, das Volk, das in etwa 570 Abgeordneten der anderen Parteien vertreten ist, vollständig zu ignorieren und über seinen Kopf hinweg diktatorisch zu regieren. Das bedeutet wiederum nichts anderes als gegen die Verfassung regieren.

Man kann den Begriffen der ‚Überparteilichkeit‘, wie ihn die Deutschnationalen

sehen, so definieren: „Überparteilich ist eine Regierung dann, wenn keine Parteien hinter ihr stehen.“ Weiter: „Überparteilich ist die Regierung deshalb, weil keine Parteien hinter ihr stehen.“

Schon deshalb, weil diese Minderheitsregierung 19/20 des deutschen Volkes gegen sich hat, wäre es eine Brüskierung des Volkes, dieser Regierung zulieb, den Reichstag aufzulösen. Die Auflösung des Reichstags ist auch verfassungswidrig, da nach Art. 25 der Reichsverfassung der Reichstag nicht zweimal aus demselben Anlaß aufgelöst werden kann. Die alte Regierung Brüning hatte eine Mehrheit. Die Begründung der Auflösung des Reichstags ging dahin, der alte Reichstag entspräche nicht mehr dem Volkswillen, da der Volkswille nach rechts gehe. Es ist aber daher bereits eine Reichsregierung und zwar nur aus Deutschnationalen errichtet worden. Auch Papen ist als Deutschnationaler anzusehen. Da im alten Reichstag diese Regierung, die bereits das zu erwartende Wahlergebnis vorausnehmen sollte und dann von einer Rechtsmehrheit gestützt werden sollte, ein Mißtrauensvotum erhalten hätte, ist der alte Reichstag aufgelöst worden. Nun kann man den neuen Reichstag nicht deshalb nochmals auflösen, weil diese Regierung auch von dem neuen Reichstag ein Vertrauensvotum nicht erhalten kann. Nach Art. 54 der Reichsverfassung bedarf die Regierung des Vertrauens des Reichstags. Die Regierung muß zurücktreten, wenn ihr der Reichstag sein Vertrauen entzieht.

Es ist daher überhaupt ein Zweifel nicht möglich, daß diese Regierung zurücktreten muß, da aus demselben Grund der Reichstag nicht noch einmal aufgelöst werden kann und da es feststeht, daß diese Regierung ein Mißtrauensvotum erhält. Eine andere Lösung ist ein ganz klarer Verfassungsbruch. Das deutsche Volk würde diesen Verfassungsbruch nicht ohne Empörung aufnehmen, es wäre ein klares Hineinsteuern in die Diktatur.

Die Frage, ob der Reichstag arbeitsfähig ist, d.h. ob sich Parteien zu einer Mehrheitsbildung finden, die irgendeine Regierung stützen, ist eine Frage, die jetzt noch nicht zur Entscheidung steht. Diese Frage kann nur im Reichstag selbst gelöst werden. Außerparlamentarische Gespräche oder Einschätzungen von Verhandlungen von Parteien in diesem Sinne haben gesetzlich nicht die geringste Bedeutung. Auf Grund solcher unkontrollierbaren Gespräche läßt sich kein Entschluß von so weittragender Bedeutung, wie eine Reichstagsauflösung, begründen. Ist diese Regierung im Reichstag beseitigt worden, so ist eine neue Regierung zu bilden und erst dieser neuen Regierung gegenüber erhebt sich die Frage, ob der Reichstag unter der neuen Regierung zu einer Mehrheitsbildung bereit ist. Auch das entscheidet sich erst im Reichstag und nicht durch irgendwelche Besprechungen. Besteht eine neue Regierung, die bereits bei ihrer Bildung auf die Verhältnisse im Reichstag Rücksicht zu nehmen hat – auch das entspricht der Verfassung – dann ist erst die Frage wieder akut, ob der neue Reichstag arbeitsfähig ist oder nicht.

Deshalb rufen wir der Regierung zu, im Einverständnis mit der Mehrheit des Volkes: „Keine Diktatur, sondern Verfassung, Verfassung, Verfassung!“

Quelle: Mainzer Journal vom 26. August 1932.

### e) Im Jahre 1932 hinter Brüning!

Von Dr. F. Bockius, M.d.R., Mainz

Das Jahr 1932 ist ein politisches Jahr erster Ordnung. Schon an seien Toren stehen drei internationale Konferenzen. Die Stillehaltungsverhandlung bezüglich der 36 Milliarden ausländischer Privatschulden Deutschlands und seiner Wirtschaft.

Reparations- und Abrüstungs-Konferenz. Sie müssen alle zu einem Resultat führen, so hofft das deutsche Volk. In dem, was das deutsche Volk will und verlangt, gibt es keine Nuancen nach Partei-Entstellungen.

Anerkennung der privaten Schulden, Amortisation und Verzinsung nach Stillehaltung. Aber völlige Beseitigung aller Reparationen. – Wenn man nicht jede Unterlage der Friedensverträge mit Rücksicht auf den Zwangscharakter bestreiten will, so ist die Lansing-Note die einzige rechtlich gültige Bestimmung bezüglich der Reparationen vor Abschluß des Friedensvertrages. Danach hat Deutschland nur die Schäden der Zivilbevölkerung zu zahlen, nicht auch die Militärrenten der Entente-Staaten. Alles dies ist jedoch, wie kein Mensch in der Welt mehr bestreiten kann, von Deutschland erfüllt und Enormes darüber hinaus. Noch mehr Reparationen zu verlangen, ist daher eine klare Rechtsverletzung gegenüber Deutschland. Auch im Rahmen des Young-Planes, der von Brüning als Sprecher des Zentrums bei der Annahme nicht als freier Vertrag, sondern als Diktat bezeichnet worden ist, sind die Reparationen völlig zu beseitigen. Denn auch nach dem Baseler Gutachten sind wir nicht in der Lage – und nach dem Young-Plan kommt es auf die deutsche Leistungsfähigkeit an – Reparationen zu zahlen. Die Unmöglichkeit, Reparationen zu zahlen, bezieht sich gleichmäßig auf geschützte und ungeschützte Teile.

Die völlige Beseitigung der Reparationen ist aber auch, und zwar nach demselben Baseler Gutachten nötig, weil die Reparationszahlungen die Wirtschaft der Völker zerstört haben. Eine praktische Anwendung der lange Zeit nur theoretisch gelehrt Grundsätze der Weltwirtschaft.

Wir haben ein klares Recht auf Abrüstung, selbst nach dem Friedensvertrag. Bei der Annahme des Young-Planes haben wir ausdrücklich in einer Entschließung den Grundsatz der Gleichberechtigung der Völker und der Aufgabe der Behandlung Deutschlands als wehrloses Land als unverrückbares Gesetz der Welt feierlich verkündet. Den Grundsätzen dieses Gesetzes werden wir folgen, bis zu dem Zeitpunkte, wo unsere Rechte in vollem Umfang durchgeführt sind, so lange es noch ein Deutschland gibt.

Das wollen wir also alle in Deutschland.

Im Ausland sind die Wirtschaftler und die Privatgläubiger Deutschlands in der Reparationsfrage derselben Meinung. Nur noch nicht alle politischen Stellen. Dabei hätten die Privatgläubiger keine geringe Chance, rechtlich ihr Geld von manchen politischen Staaten außerhalb Deutschlands mit zu verlangen, da diese durch ihr ganzes Verhalten und durch die aufmunternden Worte – le boche paiera tout – der Deutsche wird alles bezahlen, die eigenen Bürger und die der befreundeten Staaten zur Hergabe von Geld an Deutschland veranlaßt haben. Ein klarer Fall sogenannter Kreditbürgschaft. Auch geschah diese Aufmunterung im eigenen Interesse. Denn durch das Geld der Bürger der früheren Ententestaaten haben diese Staaten, die politischen Stellen also, ihre ‚deutschen‘ Reparationen transferiert erhalten, wodurch den ausländischen Privatgläubigern die Devisen zur Rückzahlung ihrer Forderungen in dieser Höhe entzogen wurden. Wäre dies zwischen deutschen Bürgern und dem deutschen Staate passiert, so wäre schon längst ein großer sogenannter Skandalprozeß im Gange.

Politisch streitet man sich im Ausland trotzdem darüber, ob den Privatschulden oder den Reparationen der Vorrang zusteht. Für uns erledigt sich die Frage von selbst. Die Reparationsdevisen wurden durch ausländische Anleihen bezahlt. Wir werden in Zukunft keine ausländischen Anleihen mehr bekommen, wenn der Gläubiger nicht die Sicherheit erhält, daß sein Geld nicht wieder zu Reparationen zum Schaden

seiner Forderung verwendet wird. Die Exportüberschüsse müssen wir nach Stillehaltung zur Deckung unserer Privatschulden benutzen, wenn wir nicht aus der Reihe der privatwirtschaftlich ernst zu nehmenden Staaten verschwinden sollen. Geschieht dies aber, dann wird auch in Zukunft bei dieser ungeheuren Privatschuld von 26 Milliarden, auch bei guter Exportwirtschaft, kein Pfennig für Reparationen zur Verfügung stehen.

Die Zahlung der Reparationen hat also, wenn diese Zusammenhänge richtig sind – und sie sind es – praktisch für immer aufgehört.

Ob die Ententestaaten ihre Kriegsschulden an Amerika weiter zu zahlen haben, interessiert rechtlich dabei nicht. Ein derartiger Zusammenhang zwischen Reparationen und Kriegsschulden besteht nicht. In Wirklichkeit haben die Ententestaaten an Amerika Schulden nicht bezahlt, wenn sie lediglich die Reparationen zum Teil weitergeleitet haben. Es besteht nicht der Grundsatz im Verhältnis der Ententestaaten zu Amerika, daß die Kriegsschulden an Amerika nur in dem Umfange zu zahlen seien, in dem Deutschland Reparationen an die Entente abführt. Frankreich hat diesen Satz zwar als innerstaatliches Gesetz beschlossen. Würde es sich jedoch auf dieses Gesetz auch Amerika gegenüber international stützen, so läge darin ein klares ‚Zerreißen‘ der Verträge. Nur wenn Frankreich von seinen eigenen wirtschaftlichen Verhältnissen aus gesehen, nicht zahlen kann, hat es das Recht auf ein Moratorium. Ebenso die anderen Ententestaaten.

Ob die Leistungsfähigkeit der Ententestaaten von Amerika in einem ähnlichen Verfahren geprüft wird, wie dies jetzt seitens der Ententestaaten gegenüber Deutschland geschehen ist, ist rechtlich für Deutschland unerheblich obwohl mit Rücksicht auf die Zusammenhänge der Weltwirtschaft auch Deutschland wirtschaftlich ein Interesse daran hat, daß auch das Kriegsschuldensystem die Wirtschaft nicht weiter zerstört. Den Ententeländern ist jetzt ihre Situation aufgegangen und sie sehen, daß sie sich in einer Lage befinden, wo sie dieselben Argumente zum Teil gegenüber Amerika geltend machen müssen die Deutschland ihnen gegenüber vorbringt, nur daß ihre Situation rechtlich Amerika gegenüber nicht so stark ist als diejenige Deutschlands gegenüber seinen politischen Gläubigern. Man kann es besonders Frankreich selbst überlassen, wie es im Kampfe mit Amerika mit dem von ihm schon oft betonten Grundsatz der Heiligkeit der Verträge fertig wird, wenn die Verträge sich klar gegen Frankreich selbst wenden.

Das Ergebnis der für Deutschland in Betracht kommenden drei Konferenzen des Jahres 1932 im Sinne einer offenen Anerkennung unseres Standpunktes hängt nur zum Teil von Deutschland ab. Entscheidend ist die Haltung der anderen Staaten, ihre wirtschaftliche Einsicht und der Druck, der von Seiten der Wirtschaft und der Privatgläubiger in ihren eigenen Ländern auf sie ausgeübt wird. Vom Standpunkt der Achtung der Verträge aus haben die anderen Staaten jedoch nicht das Recht, ihre Haltung von der Stellung Amerikas zu den Kriegsschulden beeinflussen zu lassen. Soweit es an uns liegt, in Deutschland, müssen wir geschlossen auftreten. Das heißt aber nichts anderes, als daß das ganze deutsche Volk sichtbar und offen hinter den verantwortlichen Staatsmann, den Kanzler und Außenminister Brüning zu treten hat. Das ist das Gebot der Schicksalsstunde Deutschlands im Anfang des Jahres 1932.

Deshalb ergab sich für uns in Hessen daraus auch die Konsequenz, daß wir von jeder Partei, die mit uns in eine Regierung treten will, verlangen müssen, daß es in Deutschland nur eine Außenpolitik gibt, die Außenpolitik der Reichsregierung Brüning, die im Reichsrat unterstützt werden muß.

Wir stehen vor Wahlen in Preußen und vor der Reichspräsidentenwahl ebenfalls in diesem Schicksalsjahr. Niemand kennt den Ausgang dieser Wahlen. Jedoch soviel erscheint als sicher. In den nächsten Jahren wird keine Partei die absolute Mehrheit erhalten. Dies haben die Hessenwahlen gezeigt. Es wird dies im übrigen Deutschen Reich genau so sein, weil der katholische Volksteil dem Zentrum die Treue hält, wenn auch alle Parteien rechts von ihm zerschlagen werden sollten. Nach allen Wahlen wird das Zentrum mitregieren müssen. Mit dem Zentrum kann man jedoch nur verantwortlich regieren und auch wohl auf weite Sicht hinaus nicht ohne Brüning, dem gegenwärtigen Exponenten des Zentrums.

Auch die Nationalsozialisten, die danach nicht dazu kommen werden, auf Grund von Wahlen in Deutschland allein zu regieren, müssen sich evtl. einmal entscheiden, vom Regieren sich dauernd fernzuhalten, oder völlig verantwortlich zu arbeiten, also umzulernen, wie es vor ihnen schon so viele andere Parteien tun mußten. Vielleicht könnten sie in der Zukunft einmal als eine Zusammenfassung einer Rechten in einer Verantwortung eine geschichtliche Bedeutung in aufbauendem Sinne erhalten, die sie bis jetzt nicht haben. Das wäre allerdings eine Zeit, wo SS und SA neben den gesetzlichen Machtmitteln des Staates aufgehört hätten zu bestehen.

Sehen wir aber von der weiteren Zukunft ab. In den nächsten Monaten wird sehr viel darauf ankommen, wie weit das deutsche Volk besonders nach außen hinter Brüning steht, dem außenpolitischen Repräsentanten Deutschlands, besonders in den lebenswichtigen außenpolitischen Verhandlungen des Jahres 1932.

Das müsste als politisches Naturgesetz jedem einleuchten, den außenpolitischen Vertreter zu unterstützen und zwar ohne Rücksicht auf dessen Person.

Nun erst recht Brüning, der durch seine innere Aufbautätigkeit und durch die Erlangung seines außenpolitischen Ansehens auch das Vertrauen des gesamten Volkes verdient. Auch ist die im Ausland ständig gewachsene Einsicht in die internationale Störung der Weltwirtschaft durch die Reparationen ein Hauptverdienst Brünings. In dieser Stunde kommt für die Aufklärungsarbeit ein Buch wie gerufen. Unmittelbar vor Neujahr ist im Verlag R. Kittler, Leipzig, in der Reihe ‚Männer und Mächte‘ ein Buch erschienen: ‚Brüning‘ von dem Chefredakteur des ‚Deutschen‘, Dr. Alphons Nobel, der eine Reihe interessanter und vorzüglicher anderer politischer Werke geschrieben hat. Dieses Buch müßte jeder Deutsche ohne Unterschied der Parteirichtung lesen. Es enthält die Darstellung des politischen Zeitabschnitts seit 1924 in Verflechtung mit der politischen Arbeit Brünings seit dieser Zeit. Diese achtjährige politische Arbeit Brünings liefert die Gründe für die Berechtigung des Vertrauens zu dem heutigen Kanzlers – und wirkt auf den Leser besonders von der Verstandesseite her. Die Tatsache, daß Brüning in der ganzen Zeit eine fruchtbare Kritik an politischen Maßnahmen ansetzte, auf Gebieten, die er sofort zum Gegenstand seiner Reformarbeit als Kanzler machte, ist dabei besonders hervorzuheben. Das Buch übermittelt uns und jedem Politiker, der die Zeit miterlebt hat, ein glänzendes und wahrheitsgemäßes Bild von Brüning als politischem Sachkenner, Charakter und Führer. Wie viele vorzügliche Schriftsteller, ist Dr. Nobel groß, manchmal bezaubernd, in seinen Nebensätzen, die einer Fülle von Wissen auf allen Gebieten des Lebens auch außerhalb der Politik verraten, so daß das Buch auch einen künstlerischen Genuß bietet.

Möge für das Jahr 1932 das deutsche Volk besonders in der Außenpolitik vergessen, daß es in Parteien gespalten ist. Es trete geschlossen hinter Brüning, davon wird viel abhängen im Schicksalsjahr 1932.

Quelle: Mainzer Journal vom 3. Januar 1932.

## f) Rede des Reichstagsabgeordneten Dr. Bockius

### Eine Erwiderung auf die Rundfunk-Rede v. Papens / Gegen eine Diktatur.

Nach kurzer Pause ergriff dann, ebenfalls sehr lebhaft begrüßt Reichstagsabgeordneter Dr. Bockius das Wort. Einleitend charakterisierte er die Rundfunkrede des Reichskanzlers von gestern abend als eine Abschiedsrede und einen Schwanengesang. Während man durch die seitherigen Reden des Herrn von Papen an einen gewissen Kommandoton gewöhnt sei, habe er dieses Mal mehr im Ton eines Bittgebetes gesprochen. Der Reichskanzler habe offenbar erkannt, daß er das deutsche Volk nicht hinter sich zu bringen verstanden hat.

Zu dem Verhältnis des Zentrums zu den Nationalsozialisten sagte Dr. Bockius, daß der bis zur letzten Wahl notwendig gewesene Kampf gegen diese Partei eingestellt werden konnte, da das Dritte Reich endgültig tot sei. Am 31. Juli habe das Zentrum gegen die Vorkämpfer des Dritten Reiches den Sieg davongetragen. Mit den Nationalsozialisten als Partei könne verhandelt werden, wie mit jeder anderen Partei auch, wenn es das Wohl des Vaterlandes erfordere. Der Sinn dieser Wahl sei es aber, nicht gegen Parteien zu kämpfen, sondern gegen eine Regierung, die die Verfassung zerzausen will. 1919 habe das Zentrum seine ganze Kraft einsetzen müssen, um eine Verfassung zu schaffen, die die Diktatur von links verhinderte. In den zwischen damals und heute liegenden dreizehn Jahren haben die Parteien zwar nicht, wie es Herr von Papen einmal auszudrücken beliebte, nur Schutt geschaffen, wohl aber, jeweils unter wesentlicher Initiative des Zentrums all die Dreckarbeit, die es jenen Kreisen, die sich jetzt an die Macht drängen wollen, überhaupt erst wieder ermöglichten, sich aus ihren Schlupfwinkeln herauszuwagen.

In diesem Wahlkampf nun geht es gegen die Diktatur einer Herrenschicht, die der Illusion lebt, das Volk in eine Partei zwingen zu können. In Wirklichkeit könne es ein politisches Volk ohne eine Mehrheit politischer Parteien überhaupt nicht geben.

Wer die Parteien beschimpft, beschimpft das Volk. Die Reichsregierung firmiere sich zwar überparteilich, in Wirklichkeit produziere sie aber, namentlich hinsichtlich der Behandlung der Verfassung, all das, was seit Jahren die Deutschnationalen erstreben: die Macht anstelle der Verfassung. Vor der Zeit Hugenberg sei auch mit diesen Deutschnationalen von Fall zu Fall zusammen zu arbeiten gewesen. Er habe alle Möglichkeiten zu gemeinsamem Dienste am Volk zerschlagen, die Katholiken von jedem Einfluß schon innerhalb der Partei ausgeschaltet. Was wir mit der Wahl vom morgigen Sonntag ablehnen, ist ein Preußen-Deutschland unter deutschnationaler Diktatur, ist der Wille, die gegenwärtige Verfassung in ihren Grundzügen zu erhalten und nicht in ihrem Wesen zu ändern. Wir wollen nicht die Konzentration der Regierung unter einem Präsidialkabinett, so sehr wir Person und Amt des Reichspräsidenten schätzen, wir wollen die Konzentration der Parteien. Die Grundhaltung der Zentrumspartei bietet die Möglichkeit, mit rechts und links zu gleicher Zeit zusammenzuarbeiten, wir müssen nicht die einen hassen, wenn wir mit den anderen zusammenzuarbeiten genötigt sind.

In seinen weiteren Ausführungen streifte Dr. Bockius kurz die Außenpolitik, in der wir wieder da anfangen müssen, wo Brüning aufgehört hat, wenn wir das Ziel der deutschen Freiheit erreichen wollen. In der Wirtschaftspolitik gelte es, Weltwirtschaftspolitik zu treiben, wozu aber nur ein Staatsmann und nicht ein Leutnant, der kein Feldmarschall ist, in der Lage sei.

Wir wollen die Wehrpflicht, aus psychologischen und nationalen Gründen, aber die Wehrpflicht in der Idee und der Uniform des Vaterlandes und nicht in der Uniform der Verbände.

Dr. Bockius schloß seine, oft von Beifall unterbrochenen Ausführungen mit dem,

seine und Vorredners Rede zusammenfassendem Appell:

Wenn wir Deutschland retten wollen, dann müssen wir wieder zurück zu Brüning, eine Zurück, das das wahre Vorwärts ist.

Der Versammlungsleiter, der Vorsitzende der Mainzer Zentrumspartei, Rechtsanwalt Schmitt, fügte den eindrucksstarken Reden der beiden Politiker in begeisternden Worten die Mahnung hinzu, dafür zu sorgen, daß auch der letzte Wahlmüde und Wahlverärgerte am Sonntag zur Erfüllung seiner mehr denn je wichtigen Wahlpflicht aufgerüttelt werde, auf daß mit und durch die Zentrumspolitik Volk und Vaterland der wahren Freiheit entgegengeführt werden könnten.

Die Versammlung, die wiederum von über 2000 Menschen besucht war, schloß mit dem gemeinsamen Gesang des ersten und dritten Verses des Deutschlandliedes.

Möge die Wahl in unserer Vaterstadt und im Wahlkreis Hessen unseres Reichstagskandidaten Dr. Bockius nach dieser erhebenden Kundgebung nun auch voll und ganz das ihre dazu beitragen, dem Ziel unseres politischen Ringens endlich näher zu kommen:

Ein Deutschland, das Gott gibt, was Gottes ist.

Ein Deutschland, das für den Staat fordert, was des Staates ist.

Ein Deutschland, das dem Volke aber auch ehrlich und ohne Hinterhalt läßt, was des Volkes ist!

Quelle: Mainzer Journal vom 5. November 1932.

### **g) Das hessische Zentrum dankt seinen Wählern!**

Die Wahlschlacht ist vorbei. Die Regierungsparteien haben eine Mehrheit. Nun sollen sie zeigen, was sie können. Eine Mehrheit ist vorhanden, um im Rahmen der Verfassung zu arbeiten – für Freiheit, Brot und Arbeit. Aber keine Mehrheit für willkürliche Verfassungsexperimente.

Das Zentrum als Hort der Verfassung ist ein wichtiger Faktor geblieben. Es wird auch in der Opposition verantwortlich sein und alle Maßnahmen unterstützen, nicht die dem deutschen Volke nützen, anderen Maßnahmen widersprechen und gegen sie kämpfen.

Im ganzen Reich hat sich das Zentrum als fester Turm gehalten. Keine Anfeindungen Verleumdungen, keine Beeinträchtigung der Wahlfreiheit, insbesondere auch, seine Beeinträchtigungen der Wahlfreiheit, von den besten Wünschen unserer Gegner begleitete Agitation gegen das Zentrum seitens einzelner früher Zentrumsmänner – wie von Papen – konnten diesen Turm beschädigen.

Seiner inneren Struktur nach kommen für das Zentrum nicht die fluktuierenden, schwankenden Massen als Reserven in Frage, die Parteien klein, groß – und wieder klein machen können. Sein wesentliches Merkmal ist die Stetigkeit, die Stabilität, die unbedingte Zuverlässigkeit.

Auch Ihr Zentrumswähler Hessens habt Eure Pflicht in vorbildlichem Maße erfüllt. Aus eigener Kraft habt Ihr mit 120.000 Stimmen – gegen ca. 90.000 vor wenigen Jahren – Euch zwei Reichstagsmandate errungen. Allen Vertrauensmännern, Rednern und Parteiangehörigen für die pflicht- und schicksalsbewußte Arbeit unseren Dank.

Unser Kampf geht weiter für die Ideale der christlichen Kultur und das Vaterland, nicht nach den Gesichtspunkten der Gewalt, sondern vermöge des inneren Zwanges

rechtlich denkender Menschen nach den Grundsätzen für Wahrheit, Freiheit und Recht.

Die hessische Zentrumspartei:  
Der Vorsitzende. Dr. Bockius

Quelle: Mainzer Journal vom 7. März 1933.

#### **h) Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich (Ermächtigungsgesetz) vom 23. März 1933**

1. Reichsgesetze können außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden. Dies gilt auch für die in den Artikeln 85 II und 87 der Reichsverfassung bezeichneten Gesetze.
2. Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstags und des Reichsrats als solche zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt.
3. Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze werden vom Reichskanzler ausgefertigt und im Reichsgesetzblatt verkündet. Sie treten, soweit sie nichts anderes bestimmen, mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft. Die Artikel 68 bis 77 der Reichsverfassung finden auf die von der Reichsregierung beschlossenen Gesetze keine Anwendung.
4. Verträge des Reiches mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen für die Dauer der Geltung dieser Gesetze nicht der Zustimmung der an der Gesetzgebung beteiligten Körperschaften. Die Reichsregierung erläßt die zur Durchführung dieser Verträge erforderlichen Vorschriften.
5. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem 1. April 1937 außer Kraft, es tritt ferner außer Kraft, wenn die gegenwärtige Reichsregierung durch eine andere abgelöst wird.

Reichsgesetzblatt T. I. (1933), Nr. 25, S. 141

(<http://www.dhm.de/lemo/html/dokumente/ermaechtigungsgesetz/index.html>, 29. 08. 2009).

#### **i) Prälat Kaas begründet die Zustimmung seiner Partei zum Ermächtigungsgesetz**

*Präsident Göring:* Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Kaas.

*Dr. Kaas (Zentrum), Abgeordneter:* Meine Damen und Herren! Im Namen der Zentrumsfraktion des deutschen Reichstags habe ich die Ehre, vor diesem Hohen Hause folgende Erklärung abzugeben.

Die gegenwärtige Stunde kann für uns nicht im Zeichen der Worte stehen. Ihr Gesetz, ihr einziges, ihr beherrschendes Gesetz ist das der raschen, bewahrenden, aufbauenden und rettenden Tat. Diese Tat kann nur geboren werden in der Sammlung. In Zerkleüftung und Kampf würde sie bereits in ihrem Werden zu zerbrechen drohen.

Die deutsche Zentrumspartei, die den großen Sammlungsgedanken schon seit langem und trotz aller vorübergehenden Enttäuschungen mit Nachdruck und Überzeugung vertreten hat, setzt sich in dieser Stunde, wo alle kleinen und engen

Erwägungen schweigen müssen, bewusst und aus nationalem Verantwortungsgefühl über alle parteipolitischen und sonstigen Bedenken hinweg. Sie lässt selbst solche Bedenken in den Hintergrund treten, die in normalen Zeiten pflichtmäßig und kaum überwindbar wären.

Im Angesichte der brennenden Not, in der Volk und Staat gegenwärtig stehen, im Angesicht der riesenhaften Aufgaben, die der deutsche Wiederaufbau an uns alle stellt, im Angesichte vor allem der Sturmwolken, die in Deutschland und um Deutschland aufzusteigen beginnen, reichen wir von der deutschen Zentrumspartei in dieser Stunde allen, auch früheren Gegnern, die Hand, um die Fortführung des nationalen Rettungswerkes zu sichern,

(*Beifall bei den Nationalsozialisten.*)

die Wiederherstellung geordneten Staats- und Rechtslebens zu beschleunigen, chaotischen Entwicklungen einen festen Damm entgegenzusetzen, zusammen mit all denen - ganz gleich, aus welchen Lagern und Gruppen der deutschen Volksgenossen sie kommen mögen -, die ehrlichen, auf Aufbau und Ordnung gerichteten Willens sind.

(*Beifall im Zentrum.*)

Die einleitende Regierungserklärung, die Sie, Herr Reichskanzler, am heutigen Nachmittag gegenüber der deutschen Volksvertretung abgegeben haben, enthielt manches Wort, das wir unterschreiben können, und manches andere - lassen Sie mich das in aller Offenheit, aber in loyaler Offenheit sagen -, auf das einzugehen wir uns im Interesse der Sammlung, die das Gesetz dieser Stunde sein muss, bewusst versagen. Gegenüber manchem tagespolitisch bedingten Urteil der Gegenwart erwarten wir für die Arbeit der von uns unterstützten bisherigen Regierungen mit Zuversicht das ausgeglichenere Urteil der Geschichte.

(*Bravo! im Zentrum.*)

Manche der von Ihnen, Herr Reichskanzler, abgegebenen sachlichen Erklärungen geben uns, wie ich mit Befriedigung in aller Offenheit hier feststelle, bezüglich einzelner wesentlicher Punkte des deutschen Staats-, Rechts- und Kulturlebens - vor allem auch in Verbindung mit den bei den Vorverhandlungen gemachten Feststellungen - die Möglichkeit, eine Reihe wesentlicher Bedenken, welche die zeitliche und die sachliche Ausdehnung des Ermächtigungsbegehrens der Regierung bei uns ausgelöst hatte und auslösen musste, anders zu beurteilen. In der Voraussetzung, dass diese von Ihnen abgegebenen Erklärungen die grundsätzliche und die praktische Richtlinie für die Durchführung der zu erwartenden Gesetzgebungsarbeit sein werden, gibt die deutsche Zentrumspartei dem Ermächtigungsgesetz ihre Zustimmung.

(*Lebhafter Beifall im Zentrum, bei der Bayerischen Volkspartei und bei den Nationalsozialisten.*)

([http://www.zum.de/psm/ns/kaas\\_ns\\_macht.php](http://www.zum.de/psm/ns/kaas_ns_macht.php), 29. Juli 2009).

## j) Der Weg des Zentrums<sup>398</sup>

Die Erklärung, welche der Führer der Deutschen Zentrumspartei in der entscheidenden Reichstagssitzung zum Ermächtigungsgesetz abgab, hat die Erstlingsphase der innenpolitischen Entwicklung nach Abschluß der Wahlen zu Ende geführt. Mit einem Ermächtigungsgesetz, das in diesem zeitlichen und sachlichen

<sup>398</sup> Artikel in der Kölnischen Volkszeitung vom 5. 4. 33, zit. n.: Becker, Josef: Zentrum und Ermächtigungsgesetz. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 9, 1961, H. 2, S. 195-210, hier S. 202-207. Die Fußnoten wurden weggelassen.

Ausmaß bisher ohne Beispiel ist, ist der im Amt befindlichen Reichsregierung<sup>4</sup> eine ungewöhnlich umfangreiche Vollmacht erteilt worden.

Mit dieser Vollmacht verbindet sich ein gleiches Maß von Verantwortung, eine Verantwortung, die rein rechtlich nach dem Wortlaut des Ermächtigungsgesetzes lediglich auf den Schultern der Regierung ruht, die aber nach den Erklärungen des Reichskanzlers sowohl wie nach anderen Informationen sachlich und moralisch auch das Staatsoberhaupt selbst mit einbegreift. Der vorübergehend auch innerhalb der Regierung selbst erwogene Gedanke eines formalen Vetorechts des Reichspräsidenten gegenüber den auf Grund des Ermächtigungsgesetzes durchzuführenden Maßnahmen ist später wieder aufgegeben worden. Die Erklärungen des Reichskanzlers lassen jedoch mit hinreichender Deutlichkeit erkennen, daß die formalrechtliche Freiheit der Regierung nicht gleichbedeutend ist mit einer faktischen Desinteressiertheit des Staatsoberhauptes an der Gestaltung der Ermächtigungsgesetzgebung, daß vielmehr dieserhalb zwischen ihm und dem verantwortlichen Führer der Regierung Klarstellungen erfolgt sind, die jederzeit die Möglichkeit einer sachlichen Einflußnahme des Reichspräsidenten sichern.

Wir glauben Grund für die Annahme zu haben, daß gerade letzterer Gesichtspunkt für das Ja der Zentrumsfraktion des Reichstages und vor allem für die Stellungnahme derjenigen Zentrumsvertreter, die bis zum letzten Augenblick einem Nein das Wort redeten, von ausschlaggebender Bedeutung gewesen ist.

Neben dieser Sicherung einer sachlichen Einflußnahme von Seiten des Reichspräsidenten ist für die Zentrumspartei zweifellos auch der Umstand von besonderer Bedeutung gewesen, daß für eine Reihe von möglichen Anwendungsgebieten der Ermächtigung durch Erklärungen des Reichskanzlers eine nicht unwesentliche de facto-Einschränkung erfolgt ist. Wer die Reichskanzlerrede unter diesem Gesichtspunkt genau durchprüft, wird deutliche Anzeichen nach dieser Richtung hin nicht erkennen können.

Des weiteren ist wohl auch der Umstand nicht außer Betracht zu lassen, daß anscheinend ein Weg gefunden worden ist, um Vertretern der Zentrumspartei bzw. einem von ihr beschickten Arbeitsausschuß die Möglichkeit zeitiger Einsichtnahme in die wichtigeren, auf Grund der Ermächtigung in Frage kommenden Gesetze zu ermöglichen. Diese Dinge sind allerdings erst im Anfangsstadium der Entwicklung, so daß das Urteil über den sachlichen Wert dieser Einrichtung noch nicht abschließend sein kann. Immerhin liegen hier Verbindungslien für die Ermöglichung einer künftigen sachlichen Zusammenarbeit und eines Ausgleichs der Auffassungen, die für die Fortgestaltung der innenpolitischen Konstellation unter Umständen nicht ohne Bedeutung sein können.

Die Erklärung, welche der Parteiführer vor dem Reichstag abgab, war wohl mit Bewußtsein auf einen rein sachlichen Ton und auf ein äußerlich so knappes Maß eingeschränkt. Es war die Erklärung einer Partei, die in einem entscheidenden und für Deutschland nicht ungefährlichen Augenblick der Nachkriegsentwicklung aus ihrem inneren staatspolitischen und sittlichen Muß heraus ihre Mitarbeit selbst dann zu leihen bereit ist, wenn die Gesamtumstände sowohl als auch die Sondervorgänge, die zur Bildung der neuen Regierung führten, ihr normalerweise hätten Anlaß sein können, sich zurückzuhalten. Diese Erklärung war der starke und überzeugende Auffluß der Sammlungsparole, die ein halbes Jahr vorher in Münster an alle deutschen Parteien gerichtet wurde, wo Prälat Kaas sagte, an dem Tage, wo drei, vier, fünf Führer deutscher Parteien erkennen würden, was die Stunde von ihnen fordert, und den Mut hätten, das Erkannte in die Tat umzusetzen, wäre die Durchbruchsschlacht deutscher Vernunft geschlagen. Aus dieser Erkenntnis hat die

Zentrumspartei ohne jeden Egoismus, unter Hintansetzung jeden Ressentiments, unter bewußtem Vergessen mancher Kämpfe und Gegensätzlichkeiten, dem Sammlungsgedanken ein Opfer gebracht, wie es in ihrer Geschichte wohl selten zu verzeichnen ist. Die Märzentscheidung der Zentrumspartei rückt die Ernsthaftigkeit ihres Sammlungswillens in ein Licht, in dem das Nicht-Zustandekommen der Sammlung im August und November 1932 wie im Januar 1933 einwandfrei der Verantwortung anderer politischer Gruppen und Führer zufällt.

Mit dieser Erklärung vom 23. März hat die Zentrumspartei dem deutschen Staat und der neuen Staatsführung an *loyal chance* alles gegeben, was sie geben konnte, außer ihrer Ehre und ihrer Treue zu sich selbst. Die Zentrumspartei ist keine Partei wie andre. Sie ist der zwar historisch gewordene, in vielen Einzelheiten auch historisch bedingte, in manchen Einzelheiten auch korrektur- und Entwicklungsfähige, in seiner Substanz jedoch weltanschaulich fundierte und statische Ausdruck des politischen Kredos derjenigen deutschen Katholiken und gläubigen Christen, die auch in den veränderten Verhältnissen der Gegenwart glauben, daß die Mitgestaltung am Staat und an dem, was des Staates ist, aus dem Glauben heraus möglich und notwendig ist. Diese ihre Eigenart gibt ihr gegenüber dem rein zeitlich Bedingten eine Spannkraft und Anpassungsfähigkeit, die andre politische Richtungen nicht besitzen. Sie bewahrt sie vor der Gefahr, das politisch jeweils Gewordene zu verabsolutieren und zum Selbstzweck ihrer Arbeit werden zu lassen. Aus dieser Einstellung heraus findet sie in so umwälzenden Momenten politischen Geschehens, wie im gegenwärtigen, ohne ihr inneres Gleichgewicht zu verlieren oder die Substanz ihres politischen Erbguts zu gefährden, die realpolitisch richtige und staatspolitisch pflichtmäßige positive Haltung auch solchen Entwicklungen gegenüber, die sie nicht zu verantworten hat.

Für sie ist die Mitarbeit am Staat nicht abhängig von der jeweiligen Gestaltung der Staatsform oder des Staatsregimes. Sie sieht die *particula veri* in jeder Staatsform und in jedem Regime und sieht den Sinn ihrer Arbeit in jedem Fall darin, das Entwicklungsfähige und Unterstützungswürdige zur Entfaltung, das Gefährliche und Zersetzende zur Ausscheidung zu bringen. Nichts wäre weniger verantwortlich gewesen, als wenn eine politische Gruppe von der Vergangenheit, von dem staatspolitischen und religiösen Ethos der deutschen Zentrumspartei aus begreiflicher Skepsis gegenüber gewissen äußeren Formen, in denen die neue Umwälzung sich vollzog, sich in passive Abstinenz geflüchtet hätte. Eine solche Haltung würde weder ihrem eigenen inneren Gesetz noch dem staatspolitischen Imperativ der Stunde entsprochen haben.

Insofern glauben wir annehmen zu können, daß trotz vieler und begreiflicher Einzelbedenken die überwiegende Mehrzahl der Zentrumsanhänger in Reich und Ländern den Beschuß vom 23. März innerlich verstanden und gebilligt hat.

Darüber hinaus liegen die Dinge so, daß die bisherigen Formen des in Weimar geborenen demokratischen Staates, gleichgültig aus welchen Gründen, faktisch unanwendbar geworden waren. Wer die umstürzenden *Realitäten* von heute nicht sieht und aus ihnen nicht nüchtern die Konsequenzen zieht, der verliert die Möglichkeit der Mitgestaltung und der Einschaltung gerade der mäßigenden und ordnenden Kräfte, ohne die eine gesunde Weiterentwicklung unvorstellbar ist. Wir stehen, wenn nicht in einer Krise des demokratischen Gedankens überhaupt, so jedenfalls in einem Evolutionsprozeß, in welchem die bisherigen Betätigungsformen des demokratischen Systems und der demoliberalen Einrichtungen in einen Umschmelzungsprozeß von grundlegendem Ausmaß hineingezogen werden. Das unleugbare Übermaß formaler Freiheiten, die überall auf dem rein staatlichen,

wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gebiet zu Entartungen und Schwächungen geführt haben, wird eine herbe, vorübergehend zweifellos auch übertriebene staatliche Disziplinierung all dieser Lebensgebiete ablösen. An die Stelle des demokratischen Homöopathen wird vorübergehend der scharfe Zugriff des Operateurs treten, der auch vor lebensgefährlichen Eingriffen nicht zurückschrecken wird. Die Normalisierung dieser Übergangszeit, die nicht ohne Fehlgriffe und vereinzelte Exzesse verläuft, und die schnelle Rekonstruktion des deutschen Staatswesens auf neuen und zukunftsgerichteten Grundlagen wird sich um so eher vollziehen, je entschlossener auch diejenigen Kräfte ihre Mitarbeit leihen, von denen die Erstlings-Initiative zu diesem revolutionären Umschwung nicht ausgegangen ist. Aus solchen Erwägungen heraus konnte es für die Zentrumspartei kein Zögern geben, als nach den ohne ihre Schuld verpaßten Sammlungsmöglichkeiten des November 1932 und des Januar 1933 in der letzten Märzwoche die große Konsolidierungsidee in anderer Form an sie herantrat.

Nur ein Ja konnte schöpferisch sein. Ein Nein hätte weder innen- noch außenpolitisch dem staatsmännischen Kredo der Zentrumspartei entsprochen. Statt Vergangenem nachzutrauen, haben ihre Führer die Pflicht gefühlt, mit den anderen Sämannen der Zukunft zu sein

Große Umbildungsprozesse soll man nicht hemmen, sondern mitzugestalten suchen. Was sich in der neuesten Entwicklung Deutschlands besonders manifestiert, ist die Sehnsucht nach einem starken Staat, der im Rat der Völker aus dem Paria-Dasein der Nachkriegszeit, das durch Brüning's zielklare Arbeit bereits grundsätzlich gekündigt war, zu gleichberechtigter Mitarbeit vordringen will. Die Welt muß begreifen, daß hinter der Dynamik dieses deutschen Wollens sich eine Sehnsucht verbirgt, die in dieser oder anderer Form in jedem gesunden Volke vorhanden ist und vorhanden sein muß. Dutzende und dutzende Male wurde in der Vergangenheit gerade von dem Führer der Zentrumspartei, vor allem Frankreich gegenüber, der Gedanke ausgesprochen, daß die rechtliche und faktische Diskriminierung Deutschlands, der Versuch seines dauernden Ausschlusses aus der normalen Gleichberechtigungslinie der europäischen Großmächte ein verhängnisvoller Irrweg sei.

Auch das neue, das heute in Deutschland entstanden ist, hat keine aggressiven Tendenzen gegenüber Frankreich. Wir kämpfen nicht gegen Paris, wir kämpfen nur gegen Versailles, weil wir wissen, daß ein Europa, das auf den verfehlten und von Tag zu Tag in ihrer Irrigkeit offensichtlicher werdenden Grundlagen von Versailles weiterzuleben sucht, auf die Dauer nicht in Frieden wird bestehen können.[...]

**k) Von den Nazis ermordete Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumspartei und der Bayerischen Volkspartei<sup>399</sup>**

- Fritz Bockius (1882-1945) KZ Mauthausen
- Eugen Bolz (1881-1945) Zuchthaus Plötzensee
- Otto Gerig (1885-1944) KZ Buchenwald
- Franz Herbert (1885-1945), BVP, KZ Mauthausen
- Paul Lejeune-Jung (1882-1944) Zuchthaus Plötzensee
- Theodor Roeingh (1882-1945) KZ Sachsenhausen

**I) Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumspartei und der Bayerischen Volkspartei, die während der NS-Zeit inhaftiert waren**

- Adlhoch, Hans (1884-1945), BVP, 26.6.1933-5.7.1933; 26.8.1933-14.4.1934; 30.4.1934-25.5.1934, 4.4.1935-4.10.1935: KZ Dachau; 21.8.1944-April 1945: KZ Dachau, Teilnahme am Todesmarsch
- Andre, Jose (1879-1950) 1944: KZ Welzheim und Arbeitserziehungslager Alstaig b. Oberdorf/Neckar, November 1944: Entlassung aus Schutzhaft
- Bayersdörfer, Michael (1867-1940) BVP, März 1933 Schikane durch SA, Juni 1933: kurzzeitige Schutzhaft
- Bickleder, Karl (1888-1958), BVP, 30.6.1933–5.7.1933: Schutzhaft
- Bielefeld, Franz (1880-1949), 1944 „Aktion Gitter“
- Bockius, Franz (1882-1945) 23.8.1944 bis 10.12.1944 Gefängnis Darmstadt, 19.12.1944: Verlegung KZ Sachsenhausen, 16.2.1945: KZ Mauthausen
- Bornefeld-Ettmann, Franz (1881-1961), 1944. „Aktion Gitter“: kurzzeitige Haft Gefängnis Münster
- Damm, Anton (1874-1962), 1944: „Aktion Gitter“: Ausstellung eines Haftbefehls, der jedoch rasch wieder zurückgenommen wurde.
- Dessauer, Friedrich (1881-1963), Juni 1933: Verhaftung
- Diernreiter (seit 1935: Dürnreuther), Sebastian (1875-1956), BVP, 1944: „Aktion Gitter“, wegen Haftunfähigkeit auf freien Fuß gesetzt
- Ehrhardt, Franz (1880-1956), 1944. „Aktion Gitter“, einmonatige Haft Zuchthaus Ratibor
- Emminger, Erich (1880-1951), BVP, 26.6.1933-5.7.1933: Schutzhaft. 1944 nicht vollstreckter Haftbefehl, weil ein zweiter von vier Söhnen zu dieser Zeit gefallen war
- Ernst, Johann (1888-1969), 1944: „Aktion Gitter“, Oktober 1944: Entlassung
- Ersing, Joseph (1882-1956), Oktober 1944 Verhaftung, KZ Ravensbrück, der Hinrichtung entgangen, weil Prozessakten bei Luftangriff vernichtet wurden, Kontakt zu Carl Goerdeler
- Eßer, Thomas (1870-1948), 1933 wiederholt Schutzhaft, März 34: 7monatige Haft, 1944: „Aktion Gitter“, Oktober 1944: Entlassung
- Fahrenbach, Heinrich (1878-1950), 1944 „Aktion Gitter“, 23.8.1944-3.10.1944: Gefängnis Düsseldorf

<sup>399</sup> Erarbeitet auf der Grundlage von Haunfelder, Bernd: Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumspartei. 1871–1933. Biographisches Handbuch und historische Photographien. Düsseldorf 1999. Die Zugehörigkeit zur Bayerischen Volkspartei wird durch das Parteikürzel BVP hinter dem Namen des Abgeordneten gekennzeichnet. Die übrigen Abgeordneten gehörten der Deutschen Zentrumspartei an.

- Fröhling, Johann Friedrich (1878-1952) BVP, 26.6.1933–5.7.1933: Schutzhaft
- Gerig, Otto (1885-1944), 1944: „Aktion Gitter“, Gestapogefängnis Köln, 17.9.1944: KZ Buchenwald
- Gibbert, Paul (1898-1967), 1944: „Aktion Gitter“, kurzzeitige Haft
- Giesberts, Johann (1865-1938), 1933: kurzzeitige Haft
- Graf, Otto (1894-1953), BVP, 27.6.1933-5.7.1933: Schutzhaft
- Groß, Johannes (1879-1954), Mai 1933 Verhaftung, 7 Wochen Haft, 1944: „Aktion Gitter“, 7 Wochen Haft
- Hagemann, Josef (1875-1950), Juli/August 1944: „Aktion Gitter“
- Helmerich, Michael (1885-1974), 1933: kurzzeitige Schutzhaft, 1944: „Aktion Gitter“, August/September 1944: KZ Dachau
- Herbert, Franz (1885-1945), BVP, 26.6.1933-5.7.1933: Schutzhaft, 1944: „Aktion Gitter“, 24.8.1944-24.10.1933: Polizeihhaft Würzburg, 24.10.1944: KZ Dachau, 24.11.1944: KZ Auschwitz
- Hermes, Andreas (1878-1964), 21.3.1933:Haft, August 1933: Entlassung, Juli 34: 4 Monate Haft, 1944: „Aktion Gitter“, 11.1.1945 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt.
- Hofmann, Hermann (1880-1941) 1933: kurzzeitige Schutzhaft
- Horlacher, Michael (1888-1957), BVP, 26.6.1933–5.7.1933: Schutzhaft, 1944: „Aktion Gitter“ August-Oktober 1944: KZ Dachau
- Huth, Friedrich (1892-1980), BVP, 28.6.1933-13.7.1933: Schutzhaft, 1944: „Aktion Gitter“
- Joos, Joseph (1878-1965), 31.7.1940: Haft, 8.8.1940 Internierungslager Weißenburg/Bayern, 23./24.7.1941: Gestapogefängnis Würzburg, 25.7.1941: KZ Dachau, April 1945 im „Prominententransport“ nach Südtirol verschleppt, Mai 1945 befreit
- Hürter, Johannes: Wilhelm Groener. Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928-1933). München 1993
- Kaiser, Jakob (1888-1961), 1938 Verhaftung, 7 Monate Gestapohaft
- Köhler, Heinrich (1878-1949), 1933: kurzzeitige Schutzhaft
- Koßmann, Bartholomäus (1883-1952), August-November 1944: KZ Ravensbrück, 19.1.1945: Schutzhaft Berlin
- Krone, Heinrich (1895-1989), 1944: „Aktion Gitter“
- Kuhnen, Fritz (1879-1947), Mai 1940: Haft, Mai 1941: 18 Monate Gefängnis, August 1942 Haft, Dezember 1942: Nervenheilanstalt Ettelbrück
- Lex, Hans Ritter von (1893-1970), BVP, 26.6.1933 -5.7.1933: Schutzhaft
- Lukas, Michael (1877-1955), BVP, 26.6.1933-5.7.1933: Schutzhaft
- Neumann, Hugo (1882-1971), August 1935: Haft bis Oktober 1935, 1944: „Aktion Gitter“, September 1944 Entlassung, 1945: Flucht nach Dänemark
- Neyses, Mathias (1872-1946), 1944: „Aktion Gitter“, vier Wochen Haft
- Nientimp, Hans (1884-1947), 25.4.1933-März 1934: Schutzhaft
- Peerenboom, Else (1893-1958), 1944: „Aktion Gitter“
- Pfleger, Franz Joseph (1872-1964), BVP, 3./4.1933: kurzzeitige Schutzhaft, 1944: „Aktion Gitter“, 12.8.1944-19.8.1944
- Respondek, Erwin (1894-1971), Februar-Mai 1941: Gestapohaft, 1944: „Aktion Gitter“
- Roeingh, Theodor (1882-1945), 1944: „Aktion Gitter“, Gestapogefängnis Bielefeld, vermutlich 12.1.1945 KZ Sachsenhausen
- Roth, Heinrich (1889-1955), Juli 1933: 2 Tage Haft, 1944: „Aktion Gitter“ August-Oktober

- Rothermel, Fridolin (1895-1955), BVP, Juni/Juli 1933: Schutzhaft
- Sandt, Heinrich von de (1899-1974), 1933: kurzzeitige Haft
- Schetter, Rudolf (1880-1967), 3.8.1944–Oktober 1944: „Aktion Gitter“
- Schlack, Peter (1875-1957), 1944: „Aktion Gitter“, 17.9.1944-28.10.1944: Lagerhaft in Köln-Deutz
- Schlittenbauer, Sebastian (1874-1936), BVP, Anfang Juli 1933: Schutzhaft in München-Stadelheim
- Schmelzer, Josef (1876-1962), 1944: „Aktion Gitter“
- Schmitt, Franz (1865-1941), 28.6.1933-5.7.1933: Schutzhaft
- Schmitt, Hermann-Joseph (1896-1964), 20.7.1944: Haft, 9.12.-April 1945: KZ Dachau, April 1945 Flucht beim Todesmarsch
- Schwarzer, Rudolf, BVP, (1879-1965), 26.6.1933-5.7.1933: Schutzhaft, 1944: „Aktion Gitter“, 23.8.1944-27.9.1944: KZ Dachau
- Servais, Albert (1887-1974), 1944: „Aktion Gitter“, 2 Tage Haft
- Siebert, Clara, geb. Ritter (1873-1963), 1944: „Aktion Gitter“, 7 Tage Haft
- Sonner, Franz Joseph (1879-1946) August 1937 verhaftet
- Stapfer, Michael (1871-1950), BVP, Ende Juni 1933 kurzzeitige Schutzhaft
- Stegerwald, Adam (1874-1945), 1944 „Aktion Gitter“, 23.8.1944-23.10.1944: Gestapohaft in Würzburg
- Stimmer, Johann (1892-1979), BVP, 25.6.1933-5.7.1933: Schutzhaft
- Sturm, Josef (1888-1962), 28.6.1933-5.7.1933: Schutzhaft, 1944: „Aktion Gitter“
- Teschner, Hubert (1894-1969), 1944: „Aktion Gitter“, 23.8.1944-Oktober 1944 Gestapohaft in Heilsberg, 1945 mit Frau und 2 von 10 Kindern nach Sibirien verschleppt
- Ulitzka, Carl (1873-1953), 1933: kurzzeitige Schutzhaft, Ende Oktober 1944-April 1945 Haft
- Vockel, Heinrich (1892-1968), 1944: „Aktion Gitter“, bis Ende 1944 Haft
- Warnke, Brunislaus (1883-1958), 1944. „Aktion Gitter“, bis Mitte Oktober 1944 Gefängnis Schneidemühl
- Weber, Helene (1881-1962), Juli/August 1944 Haft
- Wegmann, August (1888-1976), 1935: kurzzeitige KZ-Haft, 1944: „Aktion Gitter“, August-Oktober 1944 Gefängnis Oldenburg
- Weiser, Josef Franz (1881-1964), 1942: 15 Tage Haft, 1944: „Aktion Gitter“, wurde vorher gewarnt
- Wiedemann, Anton (1892-1966), BVP, 26.6.1933-5.7.1933 Schutzhaft
- Wiedemeier, Franz (1890-1970), 1944: „Aktion Gitter“, August-Oktober 1944 Haft
- Zillken, Elisabeth (1888-1980), 1944: „Aktion Gitter“, Vollstreckung blieb aus

**m) Verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung und Deutscher Reichstag 1919-1933**

Zentrum:	Stimmen absolut im Deutschen Reich	Prozentanteile	Sitze insgesamt	davon Zentrum
NV	19.01.1919	5.980.216	19,67	421
1.	RT 06.06.1920	3.542.759	13,61	466
2.	RT 04.04.1924	3.914.379	13,37	472
3.	RT 07.12.1924	4.118.849	13,60	493
4.	RT 20.05.1928	3.712.152	12,07	491
5.	RT 14.09.1930	4.127.000	11,81	577
6.	RT 31.07.1932	4.589.430	12,44	608
7.	RT 06.11.1932	4.589.430	12,44	584
8.	RT 05.03.1933	4.424.905	11,25	647

**n) Verfassungsgebende Volkskammer und Landtag des Volksstaats Hessen 1919-1933**

Zentrum:	Stimmen absolut in Hessen	Prozentanteile	Sitze insgesamt	davon Zentrum
26.01.1919	108.539	17,6 %	70	13
27.11.1921	92.689	17,4 %	70	13
07.12.1924	100.384	16,1 %	70	11
13.11.1927:	85.460	17,1 %	70	13
15.11.1931	112.440	14,3 %	70	10
19.06.1932	108.601	14,5 %	70	10

**o) Reichstagswahlergebnisse Wahlkreis 33: Hessen-Darmstadt (1919:  
Wahlkreis 34, 1920: 22)<sup>400</sup>**

**Ergebnisse der Zentrumspartei**

Nationalversammlung 19.01.1919

110.853 17,0 % 2<sup>401</sup> (SPD: 4; DDP/DStP: 2; DVP: 1)

1. Reichstag 06.06.1920

95.536 16,1 % 1<sup>402</sup> (USPD: 1; SPD: 3; DDP/DStP: 1, DVP: 1; DNV: 1)

2. Reichstag 04.05.1924

95.130 15,5 % 1 (KPD: 1; SPD: 3; DVP: 1, HBB<sup>403</sup>: 1; DDP: 1; DNV: 1)

<sup>400</sup> [www.wahlen-in-deutschland.de/wrtwhessendarmstadt.htm](http://www.wahlen-in-deutschland.de/wrtwhessendarmstadt.htm) und [www.reichstagsprotokolle.de](http://www.reichstagsprotokolle.de) (15.10.2009).

<sup>401</sup> Gewählt wurden: Otto Rudolf von Brentano di Tremezzo (1855-1927) und Adam Joseph Schmitt (1855-1928), seit 1889 Stadtverordneter in Mainz, 1889-1898 Mitglied des Kreistages und Kreisausschusses Mainz; 1895-1903 Mitglied des Landtages; 1895-1903 Mitglied des Reichstags, 1919-1920 Mitglied der Deutschen Nationalversammlung.

<sup>402</sup> Gewählt wurde Otto Rudolf von Brentano di Tremezzo.

<sup>403</sup> Hessischer Bauernbund.

3. Reichstag 07.12.1924				
99.205	15,8 %	2 <sup>404</sup>	(SPD: 3; DVP: 1; Hess.BB: 1; DDP: 1)	
4. Reichstag 20.05.1928				
95.280	16,0 %	1	(KPD: 1; SPD: 3; DVP: 1; ChrBP <sup>405</sup> : 1)	
5. Reichstag 14.09.1930				
104.249	13,9 %	1	(KPD: 1; SPD: 3; NSDAP: 2; DVP: 1; DL <sup>406</sup> : 1)	
6. Reichstag 31.07.1932				
125.667	14,8 %	2	(KPD: 1; SPD: 4; NSDAP: 6)	
7. Reichstag 06.11.1932				
114.365	14,0 %	2	(KPD: 2; SPD: 3; NSDAP: 5)	
8. Reichstag 05.03.1933				
120.461	13,6 %	2	(KPD: 1; SPD: 3; NSDAP: 7)	

**p) Reichspräsidentenwahl, 1. Wahlgang am 29. März 1925**

Ernst Thälmann	KPD	3,7 %
Otto Braun	SPD	37,2 %
Willy Hellpach	DDP	7,5 %
Wilhelm Marx	Z	17,4 %
Heinrich Held	BVP	0,3 %
Karl Jarres	DVP, DNVP, WP	33,3 %
Erich Ludendorff	NSDAP	0,6 %

**q) Reichspräsidentenwahl, 2. Wahlgang am 26. April 1925**

Ernst Thälmann	KPD	3,5 %
Wilhelm Marx	SPD, DDP, Z	55,2 %
Paul von Hindenburg	BVP, DVP, DNVP, NSDAP	41,3 %

**r) Reichspräsidentenwahl, 1. Wahlgang am 13. März 1932**

Ernst Thälmann	KPD	12,6 %
Adolf Gustav Winter	-	0,2 %
Paul von Hindenburg	SPD, DDP, Z	51,5 %
Theodor Duesterberg	BVP, DVP,	1,9 %
Adolf Hitler	DNVP	33,7 %

<sup>404</sup> Neben Fritz Bockius zog in der 3., 6., 7. und 8. Legislaturperiode für das Zentrum Wilhelm Knoll in das Parlament ein. Knoll wurde am 24. Juni 1873 in Bachhaupten geboren. Er war von 1903 bis 1917 Vorsitzender des Christlichen Gewerkschaftskartells Mainz, 1906 Arbeitersekretär und Leiter des katholischen Volksbüros. Dem Landtag gehörte er von 1919 bis 1925 an. Ab 1922 war er ständiger Hilfsarbeiter beim Ministerium für Arbeit und Wirtschaft, Regierungsrat. Am 18. April 1933 wurde er von den Nazis entlassen. Wilhelm Knoll starb am 31. August 1947 in Frankfurt/Main.

<sup>405</sup> Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkspartei.

<sup>406</sup> Hessisches Landvolk.

### s) Reichspräsidentenwahl, 2. Wahlgang am 13. März 1932

Ernst Thälmann	KPD	8,6 %
Paul von Hindenburg	SPD, DDP, Z, BVP, DVP (DNVP), (DNVP), NSDAP	53,1 %
Adolf Hitler		38,3 %

### t) Abgeordnete der Deutschen Zentrumspartei in der Verfassungsgebenden Volkskammer und im Landtag des Volksstaats Hessen 1919-1933<sup>407</sup>

#### 1. Wahlperiode (1919-1921)

- Otto von Brentano di Tremezzo (1856-1927), 1897-1918, 1919-1927: Landtag, 1919-1924: Reichstag
- Karl Michael Gesser (1869-1950), 1919-1921
- Elisabeth Hattemer, geb. Hemmes<sup>408</sup> (\* 9.1.1870 Bensheim, † 19.12.1948 Vierneheim) 1919-1933
- Valentin Herbert (1864-1933), 1919-1924
- Johann Philipp Hofmann (1873-1925), 1918, 1919-1925
- Wilhelm Knoll (1873-1947), 1919-1925: Landtag; 1924-1928, 1932/1933: Reichstag
- Georg Lenhart<sup>409</sup> (1869-1941), 1919-1927
- August Nuss (1883-1958), 1920-1928
- Georg Scherer (1865-1920), 1919/1920
- Adam Joseph Johann Schmitt (1855-1928), 1893-1918, 1920-1921: Landtag; 1895-1903: Reichstag, 1920: Deutsche Nationalversammlung
- Valentin Joseph Schorn (1856-1927), 1918, 1919-1921
- Theodor Franz Schröder (1872-1942), 1919-1921
- Philipp Uebel (1864-1929), 1905-1918, 1919-1929
- Georg Zilch (1855-1930), 1920-1921

#### 2. Wahlperiode (1921-1924)

- Pankraz Blank (1882-1961), 1921-1933
- Rudolf von Brentano di Tremezzo
- Karl Felder (1879-1962), 1921-1924, 1925-1927
- Elisabeth Hattemer
- Valentin Herbert
- Johann Philipp Hofmann
- Hans Hoffmann (1880-1949), 1921-1933
- Johann Philipp Hofmann

<sup>407</sup> Die Angaben erfolgten auf der Grundlage von: Hessische Abgeordnete 1820-1933. Biografische Nachweise für die Erste und Zweite Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen 1820-1918 und den Landtag des Volksstaates Hessen 1919-1933. Bearbeitet und herausgegeben von Klaus-Dieter Rack und Bernd Vielsmeier. Darmstadt 2008.

<sup>408</sup> Vgl. Langer, Ingrid: Zwölf vergessene Frauen. Die weiblichen Abgeordneten im Parlament des Volksstaates Hessen. Ihre politische Arbeit – ihr Alltag – ihr Leben. Frankfurt/Main 1989, S. 166-221.

<sup>409</sup> Lenhart, Georg. Reminiscor miserationum tuarum domine. Kramereien in einem bescheidenen Priesterleben. Auf Drängen der Freunde vorgenommen. Herausgegeben von Ludwig Lenhart. Mainz 1951, S. 161-173: Hessischer Landtagsabgeordneter. Die drei ersten Jahre in der hessischen Landespolitik; S. 193-206: Zwei weitere schwere Landtagsperioden 1922 bis 1927.

- Wilhelm Knoll
- Georg Lenhart
- August Nuss
- Joseph Maria Schül (1873-1960), 1921-1933
- Philipp Uebel
- Franz Adam Wagner (1869-1956), 1921-1924

### **3. Wahlperiode (1924-1927)**

- Pankraz Blank
- Rudolf von Brentano di Tremezzo
- Karl Felder
- Elisabeth Hattemer
- Anton Heinstadt (1896-1970), 1924-1933
- Johann Philipp Hofmann
- Hans Hoffmann
- Johann Philipp Hofmann,
- Wilhelm Knoll
- Hans Lautenbacher (1883-1966), 1925-1929)
- Georg Lenhart
- August Nuss
- Joseph Maria Schül
- Heinrich Weckler III (1894-1958), 1924-1933

### **4. Wahlperiode (1927-1931)**

- Pankraz Blank
- Karl Friedrich Burgbacher (1900-1978), 1929-1931
- Elisabeth Hattemer
- Anton Heinstadt
- Hans Hoffmann
- Heinrich Ille (1878-1932), 1927-1931
- Jakob Keller (1873-1961), 1928-1931
- Peter Jakob Lang (1878-1954), 1927-1931
- Hans Lautenbacher
- August Nuss
- Joseph Maria Schül
- Alois Späth (1887-1967), 1927-1931
- Heinrich Weckler
- Johann Wesp (1886-1954), 1927-1933
- Kaspar Winter (1869-1950), 1927-1933

### **5. Wahlperiode (1931-1932)**

- Pankraz Blank
- Elisabeth Hattemer
- Anton Heinstadt,
- Hans Hoffmann
- Karl Noll II (1883-1963), 1931-1933

- Joseph Maria Schül
- Albert Stohr (1890-1961), 1931-1933
- Heinrich Weckler
- Johann Wesp
- Kaspar Winter

## **6. Wahlperiode (1932-1933)**

- Pankraz Blank
- Elisabeth Hattermer
- Anton Heinstadt
- Hans Hoffmann
- Karl Noll II
- Joseph Maria Schül
- Albert Stohr
- Heinrich Weckler
- Johann Wesp
- Kaspar Winter

## 8. Literaturverzeichnis

- Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Marx III und IV, Band 2, Nr. 464: Der Reichskanzler an den Reichstagsabgeordneten Bockius in Mainz. Brissago, 19. April 1928, S. 1438-1440
- Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Marx III und IV, Band 2, Nr. 468: Ministerbesprechung vom 3. Mai 1928
- Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Marx III und IV, Band 2, Nr. 469: Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion in hessischen Landtag, Hoffmann, an den Reichskanzler. Darmstadt 8. Mai 1928, S. 1454-1456
- Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Marx III und IV/1926-1928. Bearbeiter: Günter Abramowski. Herausgegeben für die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften von Karl Dietrich Erdmann und für das Bundesarchiv von Wolfgang Mommsen (bis 1972) unter Mitwirkung von Walter Vogel (bis 1978), Hans Booms. Boppard am Rhein 1988
- Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I und II. Bearbeiter: Karl Dietrich Erdmann. Band 1, Nr. 112: Aufzeichnungen des Staatssekretärs Hermann Pünder über den Ausgang der Reichstagswahlen. 15. September 1930
- Balzer, Wolfgang: Mainz. Persönlichkeiten der Stadtgeschichte. Bd. 2. Mainz 1989, S. 87
- Bartsch, Herbert: Der Reichstagsabgeordnete Dr. Fritz Bockius – Christ, Anwalt, Demokrat. In: Anwaltsblatt 12, 1993, S. 608-610
- Bauernverband Rheinhessen (Hrsg.): Lebensbilder bedeutender rheinhessischer Persönlichkeiten: Fritz Bockius. In: Rheinhessen. Landschaft, Wein und Kultur. Mannheim 1970
- Bavaj, Riccardo: Machtergreifung und Gleichschaltung. Die Diktatur des Nationalsozialismus. Berlin 2009
- Becker, Ernst Wolfgang: Politischer Irrtum im Zeugenstand. Die Protokolle des Untersuchungsausschusses des Württemberg-Badischen Landtages aus dem Jahre 1947. Herausgegeben und bearbeitet im Auftrag der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus und des Landtags von Baden-Württemberg. München 2003
- Becker, Josef: Zentrum und Ermächtigungsgesetz. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 9, H. 2, 1961, S. 195-210
- Becker, Josef: Die deutsche Zentrumspartei 1918-1933. Grundprobleme ihrer Entwicklung, In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 11, 1968, S. 3-15.
- Becker, Winfried/Buchstab, Günter/Doering-Manteuffel, Anselm/Morsey, Rudolf (Hrsg.): Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland. Paderborn, München, Wien, Zürich 2002
- Becker, Winfried: Die Deutsche Zentrumspartei gegenüber dem Nationalsozialismus und dem Reichskonkordat 1930-1933. Motivationsstrukturen und Situationszwänge. In: Historisch-Politische Mitteilungen 7, 2000, S. 1-37
- Benz, Wolfgang (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Bd. 3: Sachsenhausen, Buchenwald. München 2006
- Benz, Wolfgang (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Bd. 4: Flossenbürg, Mauthausen, Ravensbrück. München 2006
- Berg, Hermann: Bischof Dr. Albert Stohr (1987) Mainz Neuauflage 1990

- Best, Werner: „... wird erschossen.“ Die Wahrheit über das Boxheimer Dokument. Mainz 1932
- Best, Verfasser der Boxheimer Dokumente. Kehrt in Kopenhagen. In: Der Spiegel 16, 1962, Nr. 1,2
- Bickenbach, Christian: Vor 75 Jahren. Die Entmächtigung der Weimarer Reichsverfassung durch das Ermächtigungsgesetz. In: Juristische Schulung. Zeitschrift für Studium und Referendariat 2008, S. 199-203
- Blechner, Hans G.: Seit 1913... Erfahrungen, Erkenntnisse, Folgerungen (1995) Frankfurt/Main, München, London, New York 2. Auflage 2006
- Bockius, Fritz (Red.): 175 Jahre Theater der Stadt Koblenz. Koblenz 1962
- Bockius, Fritz: 1787 -1978. 200 Jahre Theater in Koblenz. Koblenz 1987
- Bockius, Fritz: Theater in Koblenz. In: Rheinland-Pfalz entsteht. Beiträge zu den Anfängen des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz 1945-1951. eine Veröffentlichung aus Anlass des Rheinland-Pfalz-Tages 1984. Herausgegeben von Franz-Josef Heyen. Boppard 1984, S. 329-345
- Bockius, Friedrich August: Die strafrechtliche Bedeutung der internationalen Verträge über das Urheberrecht an Werken der Literatur und Kunst. Diss. iur. Berlin 1910
- Bockius, Friedrich August: Aufwertungspolitik. Das Unrecht der Aufwertung. Schicksal oder Entrechtung der Rentner. Mainz 1925
- Bracher, Karl Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie (1955) Unveränderter, mit einer Einleitung zur Taschenbuchausgabe und einer Ergänzung zur Bibliographie versehener 2. Nachdruck der 5. Auflage 1971 Düsseldorf 1984
- Braun, Gottfried: Dr. Friedrich August Bockius. In: Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts. Herausgegeben von Helmut Moll im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz (1999) Band 1. Paderborn, München, Wien, Zürich 4. vermehrte und aktualisierte Auflage 2006, S. 363-366
- Braun, Gottfried: Reichstagsabgeordneter Dr. Fritz Bockius. In: Heimatpflege für den Kreis Mainz-Bingen/Vereinigung der Heimatfreunde am Mittelrhein e.V. 3, 1995, S. 137-140
- Braun, Gottfried: Reichstagsabgeordneter Dr. Fritz Bockius. In: Heimat-Jahrbuch Landkreis Mainz-Bingen 20, 1976, S. 111-114
- Braun, Gottfried: Ein Leben für Glauben, Freiheit und Gerechtigkeit. Würdigung des Reichstagsabgeordneten Dr. Fritz Bockius aus Bubenheim, Rheinhessen. In: Gedenkschrift Bubenheim. Hrsg.: Kath. Pfarramt Schwabenheim. Bubenheim 1971, S. 19-70
- Braun, Hermann Joseph Braun: Das Bistum von 1866 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. In: Handbuch der Mainzer Kirchengeschichte. Band. 3: Neuzeit und Moderne. Herausgegeben von Friedhelm Jürgensmeier. Würzburg 2002, S. 1142-1260
- Brück, Anton Philipp: Art.: Stohr, Albert. In: Gatz, Erwin (Hrsg.): Die Bischöfe der deutschsprachigen Länder 1785/1803 bis 1945. Ein biographisches Lexikon. Berlin 1983, S. 741-743
- Brüning, Heinrich: Memoiren 1918-1934 (1970) München 1972, S. 463-465
- Brüning, Heinrich: Briefe und Gespräche. 1934-1945. Herausgegeben von Claire Nix unter Mitarbeit von Reginald Phelps und George Petree. Stuttgart 1974
- Brüning, Heinrich: Briefe 1946-1960. Herausgegeben von Claire Nix unter

Mitarbeit von Reginald Phelps und George Pettee. Stuttgart 1974

- Brüning, Heinrich: Reden und Aufsätze eines deutschen Staatsmannes. Herausgegeben von Wilhelm Vernekohl unter Mitwirkung von Rudolf Morsey. Münster 1968
- Bubenheim. In: Rheinhessen in Vergangenheit und Gegenwart. Geschichte der bestehenden und ausgegangenen Städte, Flecken, Dörfer, Weiler und Höfe, Klöster und Burgen der Provinz Rheinhessen nebst einer Einleitung von Karl Johann Brilmayer, Schulrat zu Mainz. Gießen 1905, S. 81 f.
- Buchstab, Günter/Kaff, Brigitte/Kleinmann, Hans-Otto: Verfolgung und Widerstand 1933 – 1945. Christliche Demokraten gegen Hitler. Düsseldorf (1986) 2., ergänzte Auflage 1990
- Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union. Herausgegeben im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. von Günter Buchstab, Brigitte Kaff, Hans-Otto Kleinmann. Freiburg/Brsg., Basel Wien 2004
- Das Ermächtigungsgesetz 1933. Eine Dokumentation zum 75. Jahrestag. Herausgeber: Daniela Münkel/Peter Struck. Berlin 2008
- Der Nationalsozialismus in Mainz 1933-45. Terror und Alltag. Red.: Wolfgang Dobras. Mainz 2008
- Der Weg in den Nationalsozialismus. 1933/34. Hrsg.: Michael Kißener. Darmstadt 2009
- Die Katholiken und das Dritte Reich. Kontroversen und Debatten. Herausgeber: Karl-Joseph Hummel/Michael Kißener. Paderborn, München, Wien, Zürich 2009
- Efinger, Manfred: Hundert Jahre Mainzer Schachverein 1909-2009. Mainz 2009
- Efinger, Manfred: Mainzer Schachverein. Schachabteilung Schott. 100 Jahre. 1909-2009. Mainz 2009
- 175 Jahre Theater der Stadt Koblenz. Red.: Fritz Bockius. Koblenz 1962
- Flasch, Kurt: Über die Brücke. Mainzer Kindheit 1930-1945 (2002) Frankfurt/Main 2005
- Festschrift. 500 Jahre Stadt und Festung Rüsselsheim. 1437-1937. Rüsselsheim 1937
- Franz, Eckhart G.: Otto Rudolf von Brentano (1855-1927). Hessischer Minister und Stellvertretender Ministerpräsident. In: Heidenreich, Bernd (Hrsg.): Geist und Macht: Die Brentanos. Wiesbaden 2000, S. 181-196
- Franz, Eckhart G./Köhler, Manfred: Parlament im Kampf um die Demokratie. Der Landtag des Volksstaats Hessen 1919-1933. Darmstadt 1991
- Glöckner, Ralf A.: Kanonen, Garnisonen und ein Haus in Horchheim. Aus dem Leben des Generalleutnants Eduard von Davidson. In: Kirmes. Das Horchheimer Magazin 2001
- Göb, Markus: Wiedergründung und Entwicklung des Zentrums nach 1945 unter besonderer Berücksichtigung der Gruppierungen im Bundestag sowie in den Landtagen von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen (1946-1958). Diss. Düsseldorf 2006
- Götz, Hannelore/Rack, Klaus-Dieter: Hessische Abgeordnete 1820-1933. Ergänzungsband: Biographische Nachweise für die Erste Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen. Ergänzungen und Berichtigungen für die Zweite Kammer und den Landtag des Volksstaats Hessen Darmstadt 1995

- Gossweiler, Kurt: Die Strasser-Legende. Auseinandersetzung mit einem Kapitel des deutschen Faschismus. Berlin 1994;
- Gottschaldt, Eva: „Das ist die Tat unseres herrlichen Führers“. Die christlichen Studentenverbindungen Wingolf und der Nationalsozialismus im Spiegel der Verbandspresse. Eine Dokumentation. Marburg 1997
- Gotto, Klaus: Die historisch-politische Beurteilung des Zentrums aus nationalsozialistischer Sicht. In: Bracher, Karl Dietrich/Mikat, Paul/Repken, Konrad/Schumacher, Martin/Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag. Berlin 1992, S. 711-726
- Graubner, Thomas: Dr. Friedrich August Bockius – Wilhelmstraße 20. In: Graubner, Thomas/Helbling, Gert/Helbling, Gert/Kilthau, Fritz: Ergänzungen zum Antifaschistischen Wegweiser Bensheim 1933–1945. Hrsg.: Geschichtswerkstatt Jakob Kindinger e.V. und Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten. Teil 2. Bensheim 1995, S. 22 f.
- Groppe, Theodor: Ein Kampf um Recht und Sitte. Erlebnisse um Wehrmacht, Partei, Gestapo (1947), Trier 2. vermehrte Auflage 1959
- Groppe, Lothar: Theodor Groppe (1882-1973). Der „Schwarze General“. Ein deutscher Soldat im Kampf für Recht und Sitte, Wien 1977
- Groppe, Lothar: Theodor Groppe, der „schwarze General“ als Widerstandskämpfer. Wien 1985
- Groppe, Lothar: Des „schwarzen Generals“ Kampf um Recht und Sitte. In: Neues Magazin für Hanauische Geschichte, 2008, S. 193-222
- Groppe, Theodor: Ein Kampf um Recht und Sitte. Erlebnisse um Wehrmacht, Partei, Gestapo. In: Marin, Thomas: Theodor Groppe – der „Schwarze General“. Ein katholischer Soldat im Kampf für Recht und Sitte. Bad Schussenried 2008, S. 9-49
- Grünewald, Paul/Powelet, Klaus: Die Boxheimer Dokumente und Dr. Werner Best. In: Schneider, Ulrich (Hrsg.): Hessen vor 50 Jahren – 1933. Naziterror und antifaschistischer Widerstand zwischen Kassel und Bergstraße 1932/33. Herausgegeben im Auftrag der VVN/Bund der Antifaschisten, Landesverband Hessen, von Ulrich Schneider, Katharina Boehm, Paul Grünewald, Ursula Krause-Schmidt, Roland Neuhaus und Rolf Winkler. Frankfurt/Main 1983, S. 34-39
- Hammer, Walter: Die „Gewitteraktion“ vom 22.8.1944. Vor 15 Jahren wurden deutsche Parlamentarier zu Tausenden verhaftet. In: Freiheit und Recht 5, 1959, H.8/9, S. 15-18
- Hammer, Walter: Hohes Haus in Henkers Hand. Rückschau auf die Hitlerzeit, auf Leidensweg und Opfergang deutscher Parlamentarier (1956) Frankfurt/Main 2., durchgearbeitete und erweiterte Auflage, S. 34
- Hartmannsgruber, Friedrich: Die christlichen Volksparteien 1848-1933. Idee und Wirklichkeit. In: Geschichte der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Bewegungen in Deutschland. Grundlagen, Unterrichtsmodelle, Quellen und Arbeitshilfen für die politische Bildung. Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegeben von Günter Rüther (1984) 2. inhaltlich unveränderte Auflage 1987, S. 219-332
- Haunfelder, Bernd: Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumspartei. 1871–1933. Biographisches Handbuch und historische Photographien. Düsseldorf 1999
- Haungs, Peter/Grass, Karl Martin/Maier, Hans (Hrsg.): Civitas. Widmungen für

Bernhard Vogel zum 60. Geburtstag. Studien zur Politik. Paderborn, München, Wien, Zürich 1992

- Heinrich Galm. Ich war halt immer ein Rebell. Politische Erinnerungen von Heinrich und Marie Galm. Nach Gesprächen zusammengestellt von Werner Fuchs und Bernd Klemm. Mit einem Nachwort von Adolf Mirkes (1980) Offenbach a. M. 2. Auflage 1981
- Hehl, Ulrich von: Vom Honoratioren- zum Berufspolitiker? Das Zentrum im Kaiserreich. In: Gall, Lothar (Hrsg.). Regierung, Parlament und Öffentlichkeit im Zeitalter Bismarcks. Politikstile im Wandel. Paderborn 2003, S. 151-183
- Helfrich, Karl: Die Bedeutung des Typusbegriffs im Denken der Geisteswissenschaften. Eine wissenschaftstheoretische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Wissenschaftslehren von Wilhelm Dilthey, Eduard Spranger, Wilhelm Windelband, Heinrich Rickert und Max Weber. Lengerich i.W. 1938 (= Diss. Gießen 1935)
- Hellriegel, Ludwig: Märtyrer 33/45. Verfolgung und Widerstand der Kirche im Bistum Mainz. Gau-Algesheim 1984, S. 4-7
- Hellriegel, Ludwig: Vor 50 Jahren - Haftbefehl gegen Bischof Dr. Albert Stohr. Warnung durch den Gestapobeamten Otto Pfeiffer und Flucht nach Engelstadt. In: Mainz-Bingen. Heimat-Jahrbuch 38, 1994, S. 105-113
- Hennig, Eike (Hrsg.): Hessen unterm Hakenkreuz. Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen. Frankfurt/M. 1983
- Herbert, Ulrich. Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989. Ungekürzte Studienausgabe der Originalausgabe 1996. Bonn 2001
- Hessische Abgeordnete 1820-1933. Biografische Nachweise für die Erste und Zweite Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen 1820-1918 und den Landtag des Volksstaats Hessen 1919-1933. Bearbeitet und herausgegeben von Klaus-Dieter Rack und Bernd Vielsmeier. Darmstadt 2008
- Hett, Ulrike/Tuchel, Johannes: Die Reaktionen des NS-Staates auf den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944, in: Peter Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Berlin 1994, S. 377-389
- Heuser, Rita: Namen der Mainzer Straßen und Örtlichkeiten. Sammlung, Deutung, Sprach- und Motivgeschichtliche Auswertung. Stuttgart 2008, S. 212 f
- Hildebrand, Klaus: Das Dritte Reich (1979) München 7., durchgesehene Auflage 2009
- Hinkel, Erich: Bubenheim. Die Geschichte eines freien Reichsdorfes. Gau-Algesheim 1992
- Hinkel, Erich: Bubenheim und die Revolution von 1849. Ein Dorf kämpft um die Reichsverfassung. In: Heimatpflege für den Kreis Mainz-Bingen 3, 1995, S. 173-180
- Hinkel, Erich. Leben und Entwicklung. Bubenheim – von 1821 bis heute. In: Heimat am Mittelrhein 41, 1996, H. 4, S. 2 f.; H. 5, S. 1 f.
- Hitler, Adolf: Hitlers Auseinandersetzung mit Brüning. München 1932
- Hitler, Adolf: Monologe im Führerhauptquartier 1941-1944. Die Aufzeichnungen Georg Heims. Herausgegeben von Werner Jochmann. Hamburg 1980
- Höming, Herbert: Brüning. Politiker ohne Auftrag. Zwischen Weimarer und Bonner Republik. Paderborn, München, Wien, Zürich 2005

- Hörster-Philipps, Ulrike: Joseph Wirth 1879-1956. Eine politische Biographie. Paderborn, München, Wien, Zürich 1998, S. 425
- Hoffmann, Johannes: Der Weg des Zentrums. Saarbrücken 1933
- Huber, Ernst Rudolf (Hrsg.): Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. 7: Ausbau, Schutz und Untergang der Weimarer Republik. Stuttgart 1984
- Huber, Ernst Rudolf (Hrsg.): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Bd. 4: Deutsche Verfassungsdokumente 1919-1933 (1951) Stuttgart 3. Auflage 1992
- Jäckel, Hartmut: Brauchte Hitler das Zentrum? Zur Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933. In: DIE ZEIT vom 18. März 1983, S. 62
- Jasper, Gotthard: Die gescheiterte Zähmung. Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930-1934 (1986) Frankfurt/Main 3. Auflage 1994
- Junker, Detlef: Die deutsche Zentrumspartei und Hitler 1932/33. Ein Beitrag zur Problematik des politischen Katholizismus in Deutschland. Stuttgart 1969
- Kahlenberg, Friedrich: Großhessenpläne und Separatismus. Das Problem der Zukunftsorientierung des Rhein-Main-Gebietes nach dem Ersten Weltkrieg (1918-1923). In: Geschichtliche Landeskunde. Festschrift Ludwig Petry. Band V/2. Wiesbaden 1969, S. 355-395
- Keim, Anton Maria: Entwurf einer Diktatur. Am 26. November 1931 wurden die „Boxheimer Dokumente“ enthüllt. In: Mainz. Vierteljahrshefte für Kultur, Politik, Wirtschaft, Geschichte 1, 1981, H. 4, S. 117-122
- Kissenkoetter, Udo: Gregor Strasser und die NSDAP. Stuttgart 1979
- Kißener, Michael: Die Aktion „Gewitter“. Die Verhinderung jeglicher Neubildung von politischer Opposition im August 1944., Vortragsmanuskript 2009 (im Erscheinen)
- Klein, Thomas: Widerstand und Verfolgung in Hessen im Spiegel der Gestapo-Berichte (1933-1936). In: Knigge-Tesche/Ulrich, Herbert (Hrsg.): Verfolgung und Widerstand in Hessen. 1933-1945. Frankfurt/Main 1996, S. 12-25
- Kosch, Wilhelm: Biographisches Staatshandbuch. Lexikon der Politik, Presse und Publizistik. Erster Band. Bern, München 1963
- Kraus, Franz Xaver: Kirschenessen zu Rübenach und Bubenheim. In: Jahresbericht der Gesellschaft für Nützliche Forschungen zu Trier, 1863/64
- Kraus, Johannes: Dr. Albert Stohr. 25 Jahre Bischof von Mainz. Mainz 1960
- Krause-Schmitt, Ursula/Freyberg, Jutta von: Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933-1945. Band 1/1: Hessen I, Regierungsbezirk Darmstadt. Frankfurt/Main 1995
- Küppers, Heinrich: Johannes Hoffmann (1890-1967). Biographie eines Deutschen. Düsseldorf 2008
- Lahme, Tilmann: Golo Mann. Frankfurt/Main, 2. Auflage 2009
- Lange, Thomas: Hessen-Darmstadts Beitrag für das heutige Hessen. Wiesbaden 1993
- Langer, Ingrid: Zwölf vergessene Frauen. Die weiblichen Abgeordneten im Parlament des Volksstaats Hessen, ihre politische Arbeit - ihr Alltag - ihr Leben. Frankfurt/Main 1989 (S. 166-221: Elisabeth Hattemer)
- Leiber, Robert: Reichskonkordat und Ende der Zentrumspartei. In: Stimmen der Zeit. Die Zeitschrift für christliche Kultur 167, 1960/1961, S. 213-223
- Lehmann, Karl: „Dominus fortitudo - Der Herr ist meine Stärke“. Bischof Dr. Albert Stohr (1890-1961). Hirte in schwieriger Zeit. In: Mainzer (Erz-)Bischöfe

in ihrer Zeit. Herausgegeben von Franz J. Felten. Stuttgart 2008, S. 143-165

- Lengemann, Jochen: MdL Hessen. 1908-1996. Biographischer Index. Marburg 1996
- Loiperdinger, Martin: "Das Blutnest vom Boxheimer Hof". Die antifaschistische Agitation der SPD in der hessischen Hochverratsaffäre. In: Hessen unterm Hakenkreuz. Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen. Herausgegeben von Eike Hennig. Frankfurt/Main 1983, S. 433-468.
- Krueckemeyer, Heinrich: Zentrum und Katholizismus. Amsterdam 1913
- Laufs, Adolf: Das Ermächtigungsgesetz („Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“) vom 24. März 1933. Reichstagsdebatte, Abstimmung, Gesetzestext. Berlin 2003
- Leiwig, Heinz: Letzte Demokraten und Antifaschisten wurden bei Gestapo-Aktionen „Gitter“ und „Dom 23“ verhaftet. Im August vor 50 Jahren. Aus den Akten der Geheimen Staatspolizei Mainz. Dokumentation. In: Mainz. Vierteljahrshefte für Kultur, Wirtschaft, Geschichte 14, 1994, H. 4, S. 44-51
- Loidl, Franz: Theodor Groppe, Generalleutnant, katholischer Bekennner im deutschen Offiziersrock. Wien 1975
- Loiperdinger, Martin: Das Blutnest vom Boxheimer Hof. In: Hennig, Eike (Hrsg.): Hessen unterm Hakenkreuz. Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen. Frankfurt/Main 1983, S. 433-468
- Märtyrer 33-45. Verfolgung und Widerstand der Kirche im Bistum Mainz. Herausgegeben von der Carl-Brilmayer-Gesellschaft. Gau Algesheim 1984
- Mannes, Astrid Luise: Heinrich Brüning. Leben, Wirken, Schicksal. München 1999
- Marin, Thomas (Hrsg.): Theodor Groppe, der Schwarze General. Ein katholischer Soldat im Kampf für Recht und Sitte. Bad Schussenried 2008
- Maršálek, Hans: Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen. Dokumentation. Hrsg.: Lagergemeinschaft Mauthausen (1974) Wien, Linz 3. erweiterte Auflage 1995
- Maslowski, Peter: Was ist die deutsche Zentrumspartei? Klerikalismus und Proletariat. Berlin 1925
- Mathy, Helmut: Namen in Mainzer Straßen. XIII. Fritz Bockius (1882 bis 1945). In: Mainz. Vierteljahrshefte für Kultur, Politik, Wirtschaft, Geschichte 5, 1985, H. 3, S. 43-49
- Matthäus, Jürgen: Boxheimer Dokumente. In: Benz, Wolfgang/Graml, Hermann/Weiss, Hermann (Hrsg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus (1997) Stuttgart, München 5., aktualisierte und erweiterte Auflage 2007, S. 400
- Meyer, Winfried: Aktion „Gewitter“. Menschenopfer für Macht und Mythos der Gestapo. In: Dachauer Hefte 21, 2005, S. 3-20
- Milatz, Alfred: Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik (1965) Bonn 2. Auflage 1968
- Mommsen, Hans: Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang. 1918 bis 1933 (1989) Frankfurt/Main, Berlin 1990
- Morsey, Rudolf/Ruppert, Karsten (Bearb.): Die Protokolle der Reichstagsfraktion der Deutschen Zentrumspartei. 1920-1925. Mainz 1981
- Morsey, Rudolf: Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und „nationaler Erhebung“ 1932/33. Stuttgart, Zürich 1977
- Morsey, Rudolf (Bearb.): Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des

Fraktionsvorstands der deutschen Zentrumspartei 1926 – 1933. Mainz 1969

- Morsey, Rudolf: Die Deutsche Zentrumspartei. In: Matthias, Erich/Morsey, Rudolf (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933 (1960) Düsseldorf unveränderter Nachdruck 1984
- Morsey, Rudolf (Hrsg.): Das „Ermächtigungsgesetz“ vom 24. März 1933. Quellen zur Geschichte und Interpretation des „Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Staat“. Düsseldorf 1992
- Mühliesen, Horst: Theodor Groppe. Ein General im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Kurtrierisches Jahrbuch 27, 1987, S. 145-210
- Müller, Peter: Familienbuch Rübenach und Bubenheim. Koblenz 1995
- Münkel, Daniela/Struck, Peter (Hrsg.): Das Ermächtigungsgesetz 1933. Eine Dokumentation zum 75. Jahrestag. Berlin 2008
- Neliba, Günter: Werner Best (1903-1989). Nationalsozialist, Praktiker und Theoretiker der NS-Sicherheitspolizei und NS-Besatzungspolitik. In: "Für die Außenwelt seid ihr tot!" Hrsg.: Hans-Georg Meyer. Mainz 2000, S. 52-68
- Nestler, Georg: „In einem Namen nur ist Heil“. Der Widerstand ehemaliger Zentrums- und BVP-Politiker gegen die nationalsozialistische Diktatur in der Pfalz. In: Die Pfalz unterm Hakenkreuz. Herausgegeben von Gerhard Nestler und Hannes Ziegler. Landau/Pfalz 1993, S. 321-324
- Nestler, Georg: Windthorstbund und Jung-Bayern-Ring. Zur Geschichte der Jugendorganisationen von Zentrum und BVP in der Pfalz. Eine erste Zwischenbilanz der Forschung. In: Kaiserslauterer Jahrbuch für pfälzische Geschichte und Volkskunde 6/7, 2006/2007, S. 173-194
- Neubach, Helmut: Die Mainzer Reichstagsabgeordneten von 1871 bis 1918, in: Mainzer Almanach 1969, S.5-30
- Neubach, Helmut: Zur Geschichte der Zentrumspartei in Mainz während des Kaiserreiches. In: Mainzer Zeitschrift. Mittelrheinisches Jahrbuch für Archäologie, Kunst und Geschichte 96/97, 2001/2002, S. 309-314
- Neubach, Helmut: Von Peter Reichensperger bis Peter Altmeier. Koblenz, eine Hochburg der Zentrumspartei. In: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 24, 1998, S. 329-363
- Nietfeld, Joseph: Die Zentrumspartei. Geschichte und Struktur 1945-1958. Diss. Braunschweig 1981
- Nobel, Alphons: Brüning. Leipzig (1932) 5., unveränderte Auflage 1932
- Novak, Gabi; Ein Leben im Rampenlicht. Fritz Bockius. Im Juni Abschied von der Bühne. In: Rhein-Zeitung, Ausgabe B, Nr. 35 vom 17./18. Mai 1980
- Oppermann, Thomas: Das Ermächtigungsgesetz und die Zerstörung der parlamentarischen Demokratie von Weimar. In: Recht und Politik 2008, S. 87-90
- Patch, William L.: Heinrich Brüning and the dissolution of the Weimar Republic. Cambridge; New York, NY; Oakleigh, Melbourne 1998
- Paul, Gerhard: Staatlicher Terror und gesellschaftliche Verrohung. Die Gestapo in Schleswig-Holstein. Hamburg 1996
- Parlament im Kampf um die Demokratie. Der Landtag des Volksstaats Hessen 1919-1933. Bearbeitet und herausgegeben von Eckhart G. Franz und Manfred Köhler. Darmstadt 1991
- Persch, Martin: Kaas, Ludwig. In: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon 3,1992, Sp. 907-915.
- Perz, Bertrand: Die KZ-Gedenkstätte Mauthausen 1945 bis zur Gegenwart. Innsbruck 2006

- Petrick, Fritz: Werner Best - ein verhinderter Generalgouverneur. In: Die SS. Elite unter dem Totenkopf. Herausgeber: Ronald Smelser (2000) Darmstadt 2., durchgesehene und aktualisierte Auflage 2003, S. 60-76
- Picker, Henry: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941-42 (1951), Berlin 2003
- Pingel, Henner: Das Jahr 1933. NSDAP-Machtergreifung in Darmstadt und im Volksstaat Hessen. Mit zahlreichen Dokumenten und einer ausgewählten Gesetzessammlung.(1978) Darmstadt 2. verbesserte und überarbeitete Auflage 1978
- Pingel-Rollmann, Heinrich: Widerstand und Verfolgung in Darmstadt und der Provinz Starkenburg 1933-1945. Darmstadt, Marburg 1985
- Priester unter Hitlers Terror. Eine biographische und statistische Erhebung. Unter Mitwirkung der Diözesanarchive bearbeitet von Ulrich von Hehl, Christoph Kösters, Petra Stenz-Maur und Elisabeth Zimmermann (1984) Paderborn, München, Wien, Zürich 4., durchgesehene und ergänzte Auflage 1998
- Raberg, Frank: Eugen Bolz (1881-1945). In: Politische Köpfe aus Südwestdeutschland. Herausgegeben von Reinhold Weber und Ines Mayer. Stuttgart 2005, S. 157-166
- Radbruch, Gustav: Der Boxheimer Hochverrat. In: Die Justiz 7, 1932, S. 195-197
- Rebentisch, Dieter: Persönlichkeitsprofil und Karriereverlauf der nationalsozialistischen Führungskader in Hessen 1928-1945. In: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 33, 1983, S. 293-331
- Recker, Marie-Luise: Die Machtübernahme der Nationalsozialisten, Verfolgung und Widerstand in Hessen. 1933-1945. In: Hessen. Land und Politik. Herausgegeben von Bernd Heidenreich und Klaus Böhme. Wiesbaden 2004, S. 154-173
- Reif, Karl-Heinz: Bubenheim. Höfe, Mühlen, Einwohner, katastermäßige Erfassung. Koblenz 1980
- Richter, Reinhard: Nationales Denken im Katholizismus der Weimarer Republik. Münster 2000
- Rochade Europa. Die vielseitig-informative Schachzeitung/Deutscher Schachbund Nr. 11, 2007, S. 29, Nachruf auf Albert Bockius
- Ruge, Wolfgang: Wer war Heinrich Brüning? Bonn 2003
- Ruppert, Karsten: Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923-1930. Düsseldorf 1992
- Ruppel, Hans-Georg/Groß, Birgit: Hessische Abgeordnete 1820-1933. Biographische Nachweise für die Landstände des Großherzogtums Hessen (2. Kammer) und den Landtag des Volksstaates Hessen. Darmstadt 1980
- Saala, Ernst-Wilhelm: Wie die Bubenheimer zu ihrem „Weedemännchen“ kamen. In: Mainz-Bingen. Heimat-Jahrbuch 52, 2008, S. 99-101
- Sahm Ulrich: Ilse Stöbe. In: Coppi, Hans/Danyel, Jürgen/Tuchel, Johannes (Hrsg.): Die Rote Kapelle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. (= Schriften der Gedenkstätte Deutscher Widerstand). Berlin 1994, S. 262-276
- Sailer, Joachim: Eugen Bolz (1881-1945). Seine Politik und sein Weg in den politischen Widerstand. In: Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte 10, 1991, S. 219-239
- Schauff, Johannes: Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Untersuchungen aus dem Jahre

1928. Herausgegeben und eingeleitet von Rudolf Morsey. Mainz 1975 (Nachdruck der Ausgabe Köln 1928)
- Schneider, Dieter Marc: Johannes Schauff (1902-1990). Migration und „Stabilitas“ im Zeitalter der Totalitarismen. München 2001
  - Schön, Eberhart: Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen, Meisenheim am Glan 1972
  - Schreiner, Gudrun: Die Bildhauerin und ihr Werk. Baden-Baden 1988
  - Schröder, Bernd Philipp: Vor fünfzig Jahren – die Boxheimer Dokumente. In: Geschichtsblätter für den Kreis Bergstraße 14, 1981, S. 255-270
  - Schröder, Wolfgang: Politischer Katholizismus 1945. In: Schacht, Konrad (Hrsg.): Hessen 1945. Wiesbaden 1996, S. 71-82
  - Schüler-Springorum, Stefanie, Masseneinweisungen in Konzentrationslager. Aktion „Arbeitsscheu Reich“, Novemberpogrom, Aktion „Gewitter“. In: Benz, Wolfgang/Distel Barbara/Königseder, Angelika (Hrsg.), Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band. 1: Die Organisation des Terrors (2005) München 2. Auflage 2006, S. 156-164
  - Schütz, Friedrich: Mainz vor 50 Jahren. 1. Juli bis 30. September 1944. In: Mainz. Vierteljahreshefte für Kultur, Politik, Wirtschaft, Heft 3 1992, S. 129-132
  - Schütz, Friedrich: Vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg (1914-1945). In: Mainz. Die Geschichte der Stadt. Herausgegeben von Franz Dumont/Ferdinand Scherf/Friedrich Schütz. Mainz 1998, S. 475-509, hier S.502
  - Schulte, Karl-Anton: Nationale Arbeit. Das Zentrum und sein Wirken in der deutschen Republik. Berlin, Leipzig 1930
  - Schulz, Gerhard: Der Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland. Frankfurt/Main, Berlin, Berlin, Wien 1975
  - Schulz, Gerhard: Zwischen Demokratie und Diktatur. Bd. 3: Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930-1933. Berlin 1992
  - Schumacher, Martin: Zwischen „Einschaltung“ und „Gleichschaltung“. Zum Untergang der Deutschen Zentrumspartei 1932/33. In: Historisches Jahrbuch 99, 1979, S. 268-303
  - Schumacher, Martin (Hrsg.): M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933-1945. Eine biographische Dokumentation. Mit einem Forschungsbericht zur Verfolgung deutscher und ausländischer Parlamentarier im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich (1991) Düsseldorf 3. erheblich erweiterte und überarbeitete Auflage 1994
  - Schwarz, Hans-Peter: Adenauer. Der Aufstieg: 1876-1952 (1986), Stuttgart 3. Auflage 1991
  - Seeger, Andreas: „Gestapo-Müller“. Die Karriere eines Schreibtischtäters. Berlin 1996
  - Severing, Karl: Mein Lebensweg. Bd. 2: Auf und Ab der Republik. Köln 1950
  - Specht, Joachim: „Wegen der Viehseuche verlobten Feiertag“. Wendelinsbrauchtum und Viehfeiertage in Ottersheim und Bubenheim. In: Donnersberg-Jahrbuch 25, 2002), S. 107-110
  - Sprigade, Paul: Besetzte Gebiete. Nach dem Stande vom 15.August 1924 (Londoner Abkommen). Mit statistischen Angaben über Fläche und Einwohnerzahl der besetzten und zu räumenden Gebiete. Berlin 1924
  - Stadtlexikon Darmstadt. Herausgegeben vom Historischen Verein für Hessen im Auftrag des Magistrats der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Red.: Roland

Dotzert. Stuttgart 2006

- Staat und NSDAP. 1930-1932. Eingeleitet von Gerhard Schulz. Bearbeitet von Ilse Maurer und Udo Wengst. Düsseldorf 1977
- Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik. Festschrift für Heinrich Brüning. Herausgegeben von Ferdinand Aloys Hermens und Theodor Schieder. Berlin 1967
- Statuten des Vereins der Centrumspartei in Mainz. Mainz 1894
- Strasser, Gregor: Freiheit und Brot. Reprint der Ausgabe Berlin 1929. Bremen 2. Auflage 1982
- Strasser, Gregor: Hammer und Schwert. Reprint der Ausgabe Berlin 1930. Bremen 3. Auflage 1982
- Tagebuch einer jüdischen Gemeinde 1941-1943. Im Auftrag der Jüdischen Gemeinde Mainz herausgegeben und kommentiert von Anton M. Keim. Mainz 1968
- Treviranus, Gottfried Reinhold: Das Ende von Weimar. Heinrich Brüning und seine Zeit. Düsseldorf, Wien 1968
- Ulrich, Axel: Politischer Widerstand gegen das „Dritte Reich“ im Rhein-Main-Gebiet (2005) Wiesbaden 2. unveränderte Auflage 2006
- Vernekohl, Wilhelm: Heinrich Brüning – Ein deutscher Staatsmann im Urteil der Zeit. Reden und Aufsätze. Münster 1961
- Vernekohl, Wilhelm: Heinrich Brüning – Reden und Aufsätze eines deutschen Staatsmannes. Münster 1968
- Vogel, Bernhard: Geschichte als Mahnung und Orientierung. In: Erinnerungskultur. Herausgegeben von Norbert Lammert. St. Augustin 2004, S. 15-20
- Vogel, Bernhard/Vogel, Hans-Jochen: Deutschland aus der Vogel-Perspektive. Eine kleine Geschichte der Bundesrepublik (2007). Freiburg, Basel, Wien 2009
- Vogelsang, Thilo: Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930-1932. Stuttgart 1962
- Volk, Ludwig (Bearb.): Kirchliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen 1933. Mainz 1969
- Volk, Ludwig: Das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933. Von den Ansätzen in der Weimarer Republik bis zur Ratifizierung am 10. September 1933. Mainz 1972
- Volk, Kirche und Vaterland. Wahlaufrufe, Aufrufe, Satzungen und Statuten des Zentrums 1870-1933. Eine Quellensammlung zur Geschichte insbesondere der Rheinischen und Westfälischen Zentrumspartei. Bearbeitet von Herbert Lepper. Düsseldorf 1998
- Volkmann, Peer Oliver: Heinrich Brüning (1885-1970). Nationalist ohne Heimat. Eine Teilbiographie. Düsseldorf 2007
- Vor 75 Jahren. Die Zerstörung der Demokratie 1933. Gedenkstunde des Deutschen Bundestages am 10. April 2008. Berlin 2008
- Wantzen, Manfred: Gedenken an Opfer des Naziterrors. Laurenziberg. Märtyrer der letzten Kriegswochen 1945. In: Heimat am Mittelrhein 50, 2005, H. 4, S. 3
- Weber, Christoph (Hrsg.): Zwischen Hitler und Pius XII. Heinrich Brüning und seine niederländischen Freunde Mgr. Henri Poels, Rector Piet Mommersteeg und Dr. A. J. M. Cornelissen. Briefe und Dokumente (1936-1958). Hamburg 2008

- Weber, Friedrich-Wilhelm: Die Stiftsmühle in Bubenheim. In: Donnersberg-Jahrbuch 3, 1980, 121-25
- Wengst, Udo: Heinrich Brüning und die konservative Alternative. Kritische Anmerkungen zu neuen Thesen über die Endphase der Weimarer Republik In: Aus Politik und Zeitgeschichte H. 50, 1980, S. 19-26
- Wickert, Christl (Red.): Der Freiheit verpflichtet. Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert. Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Mit einem Vorwort von Gerhard Schröder. Marburg 2000
- Widerstehen und Verfolgung. Dokumentation. Band I.1: Rheinhessen. Teil 1 Dekanate Mainz-Stadt, Mainz-Land und Alzey. Herausgegeben von Dr. Ludwig Hellriegel unter Mitarbeit von Dr. Peter Fleck und Christof Duch. (1989) Mainz 2. Auflage 1993
- Widerstehen und Verfolgung in den Pfarreien des Bistums Mainz 1933-1945. Herausgegeben von Ludwig Hellriegel unter Mitarbeit von Peter Fleck und Christof Duch. 5 Bände. Mainz 1990
- Wiedemeyer, Wolfgang: Bernhard Vogel. Reden und Taten in drei Jahrzehnten. Köln 1997;
- Althaus, Dieter/Buchstab, Günter/Lammert, Norbert/Molt, Peter (Hrsg.): Mut - Hoffnung - Zuversicht. Festschrift für Bernhard Vogel zum 75. Geburtstag. Paderborn, München, Wien, Zürich 2007
- Willig, Kai-Thomas: „Ich bin ein Theater-Fossil“. Fritz Bockius - Inbegriff des Vollblut-Theatermannes. In: Senioren-Echo 17, August/September 2000, S. 15
- Winkler, Heinrich August: Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Bd. 3: Der Weg in die Katastrophe. 1930-1933. Berlin, Bonn 1987
- Winkler, Heinrich August: Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie (1993) München 4., durchgesehene Auflage 2005
- Zibell, Stephanie: Jakob Sprenger (1884-1945). NS-Gauleiter und Reichsstatthalter in Hessen. Darmstadt, Marburg 1999
- Zocher, Rolf: Der Wingolfsbund im Spannungsfeld von Theologie und Politik 1918-1935. Eine Theologenverbindung zwischen nationaler Identität und christlichem Prinzip. Vierow bei Greifswald 1996.
- Zwei Jahre am Steuer des Reichs. Reden aus Brünings Kanzlerzeit. Köln 1932

## Zeitungsaufgaben

### Mainzer Journal

- Nr. 9 vom 12.1.1920: Spitzenkandidat des Zentrums zur Kreistagswahl
- Nr. 25 vom 30.1.1920: Rede im Frankfurter Hof in Mainz
- Nr. 33 vom 9.2.1920: gewählt auf Platz 2 der Liste der Vereinigten Parteien am 1. Februar in den Kreistag
- Nr. 124 vom 29.5.1920: Rede in Schwabenheim
- Nr. 168 vom 21.7.1920: Beisitzer im Kreisausschuss
- Nr. 247 vom 21.10.1920: Urkundsperson in der Kreistagssitzung vom 4.8.20
- Nr. 63 vom 14.3.1924: Ablehnung des bisherigen Reichstagskandidaten Otto von Brentano
- Nr. 80 vom 3.4.1924: Bereitschaft zur Kandidatur
- Nr. 94 vom 1.5.1924: Dr. Bockius als Landwirtssohn
- Nr. 98 vom 6.5.1924: Grundsatz (zit. S. 37)
- 7.6.1924: Rechtsausschuss
- Nr. 253 vom 8.11.1924: Wirtschaft und Politik
- Nr. 267 vom 25.11.1924: Rede im Saal des Kath. Männervereins
- 29.11.1924 Beilage Hessische Wahlzeitung Nr. 1
- Nr. 274 vom 3.12.1924: Rede in Schwab, gemeinsam mit Dr. Fritz Burgbacher (1900-1978). Vgl. Buchstab, Günter: Fritz Burgbacher (1900–1978). Ein Lebensbild. Sankt Augustin 2000
- Nr. 99 vom 27.4.1928: Reichstags-Landwirtschaftsausschuss
- Nr. 116 vom 10.5.1928: Rede in Ober-Ingelheim
- Nr. 178 vom 1.8.1928: Rechtsnot?
- Nr. 289 vom 11.12.1928: Beisitzer des Reichsparteivorstands des Zentrums
- 4.3.1929: Ausschuss für besetzte Gebiete
- Nr. 55 vom 6.3.1929: Die Koalitionskrise und das Zentrum
- 3.6.1929, 5.10.1929, 9.11.1929: Rechtsausschuss
- Nr. 261 vom 9.11.1929: Ehescheidung
- Nr. 145 vom 23.6.1929: Rheinlandpolitik
- 3.7.1929: Landwirtschaftsausschuss
- Nr. 227 vom 30.9.1929: Rede „Reich und Gemeinden“
- Nr. 267 vom 16.11.1929: Rede in Mainz: Youngplan, Finanzreform
- Nr. 68 vom 31.3.1930: Kampf gegen den Versailler Vertrag
- Juli 1930: Sondernummer zur Befreiungsfeier
- Nr. 173 vom 28.7.1930: Warum wurde der Reichstag aufgelöst?
- Nr. 174 vom 29.7.1930: Gewinne der Extreme
- Nr. 185 vom 12.8.1930: Rede vom 11.8.1930 in der Mainzer Stadthalle
- Nr. 189 vom 18.8.1930: Veranstaltung der Arbeiter
- Nr. 200 vom 30.8.1930: Rede in Mainz-Weisenau
- Nr. 212 vom 13.9.1930: Rede in Mainz: Notverordnung und Ehegesetzgebung
- Nr. 247 vom 24.10.1930: Zur Vertagung des Reichstags
- Nr. 18 vom 22.1.1931: Rede in Mainz: Politik Brünings
- Nr. 59 vom 11.3.1931: Rede in Ober-Ingelheim
- Nr. 3 vom 5.1.1932: Im Jahr 1932 hinter Brüning
- Nr. 83 vom 9.4.1932: Rede in Mainz: Hitlers Privatarmee
- Nr. 90 vom 18.4.1932: Veranstaltung des Mittelstandes in Mainz
- Nr. 119 vom 24.5.1932: Veranstaltung des Mittelstandes in Darmstadt

- Nr. 166 vom 19.7.1932: Veranstaltung der Winzer in Mainz
- Nr. 198 vom 26.8.1932: Kann der Reichstag aufgelöst werden?
- Nr. 257 vom 4.11.1932: Veranstaltung der Jugend in Schwabenheim
- Nr. 258 vom 5.11. 1932: Rede in Mainz: Gegen die Diktatur einer Herrenklasse
- Nr. 46 vom 23.2.1933: Rede in Schwabenheim

### **Starkenburger Bote. Bensheimer Zeitung**

- 60. Jahrgang, Nr. 112 vom 16. Mai 1928: Zentrumsversammlung im „Deutschen Haus“
- 64. Jg., Nr. 140 vom 18. Juni 1932: Zentrums-Wahlversammlung. Eine eindrucksvolle Kundgebung für Brüning.

## **Zeitungsaufgaben nach 1945**

### **Allgemeine Zeitung – Ingelheimer Zeitung**

- 19./20.7.1969: Verhaftung August 1944.
- 19./20. Juni 1969: Braun, Gottfried: Ein Bubenheimer Opfer des 20. Juli 1944. Reichstagsabgeordneter Dr. Bockius starb im Konzentrationslager Mauthausen
- 28. Februar 1975 Eine Gedenktafel für Dr. Fritz Bockius. Feierstunde zum 30. Todestag des ehemaligen Reichstagsabgeordneten.
- 5. März 1975 Gedenktafel für den früheren Reichstagsabgeordneten Bockius.
- 10. Februar 1984 Streit um „Otto-Wels-Straße“ Stadtrat Gau-Algesheim lehnte mit CDU-Mehrheit SPD-Antrag ab.
- 25./26. Februar 1984 Leserbrief. Gottfried Braun: Gelegenheit vertan. Zum Artikel „Streit um Otto-Wels-Straße“.
- 27. November 1984 Der Hitlerdiktatur widerstanden. Carl-Brilmayer-Gesellschaft erinnerte an Dr. Bockius.
- 4. September 1985 „Fritz Bockius – ein Mann des Widerstandes“. Gemeinsame Veranstaltung des Historischen Vereins, der CDU und des Vereins „Haus Burggarten“.
- 20. Januar 1986 Heinrich, Horst: Verfolgt: Bockius, Möbius, Knab, Delp und andere. Pfarrer Hellriegel aus Gau-Algesheim erzählte von Nazi-Opfern aus unserer Umgebung.
- 15./16. November 1986 Gau-Algesheim. Auch ein Gedenktag für Märtyrer und Verfolgte. Zum Beispiel Dr. Bockius und Pater Reinisch / Pfarrer Hellriegel: Trost der Hinterbliebenen Gewissheit des ewigen Lebens.

### **Allgemeine Zeitung – Neuer Mainzer Anzeiger**

- 28. Mai 1952 Dr. Bockius-Straße

### **Bergsträßer Anzeiger**

- 27. April 1985 Lindner, Michael: Mit Überzeugung gegen die Faschisten. Männer, die in Bensheim Widerstand geleistet haben /VVN nennt Namen.
- 4. März 1995 Graubner, Thomas: Vor 50 Jahren kam Fritz Bockius im KZ ums Leben. Der Reichstagsabgeordnete der Zentrumspartei lebte zeitweise in Bensheim.
- Michaelsgemeinde: GSS-Geschichtswerkstatt informierte über jüngstes

Forschungsprojekt zum Politiker Fritz Bockius. Wie ein Demokrat scheiterte und im KZ endete. In: Bergsträßer Anzeiger 177. Jg., Nr. 239 vom 16. Oktober 2009, S. 11.

### **Frankfurter Rundschau**

- Nr. 22 vom 13. Oktober 1945: Dr. Bockius im KZ ermordet.

### **Heimat am Mittelrhein. Monatsblätter für Kultur- und Heimatpflege. Herausgegeben von der „Allgemeinen Zeitung“ Bingen und Ingelheim unter Mitwirkung der Vereinigung der Heimatfreunde am Mittelrhein e.V., 17. Mai 1972, Nr. 5.**

- Braun, Gottfried: Ein Leben für Freiheit und Gerechtigkeit. Zum 90. Geburtstag des im KZ Mauthausen ermordeten Reichstagsabg. Dr. Fritz Bockius aus Bubenheim.

### **Neuer Mainzer Anzeiger**

- 23. November 1945: Dr. Fritz Bockius.

### **Rhein-Zeitung**

- Nr. 202 vom 1.9.1964: Fritz Bockius jun.: Oberspielleiter am Koblenzer Theater.

### **Neuer Mainzer Anzeiger**

- November 1945: Dr. Fritz Bockius

### **Rhein-Zeitung**

- Nr. 202 vom 1.9.1964: Fritz Bockius jun.: Oberspielleiter am Koblenzer Theater

### **Internetquellen**

[igs.bildung-rp.de/.../Gau-Algesheimer\\_Strassenamen\\_1933-1947.doc](http://igs.bildung-rp.de/.../Gau-Algesheimer_Strassenamen_1933-1947.doc) (7.07.2009)  
<http://www.prcenter.de/Zum-75-Jahrestag-des-Ermaechtigungsgesetzes-LV-Bayern-trauert-um-die-in-den-KZ-umgekommenen-Reichstagsabgeordneten.16129.html> (2.08.2008)  
<http://lakk.bildung.hessen.de/netzwerk/geschichtswerkstatt/index.html> (25.08.2009)  
<http://lakk.bildung.hessen.de/netzwerk/geschichtswerkstatt/rogacki/index.html> (25.08.2009)  
<http://lakk.bildung.hessen.de/netzwerk/geschichtswerkstatt/displaced/index.html> (25.08.2009)  
<http://lakk.bildung.hessen.de/netzwerk/geschichtswerkstatt/schneider/index.html> (25.08.2009)  
<http://lakk.bildung.hessen.de/netzwerk/geschichtswerkstatt/tonwerk/index.html>  
<http://lakk.bildung.hessen.de/netzwerk/geschichtswerkstatt/kindinger-2/index.html> (25.08.2009)  
<http://lakk.bildung.hessen.de/netzwerk/geschichtswerkstatt/hadamar/index.html> (25.08.2009)  
<http://lakk.bildung.hessen.de/netzwerk/geschichtswerkstatt/schoenberg/abstract.html> (25.08.2009)  
[http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel\\_44652](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_44652) (23.07.2008)  
<http://www.dhm.de/lemo/html/weimar/verfassung/zentrum/index.html> (17.04. 2009)

<http://www.kreis.aw-online.de/kvar/VT/hjb1987/hjb1987.28.htm> (21.08.2009).  
<http://www.dhm.de/lemo/objekte/statistik/wa19303/index.html> (20.08.2009).  
[http://www.bundestag.de/aktuell/archiv/2008/20069543\\_kw15\\_gedenkstunde/rede\\_vogel.html](http://www.bundestag.de/aktuell/archiv/2008/20069543_kw15_gedenkstunde/rede_vogel.html) (29. 07. 2009)  
[www.martin-niemoeller-stiftung.de/4/daszitat/a31](http://www.martin-niemoeller-stiftung.de/4/daszitat/a31) (23.08.2009)  
<http://www.Landtag.Rheinland-Pfalz.de> (23.08.2009)  
<http://openpr.de/news/198802/Ermaechtigungsgesetz-zum-75-Jahrestag-LV-Bayern-des-ZENTRUMs-gedenkt-der-ermordeten-Abgeordneten.html> (29. 08. 2009)  
<http://www.radiohoreb.de> (20.08.2009)  
<http://www.dhm.de/lemo/html/dokumente/ermaechtigungsgesetz/index.html>, (29. 08. 2009)  
[http://de.wikipedia.org/wiki/Volksstaat\\_Hessen](http://de.wikipedia.org/wiki/Volksstaat_Hessen) (28.08.09)

## **9. Archivalienverzeichnis**

- **Archiv der Stadt Bensheim**  
Melderegister
- **Bundesarchiv Berlin**  
R 3001/52043: Reichsjustizministerium  
R 3005/3478: Ehrengerichtshof für die deutschen Rechtsanwälte  
Materialsammlung Berlin Document Center O 61 BDC Nr. 1: Best, Werner  
Totenlisten aus dem Bestand Konzentrationslager und Haftanstalten  
Mauthausen Bd. 1/2, S. 136
- **Bundesarchiv - Militärarchiv Freiburg im Breisgau**  
N 739: Nachlass Theodor Groppe
- **Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen**  
D 10 A/01, Bl.49: Bockius
- **Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden**  
Abt. 518 Nr. 41780: Entschädigungsakte Dr. Fritz Bockius  
Abt. 518 Nr. 2186/05: Entschädigungsakte Johannes Wesp
- **Hessisches Staatsarchiv Darmstadt**  
Best. H 14 Bensheim Nr. F 5/16 1950: Dr. Bockius, Fritz – Todeserklärung  
G 35 E Nr. 31/48: Besoldungsstammkarten Bockius, Anneliese  
G 53 Landgraf - Ludwigs - Gymnasium Gießen Nr. 147: Bockius, Anna  
H 12 Darmstadt Nr. 8025: Einstellungsgesuche an das Landgericht Darmstadt,  
Band 1: Bockius, Maria, geb. 28.10.1916, Bensheim
- **ITS Internationaler Suchdienst Bad Arolsen**  
ITS/ANF/KLD - Versch. Gestapo - Registrierungen: Karteikarte der Gestapo  
Neustadt  
ITS/ANF/KLD - Mauth. O:178, S. 2, S. 5. Zugangsliste KL Mauthausen  
ITS/ANF/KLD - Mauth. O:25, S. 67: Nummernbuch des KL Mauthausen  
ITS/ANF/KLD - Mauth. O:55, S. 28 f. Veränderungsmeldung KL Mauthausen  
vom 5. März 1945 ITS/ANF/KLD - Versch. Lager O:146, S. 69: Verstorbene  
aus dem Lager Mauthausen  
ITS/ANF/KLD - Mauth. O:80, S. 70: Totenbuch KL Mauthausen
- **Stadtarchiv Mainz**  
Familienregister Nr. 41665  
Signatur 70/12929: Bauliche Sofortmaßnahmen Dr. Fritz Bockius, Betzelstr.  
14
- **Landeshauptarchiv Koblenz**  
Bezirksamtes für Wiedergutmachung Koblenz: Antrag Fritz Bockius jun.